

ABN KORRESPONDENZ

Freiheit den Völkern! Freiheit dem Menschen!

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT DES ANTIBOLSCHEWISTISCHEN BLOCKS DER NATIONEN

5. Jahrgang · Nr. 1/2

* Erscheint in deutscher, englischer und französischer Sprache *

Jan./Febr. 1953 · Preis 50 Pf.

Jaroslav Stetzko, Präsident des ZK des ABN

ZUR JAHRESWENDE

Noch ein Jahr ist vergangen, ohne den unterjochten Völkern eine Veränderung ihres Schicksals gebracht zu haben. Auch an der Schwelle dieses Jahres stehen wir eingedenk der unsagbaren Leiden unserer Heimatländer, gesenkten Hauptes vor neuen Opfern des Terrors und in Ehrfurcht vor den unsichtbaren Kampffronten hinter dem Eisernen Vorhang, an denen auch im vergangenen Jahre Tausende der Unsrigen im Widerstandskampf den Heldentod fanden. Auch an diesen Weihnachtstagen, die von der uns umgebenden freien Welt als Festtage heller Familienfreude begangen werden, wandern unsere Gedanken zu eingekerkerten Brüdern und Schwestern in der Heimat, die dieses Fest christlicher Nächstenliebe Jahr für Jahr erloschenen Blickes, einsam und ohne Weihnachtslichter verbringen müssen.

Als Sendboten unserer Völker waren wir auch im vergangenen Jahre nach Kräften bemüht, den Westen aufzurütteln, ihn zur Teilnahme an unserem Schicksal zu bewegen, ihm die Probleme einer ganzen unterjochten Welt näherzubringen. Die Tatsache, daß sich unsere gesamte Emigration massenhaft zu unseren Ideen bekannt hat und unseren Kampf unterstützt, bedeutet uns den Beweis, daß wir als Treuhänder unserer Nationen genau im Sinne und nach dem Willen unserer Völker handeln.

Allein im Westen aber fanden alle unsere Anstrengungen auch im verflossenen Jahr immer noch nicht den Widerhall, der ihnen gebührt und der im ureigenen Interesse der gesamten, heute tödlich bedrohten Welt sehr zu wünschen wäre. Immer noch der gleiche Mangel an Verständnis, dieselbe Gleichgültigkeit und bisweilen gar Feindseligkeit von seiten bestimmter westlicher Kreise und Faktoren. Zwar fehlte es nicht an Anzeichen, daß das Eis bereits gebrochen ist, und wir konnten im vergangenen Jahre so in Amerika, Kanada und England wie auch in Deutschland und Frankreich für die Sache unserer Völker manche Sympathie gewinnen. Persönlichkeiten vom Range eines General Fullers, Harold Stassen, John Foster Dulles und andere mehr meldeten sich zu Worte, um die Bedeutung unserer Völker zu würdigen und die Unterstützung unseres Kampfes zu befürworten. Selbst Amerikas neuer Präsident, General Eisenhower, setzte sich im Wahlkampf für die Sache der unterjochten Völker ein und bezeichnete die Politik einer Verewigung der heutigen bolschewistischen Versklavung als amoralisch und selbstmörderisch. Die Einstellung der offiziellen westlichen Politik uns gegenüber jedoch hat sich nicht geändert. Wir sind weiterhin ohne jede politische und mora-

lische Unterstützung und sehen uns auch bei dieser Jahreswende allein auf uns selbst gestellt.

Die amtlichen Stellen des Westens nehmen nach wie vor Abstand davon, uns entgegenzukommen, geschweige denn mit unseren Ideen und Kampfzielen Solidarität zu bekunden. Es heißt, man wolle sich nicht in innere Angelegenheiten der Sowjetunion einmischen. Diese Entschuldigung dürfte aber sehr fehl am Platze sein. Als Hitler Europa okkupiert hatte, fühlte sich der Westen veranlaßt, Abhilfe zu schaffen. Wenn aber Moskau heute hinter einer fadenscheinigen Fassade von national

„selbständigen“ Sowjetrepubliken oder von aufgezwungenen heuchlerischen „Volksdemokratien“ Dutzende von fremden Völkern blutig martert, um dieselben für russische Welt Eroberungsziele zu mißbrauchen, dann findet man sich plötzlich bereit, derartig massive Anschläge auf elementare völkerrechtliche Prinzipien nur als „innere Angelegenheiten“ Rußlands zu betrachten und darüber hinaus gar zu respektieren!

Während bei Konflikten, wie z. B. der tunesische, manche westliche Macht sich zur Befürwortung einer Intervention bereitfindet

(Fortsetzung auf Seite 4)

Amerikas Politik am Scheidewege

W. Nachdem die Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima niedergegangen waren und mit der Kapitulation Japans der Sieg auch besiegelt schien, sprach Präsident Truman in Washington dem Sinne nach folgende Worte aus: „Die Vereinigten Staaten sind jetzt die allergrößte Macht auf der Welt. Niemand ist mächtiger als wir. Das verpflichtet uns, über die Welt zu wachen und dafür zu sorgen, daß der Frieden konsolidiert und erhalten bleibt.“

Das war nichts weniger als ein Bekenntnis zum uneingeschränkten universalen Interventionismus und die ausdrückliche Anmeldung eines amerikanischen Führungsanspruches in der Weltpolitik. Möglicherweise waren diese ungewöhnlichen Worte in Sonderheit noch als Warnung an den russischen Bären gedacht, der schon in den Flitterwochen des Sieges den Schafspelz fallen ließ und dem Westen unmißverständlich die Zähne zeigte. Manchen Amerikaner mögen diese Worte seinerzeit noch als übermütig angemutet haben. Es ist auch kaum zu bezweifeln, daß nach Kriegsende die meisten Menschen in Amerika es vorgezogen hätten, daß die amerikanische Außenpolitik tunlichst zum alten „Isolationismus“ zurückkehre und Amerika sich aus möglichen weiteren Konflikten heraushalte, als sich in die heikle Rolle einer „Weltpolizei“ auf Lebzeiten zu begeben.

Sehr bald mußte sich jedoch herausstellen, daß die Weltsituation nach dem zweiten Weltkrieg bereits so grundlegend verändert war, daß Amerika für seine künftige Politik praktisch überhaupt keine Wahl mehr übrig blieb. Der Krieg war gewonnen, der Friede aber verloren. In der Gestalt des sogenannten „Ostblockes“, dem sich bald auch China beigesellen sollte, war nämlich mit amerikanischer Unterstützung eine andere Weltmacht entstanden, welche dem amerikanischen Führungsanspruch nicht nur entgegentrat, sondern seinen eigenen anmeldete und darüber hinaus

noch aggressive Welteroberungspläne zu realisieren begann.

Es zeigte sich, daß die Erwartungen, das bolschewistische Ungeheuer durch Nachgiebigkeit zu besänftigen und durch Blutopfer satt zu bekommen, fehl am Platze waren. Die Völker und Länder Mittel- und Südosteuropas, die man leichtsinnig dem Rachen Moskaus überlassen hat, haben ebensowenig seinen Appetit zu stillen vermocht wie alle jene Opfer des russischen Imperialismus, die schon früher der sogenannten „Sowjetunion“ einverleibt wurden. Der russische Bär hatte wieder einmal Blut geleckt und war jetzt nicht mehr zu bändigen. Die Tschechoslowakei im Westen und Korea im Fernen Osten mußten zu den jüngsten Opfern und reichlich späten Warnsignalen werden, welche auch den letzten Illusionisten in Amerika aufgerüttelt und davon überzeugt haben mochten, daß es nunmehr an den eigenen Kragen und schon um die Rettung der eigenen Haut geht.

Somit ging es mit allem amerikanischen „Isolationismus“ endgültig zu Ende, und Amerika sah sich über Nacht an allen Ecken und Kanten der Weltpolitik verwickelt. Washington kann heute dem Lauf der Ereignisse nicht mehr gleichgültig gegenüberstehen, ohne dabei seine eigenen Lebensinteressen preiszugeben. An dieser unerbittlichen Wirklichkeit kann und wird sich auch durch den Regierungswechsel im Weißen Haus zu Jahresbeginn nicht das geringste ändern. Trotz aller isolationistischen Tradition wird auch die republikanisch beeinflusste Regierung heute nicht mehr umhin können, den seit Kriegsende zwangsläufig beschrittenen Weg eines Interventionismus im Weltmaßstab volens-nolens weiterzugehen. Allein über den Kurs dieser amerikanischen Weltpolitik, das heißt also über deren konkrete Einzelziele, Mittel und Wege kann noch diskutiert werden, und darin scheiden sich auch in der Tat heute die Geister in Amerika.

→

Amerikas Politik am Scheidewege

Die nachstehend angedeuteten Differenzen mögen somit der Überschrift dieses Artikels Berechtigung verleihen.

Nachdem die bisherigen Bemühungen der amerikanischen Politik um Frieden und Sicherheit in der Welt die Menschheit diesem ersehnten Ziele um keinen Schritt nähergebracht haben und sich die Welt heute, im achten Jahr seit Kriegsende, bedrohter denn je weiß, bemächtigt sich weiter Kreise der amerikanischen Öffentlichkeit ein unwirsches Gefühl, daß die verflossene Zeit eher für die Weltverschönerung im Kreml als für die Friedensbestrebungen der westlichen Welt gearbeitet hat. Die Sackgasse des Korea-Krieges, die von dem Durchschnittsamerikaner bereits als eine chronisch blutende Wunde empfunden wird, mag zu diesem Gefühl ein übriges beigetragen haben. Es fehlt nicht an Stimmen in Amerika, daß die ganze bisherige amerikanische Politik letzten Endes faktisch im Schlepptau Moskaus geblieben ist. Man fordert demgegenüber, daß Washington endlich die Initiative an sich reißt und Stalin das Gesetz des Handelns schon im Kalten Krieg aus der Hand schlägt. So ungefähr dürfte die grundsätzliche Alternative für die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik zur Zeit lauten. Im einzelnen ließen sich die Antithesen noch folgendermaßen detaillieren:

1. „Erhaltung des Friedens und des Gleichgewichtes“ in der Welt unter Beibehaltung des heutigen Status quo, was gleichbedeutend ist mit der Fortsetzung der vergeblichen Versuche, allein den Völkern des Westens Frieden und Sicherheit zu gewährleisten und auf Kosten einer ewigen Versklavung der Völker im Osten zur Aussöhnung mit der Tyrannei zu gelangen, oder aber „Wiederherstellung des Friedens und der Freiheit“, die durch Moskau praktisch aufgehoben worden sind, Annullierung aller Konzessionen, die der Sowjetunion eingeräumt und von ihr mißbraucht wurden, und Aufstellung der Forderung nach Freigabe aller unterjochten und unterdrückten Völker als Grundvoraussetzung für jedweden Vergleich. Die erstere Alternative geht nur auf die Eindämmung der bolschewistischen Weltgefahr durch Errichtung eines Cordon Sanitaire bzw. durch einen etwaigen Nichtangriffspakt und Fortsetzung des Kalten Krieges auf unbestimmte Zeit hinaus, die letztere — auf systematische Bekämpfung und Vernichtung des Weltbolschewismus und dessen unaufhaltsamer Aggression durch Entmachtung des russischen Weltimperialismus. Eine dritte Möglichkeit bietet sich heute der amerikanischen Politik in der Tat nicht, und schon diese Erkenntnis würde in der weltpolitischen Konzeption Amerikas einen begrüßenswerten Fortschritt bedeuten.

2. Einschätzung und Bekämpfung des Kommunismus und Bolschewismus lediglich als sozialpolitische Ideologien und interne Regierungssysteme unter Respektierung des russischen Imperiums und gar des gegenwärtigen russischen Machtbereiches, oder aber Erkenntnis des Weltbolschewismus als potenzierte Variante des russischen Weltimperialismus, den es zu vernichten gilt, um der Welt Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.

3. Festhalten an willkürlichen Großraumregelungen und Protegierung von gewalttätigen Staatskonstruktionen gegen den Willen der betroffenen Völker, welche Ideen von russischen Imperialisten, aber auch von Nutznießern der unglückseligen Pariser Friedensverträge inspiriert werden, oder aber entschiedener Abbruch mit all den verderblichen Vorurteilen und Rückkehr zu den gesunden Grundprinzipien von nationaler Selbstbestimmung und Gleichberechtigung Wilsons, der bei der Friedensregelung in Paris im Jahre 1919

von europäischen Imperialisten und Konjunkturpolitikern, zum Schaden Europas und der Welt, schon einmal überspielt wurde und in der Folgezeit geistig daran zerbrach. Das erstere verleitet zu Versprechungen, das großrussische Reich nach Kerenskys pseudo-demokratischem Rezept auch nach der Niederbringung des Bolschewismus unverseht zu erhalten, was die Lähmung der nationalrevolutionären Kräfte der vielen nichtrussischen Völker aus der UdSSR nach sich zieht und brüskiert gleichzeitig die leidtragenden Völker der Benesch-„Demokratie“ und des „national-kommunistischen“ Tito-Paradieses, das letztere aber bedeutet die Gewährleistung einer

„Unser Weg kennt keine Kompromisse“

Unter dieser Überschrift bringt das Organ des National Turkestanischen Einheits-Komitee „Milli Türkistan“ Nr. 80—81 B an leitender Stelle folgende eindeutige und kategorische Erklärung:

Das National Turkestanische Einheitskomitee (NTEK) war in seinem Freiheitskampf immer kompromißlos und wird gegenüber den russischen Imperialisten nie kompromißbereit sein. Die Zusammenarbeit mit ihnen wird nie die Freiheit für Turkestan mit sich bringen.

Aus diesem Grunde hat das NTEK an den Versammlungen russischer Imperialisten und russophilen Kreisen, die vom Amerikanischen Komitee veranstaltet worden sind, und am 20. 8. 1951 in Stuttgart, 5. 7. 1951 in Wiesbaden, 19. bis 21. 6. 1952 in Starnberg und 10. bis 17. 10. 1952 in München stattfanden, nicht teilgenommen. Das Ziel dieser Veranstaltungen war, die Russen und Nicht-Russen unter russischer Hegemonie zu vereinigen. Das National Turkestanische Einheits-Komitee lehnt ihre Resolutionen, Pläne und Programme ab.

Das NTEK wird mit dem russischen Imperialismus nicht zusammenarbeiten, denn das Ziel des Komitees ist Turkestan von Rußland zu befreien und einen unabhängigen turkestanischen Staat zu begründen. Die Ziele der turkestanischen Emigration sind identisch mit denen des NTEK.

National Turkestanisches Einheits-Komitee.

stabilen Neuordnung Eurasiens auf der Grundlage der nationalen Eigenständigkeit aller bisher unterjochten Völker und deren Einschaltung als opferbereite Bundesgenossen im Kampfe gegen die bolschewistische Weltgefahr.

4. Weiterbefolgung der von Moskau inspirierten heimtückischen Parole eines sogenannten „Antifaschismus“, unter deren Deckmantel die nationale Idee als Grundpfeiler der antibolschewistischen Resistenz im Westen untergraben und die nationalen Kräfte verfemt werden sollen, oder aber Erkennung der nationalen Idee, mit der heute selbst Stalin zu spekulieren versucht, als tragendes Element zur Sprengung der bolschewistischen Herrschaft und Einbeziehung der nationalen Kräfte als Bannerträger im Feldzug gegen die bolschewistische Tyrannei. Die erstere Alternative würde genau den Zustand fortsetzen, den sich Stalin wünscht, um die tragenden Kräfte des psychologischen Krieges gegen Moskau in den unterjochten Ländern weiterhin lahm gelegt zu wissen und der Spionage, Sabotage und Zersetzung in den westlichen Ländern auch fernerhin Tür und Tor offenzuhalten, während die zweite dem Kreml einen Strich durch die Rechnung bedeuten würde.

5. Fortsetzung der Zusammenarbeit mit pseudo-demokratischen Favoriten aus der Emigration, selbst wenn sie bis gestern noch Moskau verschworen und Schrittmacher des Bolschewismus in ihren Ländern gewesen sind, unter Ausschluß der kompromißlos antibol-

schewistischen Emigration vieler Völker, die als „faschistisch“ verleumdet ist, nur weil sie im letzten Weltkrieg einem Notwehr- und Selbsterhaltungskampf gegen Moskau das Wort gesprochen hat, oder aber deren vorbehaltlose Anerkennung und Heranziehung zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus und radikale Ausmerzungen aller kommunistischen und auch kommunoiden Elemente, die als Fünfte Kolonnen Moskaus den Westen unterminieren und die Atombombe Stalin bereits in die Hände gespielt haben.

Diese und noch manche andere Kontroversen sind es, die für den gegenwärtigen Zwiespalt der amerikanischen Politik charakteristisch sind. Sie bilden zugleich die wesentlichen Differenzen in der außenpolitischen Konzeption der bisher regierenden Demokraten und der künftigen Regierungspartei der Republikaner, die den neuen amerikanischen Kongreß beherrscht. Amerikas neugewählter Präsident General Eisenhower scheint seine höhere Mission darin zu erblicken, im Interesse der Einheit im Inneren und der Sicherheit nach außen unter den vorhandenen Gegensätzen möglichst die Waage zu halten. Es besteht aber aller Grund zu hoffen, daß unter seiner Führung die amerikanische Außenpolitik sich manchen verhängnisvollen Irrtums und Fehlers der Vergangenheit wird entledigen können, um zu den nüchternen Erkenntnissen und konstruktiven Grundsätzen unserer schicksalsschweren Gegenwart und einer besseren Zukunft durchzufinden, die den großen Traditionen Amerikas würdig wären.

Das führende amerikanische Blatt „New York Times“, das parteipolitisch für nicht gebunden gilt, traf den Nagel auf den Kopf, als es neulich anläßlich des vielbesprochenen Stalin-Interviews u. a. buchstäblich schrieb:

„... Die Geschichte der sowjetischen Handlungen zeigt, daß — wenn immer die Sowjets eine besonders schlimme Tat vollführt haben oder etwas derartiges vorbereiten — Stalin jedesmal die joviale ‚Onkel-Joe‘-Rolle gespielt und in aller Öffentlichkeit oder in diplomatischen Konferenzen eine beruhigende Erklärung abgegeben hat, um die Welt mit sowjetischen faits accomplis auszusöhnen und irgendein ‚Eingreifen‘ zu verhindern. Auf diese Weise hat Stalin zwei amerikanische Präsidenten hinter sich geführt und möglicherweise hofft man, dies auch mit dem dritten tun zu können.“

Diese nüchterne Sprache bedeutet allenfalls einen Lichtblick und gibt allen Grund zu der Hoffnung, daß der kritische Punkt am Scheidewege der amerikanischen Politik bereits überwunden ist.

Während man aber in Amerika auf dem Wege ist, alle verhängnisvollen Illusionen der Vergangenheit abzustreifen und sich für die Täuschungsmanöver des Kremles immer mehr gefeit zeigt, fehlt es paradoxerweise gerade in europäischen Ländern, die in unmittelbarer Reichweite des bolschewistischen Rachens liegen, nicht an Stimmen, welche von Rückfällen in verderbliche Verblendung und Kompromißbereitschaft zeugen. Ein krasses Beispiel hierfür lieferte neulich der Chefredakteur eines „führenden“ süddeutschen Blattes, der in seinem Kommentar im Münchner Rundfunk über das Stalin-Interview offen dafür eintrat, dessen „ausgestreckte Hand“ eilig zu ergreifen und sich mit ihm zu verständigen, indem man all dasjenige, was hinter dem Eisernen Vorhang liegt, einfach abschreibt, denn „nur so sei das friedliche Nebeneinanderleben möglich“!

Sancta simplicitas! Solche Mentoren der öffentlichen Meinung im Westen ahnen scheinbar immer noch nicht, daß die nächste Phase einer derartigen „Verständigung“ nur die unfehlbare Verschluckung ganz Europas sein kann, was in nicht allzu ferner Zeit auch erfolgen wird, wenn man den Weltbolschewismus vor den Pforten des noch freien Weltteiles noch geraume Zeit „friedlich nebeneinanderleben“ und gewähren läßt.

Die unterjochten Völker und deren Emigration im Gewicht des westlichen Kriegspotentials

Von Generaloberst a. D. Ferenc Farkas de Kisbarnak

Die weltanschaulich fundierten Gegensätze unserer heutigen Zeit lassen sich nicht überbrücken. Sie führen unaufhaltsam zu einer unerbittlichen Auseinandersetzung in planetarem Rahmen auf Leben und Tod. Ein dritter Weltkrieg ist nicht mehr zu vermeiden und wird mit allen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln im totalen Ausmaß geführt.

Zeit und Raum sind durch die erreichten rasenden Geschwindigkeiten zwerghaft zusammengeschrumpft. Es gibt keine Entfernungen mehr, die von den Düsen-, Turbo- und Raketenflugzeugen nicht in kürzester Zeit bezwungen werden können. Ozeane und Kontinente bilden keine Trennung mehr. Der Erdball ist unglaublich klein geworden. Auf dieser nunmehr so klein gewordenen Erde stehen sich derzeit zwei Weltmachtgruppen gegenüber: der Sowjetblock mit seiner universalen Aggression und die Westmächte in der Defensive. Beide bereiten sich auf den unvermeidlichen Zusammenstoß vor.

Der Krieg in Korea bildet nur ein kleines Zwischenspiel im Streite der Weltmächte um die während des 2. Weltkrieges eroberten Positionen. Es liegt auf der Hand, daß es nicht die nordkoreanische Regierung war, die den Angriff auf die freie westliche Welt begonnen hat. Im Hintergrund lauert der eigentliche Urheber — die Sowjetunion — die allein es wagt, mit den Vereinigten Staaten zu konkurrieren. Nachdem die UNO-Streitkräfte auf Korea sich auf die Defensive beschränkt haben, hängt es nunmehr allein von der Sowjetunion ab, wo, wann und wie lange mit Hilfe der Satelliten und Chinas dieser Kampf fortgesetzt werden soll. Es hängt davon ab, ob Moskau eine rasche Entscheidung anstrebt oder vielmehr die langsame Zermürbung und Zersplitterung ihres Gegners. Die im Hintergrund lauernde Sowjetunion spielt dabei die Neutrals und sammelt auf Kosten anderer billige Kriegserfahrungen.

In der Voraussicht der kommenden Weltkonfagrations haben 12 westliche Länder im April 1949 den Nordatlantikkpakt geschlossen, dem sich später noch Griechenland und die Türkei anschlossen. Eine gemeinsame militärische Verteidigungskommission soll die defensiven Pläne der Nordatlantikkpaktmächte ausarbeiten und eine gemeinsame Militärmacht organisieren. Es werden europäische, amerikanische und sonstige Verteidigungspläne vorbereitet, man hört auch von verschiedenen Verteidigungslinien zur Abschirmung und Sicherung der Räume zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Endabsicht der Sowjetunion ist die totale Weltbeherrschung, ihr näheres Ziel — die Besetzung Europas, die Inbesitznahme der strategischen Seehäfen und die Beherrschung der wichtigen Rohstoffgebiete. Zur Vereitelung dieser Absichten genügt es nicht, daß die Westmächte den schon jahrelangen Kalten Krieg, welcher jeden Augenblick „heiß“ werden kann, bloß zur Kenntnis nehmen. Es tut vielmehr not, daß der Westen sowohl auf der psychologischen als auch auf der militärischen Ebene zum tatkräftigen Gegenangriff übergeht.

Durch Chinas Einverleibung sind dem Sowjetblock bereits rund 800 Millionen Menschen zugeflossen. Der Sowjetstaat verfügt zur Zeit über die größte, jederzeit schlagbereite Wehrmacht, seine Rüstungswerke laufen schon unmittelbar seit Ende des letzten Weltkrieges fieberhaft auf Höchsttoure.

Demgegenüber können die Atlantikkpaktmächte auf einem fast doppelten Raum kaum die halbe Menschenkraft von etwa über 300 Millionen entgegenstellen. Sie besitzen heute kaum nennenswerte Heereskontingente. Die Kriegsindustrien benötigen entsprechende Zeit, um in voller Kapazität anlaufen zu können. Vorausgesetzt, daß keine Störungen

durch feindliche Einwirkung eintreten, übertrifft die westliche Produktion jene des Sowjetblocks um das Vielfache. Auch stehen dem Atlantikkpakt eine Masse ausgebildeter Facharbeiter zur Verfügung, so daß seine Produktionsmöglichkeiten jene des Sowjetblocks in kürzester Zeit mehrfach übertreffen können.

Die Hauptmacht und das Arsenal sind die USA. Zusammen mit Kanada bilden sie den Kern und den räumlichen Mittelpunkt. Westeuropa, Vorderasien, Indien und Südasien erscheinen bloß als deren große kontinentale Brückenköpfe. Die Weltmeere und Afrika sind deren Nachschubwege.

Die wichtigsten Industriegebiete und Zentren der Sowjetunion sind hauptsächlich über dem Nordpol und der Polargegend zu erreichen, während die Industriezentren der östlichen Staaten Amerikas bereits jetzt, durch von Unterseebooten abgeschossenen Fernlenk Waffen gestört, unter Umständen sogar zerstört werden können.

Die Sowjetunion hat sich in der Gestalt ihrer Satellitenstaaten ein breites Vorfeld und

dadurch besondere militärische Sicherheiten geschaffen. Das Verkehrsnetz eröffnet dabei hervorragende Aufmarschmöglichkeiten, insbesondere gegen Westeuropa. Verfügbar sind einige hundert Divisionen, zum größten Teil motorisiert, starke Fliegerkräfte und eine beträchtliche U-Bootflotte, die ständig in Bereitschaft stehen um die europäischen und asiatischen Brückenköpfe der Atlantikmächte gegebenenfalls zu überrennen.

Die Westmächte können sich indessen nicht mehr den Luxus leisten, den europäischen Doppelkontinent, selbst nur vorübergehend, den Sowjets zu überlassen, um ihn später durch Invasionen wieder zurückzuerobern. Ganz abgesehen davon, daß in solchem Falle nur Ruinenfelder und Friedhöfe der westlichen Kultur übrigbleiben würden, würde eine solche Strategie so viel an Zeit, Mühe und Aufwand kosten, daß es fraglich erscheint, ob ein auf diese Weise isolierter amerikanischer Kontinent dann überhaupt noch in der Lage wäre, Invasionen durchzuführen.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Fürst von Tokary, Tokarzewski-Karaszewicz
ehem. Minister und Gesandter der Ukraine

Das Schwarze Meer — ein Brückenkopf des Weltfriedens

Dem unablässigen Druck der imperialistischen Politik Rußlands zufolge, welche hier einerseits mit lebenswichtigen Interessen anderer Weltmächte kollidiert und andererseits auf Kosten der Freiheit, des Friedens und der guten Nachbarschaft der Anrainervölker betrieben wurde, die man für fremde Interessen noch gegeneinander ausspielte, bildete und bildet das Schwarzmeergebiet auch heute noch eine neuralgische Sphäre der Weltpolitik. Im Zeichen dieser permanenten Spannungen hatte sich insbesondere die Politik des türkischen Reiches zu entwickeln, welches kraft seiner strategisch wichtigen Lage an den Meerengen die undankbare Rolle eines Wachtpostens zu spielen, der angesichts des Dranges des russischen Imperialismus nach dem Mittelmeer unentwegt auf der Hut sein mußte.

Es mutet dabei paradox an, daß die eigentlichen Anrainervölker des Schwarzen Meeres, die seit jeher seine Gestade besiedeln und bereit wären, untereinander in Frieden und ersprißlicher Zusammenarbeit zu leben, zumal alle wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen hierzu in idealem Maße vorhanden sind, zu Objekten der imperialistischen Politik Rußlands degradiert waren, obwohl das russische Volk selbst ethnographisch mit dem Schwarzen Meer an sich überhaupt nicht in Berührung stand. Leidtragende waren hierbei namentlich die Ukrainer, Georgier, Nordkaukasier, Kosaken und Aserbeidschaner, die schon früher dem russischen Drang nach dem Schwarzen Meere zum Opfer fallen mußten. Erst nach deren Einverleibung konnte bekanntlich „Großrußland“ als „Anrainermacht“ an diesem wichtigen Meere auftreten, das in unserer Zeit durch die Unterjochung Rumäniens und Bulgariens in seiner Entwicklung zum „russischen See“ noch einen Schritt weitergebracht worden ist. Der Druck Moskaus und dessen Satelliten in diesem strategisch entscheidenden Gebiet bleibt somit nunmehr allein auf türkischen Schultern lasten, was in der kommenden Auseinandersetzung der Tür-

kei eine ebenso schwerwiegende wie schwer zu erfüllende Rolle auferlegt.

In der Voraussicht dieser unheilvollen Entwicklung und im Bewußtsein der gemeinsamen Interessen der eigentlichen Schwarzmeervölker haben sich unter ihnen schon früh genug Initiativen geltend gemacht, die darauf hinausgingen, durch eine pax pontica (Friedenspakt des Schwarzen Meeres), gestützt hauptsächlich durch die Ukraine im Norden und das türkische Reich im Süden, dem sich auch die übrigen Schwarzmeerländer anschließen wollten, den russischen Druck im Schwarzmeergebiet zu neutralisieren und aus diesem Spannungsfeld weltpolitischer Kontroversen und Konflikte einen Faktor des Friedens zu machen. In unseren Tagen, da diesem Gedanken wieder einmal höchste politische Aktualität zukommt, lassen wir im folgenden den ehemaligen Minister der freien Ukraine, Fürst von Tokary, der auch ukrainischer Gesandter in Konstantinopel war und selbst zu den Vätern und Gestaltern dieser Initiative zählt, mit einigen persönlichen Aufzeichnungen hierüber zu Worte kommen: (Die Red.)

Schon im Herbst 1917 wurde in Kyiw ein Kongreß von Vertretern der Völker einberufen, um deren nachbarschaftliche Beziehungen zu festigen. Im Jahre 1919 schlug der ukrainische Außenminister K. Mazijewycz den Abschluß eines Bündnisses der kaukasischen Völker und der Kosakenländer mit der Ukraine vor, dem sich künftig noch Rumänien usw. anschließen sollten. Dieser Bund sollte in erster Linie von der Türkei und den Siegern nach dem ersten Weltkriege anerkannt werden. Diesbezüglich wurde seinerzeit in Odessa auch mit dem Kommando der unglückseligen Landung verhandelt, welches nach Marshall Franchet d'Esperey's eigenen Worten „von den Angelegenheiten des Ostens im allgemeinen und der Ukraine im besonderen gar nichts verstand“. Ein ausführliches Memorandum der ukrainischen Regierung wurde damals der Friedenskonferenz in Paris zugeleitet, jedoch, wie zu erwarten war, von dieser unbeachtet gelassen.

Die Idee eines Schwarzmeerbundes hat damals die sogenannte Entente nicht nur nicht entzückt,

Das Schwarze Meer – ein Brückenkopf des Weltfriedens

sondern man gewährte Denikin, Wrangel und anderen Erneuerern „des einigen und unteilbaren russischen Reiches“ weitgehende Hilfe. Heute zeigen sich die Früchte dieser wiederhergestellten und so gefestigten „großrussischen Einheit“.

Schon damals, im Jahre 1919, gab es zwei Konzeptionen zur Regelung der Angelegenheiten Osteuropas: Entweder die Einheit des russischen Imperiums zu erhalten oder es in unabhängige Nationalstaaten aufzulösen. Eine dritte Möglichkeit gab es nicht und wurde bis zum heutigen Tage auch von niemandem gefunden, da es außer dieser Alternative eine andere Lösung tatsächlich nicht gibt.

Damals setzte sich auf dem politischen Markt des Westens eben die erste Konzeption durch, und sie ist es, die bis heute noch der Konzeption des ABN entgegensteht. Das scheint auch der Grund dafür zu sein, warum dem ABN von mancher Seite immer noch nicht jene Sympathien entgegengebracht werden, die ihm an sich vollauf gebühren.

Es mag sein, daß jemandem die Auflösung des russischen Reiches zuwider ist, vielleicht zieht es jemand immer noch vor, auch heute noch Initiative der russischen Emigration, wie das sogenannte „Koordinationszentrum des Antibolschewistischen Kampfes“ (KZAB), zu unterstützen — das ist jedenfalls die Konzeption, deren Sieg schon einmal solch „glückliche“ Folgen gezeitigt hat, wie sie die Welt heute erleben muß.

Die Ignorierung ihrer Konzeption im Jahre 1919 hat aber die Ukrainer — wie alle anderen unterjochten und daran interessierten Völker — durchaus nicht mutlos gemacht. Die Wortführer ihrer Außenpolitik wechselten, die grundlegende Konzeption jedoch und in Sonderheit die Idee eines Schwarzmeerbundes lebten auch im Jahre 1921 auf. Die ukrainische Regierung beauftragte seinerzeit ihren Gesandten in Konstantinopel, die Initiative wieder aufzugreifen, um eine Übereinstimmung der Staaten des Schwarzen Meeres, resp. ihrer Regierungen und Exilvertretungen zur Zusammenarbeit herbeizuführen. Damals wie heute spielte eine entscheidende Rolle die Stellungnahme der Türkei zu dieser Initiative.

Verständlicherweise hatte somit der ukrainische Gesandte bei der Erfüllung seiner Mission und den diesbezüglichen Verhandlungen mit den Vertretern der kaukasischen Republiken und der Kosakenländer der türkischen Einstellung genau Rechnung zu tragen. Damals gab es auch in der Regierung des Sultans an der Hohen Pforte Politiker der alten Schule wie Damad Ferid Pascha, Tewfik Pascha, Marschall Achmed Izzet Pascha und Sefa Bey, der in Brest-Litowsk den Frieden mit der Ukraine unterzeichnete. Sie alle hatten wohl Verständnis für die Vorteile, die sich für die Türkei ergeben würden, „wenn es kein Rußland mehr am Schwarzen Meere gibt“, d. h. wenn die Russen auf ihr ethnographisches Territorium beschränkt werden würden. Jedoch ging zu dieser Zeit die Existenz des Sultanats bereits seinem Ende entgegen und das Zentrum des türkischen politischen Lebens verlegte sich bald nach Ankara.

Aber nicht allein die alttürkischen Kreise brachten den ukrainischen Bemühungen zur Schaffung eines Schwarzmeerbundes mit der gewünschten Beteiligung der Türkei Interesse entgegen. Auch unter der Anhängerschaft Mustafa Kemal Paschas — in den Kreisen um die Redaktionen der „Ifham“ und der „Vakat“, aus welchen einige Gesandte und Minister der gegenwärtigen Zeit hervorgegangen sind, gab es viele, welche diesen Plänen mit betonter Sympathie gegenüberstanden.

Die Bemühungen nach einem Schwarzmeerpakt wurden auch in der Folgezeit fortgesetzt und am 28. Juli 1925 kam in Paris ein Bündnisvertrag zwischen den kaukasischen Republiken und der Ukraine zustande, ähnlich dem Verträge von Konstantinopel vom November 1921.

Jene fruchtbare Konzeption, um deren Verwirklichung seinerzeit ukrainische Vertreter bemüht waren, wird heute von den Vertretern sämtlicher Völker des ABN geteilt und beherzigt als einzig ehrliche und konstruktive Grundlage zur Lösung des Ostproblems überhaupt und der Schwarzmeer- und Mittelmeerfrage im besonderen im Sinne des allseitigen Interesses und der dauernden Befriedung dieser Räume durch Ausschaltung des russischen Störenfrieds von den Gestaden des Schwarzen Meeres.

Eine Hauptfrage der Weltpolitik, um die es auch heute geht, ist es, wie man das Schwarze Meer in seine normale Rolle als Teil des Mittel-

meeres zurückführen, es gleich ihm freimachen und nicht zum russischen See werden lassen soll. Eben dieser Frage hat mancher Politiker der vergangenen Zeit, wie der Außenminister Napoleons III., Graf Walewski, seine Karriere zu verdanken und daran wiederum hat sich manch anderer, wie David Urquhart, auch den Hals gebrochen. Bei der Lösung des Problems kommt heutzutage in jedem Falle der türkischen Republik eine entscheidende Rolle und Bedeutung zu.

Im Sommer 1952 brachte der bekannte Korrespondent des Londoner „Observer“, R. Stephens, in Ankara seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die neue Türkei ganz und gar westliche Gestalt angenommen habe und unterstrich dabei den Einfluß der amerikanischen Hilfe. Die Umwälzungen auf dem zivilen und noch mehr auf dem militärischen Sektor gaben General Ridgway allen Grund, neulich in Paris zu erklären, daß keine der 14 Armeen des Atlantikpaktes besser als die türkische sei, was angesichts des traditionellen großen Wertes des türkischen Soldaten auch nicht verwundert. Wert und Bedeutung der Türkei als militärischer Faktor im kommenden Krieg dürfte in der Tat über jedem Zweifel stehen.

Wie groß aber die militärische Stärke der Türkei auch immer sein möge, wenn sie ihre persischen Grenzen, wo man auf alles gefaßt sein muß, oder ihre Grenzen mit Irak und Syrien, wo die russische Hand dauernd im Spiele ist, sichern wollte, wäre sie noch auf andere Kräfte und Faktoren im Osten angewiesen, die sich heute als ihre natürlichen Bundesgenossen abzeichnen.

Kürzlich erschien in der Presse eine Nachricht, wonach zwischen Großbritannien und der Türkei in bezug auf die mögliche Verteidigungslinie volles Einverständnis herrsche, und mancher freute sich darüber, daß es der Türkei gelungen ist, die Mitglieder des Atlantikpaktes zu überzeugen, den Nahen Osten auf der kürzesten Front des Kaukasus zu verteidigen. Zu dieser Verteidigung solle die Türkei die arabischen Völker heranziehen.

Der bekannte englische Militärschriftsteller General H. G. Martin spricht jedoch von einer Verteidigungslinie Batum—Basra und stellt die Beteiligung der Türkei an dieser großen Front mit stellenweise sehr unsicheren Etappenpositionen in Rechnung, bei denen aber ein sofortiger Kontakt

zwischen den Türken und den ihnen verwandten Völkern hinter dem Eisernen Vorhang fehlen würde, während dem Feind ein Kontakt mit den Bewegungen der Kurden und anderen in den Grenzgebieten offen stünde.

Nicht minder wichtig als die militärische Macht erscheint also hier auch die politische Voraussicht schon bei der strategischen Planung, und es ist zu hoffen, daß die Türken, die ihre politische Weisheit während der fünf jahrhundertlangen Existenz ihres Osmanischen Reiches unter Beweis gestellt haben, solche auch jetzt nicht vermissen lassen werden.

Damit kommen wir zum Anfangsgedanken von der Notwendigkeit einer Verständigung der Türkei mit ihren nächsten Nachbarvölkern am Schwarzen Meere zurück, die nicht minder wichtig ist als jene unter den arabischen Staaten. Dafür muß aber die heutige Türkei sich genau so aufrichtig zum Prinzip bekennen, „daß es kein Rußland mehr am Schwarzen Meere gibt“, wie es im Jahre 1921 die Minister des Sultans taten. Der Kampf der von Rußland unterdrückten Völker, unter denen die Türken soviel Blutsverwandte haben, und das gemeinsame Kampfprogramm des ABN zur Wiederherstellung der selbständigen Nationalstaaten und zum brüderlichen Zusammenarbeiten im künftigen Frieden haben bestimmt die Sympathien eines jeden ehrlichen Türken, und man sollte diese Sympathien nicht zu trüben versuchen.

Es tut aber not, schon heute zur Vorbereitung und Verwirklichung der Zusammenarbeit auf der Grundlage dieser Konzeption zu schreiten, indem man sich die Anwesenheit der zahlreichen Emigration aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang im eigenen Lande zunutze macht. Strategische Schlüsselpositionen und Kriegsmechanismus, mögen die Soldaten noch so mutig und gut ausgerüstet sein, genügen allein nicht. In einer Auseinandersetzung wie die kommende es sein wird, müßte man sich vor allem auch die Seele seiner nächsten Nachbarn zu sichern verstehen, die an dem Sieg genau so interessiert sind und sich als potentielle Kampfgefährten von unermeßlichem Wert erweisen werden.

Die Verteidigungsposition am Schwarzen Meer erscheint heute schwieriger denn je. Der Kreml hat weder das Testament Peters I. vergessen, noch die Privilegien nach den Verträgen von Montreux, die Rußland zu einer unbeschränkten Flotte im Schwarzen Meer und deren Durchfahrt durch die

(Schluß auf Seite 12)

ZUR JAHRESWENDE

(Fortsetzung von Seite 1)

und während die imperialen Staatskonstruktionen unserer Zeit sich mit beschleunigtem Tempo in Commonwealths umgestalten, wird allein das russische Reich und gar sein ganzer heutiger Machtbereich für tabu erklärt. Dies in einer Zeit, wo der unaufhaltsame Prozeß der nationalen Befreiung selbst die sowjet-russischen Machthaber dazu zwingt, sich diesseits wie jenseits des Eisernen Vorhanges als Beschützer der nationalen Souveränität aufzuspielen und davor zu hüten, von einem „unteilbaren Rußland“ oder dergleichen zu sprechen. Demgegenüber muten westliche Versuche, das Problem des antibolschewistischen Kampfes im Zeichen eines integralen „Rußlands“ zu lösen, wahrlich nur noch als böse Witze an. Wem es um die Heranziehung unserer Völker und die Konsolidierung der Weltordnung von morgen ernst zu tun ist, der muß ihnen zumindest zuerkennen: die nationale Souveränität!

Hierzu noch eine Frage: Warum findet man eigentlich, daß die Akzeptierung unseres Programms eine ungehörige Einmischung in innere Angelegenheiten der Sowjetunion wäre, wo doch selbst nach der sowjetischen Verfassung unseren Völkern, wenn auch nur scheinheilig, aber formell das Recht zuerkannt ist, sich von der „Union“ gegebenenfalls zu lösen, während demgegenüber einem Kerenski oder Melgunow, die es nur auf eine Abschaffung des kommunistischen Regimes abgesehen haben, im Westen bedenkenlos jede Unterstützung gewährt wird? Welches Regierungs-

system ein Land haben oder nicht haben soll, dürfte doch eher seine eigene „interne Angelegenheit“ sein, als der Anspruch auf einen Freibrief, über fremde Völker gewaltsam zu herrschen und Völkermord zu treiben.

Auf dem Moskauer Kongreß im vorigen Jahr wurde es offenkundig, welche Wege der Bolschewismus in seinem psychologischen Krieg künftig zu gehen gedenkt. Die Macht unserer Ideen ist so groß, daß selbst der Kreml unablässig versuchen muß, sie zu verfälschen und für seine eigenen Zwecke zu mißbrauchen. Es sind die Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Dagegen wagt selbst Stalin nicht offen aufzutreten. Soll es gerade jetzt jemand im Westen tun?

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung zweier Welten hängt aber der Sieg nicht allein von der Güte leerer Propagandaphrasen, sondern vor allem von den besseren Ideen ab und noch mehr von der Aufrichtigkeit, mit der man zu ihnen steht, d. h. von der Bereitschaft, sie auch in die Tat umzusetzen. Die Meere von Blut und die neuen Ruinen eines künftigen Krieges werden nicht zu verantworten sein, wenn eine bestehende Tyrannei durch eine neue ersetzt oder die Welt nach imperialistischem Muster geteilt werden soll. Genug des Terrors, der Morde, der Ausbeutung, der Furcht und des Hungers! Genug der nationalen und sozialen Unterdrückung! Unsere Völker sehnen sich nach Freiheit und Gerechtigkeit und sind dafür zu einem jeden Opfer bereit. Aber auch — nur dafür!

Nach der Niederwerfung des Bolschewismus

Zukunftsbild der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der unterjochten Völker der UdSSR

Diskussionsartikel eines ukrainischen Universitätsprofessors aus Kyiv

Trotz aller Kontroversen und Diskussionen über die künftige Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unserer heutigen Welt, dürfte über eine grundsätzliche Feststellung wohl Einmütigkeit herrschen: die liberalistische Wirtschaft, gepaart mit einer zweckmäßigen, den jeweiligen lokalen Umständen und Erfordernissen angepaßte Intervention der Staatsgewalt wird bis auf weiteres als feste Grundlage für die ökonomische Entwicklung der Völker zu dienen haben. Dieser Grundgedanke behält auch für die künftige Entwicklung unserer Länder, die zur Zeit zu Objekten grausamer sozialer Experimente von der russisch-bolschewistischen Herrschaft gemacht worden sind, seine volle Gültigkeit.

Die gegenwärtigen Wirtschaftsformen, die unseren Völkern vom bolschewistischen System aufgezwungen wurden, haben unzweifelhaft gezeigt, daß die gänzliche Ausschaltung des Privateigentums und der privaten Initiative einen unnützen Verschleiß der Kräfte unserer Volkswirtschaften und sozialen Verhältnisse mit sich gebracht haben, die einen Vergleich mit den kapitalistischen Ländern bei weitem nicht standhalten können. Die Abschaffung des privaten Landbesitzes, wie das Privateigentum an Industrie etc. und die Einführung der absoluten Planwirtschaft bei voller Ausschaltung des Marktmechanismus als Regulator des Umlaufes der Produktionsgüter hat nicht zur Hebung der sozialen Verhältnisse geführt, sondern umgekehrt — zu einem ökonomischen Tiefstand der Bevölkerung, der nur als Pauperismus bezeichnet werden kann.

Nach der Beseitigung des Bolschewismus werden unsere Völker bestimmt zu jenen volkswirtschaftlichen Grundsätzen zurückgreifen wollen, die heute in der westlichen Welt vorherrschend sind, und weit geeigneter erscheinen, ihnen eine volle Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und ökonomische Prosperität zu gewährleisten. Selbstverständlich wird bei dem Übergang zu einem neuen liberalistischen Wirtschaftssystem nur geschritten werden können, indem man dafür Rechnung trägt, daß alle diese Länder über drei Jahrzehnte lang unter vollkommen anderen Wirtschaftsformen existiert haben, die man zweckentsprechend zu überleiten hat.

Das künftige Wirtschaftssystem unserer Völker wird wohl eine Synthese zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen der hochentwickelten Länder Westeuropas und Amerikas einerseits und den spezifischen geschichtlichen, geographischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen unserer Länder sein. Als Grundziel, das dabei zu verwirklichen ist, wird das Prinzip gelten, daß jedermann einen Grad des Wohlstandes gesichert bekommt, der ihm die Möglichkeit gibt, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, und zwar durch Befriedigung sowohl seiner materiellen als auch kulturellen Bedürfnisse.

Zur Verwirklichung dieser Aufgabe wird man zu Grundlagen des Wirtschaftslebens zurückgreifen müssen, die sich in der bisherigen Existenz der westlichen Gemeinschaften aufs beste bewährt haben: die Grundsätze des Privateigentums und der privaten Initiative. Einem jeden muß die Möglichkeit zurückgegeben werden, auf seiner Scholle oder in seinem Unternehmen frei zu schalten und walten, den Ertrag seiner Arbeit frei zu nutzen und die erzeugten Güter frei zu tauschen zu können. Der Privatbesitz und der freie Wettbewerb ist nur insofern durch eine wohldurchdachte und genau bemessene Intervention des Staates einzuschränken, als dies im Interesse der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Einzelindividuen im besonderen notwendig und geboten erscheint, um das soziale Gleichgewicht zu wahren.

Die Landwirtschaft in Sonderheit wird ganz nach dem Grundsatz des Privateigentums mit mittlerem Landbesitz aufzubauen sein. Das würde nicht allein einem heiligen und elementaren Anliegen unserer Bauern entsprechen, die mehr als einmal ihre Scholle durch Blutzoll schützen mußten, sondern auch im Einklang mit den wissenschaftlichen

Ergebnissen für eine produktive und ertragreiche Landwirtschaft stehen.

Ausgenommen kann nur ein beschränkter Teil großer Anwesen bleiben, die zur Durchführung von landwirtschaftlichen Forschungen und Reformen oder zur Versorgung bestimmter Industriezweige mit Rohstoffen notwendig wären. Solche Anwesen werden vornehmlich im Staatsbesitz bleiben müssen.

Was die Industrie anbelangt, wird sie auf kombinierten Grundlagen aufzubauen sein, und zwar: a) kleinere und mittlere Unternehmen kehren ins Privateigentum zurück gegen eine an den Staat zu leistende angemessene Entschädigung; b) Unternehmen größeren Umfangs, die im Staatsbesitz bleiben, gewähren dem privaten Kapital zweckentsprechende Beteiligung (gemischte Form); c) die Grundindustrien bleiben im Besitz des Staates, damit keine wirtschaftlichen Erschütterungen herbeigeführt und nicht abträgliche Sozialisierungskämpfe hervorgerufen werden, wie in manchem westlichen Lande unserer Zeit.

Im Handel muß dem privaten Kapital ein weiterer Spielraum gewährt werden, was am besten geeignet wäre, den Markt zu regulieren, den Austauschprozeß voranzutreiben und dadurch die ganze Volkswirtschaft anzukurbeln. Um negativen Erscheinungen des Privathandels entgegenzutreten, wäre noch eine soziale Form des Handels einzuführen, und zwar durch weitgehende Entwicklung von aller Art Genossenschaften.

Auf dem Gebiete des Transportes werden der Eisenbahntransport und die Binnenschifffahrt wohl

im Besitze des Staates bleiben müssen, während die Schifffahrt, der motorisierte Transport und die Luftbeförderung dem privaten Kapital zu überlassen wären.

Auf dem Gebiete des Geldwesens werden die Emissionsinstitute Staatsmonopol bleiben müssen bei gleichzeitiger Gewährung jeder Entwicklungsmöglichkeit für Privat- und Genossenschaftsbanken zur Erfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben auf dem Gebiete des Kredites.

Ein besonders wichtiges Gebiet, das größte Aufmerksamkeit verdient, wird dabei die Sozialpolitik sein. Sie muß auf den Schutz der wirtschaftlichen schwachen Elemente der Gesellschaft ausgerichtet sein, die in der Gestalt des künftigen Staates nicht etwa einen Förderer der privilegierten Schichten der Bevölkerung, sondern einen gerechten Lenker des sozialen Lebens erblicken sollen. Es werden dabei folgende Hauptaufgaben zu erfüllen sein:

a) Schutz und Förderung der Landwirtschaft durch Meliorationen, Subventionen etc.,

b) Einführung und Ausbau der Sozialversicherung aller Art: Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Alter, Krankheit, Unfallversicherung etc. Allgemeine soziale Gesetzgebung zum Schutze der Arbeit und zur Betreuung des Arbeitnehmers mit Bestimmung von Mindestlöhnen, Höchstbeschäftigungszeiten etc.,

c) Freiheit zur Bildung von Gewerkschaften auf allen Gebieten der Arbeit und zur gewerkschaftlichen Betätigung.

Der ganze Komplex von Maßnahmen auf dem sozialen Gebiet wird bei der Arbeiterschaft das Bewußtsein wirtschaftlicher Sicherheit zu erzeugen haben. Die Arbeiter unserer künftigen Staaten werden sich nicht mehr als Ausbeutungsobjekt der Staatsgewalt oder übervorteilte Roboter durch andere Gesellschaftsklassen zu fühlen haben, sondern nur als gleichberechtigte Teilhaber am wirtschaftlichen Leben, als Partner des Produktionsprozesses und gleichgestellte Teilnehmer am kulturellen Leben. Solche soziale Atmosphäre des Vertrauens wird die Voraussetzung für eine normale Entwicklung unserer Länder bedeuten.

Das wären die Grundzüge der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung unserer Staaten in einer freien Zukunft.

Prof. M. W.

Deklaration zum KZAB

Einmütige Ablehnung der neuesten russischen Initiative

Anläßlich der kürzlichen Gründung eines sog. „Koordinations-Zentrum des Anti-Bolschewistischen Kampfes“ in München, in dessen Mittelpunkt russische Emigranten stehen und das auf amerikanische Initiative zurückgeht, treten die autorisierten Vertreter der politischen Repräsentationen, Nationalzentren und Befreiungsorganisationen sämtlicher nicht-russischer Völker aus der UdSSR mit einer ausführlichen Erklärung an die Weltöffentlichkeit.

Diese neue Initiative der russischen Emigration wird als Versuch zur Erhaltung der Einheit und Unteilbarkeit des russischen Imperiums bzw. der russischen Hegemonie im Staate qualifiziert und einmütig abgelehnt, da sie mit dem Grundprinzip des antibolschewistischen Befreiungskampfes dieser Völker, nämlich der Wiederherstellung ihrer selbständigen Nationalstaaten, unvereinbar ist.

Diese denkwürdige Deklaration geben wir in vollem Wortlaut als gesonderte Beilage dieser Nummer der ABN-Korrespondenz heraus.

Den einzelnen Splittergruppen aus Kreisen der armenischen, aserbeidschanischen, georgischen, nordkaukasischen und turkemanischen Emigration, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem „Koordinations-Zentrum“ bereitgefunden haben, wird durch die Deklaration in überzeugender Weise jede Legitimation zur Vertretung ihrer Völker und deren Befreiungskampfes entschieden abgesprochen.

Im einzelnen seien aus dem Inhalt dieser einmütigen Erklärung der Wortführer der

nicht-russischen Völker der UdSSR folgende Kerngedanken hier wiedergegeben:

Der Bolschewismus resultiert aus der Synthese zwischen dem russischen Imperialismus und dem Kommunismus. Die Beseitigung der bolschewistischen Weltgefahr setzt die Bekämpfung zugleich dieser beiden Elemente voraus. Die nicht-russischen Völker der UdSSR hatten zur Zeit der Revolution ihre selbständigen Nationalstaaten wiederhergestellt, die vom russischen Bolschewismus wieder vernichtet wurden. Die gleichen Tendenzen verfolgt heute auch die antikommunistische russische Emigration. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist für diese Völker mit dem Kampf gegen die russische Hegemonie und für die Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit unlösbar verbunden. Die Bekämpfung allein des bolschewistischen Regimes resp. des kommunistischen Regierungssystem unter Beibehaltung eines „großrussischen“ Reiches, kann das Kampfpotential der nicht-russischen Völker niemals mobilisieren und zur Entfaltung bringen.

Das KZAB bezweckt, der russischen Emigration schon jetzt eine vorherrschende Stellung im Befreiungskampf sicherzustellen und die Einheit des russischen Imperiums in den Grenzen der heutigen UdSSR auch für die Zukunft zu erhalten. Die vorgesehene Prozedur einer angeblichen „Selbstbestimmung“ der Völker bildet nur ein Scheinmanöver und macht das Schicksal der nicht-russischen Völker

(Schluß auf Seite 7)

Der Stand der Wissenschaften in der UdSSR

Von Prof. Dr. V. Derzhavyn

Die Sprachwissenschaft

Unter allen von den Sowjets gepflegten oder auch nur geduldeten Wissenschaften hat wohl keine einzige eine so weitgehende Veränderung während der allerletzten Jahre erfahren, wie die Sprachwissenschaft, und ebendarum wollen wir diesen knappen Überblick mit ihr beginnen. Die vom allmächtigen und nicht minder „allwissenden“ Genossen Stalin im Jahre 1950 veröffentlichte Broschüre „Marxismus und Probleme der Sprachwissenschaft“, die selbstverständlich für jeden sowjetischen Sprachwissenschaftler bis zum bescheidensten Grammatik- oder Fremdsprachenlehrer hinab (sofern er sich nicht zu einem „Volksfeind“ und politischen Verbrecher gestempelt sehen will) volle dogmatische Geltung besitzt, hat nicht nur die Richtlinien, sondern auch den Gehalt dessen, was man bei den Sowjets unter Sprachwissenschaft meint, recht gründlich verändert. Allerdings nicht etwa die Methoden der Staats- und Parteikontrolle — auf die wird keineswegs verzichtet. Und wenn Stalin der von ihm bekämpften — also genauer gesagt verbotenen — „japhetitischen“ Schule des vor 15 Jahren verstorbenen russischen Akademikers N. Marr vorwirft, sie hätte ein „Araktschejew-Regime“ in der Sprachwissenschaft eingeführt (was nach russischem Sprachgebrauch den Inbegriff eines sinn- und rücksichtslosesten Polizeiregimes bedeutet), so übergeht er dabei geflissentlich die Tatsache, daß es eben die sowjetischen Staats- und Parteistellen waren, die N. Marr und seine Schule noch unlängst durch eine systematische Ausmerzung ihrer wissenschaftlichen Gegner energisch unterstützten.

Es steht nämlich so, daß Professor Nikolaus Marr, von Geburt ein Georgier, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften bereits vor der Revolution und übrigens ein in der georgischen und armenischen Paläographie und Quellenkunde hochverdienter Fachmann, der um 1920 vom Marxismus noch gar keine Ahnung hatte (er schwärmte damals von einer Erhebung der georgischen Literatursprache zur allgemeinen Umgangssprache für sämtliche kaukasischen Völker und Stämme!), ab Mitte der 20er Jahre die von ihm ausgeklügelte „japhetische Lehre“ immer mehr mit radikal marxistischen Grundsätzen zu verquicken begann, um den sprachwissenschaftlich völlig ungebildeten Leitstellen der sowjetischen „Kulturpolitik“ ordentlich zu imponieren und mit ihrer Hilfe die überlieferte und allgemein anerkannte historische und vergleichende Sprachwissenschaft als eine antimarxistische und „bürgerliche Lehre“ aus dem Felde zu schlagen. Innerhalb weniger Jahre gelang es ihm auch; behauptete er doch, die Sprache sei in erster Linie keine National-, sondern eine Klassenangelegenheit, kein Werkzeug für gegenseitige Verständigung, sondern eines für den Klassenkampf, alle Veränderungen im Sprachleben gingen „sprunghaft“ (also nach den Gesetzen der Marx-Engelschen Dialektik) vor sich u. a. m. Gerade derartige willkürlichen und eigentlich unverantwortlichen Behauptungen verschafften seinerzeit Marr und dessen Anhängern ein gewaltiges Ansehen bei der sowjetischen „Kulturschaffung“, obgleich es für jeden sprachwissenschaftlich geschulten Fachmann von vornherein feststand, daß Marrs gesamte in marxistische Phraseologie gekleidete „Sprachlehre“ von ihm nur als Mittel zum Zweck einer offiziellen Anerkennung seiner eigentlichen „japhetitischen“ Irrlehre benutzt wurde.

Nun aber wirft Stalin selbst jene gesamte Phraseologie um und behauptet rundweg: nein, die Sprache ist vornehmlich eine Nationalangelegenheit, zum Klassenkampf dient sie nur gelegentlich, sie gehört weder zur marxistischen „ökonomischen Basis“ noch zum marxistischen „ideologischen Überbau“, da sie meistens beide überdauert; ohne Sprache gibt es überhaupt kein Denken, ob klassenbewußtes oder nicht; auch erfolgen die meisten Sprachveränderungen überaus langsam und allmählich, von einer „Sprachrevolution“ kann überhaupt keine Rede sein.

Es braucht nicht in Abrede gestellt zu werden, daß diese Hauptthesen Stalins ziemlich harmlos — um nicht zu sagen, banal — klingen und nach Marrs Extravaganzen wie eine Rückkehr zum gesunden Menschenverstand anmuten. So einfach steht aber die Sache doch nicht — sonst hätte Stalin nicht rund 20 Jahre abzuwarten brauchen, um

sich erst jetzt in sprachwissenschaftliche Theorien einzumischen. Sieht man aber genauer zu, so wird man dessen gewahr, daß Stalins Behauptungen genau den heutigen Interessen der russisch-sowjetischen Nationalpolitik entsprechen: ja, die Sprache ist eine Nationalangelegenheit, denn wie sollte man sonst eine kulturelle Überlegenheit der russischen Nationalsprache gegenüber anderen Nationalsprachen innerhalb und außerhalb der Sowjetunion behaupten können? Die Sprache hat auch mit Klassenkampf wenig zu tun, da es in der „klassenlosen“ Sowjetunion heutzutage offiziell einen Klassenkampf überhaupt nicht geben darf. Und von „sprunghaft“ revolutionären Veränderungen darf unter einem Regime, das in allererster Linie um seine eigene Konsolidierung besorgt ist und von irgendwelchen Veränderungen gar nichts wissen will, erst recht keine Rede sein. Grundsätzlich bleibt die sowjetische Sprachwissenschaft auch nach Stalins neuer Direktive genau das, was sie früher war: eine Dienerin der russisch-sowjetischen National- und Kulturpolitik, nur mit teilweise veränderten Vorzeichen.

Allerdings wird mit der Entthronung des „Marxismus“ ungemein viel Unsinn hinfällig, ganz besonders in bezug auf die ursprüngliche und eigenartige „japhetische Theorie“ bzw. der „Japhetologie“ wie sie ungenauerweise noch bezeichnet wird. Marr behauptete nämlich nicht nur einen gemeinsamen Ursprung sämtlicher Sprachen des Erdkreises, sondern auch ihre wesentliche Identität: sämtliche Wörter aller Sprachen sollen auf vier „Urelemente“ — *sal, ber, jon und rosch* — zurückgehen, die Marr vermeintlich in den kaukasischen Sprachen „entdeckt“ haben wollte und die ursprünglich kaukasische Völkernamen gewesen seien! Die kaukasischen Sprachen erwiesen sich eben, nach Marrs willkürlichen Behauptungen, als eine ganz besondere „ursprüngliche“ Formation der Menschenrede, und folglich müsse sich jedes Wort, das irgendwo auf der Erde gesprochen wird, auch im kaukasischen finden lassen.

Daß derartige nunmehr endlich aufgehört hat für jeden sowjetischen Sprachlehrer strikt obliga-

torisch zu sein, darf allerdings als wissenschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden. Für den Sprachunterricht wird das natürlich von Bedeutung sein. Ob aber auch für eine Erneuerung sprachwissenschaftlicher Studien, daran darf man billigerweise zweifeln. Erstens sind sowjetische Sprachwissenschaftler sogar im eigentlichen (ethnisch Moskauer) Rußland durch eine 20jährige politische Verfolgung seitens der „Japhetologen“ derart dezimiert und terrorisiert worden, daß sie es sicherlich vorziehen werden, sich auch fernhin an rein praktische Aufgaben zu halten, nämlich ans Zusammenstellen elementarer Lehrbücher und mehr oder weniger brauchbarer Wörterbücher; als sich an höheren Sprachstudien die Finger zu verbrennen. Noch viel schlimmer steht es natürlich in allen von Moskau okkupierten nicht-russischen Ländern und Gebieten: dort wurden bereits in den 30er Jahren gerade die Sprachwissenschaftler unter dem Vorwand ihrer angeblichen Zugehörigkeit zum „bürgerlichen Nationalismus“ — also auch ganz unabhängig von der „japhetitischen“ Problematik — systematisch in sibirische Konzentrationslager gesteckt oder auch unmittelbar hingerichtet. In der Sowjetukraine z. B. gibt es heutzutage wohl nicht mehr als 3—4 für Sprachforschung gehörig qualifizierte Personen; und auch die werden sich verständlicherweise recht hüten, auf einem derart gefährlichen wissenschaftlichen Gebiet mehr zu leisten, als von der Regierung unbedingt verlangt wird.

Zweitens aber ist es mehr als zweifelhaft, daß die Sowjetregierung und Stalin selber an einer Erneuerung der Sprachforschung als solcher wirklich interessiert sind. Von einer freien, politisch nicht gebundenen Sprachwissenschaft kann doch überhaupt keine Rede sein; und für eine „unfreie“ bleiben die Grenzen immer recht eng bemessen. Höchstens der Slawistik wurde aus naheliegenden Gründen Stalins „Festlegung der marxistischen Sprachwissenschaft“ wahrscheinlich konkret zugute kommen, und zwar selbstverständlich ganz im Sinne ausdrücklicher Russifizierungstendenzen. Auch die Mundartenforschung, namentlich die russische, hat gewisse Chancen auf Wiederbelebung, da eine nationalistische Sprachpolitik einer wissenschaftlichen Mundartenforschung nicht entbehren kann, sei es auch nur zum Zweck einer äußerlich glaubwürdigen Fälschung der Forschungsergebnisse im Dienste der konstanten Tendenzen Moskaus althergebrachter „Kulturpolitik“.

„Erkennt die Wahrheit und ihr werdet frei“ (Joh. 8, 32)

Von Aino Torm

Dieser Spruch des Apostels ist es, den man in der heutigen Welt beherzigen sollte, und zwar nicht so sehr jenseits als vielmehr diesseits des Eisernen Vorhanges. Drüben haben nämlich die Opfer der sowjetrussischen Tyrannei die Wahrheit schon längst aus Erfahrung erkannt und am eigenen Leibe verspürt. Die Völker der sog. freien westlichen Welt sind es aber, die immer noch in verhängnisvollen Irrtümern und fatalen Illusionen befangen und auch unfrei von der tödlichen Bedrohung der bolschewistischen Weltgefahr sind, die ihnen Tag und Nacht auch bevorsteht.

Zwar hat der Westen die Fehlritte von Teheran und Yalta an deren verderblichen Folgen schon längst erkannt. Dennoch hat die Enthüllung, daß sogar die Vorgänge von Katyn auf Geheiß Roosevelts verheimlicht werden mußten, um die „Freundschaft“ mit den Sowjets nichts zu verderben, eine nicht geringe Bestürzung hervorgerufen. Hinter dem Eisernen Vorhang war diese Wahrheit schon vorher bekannt, genau so wie die Tatsache, daß Roosevelt die Befürchtung Stalins kannte, die Ukraine könne sich selbständig machen und dadurch die Existenz des Sowjetreiches gefährden, weswegen man auch zur Neutralisierung der „Separatisten“ der Ukraine und Weißrutheniens, der letzteren eine Scheinvertretung in der UNO zugestanden hat. Man wußte es auch, daß nach der sowjetrussischen Okkupation der baltischen Staaten, Roosevelt es vorgezogen hat, mit Rücksicht auf den „heiklen Charakter dieser Frage“ an der Gültigkeit der dort stattgefundenen Wahlen nicht zu rütteln. Stalin selbst war es dabei, der nach dem Triumph seines Sieges diese Tatsache unter den betroffenen Völkern durch Flüsterpropaganda verbreiten ließ. In der Voraussicht, daß in einer nicht allzu fernen Zeit der Westen seiner Expansion entgegentreten würde, bezweckt er nämlich, da-

durch den Widerstand zentrifugaler Kräfte zu lähmen, das Vertrauen zur freien Welt zu erschüttern und eine betont anti-amerikanische Stimmung zu erzeugen. Den Völkern, die an die Sowjets wieder ausgeliefert wurden, haben nämlich Roosevelts Konzessionen kaum weniger Opfer gekostet als der Hitlerkrieg selbst. Je mehr diese Opfer im Laufe der Zeit steigen, umso stärker wird das Gefühl dieser Völker, von der freien Welt verlassen zu sein. Ihrer bemächtigte sich das Bewußtsein, daß es für die freie Welt zweierlei Recht gibt. Man vermerkte, daß während für das an den Juden zugefügte Unrecht von Deutschland mit gutem Grund Wiedergutmachung gefordert wird, niemand im Westen daran denkt, von einer ebenso berechtigten Wiedergutmachung die Rede zu machen für das Unrecht, das in Teheran und Yalta den Völkern angetan worden ist, die der bolschewistischen Versklavung verschrieben wurden.

Unter diesen Völkern macht sich heute Verbitte- rung darüber breit, daß es auch jetzt, wie zu Hitlers Zeiten, Herrenmenschen und Untermenschen gibt und die letzteren als Sklaven behandelt werden, die es nicht der Mühe wert sind, direkt angesprochen, geschweige denn nach ihren Wünschen gefragt zu werden. Dazu trägt vor allem der Grundton der westlichen Rundfunksendungen bei, die eigens für diese Völker bestimmt sind, wobei aber die Sehnsucht und das Recht auf nationale Freiheit und Selbständigkeit einfach im russischen Eintopf ertränkt wird. Diese Sendungen machen sich zwar zur Aufgabe, den Völkern der Sowjetunion „die Wahrheit“ zu vermitteln. Dort haben aber die Menschen alle die Wahrheiten schon längst erkannt und warten sehnsüchtig darauf, daß sich die freie westliche Welt endlich mal selbst zu diesen Wahrheiten bekennt, mit allen daraus ge-

Ing. W. Glaskow

Vorsitzender der Obersten Kosakischen Repräsentation

Die heutige Wirklichkeit in der UdSSR

Hinter allen lärmenden Paraden und dem ganzen Propagandaspek in der UdSSR verbirgt sich eine geradezu grauenhafte Wirklichkeit, welche selbst in den Reden der höchsten bolschewistischen Würdenträger auf dem XIX. Parteikongreß in Moskau deutlich zutage getreten ist. Dessen wird man insbesondere gewahr, wenn man außer den Reden der sowjetrussischen Hauptführer noch diejenigen der verschiedenen Gauleiter Moskau in den sog. Autonomen Sowjetrepubliken unter die Lupe nimmt. Sie sind nämlich alle darauf ausgerichtet, zum Kampf gegen die Erscheinungen „des bürgerlichen Nationalismus“ aller Art aufzurufen, für die Erziehung der Arbeitermassen im Geiste „der unerschütterlichen Freundschaft zum großen russischen Volke“ zu werben und die Entwicklung und Festigung „des Sowjetpatriotismus“ zu fördern.

Es kann wohl keinen besseren Beweis dafür geben, daß alle nicht-russischen Völker das ihnen aufgezwungene fremde sowjetrussische Regime eben nicht widerspruchslos hinnehmen und mit allen möglichen Mitteln dagegen ankämpfen, was die Versicherungen der russischen Imperialisten, daß es heute in der UdSSR keine Spur von nationalem Widerstand und von Unabhängigkeitsbestrebungen der nicht-russischen Völker gäbe, Lüge straft.

In der gegenwärtigen Artikelserie wollen wir kurz die Momente aufzeigen, welche das wahre Bild der Verhältnisse in der UdSSR vor Augen führen, beginnend mit denjenigen, die von dem vorhandenen unentwegten nationalen Widerstand eine überzeugende Sprache sprechen.

1. Der Kampf gegen „nationalistische Abweichungen“

Im Vortrage Malenkows sowie in den Reden aller Statthalter Moskaus in den nicht-russischen Republiken und Ländern der Sowjetunion wurde mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Aufmerksamkeit der Partei und der Regierung hier hauptsächlich auf den Kampf gegen den „bürgerlichen Nationalismus“ konzentriert werden müsse, was soviel besagt, daß dieser letztere, unbeschadet der scharfen Augen von MWD bzw. MGB, fast auf allen Gebieten des Lebens in Erscheinung tritt. Es wird offenbar, daß auch unter der roten Hülle der einheimischen Kommunisten, „der bürgerliche Nationalismus“ oder, wie es heißt, „die Neigungen“ dazu verborgen sind. Im Namen des Zentralkomitees rief Malenkow die Parteimitglieder dazu auf, „einen unveröhnlichen Kampf gegen jede nationalistischen Elemente zu führen, um die Einheit und die Freundschaft der Völker der UdSSR zu wahren“. Offenbar muß es um diese „Einheit und Freundschaft“ nicht gerade gut bestellt sein, wenn sich Malenkow gezwungen sah, dabei noch ausdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den Staat, die Armee, die Strafjustiz und die Auf-

botenen Konsequenzen. Doch scheint der Propaganda Richtstrahl dieser Sendungen an einem Hohlspiegel zu reflektieren und zu seinem Ausgangspunkt — dem einigen unteilbaren Moskowitenreich — zurückzustrahlen!

Die Völker hinter dem Eisernen Vorhang dursten aber danach, die Stimmen derjenigen zu hören, die ihnen Symbol des Widerstandes bedeuten, denn Worte allein haben ihren Wert schon längst eingebüßt, wenn nicht Taten dahinterstehen.

Ebenso wenig sind die Menschen hinter dem Vorhang an Berichten aus dem Leben der freien Welt interessiert. Solche Berichte werden nur als Hohn für Verdurstende empfunden.

Die Zahl der organisierten Kommunisten in der Welt beträgt heute ca. 19 Millionen. Davon entfallen 7 Millionen auf die Sowjetunion, an denen wiederum allein die Russen mit 6 Millionen beteiligt sind. Die Zahl der Kommunisten in den Satelliten beträgt ungefähr 7 Millionen, wobei die Sowjetzone Deutschland, Polen und Ungarn um das Doppelte übertreift. Der Rest verteilt sich auf die freie Welt, wobei Frankreich und Italien an der Spitze, Irland an letzter Stelle stehen. Hinzu kommen die getarnten Kommunisten im Westen, deren Aufgabe nach den Worten Dimitroffs auf dem VII. Kominformkongreß 1935 daran besteht,

klärungsinitiativen vor dem „bürgerlichen Nationalismus“ zu bewahren und unaufhörlich zu festigen. Nun muß also die Einheit und der Zusammenhalt des Sowjetreiches durch einen potentierten Terror und neue Gewaltmethoden der sowjetrussischen Organe erreicht werden.

Und es bedarf erst recht keines Kommentars, wenn wir folgende Auslassung Malenkows wortgetreu wiedergeben: „Wir sind nicht versichert vor dem Eindringen fremder Anschauungen, Ideen und Stimmungen, die von außerhalb — seitens der kapitalistischen Staaten — und von innerhalb — seitens der Reste feindseliger Gruppen, vor allem mit nationalistischen Tendenzen, die von der Partei nicht ganz vernichtet worden sind, zu uns einsickern können. Man darf nicht vergessen, daß die Feinde des sowjetischen Staates versuchen, ungesunde Stimmungen aller Art zu verbreiten, aufzuwärmen und zu entfachen, die unbeständigen Elemente unserer Gesellschaft ideologisch zu zersetzen.“ Malenkow stimmt dabei mit der offiziellen Zeitschrift der kommunistischen Partei „Bolschewik“ (jetzt schon „Kommunist“ — Die Red.) überein, die in ihrer Nummer 15 vom Jahre 1952 ausdrücklich schrieb: „Die Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus, welcher der sowjetischen Regierung und Gesellschaft den größten Schaden bringt und als stärkster und politisch gefährlichster Feind anzusehen ist, muß gestellt werden.“

Die Reihe der Moskauer Gauleiter in den nicht-russischen Republiken und Gebieten, welche auf dem Kongreß den „bürgerlichen Nationalismus“ brandmarkten, wurde im Namen der Ukrainischen SSR vom Vorsitzenden des Verbandes Ukrainischer Schriftsteller, O. Kornijtschuk, eröffnet und von den „kosakischen“ Vertretern Ignatow und Kiselow aus dem Don- und Kubangebiet beschlossen. In seinem Übereifer übertraf Kornijtschuk sich selbst, indem er „das große russische Volk“ als den wohlgesinntesten „älteren Bruder“ nicht nur des ukrainischen Volkes und aller übrigen Völker der UdSSR ansprach, sondern zugleich als ein edles Brudervolk der Chinesen lobpries, das um China jetzt ebenso „besorgt“ sei, wie es „während der Jahrhunderte seiner leiblichen Schwester, der Ukraine, brüderliche Hilfe gab“. Sodann griff Kornijtschuk wütend die Amerikaner und . . . die ukrainischen Nationalisten an.

Das ukrainische Volk, sagte er, darf an den verbrecherischen Handlungen der amerikanischen Regierung nicht ruhig vorbeigehen, die hundert Millionen Dollar zur Organisation von Spionage und Diversionen bewilligt hat, welche für diese niedrige Ziele Banditen und Unmenschen zugekommen sind, unter denen die dreimal verfluchten Feinde des ukrainischen Volkes — die Reste der Leute von Petlura und Bandera sind. Das ukrainische Volk hat auch das Jahr 1918 nicht vergessen, als in Jassy eine Konferenz von Vertretern Amerikas, Englands und Frankreichs stattfand und an der

„die nichtkommunistischen Gruppen zu infiltrieren und von innen heraus zu bezwingen“. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Kräfte ist es, die antibolschewistischen Bewegungen auf eine falsche, den Sowjets genehme Bahn zu leiten. Die Wühlarbeit dieser getarnten Werkzeuge Moskaus aufzudecken ist umso schwieriger, als sie keinerlei direkte Verbindung zu ihren Auftraggebern unterhalten und man sie höchstens „an den Früchten erkennen kann“.

Wenn die freie Welt jede Möglichkeit ausschließen will, daß sein antibolschewistischer Kampf durch Stalin untergraben wird, so gäbe es dafür nur einen Weg: die Führung im psychologischen Krieg denjenigen zu überlassen, welche die Legitimation als Wortführer der effektiven Widerstandsbewegungen hinter dem Eisernen Vorhang für sich in Anspruch nehmen und als Repräsentanten der nationalen Belange ihrer Völker auftreten können. Nur diese bewährten Vertrauensleute ihrer Völker sind es, welche mit westlicher Unterstützung den enttäuschten und schwergeprüften Menschen in der Sowjetunion die Hoffnung wiedergeben und das verlöschende Vertrauen in den guten Willen der freien Welt wieder erwecken können.

Das ist die Grundwahrheit, die es zunächst im Westen zu erkennen gilt.

Einmütige Ablehnung . . .

(Fortsetzung von Seite 5)

ker letzten Endes doch vom Willen einer „All-russischen konstituierenden Versammlung“ abhängig. Das KZAB kann kein Repräsentant der nicht-russischen Völker und ihres Befreiungskampfes sein, sondern allein der russischen Emigration und deren imperialistischen Interessen.

Die Deklaration schließt mit folgendem indirekten Appell an die Vereinigten Staaten und die Weltöffentlichkeit:

„Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Grundsätze von Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung, die in der Geschichte des amerikanischen Volkes eine so hervorragende Rolle gespielt haben, auch auf unsere Völker Anwendung finden und daß ihnen in ihrem Kampfe für Menschenfreiheit und für unabhängiges nationales Staatsleben von seiten der ganzen freien Welt volle Unterstützung gewährt wird.“

noch ein Petlura-Minister teilnahm, wobei Amerika dem Petlura-Banditen 11 Millionen Dollar gab und dafür Waffen und Munition lieferte. Wir wissen nicht, wieviel aus jenen hundert Millionen Dollar, die für Diversionstätigkeit gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien bereitgestellt wurden, an die Petlura-Banditen abgetreten sind. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Diener Trumans vom ukrainischen Volke wie tollwütige Hunde vernichtet werden würden. . . Leider müssen wir feststellen, daß wir in den letzten Jahren den Kampf gegen die Rückfälle des ukrainischen „bürgerlichen Nationalismus“ geschwächt haben.“

Der Sekretär des Gebietskomitees von Rostow, Kiselow, und der Sekretär des Gebietskomitees von Krasnodar, Ignatow, bezeugen auch die Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus unter den Kosaken. „Diese ernstesten Fehler und Mängel wurden zur Kenntnis genommen und sind schon konkrete Wege zu ihrer Berichtigung geplant.“ Die gleichen Noten klingen in den Reden der Statthalter Moskaus in Kirgisien (Razzakow), in Turkmenien (Babajew), in Usbekistan (Nijazow) und Tadschikistan (Gafurow). Sie erklärten, daß „die Reste des Nationalismus in der ideologischen Arbeit, in der Idealisierung der reaktionären Persönlichkeiten der Vergangenheit, in den Versuchen der Erhaltung der Formen der nationalen Kulturen, im Entgegensetzen der nationalen Traditionen dem sozialistischen Inhalt“ in Erscheinung treten. Nicht besser sei es im Kaukasus, wie in seiner Rede Arutinow berichtete. „Vor einigen Jahren gab es auf der geschichtlichen Front in Armenien Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus in der Gestalt der einseitigen Idealisierung der alten Geschichte. Mit der Hilfe des ZK hat die Kommunistische Partei Armeniens rechtzeitig den Kampf gegen die ähnlichen Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus entwickelt.“

Überall das gleiche Bild: in der Ukraine wie in Turkestan, im Kosakenland wie im Kaukasus, in Weißruthenien wie in Georgien, was der Georgier Tschowrehaschwili und ein so seltsamer „Weißruthene“ wie Zimjanin, dessen Name seine russische Abstammung verrät, bestätigten. Es verdient dabei hervorgehoben zu werden, daß, während man auf allen nicht-russischen Gebieten der Sowjetunion gegen alle, sogar „die kleinsten Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus“ in rücksichtslosester Weise kämpft, zu gleicher Zeit in der ganzen UdSSR systematische und konsequente Entzündung des russischen Patriotismus und des russischen Nationalismus getrieben und der „Überlegenheit des russischen Volkes“, der russischen Nation als „hervorragendste unter allen Nationen“, der Glorifizierung des russischen Volkes als „führende Macht der Sowjetunion“ — wie Beria ausdrücklich sagte — das Wort gesprochen wird.

Alles das zeugt dafür, daß der Kreml auch bei allen künftigen Konflikten im Grunde genommen nur auf die Unterstützung des russischen Volkes rechnet, während er in der Gestalt der nicht-russischen Völker eine Todesgefahr für seine Herrschaft erblickt. (Folgt ein zweiter Artikel.)

Der unsterbliche Freiheitskampf Turkestans

Von Dr. M. H. Ertürk

(Fortsetzung und Schluß)

Die Basmatschi-Bewegung — was sie ist und was sie will

„Turkestan den Turkestanern!“ „Fort mit der Fremdherrschaft“, „Unabhängiges Turkestan — weg von Rußland!“ — das waren und sind die Parolen, unter denen die Basmatschi-Bewegung bis zum heutigen Tage ihren Kampf weiterführt, wie hierüber der sowjetische politische Kommissar Ginsburg selbst, dessen Aufgabe es war, die Basmatschi-Bewegung mit Hilfe der Roten Armee zu bekämpfen, in einem aufschlußreichen Aufsatz in der Zeitschrift „Novyj Vostok“ Nr. 10—11, wahrheitsgetreu berichtet.

Der Sturz der autonomen turkestanischen Regierung im Jahre 1917 war für die Turkestaner eine bittere Erkenntnis. Die Freiheitskämpfer proklamierten darum am 24. 9. 1919 unter Führung von Mahmed Amin Beg die „Provisorische Ferganische Regierung“, die als Übergangsregime bis zur Erkämpfung der vollen Unabhängigkeit Turkestans gedacht war. Nachdem jedoch der Chef dieser Regierung, Mahmed Amin Beg, am 7. 3. 1920 einen Waffenstillstand mit den Sowjets geschlossen hat, wurde er von den Freiheitskämpfern erschossen und seine Regierung war aufgelöst.

Am 3. 5. 1920 hat der Führer der Basmatschi-Bewegung des Ferganagebietes, Schermuhammed Beg, eine provisorische Regierung Turkestans ausgerufen, welche auf dem zweiten Muslimenkonferenz in Samarkand im April 1920 als Islamische Türkische Unabhängige Republik Turkestans gesetzlich verkündet wurde. Im Kapitel 2 Punkt 9 des diesbezüglichen Kongreßbeschlusses heißt es unter anderem:

„... Wenn die Sowjetrepublik ihre Politik nicht ändert und den Muslimen Turkestans keine vertrauenswürdigen, den Lebensbedingungen des Volkes angepaßte, eigene Regierung gewähren und wenn sie nicht den Turkestanern alle politischen und kulturellen Rechte zurückgibt, werden wir — die Muslimen Turkestans — mit oder ohne Waffen bis zum letzten Tropfen Blut gegen die Sowjetregierung Krieg führen.“

Am 12. 5. 1922 überreichte eine Delegation der unabhängigen Regierung Turkestans die Kongreßbeschlüsse dem Vertreter der Sowjetrussischen Regierung in Taschkent, und zwar mit folgendem Begleitschreiben:

„Die Sowjetregierung hat innerhalb von zwei Monaten ganz Turkestan zu räumen. Erst nachdem Turkestan von der russischen Armee und den russischen Regierungsbeamten geräumt ist, ist die turkestanische Regierung bereit, mit Moskau diplomatische Verhandlungen aufzunehmen. Auf solange besteht zwischen Rußland und Turkestan der Kriegszustand bis zum endgültigen Sieg der Freiheit. In diesem Falle trägt Rußland allein die Schuld für das vergossene Blut. Die Regierung Turkestans macht die russische Regierung darauf aufmerksam, daß das Volk entschlossen ist, bis zum letzten Mann zu kämpfen, wenn keine Räumung erfolgt. Das turkestanische Volk ist dagegen bereit, falls die russische Regierung sowie deren Truppen und Beamten aus Turkestan zurückgezogen werden, mit dem russischen Volk friedlich nebeneinander zu leben. Voraussetzung hierfür ist, daß die nationale Unabhängigkeit Turkestans anerkannt und auf jeden weiteren Angriff gegen Turkestan verzichtet wird. Es steht außer jedem Zweifel, daß bei etwaiger Ablehnung unserer Forderung der Krieg zum Dauerzustand werden wird. Wir zweifeln ebensowenig daran, daß die Freiheit und Gerechtigkeit letzten Endes siegen werden, wenn nicht heute, sodann morgen.“

Sobald diese Erklärung dem Vertreter der russischen Sowjetregierung, Rudzutak, ausgehändigt war, ließ dieser die ganze turkestanische Delegation verhaften, und niemand ihrer Mitglieder kehrte jemals wieder zurück. Die Regierung der unabhängigen Republik Turkestans konnte sich in der Folgezeit nur noch drei Monate am Leben halten.

Als der ehemalige türkische Oberbefehlshaber Generalissimus Enver-Pascha im November 1921 in Turkestan auf den Plan trat, nahm der turkestanische Freiheitskampf ein neue entscheidende Wendung. Nachdem es ihm gelungen war, die bestehende Uneinigkeit unter einzelnen Führern des Freiheitskampfes zu überwinden, übernahm Enver-Pascha den Oberbefehl der vereinigten nationalen Kräfte Turkestans, einschließlich der militärischen Streitkräfte der unabhängigen Volksrepubliken von Buchara und Chorezm und führte wichtige militärische Operationen gegen die Rote Armee durch. Moskau sah sich gezwungen, Vertreter seiner politischen und militärischen Prominenz, wie Trotzki, Budjonny und Kujbeshov nach Turkestan zu entsenden, während der Oberbefehl über die gegen Turkestan eingesetzten roten Divisionen der stellvertretende Oberkommandierende der russischen Armee Zinowjew übernahm. Als die Kampfhandlungen ihren Höhepunkt erreichten, richtete Enver-Pascha am 19. 5. 1922 ein Ultimatum an die Sowjetregierung Rußlands, worin es unter anderem hieß:

„... Die Rote Armee muß binnen 14 Tagen nach Rußland zurückbeordert werden. In der gleichen Frist sind auch sämtliche sowjetrussischen Verwaltungsbehörden in Turkestan aufzuheben. Falls die Sowjetregierung Rußlands es nicht für notwendig erachtet, den Willen der muslimischen Völker, die unter dem Joch betrügerischer Kommissare stehen und zur Waffe gegriffen haben, um ihr Land von der Fremdherrschaft Moskaus zu befreien, zu respektieren, werde ich mich veranlaßt sehen, zwei Wochen nach der Überreichung der gegenwärtigen Erklärung nach eigenem Ermessen zu handeln.“

Von der Sowjetregierung erfolgte keine Antwort auf dieses Ultimatum. Es wurden stattdessen bedeutende militärische Verstärkungen und eine Anzahl von Spitzeln und Spionen, unter Leitung des berüchtigten GPU-Chefs *Agabekov*, nach Turkestan beordert. Nachdem Enver-Paschas Hauptquartier durch diese GPU-Organen am 4. 8. 1922 aufgespürt und durch Rotarmisten überfallen wurde, fand dabei der Oberkommandierende Enver-Pascha nach dreistündigem Abwehrkampf selbst den Heldentod. In seiner Persönlichkeit verloren die Freiheitskämpfer Turkestans nicht

Neuwahl des Präsidiums der Ungarischen Freiheitsbewegung

Die Zentralleitung der Ungarischen Freiheitsbewegung, welche als Mitglied des ABN das ungarische Volk und dessen Befreiungskampf repräsentiert, ist laut ihrer Statuten, die auf demokratischen Prinzipien aufgebaut sind, für die kommenden drei Jahre neu gewählt worden.

Zum Hauptvorsitzenden ist Generaloberst a. D., Ferenc Farkas de Kisbarnak wiedergewählt worden. Zum Mitvorsitzenden wurden gewählt: Jozef Nyirö, Dr. Lajos Lip-tay und Emil Juszthy.

Mitglieder des Zentralpräsidialrates sind: Istvan Andreanszky (Belgien), Dr. Ferenc Horvath (Marokko), Imre Kalman (Österreich), Dr. Jozsef Szappanos (England), Prof. Dr. Vilmos Szepesvaraljay-Haendel, Dr. Tibor Thorma und Dr. Sandor Zayzon (Deutschland). Somit findet sich in der neugewählten Zentralleitung die geistige und politische Elite Ungarn vertreten und zwar durch folgende repräsentative Persönlichkeiten: ein Vizepräsident und Mitglied des letzten verfassungsmäßigen Parlamentes, ein Mitglied des letzten ungarischen Oberhauses, ein Schriftsteller von Weltruf, ein hohes Militär, ein Universitätsprofessor, Publizisten, Journalisten etc.

Die neue Zusammensetzung des Zentralpräsidialrates der Ungarischen Freiheitsbewegung bildet eine weitere und sichere Gewähr dafür, daß der Kampf gegen den Bolschewismus und zur Befreiung der ungarischen Heimat sowie aller anderen unterjochten Länder und Völker, die sich im ABN zusammengefunden haben, künftig umso erfolgreicher weitergeführt wird.

nur einen exklusiv befähigten militärischen Führer, sondern zugleich einen Staatsmann vom geschichtlichen Format.

Sein Nachfolger im Oberkommando des Freiheitskampfes wurde Sami-Pascha und führte ihn unentwegt bis 1926 weiter. Es folgte darauf eine Zeitspanne zersplitterter militärischer Führung, die bis 1932/33 andauerte, als der Oberbefehl wieder einheitlich von Ibrahim Bek übernommen wurde. Dieser geriet jedoch 1933 in sowjetrussische Gefangenschaft, so daß die militärischen Operationen danach wiederum in die Hände örtlicher Kommandeure bleiben mußten.

Die Bilanz eines legendären Freiheitskampfes

Ende 1926 wurden der sowjetische Revolutionskriegsrat und Generalstab zur Bekämpfung der turkestanischen Basmatschi-Bewegung aufgelöst und deren Aufgaben einem sogenannten „Mittelasiatischen Militärkreis“ übertragen, dem die Verantwortung für die endgültige Bezwingung des turkestanischen Freiheitskampfes, d. h. der militärischen Basmatschi-Verbände aufgebürdet wurde.

Eine Vorstellung von der Stärke und dem Ausmaß dieser turkestanischen national-revolutionären Kämpfe vermitteln am besten folgende statistisch festgehaltenen Zahlen über die Kontingente der Roten Armee, die gegen die turkestanische Volkserhebung eingesetzt werden mußten:

1. 106 000 Mann der ehemaligen zaristischen Garnisonstruppen in Turkestan, die später von der Roten Armee übernommen wurden;
2. über 90 000 Mann frühere deutsche und österreichische Kriegsgefangenen, die nach der bolschewistischen Revolution entlassen und von der Roten Armee eingezogen wurden;
3. 75 000 russische Kolonisten in Turkestan, die ausgerüstet und vom bolschewistischen Regime als „Schützendivisionen“ aufgestellt wurden;
4. eine bolschewistische Sonderarmee, die nach der Liquidierung der Orenburger Front im Jahre 1921 in Turkestan eingesetzt wurde;
5. eine tatarische Brigade, etwa 8000 Mann stark;
6. zwei Regimenter aus Turkestanern.

Dieser Übermacht regulärer und bestausgerüsteter Streitkräfte der Roten Armee standen im ganzen 60 000 bewaffnete und 225 000 unbewaffnete turkestanische Freiheitskämpfer gegenüber, unterstützt moralisch und materiell von der ganzen Bevölkerung des Landes.

In diesem legendären Kampf verlor Sowjetrußland insgesamt etwa 395 000 Mann, während Turkestan nicht weniger als 700 000 Opfer zu beklagen hatte. Nach 1926 wurden etwa 270 000 Turkestaner wegen Teilnahme an der Basmatschi-Bewegung verhaftet und 120 Dörfer während der Kampfhandlungen dem Erdboden gleichgemacht.

Turkestans unsterblicher Freiheitswille

Durch brutale Gewalt und militärische Übermacht konnte Rußland den turkestanischen Freiheitskampf zwar vorübergehend bezwingen. Auch die in den Jahren 1937 und 1938 geplante Massenerhebung in Turkestan konnte die russische Terrorherrschaft ebenso verhindern, obwohl der Aufstand bis ins einzelne vorbereitet und in jedem sowjetischen Parteiorgan, in jeder Kolchose und selbst in jeder Volksschule des Landes die Herde dazu bereits gelegt waren. Den Freiheitswillen und den unsterblichen Kampfgeist des turkestanischen Volkes jedoch konnten keine Gewalt und kein Terror aus der Welt schaffen.

Die Basmatschi-Bewegung lebt und wirkt auch heute noch unter der Bevölkerung, obwohl man sich dessen bewußt ist, daß angesichts der sowjetrussischen Okkupation, des kolonialen Spitzeldienstes und des dichten Netzes von Geheimagenten ein Durchbruch gegen die sowjet-russische Gewaltherrschaft vorläufig aussichtslos ist. Die Bemühungen gehen darum vorläufig darauf hinaus, die nationale Eigenart des Volkes vor der sowjetischen Ausrottungspolitik zu erhalten und dessen Nationalbewußtsein und Kampfgeist für die kommende große Auseinandersetzung zu bewahren. Die nicht endenwollenden sowjetischen Maßnahmen und Sanktionen gegen immer wiederkehrende „nationalistische Abweichungen“ in Turkestan, worüber die Sowjetpresse immer wieder berichten muß, liefern einen überzeugenden Beweis dafür, daß die Turkestaner sich ihren Freiheitswillen unversehrt bewahrt und ihrem unvergeblichen Freiheitskampf weiter huldigen. Das wird auch so bleiben bis zum Tag, als die blutgetränkte heilige Freiheit Turkestans Wirklichkeit geworden ist.

Streiflichter aus dem Zeitgeschehen

Hintergründe des Prager Schauprozesses

Wie bei allen sonstigen von den Kommunisten inszenierten Schauprozessen, handelte es sich auch hier in Wirklichkeit nicht um dasjenige, was auf offener Bühne bei der Prozeßverhandlung vorgebracht wurde, als vielmehr um ganz andere Dinge, die dabei hinter den Kulissen verborgen blieben. Bekanntlich ist Moskau nicht wählerisch in den Mitteln, wenn es sich um die Erreichung ihrer Ziele handelt, die es skrupellos zu verfolgen pflegt. Genauso wie es im Interesse dieser Ziele Millionen von unschuldigen Menschen morden läßt, die ihm im Wege stehen, zögert der Krenl keine Sekunde, auch bewährteste kommunistische Prominenz zu liquidieren, wenn ihm dies im Interesse seiner Politik in irgendwelchem Zusammenhang für geboten erscheint.

So ging es auch bei dem letzten Prager Schauprozess gegen Slansky, Clementis und Genossen weder um titoistische, d. h. „national-kommunistische“ Abweichungen, da ja von den insgesamt 14 Angeklagten nicht weniger als 11 jüdischer Abstammung waren, noch um irgendwelche „Trotzkisten“, da sämtliche Angeklagte bis zuletzt ganz und gar im Geiste und Schritte Stalins marschierten. Ebenso abwegig erscheint es, diesen Prozeß durch irgendwelche zionistische Momente zu erklären, da alle verurteilten Israeliten bis zuletzt gesinnungstreue Kommunisten geblieben waren. Wenn all dem so ist, entsteht die Frage, warum sie eigentlich liquidiert worden sind?

Die Antwort darauf dürfte kaum schwer fallen. In den böhmischen Ländern, wie auch in der Slowakei, verschlechtern sich nämlich die allgemeinen Verhältnisse zusehends und der Lebensstandard ist bedrohlich tief gesunken. Die allgemeine Not erzeugte bittere Unzufriedenheit und selbst Aufrührerstimme bei der Bevölkerung. Unter solchen Umständen erschien es eben geraten, für die untragbaren Zustände einen Sündenbock ausfindig zu machen und durch seine Abschachtung für die siedende Unzufriedenheit des Volkes ein Ventil zu schaffen.

Aber nicht allein das: Durch die erbarmungslose Exekution derart hochverdienter und hochgestellter kommunistischer Repräsentanten der tschechoslowakischen „Volksrepublik“ sollte zugleich ein Abschreckungsexempel von nachhaltiger Wirkung statuiert werden, damit niemand mehr im Lande wagt, sich mit dem Gedanken einer Auflehnung oder selbst nur eines Protestes gegen die kommunistische Mißwirtschaft zu tragen, obzwar die Bevölkerung durch das Regime bereits an den Rand der Verzweiflung gebracht ist.

Was insbesondere die Angeklagten jüdischer Abstammung anbelangt, mag sein, daß hier Verdachtsmomente im Sinne einer möglichen Abweichung nach dem Westen eine gewisse Rolle gespielt haben mögen. Nichtsdestoweniger kommt den gefällten Todesurteilen eben nur die Bedeutung einer radikalen Präventivmaßnahme als etwa einer bereits verwirkten Sühne für tatsächlich begangene Staatsdelikte. Alles in allem wurde also den Henkern in Prag vorwiegend eine vorbeugende Rolle zugedacht. Außerdem gehören derartige periodisch immer wiederkehrende Liquidierungen von höchsten Würdenträgern in allen bolschewistisch beherrschten und regierten Ländern zu der üblichen Methode, die Positionen des Kremles schlecht und recht zu festigen.

Was insbesondere die Verurteilung und Hinrichtung von Clementis anbetrifft, handelte es sich dabei noch insofern um einen Sonderfall, als er während des zweiten Weltkrieges als Emigrant in London lebte, so daß man bei ihm am ehesten etwaige westliche Bindungen vermuten konnte. Das ist es, was im Zuge der allgemeinen Prävention, die durch den Prager Prozeß bezweckt wurde, auch sein Schicksal als „Verräter“ besiegelt haben mag.

Wenn im übrigen diese unrühmlichen Begebenheiten in Prag noch eines Schlußkommentars hier bedürfen, so wäre noch zu sagen, daß alle Verurteilten als Schrittmacher des Bolschewismus in der Tschechoslowakei und bis gestern noch Machthaber von Moskaus Gnaden in Prag soviel Verantwortung für die blutigen Verbrechen schlimmster Art auf ihr Gewissen geladen haben, daß sie ihre Todesstrafe, jeder für sich, bereits mehrfach verdient haben. Auch würden sie, wenn sie nicht in Ungnade gefallen wären, durch ihr Weiterleben und Wirken nicht das Geringste zur Beseitigung

des kommunistischen Regimes, sondern eher nur zu dessen Festigung beigetragen haben. Es besteht also kein Grund, ihr wohlverdientes Schicksal irgendwie zu bedauern, geschweige denn zu beweinen.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß dem Prager Schauprozess nunmehr ein neuer gegen slowakische „Bourgeoise-Nationalisten“ in Preßburg folgen soll. F. D.

Zweierlei Maß

Auf einer Tagung von etwa 120 Emigranten — meist ehemaligen Offizieren der Sowjetarmee — die kürzlich in München stattgefunden hat, wurde über die Möglichkeiten einer Beseitigung des bolschewistischen Regimes in der UdSSR diskutiert. Major Klimow — ein früherer Angehöriger der sowjetischen Militäradministration in Karlshorst bei Berlin — hat dabei die Aufgabe der Emigration aus dem Osten wie folgt definiert: „Wir müssen die Kader eines künftigen Befreiungskampfes schulen. Das ist unsere moralische Pflicht. Wenn wir es nicht tun, haben wir hier im Westen nichts zu suchen.“

Bezeichnenderweise reagierte darauf die westdeutsche Presse sehr empfindlich, jedoch nicht etwa im Einklang mit dem Gebot der Stunde, sondern in ganz anderem Sinne. Die Wochenzeitschrift „Das ganze Deutschland“, die in Bonner Regierungskreisen weitgehende Beachtung findet, stellte z. B. rundheraus fest: „... Es ist völkerrechtlich ein unmöglicher Zustand, wenn auf deutschem Territorium politische Tagungen fremder Staatsangehörigen stattfinden, die offen den Bürgerkrieg in einem anderen Land propagieren. Dies ist nur im Kriegszustand denkbar, nicht aber auch, wenn die Außenpolitik des asylgebenden Landes Verhandlungen über seine eigene Einheit mit eben jenem Land anstreben muß, in dem der Bürgerkrieg entfesselt werden soll...“

Es handelt sich hierbei um eine grundsätzliche Frage, die nicht allein die genannte Initiative des ehemaligen sowjetischen Major Klimow betrifft, sondern die Lage und die Tätigkeit der Emigration aller Völker hinter dem Eisernen Vorhang überhaupt, die sich in der Bundesrepublik befindet. Darum sehen wir uns veranlaßt, uns in diesem Zusammenhang zu Wort zu melden.

Die Wege und Mittel zu einer Wiedervereinigung Deutschlands, die gegenwärtig im Mittelpunkt der politischen Diskussion in der Westdeutschen Bundesrepublik steht, ist gewiß eine deutsche Angelegenheit, in die wir — Emigranten — nicht hineinzureden haben. Auch sind wir uns der Verpflichtung wohl bewußt, uns jeden Schrittes zu enthalten, der geeignet wäre, die Verwirklichung dieses höchsten deutschen Anliegens irgendwie zu stören oder zu gefährden. Unerfindlich bleibt es uns doch, daß es gerade in Westdeutschland noch Leute und Publizisten gibt, die eine Wiedervereinigung Deutschlands sich anders als eben Wiederbefreiung der von der Sowjetarmee okkupierten deutschen Ostzone vorstellen können. Noch befremdender mutet es an, daß man aus lauter Nachsicht der Sowjetunion gegenüber in Westdeutschland soweit gehen zu müssen glaubt, der heimatvertriebenen Emigration zu verbieten, selbst in Gedanken der Befreiung ihrer Länder von sowjetrussischer Herrschaft zu dienen und daß man in der Bundesrepublik von normalen völkerrechtlichen Beziehungen und Frieden spricht, in einer Zeit, wo in Berlin und anderwärts offener Menschenraub herrscht, wo in der versklavten Ostzone tausende Unschuldiger tagtäglich an den Galgen kommen und mit langjährigen Gefängnisstrafen in den Kerker wandern und wo schließlich die ganze Bundesrepublik von Moskau über Pankow durch ein dichtes Netz von getarnten Fünften Kolonnen unterminiert ist, die den Bürgerkrieg im Westen fieberhaft schüren. Diese Tatsachen sind es, die nach unserer Ansicht bei der Beurteilung der Aktivität unserer Emigration in Rechnung gestellt werden müßten, um nicht durch die Anwendung von zweierlei Maß zu paradoxen Verurteilungen zu kommen.

Es ist vielmehr an der Zeit, der schwergeprüften und auf sich selbst gestellten Emigration der Völker und Länder hinter dem Eisernen Vorhang etwas mehr Beachtung und Entgegenkommen in der Bundesrepublik zu erweisen, als bisher ge-

schehen. Ihre potentielle Bedeutung in der Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Weltgefahr sollte gerade in Deutschland nicht soweit verkannt und negiert werden, daß man Stalin noch ausdrücklich das Recht zugesteht, selbstherrlich nach der Maxime zu handeln: quod licet Jovi, non licet bovi!

P. S.

Konsolidierung der russischen Emigration oder Mausefalle für die Unterjochung

In der Diskussionsreihe über die künftige politische Gestalt „Rußlands“ veröffentlichte der „Tagesspiegel“ einen Beitrag des Russen I. Michajlow unter dem Titel „Die Konsolidierung der russischen Emigration“.

Man könnte die Ausführungen dieses Herrn Michajlow in ihrer totalen Umkehrung aller Werte, historischer Tatsachen und Schlußfolgerungen als Musterbeispiel stalinistischer Dialektik bezeichnen. Der Artikel hat einen positiven Wert, indem er die geradezu erschütternde Ähnlichkeit zwischen den weißen und roten Wortführern der russischen Konsolidierungspolitik dem Leser so klar vor Augen führt, daß nur die naivsten Gemüter die gemeinsame ideologische Inspiration dieses siamesischen Zwillingspaars nicht bemerken könnten.

Bemerkenswert ist die in letzter Zeit besonders stark in Berlin hervortretende Tendenz russischer Kreise und ihrer russophilen Trabanten, die Russen in blütenweißer Unschuld erscheinen zu lassen und alle Schuld am Sieg der bolschewistischen Revolution den — ach so bösen — nicht-russischen Völkern in die Schuhe zu schieben, die es gewagt hatten, für ihre Freiheit zu kämpfen, anstatt aus Dankbarkeit zum russischen „Retter“, der sie, „die auf geringem Kulturniveau stehenden“ durch seine „Kolonisierung“ zu den schwindelnden Höhen der russischen Kultura „emporzuheben trachtete“, ja sogar — nach Michajlow — mehrere Male versucht habe, sich und die nicht-russischen Völker vom Kommunismus zu befreien und den „erfolgreich kämpfenden“ russischen Armeen „Nachschub“ zu liefern (d. h. nicht-russische Soldaten für die Beibehaltung des weißrussischen Imperiums verbluten zu lassen).

Daneben tritt noch eine andere Tendenz in den Vordergrund. Großmütigerweise wird den baltischen Staaten, Finnland und Polen, „die ihre Lebensfähigkeit vor der Annexion durch die Sowjets bewiesen hätten“, das Recht auf Eigenstaatlichkeit zuerkannt. Man bezweifelt aber die Lebensfähigkeit einst so reicher und hochkultivierter Länder wie der Ukraine und Turkestan, aus deren Ausbeutung und Unterdrückung das großrussische Imperium überhaupt erst die Mittel zur Erhaltung des Völkergefängnisses geschöpft hat und weiter schöpft. Doch hat diese Tendenz noch einen weiteren Sinn: Durch die Betonung einer scheinbar privilegierten Stellung der baltischen Völker und Polens sollen sie davon abgebracht werden, mit den übrigen nicht-russischen Völkern für die gemeinsame Sache zu kämpfen. Man trachtet auf diese Weise danach, die bestehende gemeinsame Front zu spalten, um nach dem Prinzip „Divide et impera“ sein „großrussisches“ Ziel zu erreichen.

Einem Gedanken dieses Artikels könnte man allerdings vorbehaltlos zustimmen: „Heute geht es um die Vereinigung aller positiven Kräfte zur Abwehr des kommunistischen Imperialismus.“ Doch der Geist des ewigen und allesleistenden russischen Lomonossov, in welcher Form er sich auch immer diesseits wie jenseits des Eisernen Vorhangs manifestieren mag, dürfte schwerlich zu diesen „positiven Kräften“ zählen und ebenso wenig als vertrauenswürdiger Verbündeter anzusehen sein.

Aino Torm

„Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig“

Auf einer Kundgebung des „Deutsch-Russischen Freundschaftsbundes“ anläßlich des 35. Jahrestages der Oktoberrevolution erklärte der NTS-Vertreter Aleksei Wetrow, Estland sei (durch seinen Freiheitskampf 1918—1919) den Russen in den Rücken gefallen und hätte damit dem Bolschewismus zum Sieg verholfen. Auch der „Possev“-Vertreter Eugen Romanov schob die Schuld am bolschewistischen Sieg dem „Cordon Sanitaire“ zu, den die freie Welt aus Polen und den Baltischen Staaten errichtet hatte. „Dafür müßten diese Völker als erste schwer bezahlen!“ rief Romanov mit Genugtuung aus.

Im Gegensatz zu diesen abwegigen Auffassungen sah Professor Franz Borkeman den Bolschewismus als Fortsetzung russischer Tradition an.

A. T.

Die unterjochten Völker und deren Emigration ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Während man aber in der westlichen Welt so viel von bolschewistischer Weltgefahr, von Fünften Kolonnen, von Verteidigungslinien und dergleichen spricht und schreibt, wird von jenen Völkern und Ländern, die von der Sowjetunion bereits unterjocht sind, auffallend wenig geredet. Die große historische Verantwortung, diesen Zustand zu dulden und dem Martyrium dieser Völker untätig zuzusehen, wird kaum empfunden, obwohl die unglückseligen Millionen-Menschenmassen dieser Nationen vom Westen Unterstützung zu ihrer Befreiung erwarten.

Etlichen Hunderttausenden unter ihnen ist es gelungen, der Hölle in der Heimat zu entkommen und Asyl in der freien westlichen Welt zu nehmen. Nachdem sie Volk, Heim und Vermögen verlassen mußten, fanden sie sich in den Flüchtlingslagern und Baracken westlicher Länder zusammen, um über das Schicksal ihrer Heimatländer, und die Wege und Mittel für deren Befreiung nachzusinnen. Diese vertriebenen Söhne der unterjochten Völker, beherrscht durch das Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft, haben zueinander gefunden und sich zusammengeschlossen, um als wahre Kameraden Seite an Seite gegen den Bolschewismus zu kämpfen und morgen als Vorhut des Befreiungsfeldzuges in ihren Ländern zu dienen.

Von diesem Gedanken beseelt wirken und mühen sich die Freiheitsbewegungen unter der Emigration schon seit Jahr und Tag, obwohl auf sich selbst gestellt und von niemand unterstützt, um die Idee dieser Einheitsfront voranzutreiben. Sie fühlen sich dabei vereint mit den Ihrigen in der Heimat und deren Untergrundbewegungen und dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit, diese unbändige Sehnsucht nach Freiheit und diese selbstlose patriotische Arbeit sind es eben, die einen nicht zu überschenden Faktor in der Strategie des Westens darstellen sollten.

Die Träger dieser Freiheitsbewegungen in Emigration sind nicht nur warnende Opfer eines tragischen Schicksals oder bettelarme Flüchtlinge, die nur Bedauern verdienen, sondern müßten vielmehr als Sprachrohr und lebendes Gewissen ihrer gemarterten Völker bewertet werden, die ihre geraubten Länder, ihre Freiheit und Menschenwürde zurückfordern und zu jedem Opfer bereit den Augenblick des Befreiungskampfes ungeduldig erwarten, vom Bewußtsein erfüllt, daß es ohne Kampf keinen Sieg und ohne Opfer auch keine Befreiung gibt. Hundert solche Kämpfer wären tausend westliche Soldaten wert, weil sie durch das Feuer der kommunistischen Hölle gegangen, die Tücken des Bolschewismus kerngelernt haben und zur Genüge abgehärtet sind. Die in der Heimat tätigen Widerstandsbewegungen und Aufständischen, obwohl sie einer modernen Ausrüstung entbehren, würden gegebenenfalls allerorts Aufstände entfachen, sobald sie die Gewißheit bekommen, daß sie nicht alleine stehen und unterstützt werden. Ihr Fanatismus und Todesverachtung werden, wenn die Stunde schlägt, die fehlende moderne Ausrüstung nicht nur ausgleichen, sondern sogar überreffen.

Die Kampfbereitschaft der unterdrückten Millionen bedeutet eben eine Dritte Macht, die Widerstandsbewegungen bilden eine echte zweite Front, die im Ernstfalle entscheidend in Aktion treten kann. Sie stellen die Achillesferse der Sowjetmacht dar und der Westen täte gut daran, bei seiner Strategie gerade diesen Punkt mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher.

Der Kreml kennt aus der russischen Geschichte zur Genüge, was diese revolutionäre Kraft der unterjochten Völker für den Bestand seines Machtgefüges bedeuten. Die sowjetischen Machthaber sind sich auch darüber im klaren, daß diese ihnen feindselige Macht durch die Ausdehnung des sowjetrussischen Machtbereiches über neue Länder und Völker noch mehr angewachsen ist und machen sich keine Illusionen über die Tragweite einer möglichen Explosion.

Diese Macht durchdringt nämlich unsichtbar bereits alle Gebiete des sowjetischen Machtbereichs. Die Auflehnung und der Haß gegen

das fremde russisch-bolschewistische Regime sitzt schon in allen Ämtern, Parteien und selbst in den Einheiten der Roten Armee. Gerade darum sind auch die bolschewistischen Regime überall danach bemüht, die Seele der Völker und der Menschen mit allen Mitteln abzutöten. Deshalb haben sie die eroberten Länder in Zuchthäuser umgewandelt, weil sie genau wissen, daß es sich hierbei um eine tempierte Atombombe handelt, deren Zündschnur heute noch in den Händen des Westens ist.

Während man aber im Westen immer wieder nur davon spricht, daß die kommunistische Aktivität unbedingt zu ersticken und die Fünften Kolonnen Moskaus zu vernichten sind und daß es an der Zeit sei, der bolschewistischen Ideologie gläubig eine gemeinsame tragende Idee entgegen zu stellen, wird hinter dem Eisernen Vorhang die Bolschewisierung der Länder und Völker rücksichtslos und mit ganzer Kraft vorangetrieben. Hunderttausende werden deportiert, die eigenständige Kultur der Völker ausgerottet, der Terror verschärft, was alles an der Explosivkraft jener tempierten Atombombe zehrt, weil es den Glauben der Unterjochten an den guten Willen des Westens zum Abflauen bringt und so den Boden für einen psychologischen Krieg verdorren lassen kann.

Die ganze westliche Welt ist vom Untergang bedroht. Kein Volk im Westen kann auf Rettung rechnen, wenn es selbstsüchtig nur auf den eigenen Schutz bedacht bleibt. Nur das Zusammenhalten und die gemeinsame Front aller Nationen — der freien sowie der unterjochten — ist auf die Dauer Erfolg versprechend. Nur eine zentral geleitete militärische Macht in Koordination mit dem Po-

tential der unterjochten Völker kann die bolschewistische Gefahr vernichten und der Welt die Rettung bringen.

Eine wirksame Verteidigung ist aber nur dann vorstellbar, wenn sie nicht etwa am Rhein oder gar an den Pyrenäen erfolgt, sondern offensiv in einen Raum vorgetragen wird, wo die zweite Front der unterjochten Völker und deren Widerstandsbewegungen in Aktion treten und mit den westlichen Kräften zusammenwirken können.

Der bekannte britische Militärschriftsteller General Fuller hat kürzlich die Ansicht geäußert, daß es zwar sehr wichtig ist, die militärische Macht des Westens zu steigern, noch wichtiger sei es aber den unterjochten Völkern jene Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, die nützt, um die zweite Front hinter dem Eisernen Vorhang entstehen zu lassen. Er würdigte ausdrücklich die Bedeutung dieser potentiellen zweiten Front als mächtiges strategisches Instrument, ohne daß der Atlantikpakt als ungenügend erscheinen müsse.

Abschließend darf zum Thema dieses Artikels festgestellt werden: wollen die Westmächte den kommenden Krieg sicher gewinnen ohne dabei den Frieden noch einmal zu verlieren, dann haben sie ihre Strategie in Einklang mit den hier entwickelten Erfordernissen zu stellen, die im Grunde sich mit den Ideen und Zielen des Antibolschewistischen Blocks der Nationen decken. Der ABN verkörpert nämlich jene gemeinsame Front aller unterjochten Völker und deren Widerstandsbewegungen im sowjetrussischen Machtbereich, deren Bedeutung von keinem nüchternen Menschen übersehen werden darf. Darum ist auch der ABN gerade diejenige Organisation, die heute vor allem anderen Anspruch auf weitgehende westliche Unterstützung erheben kann und zwar im ausgesprochenen Interesse der Westmächte selbst und darüber hinaus der gesamten Welt.

Was die anderen schreiben:

Ein Zeichen polnischer Ernüchterung

Im vergangenen Jahre hat in Atlantik City, N. J., ein Kongreß der Amerikaner polnischer Abstammung (Polonii Amerykanskiej) stattgefunden, auf dem u. a. auch die Frage der polnischen Grenzen diskutiert worden ist. In einer diesbezüglichen Entscheidung des Kongresses habe es u. a. geheißen:

„Wir fordern die Anerkennung der Grenze der Oder-Neiße-Linie im Westen, lt. dem Rigaer Vertrag mit Lwii und Wilno nach Osten, sowie mit ganz Ostpreußen, einschließlich Königsberg, nach Norden.“

Hierzu meldet sich die in Paris erscheinende führende polnische Emigrantenzeitschrift „Kultura“ zu Worte und schreibt in ihrer Nr. 11/61, 1952, u. a. folgendes hierüber:

„Ob das nicht der Traum vom abgeschnittenen Kopf ist? Oder hat vielleicht Churchill doch recht gehabt, als er 1945 sagte: ‚Poles have every virtue, except political sense‘ (Die Polen besitzen jede andere Tugend, außer politischem Sinn). Wir sind vielleicht das einzige Volk — schreibt weiter der Verfasser des Artikels, Pfarrer Jozef Z. Majewski — welches von der Erinnerung an die Vergangenheit lebt und wir betrachten die jetzige Wirklichkeit durch die Lupe des 19. Jahrhunderts, als das Wort ‚Rzeczpospolita Polska‘ (Polenreich) das Kronenland Litauen und Rusj (d. h. Ukraine — Anm. d. Red.) bedeutet hat... Die Polen fordern gern Gerechtigkeit für sich und schätzen sie auch, allein wenn wir aber Gerechtigkeit von uns aus an jemand anderem üben müssen, dann verwenden wir sie nur eingeschränkt und sogar in verfälschtem Maße. Etwa Dreiviertel der Polen, die sich in Emigration befinden, sind aus dem sog. Kresow Wschodnich (d. h. die westlichen Gebiete Ukraine, Weißruthenien und Litauen — Anm. d. Red.). Ein großer Teil von diesen hatte sich in Wolhynien, Poljsja, Podole, angesiedelt oder kam dorthin als polnische Kolonisatoren nach der Bodenreform, andere sind Nachkommen von hier angesiedelten polnischen Familien alter Adelsschichten.“

Die östlichen Gebiete setzen sich aber zusammen aus einigen Millionen Ukrainern, Weißruthenen und Litauern, welche laut Friedensvertrag von Riga des wiedererneuerten Polen zugeteilt wur-

den. Wilno im Norden und Lwii im Süden sind ‚echte polnische‘ Städte, haben uns aber am meisten Sorgen und auch viele Feinde gemacht... Es ist richtig, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung von Lwii und Wilno vor dem Jahre 1939 als Polen betrachtete. Aber es irrt jeder, der auf dem Standpunkt steht, daß diese Städte irgendwann an Polen zurückgegeben werden müssen. Die Litauer können Wilno nie vergessen, und es wird nicht eher zur Verständigung kommen, bis wir nicht ihnen dieses Wilno zurückgegeben haben. Andererseits werden uns auch die Ukrainer Lwii nie schenken. Nach Ende des letzten Krieges wurden die östlichen Gebiete von Polen ‚gesäubert‘. Wenn es zum dritten Weltkrieg und evtl. Zusammenbruch Sowjetrußlands kommt, dann wird unser Appetit auf Lwii und Wilno schon ganz ausgelöscht sein werden. Litauen, das sein jetziges Schicksal noch schlimmer als wir ertragen muß, soll mit seinem Wilno rechnen und auch in Lwii soll die blau-gelbe (d. h. ukrainische — Anm. d. Red.) Fahne wehen.“

„Bohemia“ über das Prager Bluturteil

Die Zeitung „Bohemia“, Organ der Tschechischen Demokratischen Föderalisten, Mitglied des ABN, bringt in ihrer Nr. 18/Dez. 1952, anlässlich des Monster-Prozesses in Prag einen bemerkenswerten Leitartikel ihres Hauptschriftleiters, Herrn Fr. Janik-Horak, unter dem Titel „Der Beginn des Kampfes gegen den Zionismus“, dem wir folgendes entnehmen:

... In den Tagen vom 20. bis 27. 11. d. J. fand vor dem Staatsgerichtshof in Prag-Pankraty der Schauprozeß gegen 14 Mitglieder des sog. „Antistaatlichen Verschwörerzentrum mit R. Slansky an der Spitze statt...“

... Im Gerichtssaal zu Pankraty wurde nämlich nicht nur das Urteil über die vierzehngliedrige „Mächteclique“ in der Partei gefällt, sondern es wurde von der ganzen Welt der Beginn eines blutigen Antisemitismus in der CSR und im Ostblock angekündigt.

Der Antisemitismus zieht sich durch den Prozeß wie ein roter Faden. Jedes Wort des Prokurators und auch der Angeklagte wurde durch die Regie dieses Theaters direkt diabolisch berechnet zum

Hinter dem Eisernen Vorhang



IM ZEICHEN DER „FRIEDENSLIEBE“

In den letzten Monaten werden längs der tschechoslowakischen-bayerischen Grenze, und hauptsächlich an der tschechoslowakischen-österreichischen Grenze breite Befestigungen errichtet. Es wird ein dichtes Netz von Panzerfallen gebaut, Minenfelder werden angelegt, Signalanlagen vervollständigt und noch drei Reihen Stacheldraht gezogen. Seit vier Monaten wird auch an der Reparatur, Befestigung und Tarnung der im Jahre 1938 gebauten Grenzbefestigungen fieberhaft gearbeitet.

Das Hauptaugenmerk ist auf den Sektor Breclavue—Bratislava gerichtet. Die ganze Arbeit, welche der Reparatur und der Erweiterung der Grenzbefestigungen gilt, wird auf diesem Grenzgebiet von der Breclaver Garnison durchgeführt. Die gleiche Garnison führt auch Arbeiten dieser Art an der Grenze im Gebiet von Devinska Nova Ves, Devinske Jezero, Vysoka bei Morave und in nördlicher Richtung durch.

Die Reparaturen und Tarnungen der Grenzbefestigungen werden folgendermaßen durchgeführt: die Schießscharten, welche in Richtung Österreich und Ungarn gerichtet sind, bleiben wie sie waren, das Vorfeld wird mit Steinen aufgeschüttet in Form von Dächern, welche durch Zement gebunden werden, darauf wird Erde geschüttet und Gras gesät. Die Befestigungen werden gründlich überholt. Alle inneren Einrichtungen wurden neu ausgestattet. Auch sind sie alle mit doppelten Stahltüren versehen. Die inneren Türen sind mit Eisengittern, die äußeren aus schweren Stahlplatten und einem starken Vorhangschloß. Die vorbereiteten Befestigungen sind nachweislich mit Waffen, Munition und Verpflegung versorgt.

In diesen befestigten Grenzgebieten wurden die Restaurants und auch die Wohngebäude beschlagnahmt und in Büros, Lazarette, Unterkunft für Militär und Magazine (Bekleidung, leichte Waffen und Munition) umgebaut. (I. B.)



WIDERSTAND UND REPRESSIONEN

In einem Bericht des Innenministers der Bulgarischen Volksrepublik, General Georgi Zankoff, der im Organ der Bulgarischen Kommunistischen Partei „Rabotnitschesko Delo“ vom 16. 9. 1952 veröffentlicht ist, heißt es u. a.:

„... Die Feinde versuchen sich in Zerrüttungstätigkeit auf dem Gebiete der Industrie, des Transportes und der Landwirtschaft. Sie sind bestrebt, die Arbeit zu schädigen, die Erfüllung der Wirtschaftspläne zu behindern, die neuen Produktionsmethoden zu sabotieren und führen aller Art von Diversionstätigkeit mittels Sabotage, Brände usw. durch. In der Landwirtschaft richtet sich ihre Tätigkeit hauptsächlich gegen die Kolchosen und

Aufpeitschen des Hasses des tschechischen Menschen nicht nur gegen die Angeklagten, von denen elf jüdischer Abstammung waren, sondern gegen alle jüdischen Mithürger, den Staat Israel und die jüdische Welt überhaupt. „Ein unbarmherziger Kampf gegen den Zionismus!“ Das ist die Losung und die neue Richtung der roten Sklavenhalter, die vor drei Wochen in die hungrigen, unzufriedenen Massen geworfen wurde.

„Der Aufbau des Sozialismus und der mit ihm unzertrennbar verbundenen Verdrängung kapitalistischer Elemente steht in absolutem Widerspruch mit ihren (zionistischen — Anm. d. Red.) eigenen Interessen...“

Dieser Prozeß zeigt die Gefahr des Zionismus in der ganzen Tiefe. Und die internationale Bedeutung des Prozesses liegt unter anderem darin, daß er nicht nur unsere kommunistische Partei warnt, sondern auch die anderen kommunistischen und Arbeiterpartei vor dem Durchdringen dieser

die Maschinen- und Traktorenstationen, wobei sie bestrebt sind Chaos zu stiften und unter den Bauern Unzufriedenheit hervorzurufen. Sie beschädigen die landwirtschaftlichen Maschinen, vernichten die Viehbestände und Getreidevorräte usw.“

Diese Veröffentlichung stellt ein amtliches Geständnis für den herrschenden Widerstand im Lande dar. Nach allgemeinen Informationen äußert sich der Widerstand in drei verschiedenen Arten: passiver Widerstand, durchgeführt von Einzelpersonen durch getarnte Sabotage der verschiedenen Regierungsinitiativen; halbaktiver Widerstand, durchgeführt von kleinen Gruppen, an dem sich schon kühnere und opferbereite Bürger, Bauern und Arbeiter beteiligen, die gelegentlich zu Anschlägen auf staatlich gelenkte Betriebe und Unternehmungen übergehen; aktiver bewaffneter Widerstand, der nach dem Kriege in Korea aufgelebt ist. Dieser wird wiederum nur von zahlenmäßig kleinen Scharen, bestehend aus 5—10 Personen bewaffneter Widerständler geführt, die jede für sich handelt. Außerdem leben eine große Zahl von Personen illegal und getarnt in den Bergen und Wäldern und passen jede Gelegenheit ab, um sich bewaffneten Gruppen beizugesellen.

Anzeichen für den Umfang des bestehenden Widerstandes finden sich auch in den zahlreichen politischen Prozessen. Allein im letzten Jahre sind nicht weniger als 49 Prozesse wegen „staatsfeindlicher Verschwörungen“ bzw. gegen „Volksfeinde“ und „Volkschädlinge“ durchgeführt worden. 561 Personen sind verurteilt worden, davon 68 zum Tode, 28 lebenslänglich und die übrigen von 1 bis 20 Jahren Zuchthaus. In diesen Prozessen sind als Angeklagte meist Anhänger aller vom Regime aufgelösten und verbotenen bulgarischen Parteien aus den verschiedensten Volksschichten aufmarschiert und verurteilt worden. Die meisten dieser Prozesse werden dabei unter Ausschuß der Öffentlichkeit durchgeführt.

Zur Zeit befinden sich über 60 000 Menschen in Konzentrationslagern. 11 200 sitzen im Kerker als politische Häftlinge. Die meisten davon werden ohne Urteil in Haft gehalten. Seit der sowjetischen Herrschaft im Lande sind nicht weniger als 700 000 Personen interniert bzw. zwangsweise in entlegenen Orten umgesiedelt worden.



WÄHREND MAN IM WESTEN NOCH DISKUTIERT...

Über seine Verhandlungen mit Vertretern der Regierung der UdSSR in Moskau hat der Sowjetzonen-Minister für Innerdeutschen Handel und Außenhandel, Kurt Gregor, vor Mitgliedern des Zentralkomitees der SED Bericht erstattet. Gregor teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die Regierung der Sowjet-Union ihre Bereitwilligkeit

gefährlichen Agentur der amerikanischen Imperialisten in ihre Reihen!“ — Das ist nur ein kleiner Abschnitt aus der Schlußrede des Staatsanwalts, Urvalek, die gesättigt ist vom Haß eines fanatischen Antisemitismus.

Wir kennen die Verhältnisse in unserer Heimat. Deshalb wissen wir, daß bei der Prominenz jener 14 Angeklagten, der Ankläger und Richter Moskau war und nicht Prag...

... Der Kreml begann einen Schritt, der seinerzeit Hitler zum Schicksal wurde. Er proklamierte den Ausrottungskampf gegen die Juden. Es ist begreiflich, daß er dies nicht zufällig getan hat. Es ist ein bewußter und durchdachter Schritt, der berechnet ist u. a. auf: *das Aufpeitschen und Konzentrieren der Leidenschaften des Hasses breiter Massen des Ostblocks und damit die Ablenkung ihrer Aufmerksamkeit von dem wirklichen Zustand und Entwicklung...*

zu erkennen gegeben habe, bis Ende 1953 die komplette Bewaffnung für 5 Divisionen der „Nationalen Streitkräfte“ zu liefern. Zusicherungen dieser Art, sagte Gregor, seien ihm von dem stellvertretenden Minister für Bewaffnung der UdSSR, Generalleutnant Rjabikow, gemacht worden. Als Ausgleich für die Waffenlieferungen, so erklärte Gregor weiter, werde die Sowjetzone den Export von Werkzeugmaschinen nach der Sowjetunion im kommenden Jahr wesentlich erhöhen müssen.

Nach Aussagen eines geflüchteten Mitarbeiters des Staatssekretariats der Ostzone, seien in den dortigen Lagern Waffen, Gewehre, ungeschliffene Seitengewehre, mehr als 5 Millionen Schuß Infanteriemunition und ebensoviel Geschoßhülsen untergebracht worden. Darüber hinaus enthielten die Lager Winter- und Sommerbekleidung und Unterwäsche für mehr als 500 000 Mann. Außer imprägnierten Stoffen, Zeltbahnen, Vergaserkraftstoff und Öl, Kraftfahrzeugreifen und -schläuche, Verbandsstoffen und Medikamenten aller Art, werden im einzelnen gelagert, Tornister und Koppelzeug, Stahlhelme, Gasmasken, Feldflaschen, Brotbeutel und Packtaschen ebenfalls für etwa 500 000 Mann. Auch Funk- und Peilgeräte, optische Geräte, Ferngläser, Taschenlampen und Kompass befinden sich in den Reservelagern des Staatssekretariats. Aus den Aussagen des ehemaligen Angehörigen des Staatssekretariats geht noch hervor, daß außer Zement, Baustoffen, Klinkersteinen, Schwellen, Bohlen, Draht- und Hanfseilen und Barackenteilen auch Lebensmittel, besonders Konserven, importierte Butter, Schmalz, Butterschmalz, Margarine, Öl und Zucker auf Lager gelegt worden sind. (IWE)



„VERFEHLUNGEN“, WIDERSTAND UND AUSBEUTUNG

Die Moskauer „Prawda“ vom 10. 12. 1952 veröffentlichte einen Artikel des Sekretärs des Stawropoler Landes, A. Waskow, worin festgestellt wird, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR der Parteileitung im Stawropoler Land große Fehler und Mängel vorgeworfen hat. A. Waskow bekennt sich zu diesen Verfehlungen und schwört, alles zu tun, um die „ernsthaften Fehler rasch zu beseitigen“.

Die Gebietssekretäre Kiselew und Grischin vom Rostow- und Stalingrad-Gebiet haben sich ebenfalls zu vielen ernsthaften Fehlern bekannt. Das ZK der Partei der UdSSR hatte in ihrem Plenum im Januar die Arbeitslage im Rostowgebiet scharf kritisiert und das IX. Plenum des Komsomol im September den Stand der Lage des Komsomols als sehr schlecht und gefährlich bezeichnet. Es wurde berichtet, daß sich Banden von Jugendlichen gebildet hätten, die die Komsomolabende und Versammlungen sprengen und nächtlich sowjetfeindliche Lieder singen.

Die neue sowjetische Politik versucht mit allen Mitteln, um die Sympathie der Kosaken vor dem kommenden Weltkrieg zu gewinnen, jedoch beharrt, wie ersichtlich, das Kosakenvolk auf seinem Widerstand. Es kennt sehr genau die wirkliche Einstellung der Sowjets, kennt alle schrecklichen Methoden der Sowjetisierung sowie das unerträgliche Leben in Kolchosen und in der Industrie.

Dabei geht die ungeheure Ausbeutung des Kosakenlandes weiter. Vom Rostowgebiet allein wurden 26 Mill. Pud mehr Getreide zwangsweise ausgepreßt als im Vorjahr, vom Kubangebiet 23 Mill. Pud Weizen, 33 000 Tonnen Fleisch, 130 000 Tonnen Milch, 25 500 Tonnen Baumwolle, 119 Millionen Stück Eier, 25 000 Doppelzentner Käse, 100 000 Doppelzentner Butter, über 1 Million Doppelzentner Fische u. a. mehr als im Vorjahr.



WO LIEGT DAS „KATYN“ DER LITAUISCHEN OFFIZIERE?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die litauische Zeitung in Großbritannien „Britanijos Lietuvis“ am 6. 11. d. J. folgenden Bericht:

Aus den Resten der von den Bolschewiken zerschlagenen litauischen Armee wurde von den Russen innerhalb des sog. „Baltischen Korps“ das 617. Habiten-Regiment mit dem Standort in Lentvaris gebildet. Im Mai 1941 bekam das Regiment Be-

lehl, zu militärischen Übungen nach dem Truppenübungsplatz in Varena zu marschieren. Bald stellte sich der wahre Sinn dieser „militärischen Übungen“ heraus. Es war der letzte Gang der litauischen Armee auf dem Wege zum Grahe.

Zuerst wurden die höheren Offiziere weggebracht. Den ganzen Monat Mai und die erste Hälfte des Juni über verschwanden laufend aus den Zelten einzelne Offiziere und Unteroffiziere. In der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1941 erfolgten Massenverhaftungen der Offiziere. Die ganze Nacht durch fuhrn russische Lastwagen die Offiziere zum abseits gelegenen Wäldchen, das von starken russischen Abteilungen umstellt war. Die zurückkehrenden Kraftfahrer berichteten, daß die Offiziere im Wäldchen von NKWD erwartet wurden. Sie wurden durchsucht, wobei ihnen alles abgenommen wurde und zur Bahn nach Varena gebracht, wo sie in Güterwagen „zum Transport nach Rußland“ verladen wurden. Von dem Zugpersonal erfuhr man später, daß der Transport in der Gegend von Minsk in einem großen Walde hielt und die Offiziere in kleinen Gruppen aus dem Zuge herausgeholt wurden.

Am 18. Juni entstand unter den litauischen Soldaten auf dem Truppenübungsplatz eine Panik. Man hatte erfahren, daß die Offiziere in Varena erschossen oder am Ufer des Flusses Merkys umgebracht worden seien. Als die Unruhe der Truppe bemerkt wurde, rief der Regimentskommandeur Michailoff die übriggebliebenen Truppenführer zusammen und erklärte ihnen, daß die weggebrachten Offiziere Faschisten und Kapitalisten gewesen seien, die Beziehungen zu den Westmächten unterhielten und Stalins Strafe, die Vernichtung, verdient hätten. Sie verdienten kein Mitleid und würden nicht mehr zurückkehren.

Ähnliche Erklärungen wurden auch vom Politruk der 1. Batterie, Duboff, abgegeben. Duboff mahnte eindringlich, alles zu vergessen und nach Stachanow-Art weiterzuarbeiten, wenn man nicht ein ähnliches Schicksal erfahren wolle.

(Aus dem Informationsblatt des Litauischen Zentral-Komitees, 11./15. Dezember 1952.)



UPA-KURIERE GEFALLEN

Laut einer Meldung, die von der AP und der dpa gegeben und in der westlichen Presse erschienen ist, berichtete kürzlich ein Sonder-Kommuniqué des tschechoslowakischen Ministeriums für Staatssicherheit, daß an der Bahnstrecke Karlsbad—Eger drei Mitglieder der „russischen“ Untergrundbewegung „BENDAR“ von den Organen der Staatssicherheit erschossen worden seien. Das Feuer sei zuerst von den „Russen“ eröffnet worden, die auf der Flucht nach dem Westen gewesen sind. Bei den Erschossenen habe man sowjetische Maschinenpistolen, Landkarten und Geheimmaterial gefunden.

Offenbar handelt es sich dabei um Mitglieder der Ukrainischen Untergrundbewegung bzw. um Widerstandskämpfer der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA), die oft nach dem Namen des bekannten ukrainischen Nationalistenführers Bandera als „Banderowzi“ genannt werden, und im Laufe der letzten Jahre schon wiederholt sich an Streifzügen nach dem Westen beteiligten bzw. als Kurier von der Heimat nach dem Westen durchdringen. Es berührt merkwürdig, daß, obwohl diese Tatsache der westlichen Öffentlichkeit bereits zur Genüge bekannt sind, westliche Presseagenturen und Zeitungen immer noch entstellte und irreführende Berichte hierüber bringen, indem sie diese ukrainischen nationalen Revolutionäre als „russische Untergrundbewegung“ nennen und gar deren Repräsentant Bandera in „Bendar“ umtaufen und ihn selbst zum „Russen“ stempeln wollen.

TODESURTEILE AM LAUFENDEN BAND . . .

Ende November 1952 verurteilte ein Militärgericht in Kyiw den ehemaligen Direktor vom Kyiwer Handelsverteilungszentrum, Chain Ch. A., und seine Mitarbeiter Jaroschetskyj J. E. und Heron D. I. zum Tode durch Erschießen sowie zwei weitere Mitarbeiter, Ruschenko M. S. und den Expediter der Kreisverbrauchergenossenschaft von Kharlyk, zu 25 Jahren Gefängnis und 5 Jahre Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Nach der Anklage seien alle Verurteilten „von dunkler antisowjetischer Vergangenheit“ und hätten lange Zeit „gegenrevolutionäre Tätigkeit“ auf dem Handels- und Wirtschaftssektor getrieben.

(Radjanska Ukraina, 29. Nov. 1952.)

Komitee für die Unabhängigkeit Kaukasiens

Zwischen 11. und 15. Dezember 1952 tagte in München eine Konferenz der autorisierten Vertreter des Aserbaidshanischen Nationalen Zentrums, des Georgischen National-Politischen Zentrums und des Nordkaukasischen Nationalen Komitees „zum Zwecke der Beratung und Ausarbeitung der Grundlagen eines gemeinsamen Kampfes zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der kaukasischen Republiken, die 1920/21 dem Überfall Sowjetrußlands erlegen und gewaltsam okkupiert worden sind“ — wie es in der Präambel einer aus diesem Anlaß abgefaßten Deklaration ausdrücklich heißt.

Auf der Konferenz wurde volle Übereinstimmung über sämtliche zur Diskussion stehenden Fragen erzielt und beschlossen, ein „Komitee für die Unabhängigkeit Kaukasiens“ zu gründen, welches beauftragt ist, die Vertretung nach außen zu übernehmen und die Führung des nationalen Befreiungskampfes der Völker Kaukasiens zu leiten.

Die Konferenz unterstrich den festen Willen der kaukasischen Organisationen zum entscheidenden Kampf für die Niederwerfung der Sowjettyrannei und beauftragte das neugewählte gemeinsame Komitee, „sein Wirken mit den freiheitlichen Bestrebungen der Völker Osteuropas, Turkestans u. a. zu koordinieren“.

Gleichzeitig wurde gegenüber dem kürzlich in München gebildeten sog. „Koordinationszentrum für den Antibolschewistischen Kampf“ (KZAB) wie folgt Stellung bezogen: die Konferenz der kaukasischen Völker stellt mit Bedauern die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit dieser Organisation fest, da sie das bedingungslose Recht der Kaukasier auf Wiederherstellung ihrer unabhängigen Republiken: Aserbaidshan, Armenien, Georgien und Nordkaukasus nicht anerkennen. Dagegen hält die Konferenz eine enge Zusammenarbeit mit allen nationalen Organisationen und Befreiungsbewegungen der von Sowjetrußland unterjochten Völker für dringend notwendig.

Insbesondere wurde auf der Konferenz eine tiefe Entrüstung über den Völkermord, der im Jahre 1944 durch die Sowjetregierung an den Tschetschenen-Inguschen und in Karatschaj-Balkarien in Nordkaukasus verübt wurde, zum Ausdruck gebracht und gegen den immer noch andauernden Völkermord in allen kaukasischen Ländern Protest an die UN gerichtet.



170 000 AGITATOREN UND . . . VOLLER MISSERFOLG

Die Moskauer „Prawda“ vom 13. 12. d. J. brachte über Weißruthenien folgenden vielsagenden Bericht:

„Obgleich es zur Zeit in Weißruthenien mehr als 170 000 Agitatoren gibt, bleibt die massenpolitische Arbeit (d. h. das Einhämmern von Lobgesängen auf Stalin, von Sympathiebetuerungen zum „großen russischen Brudervolk“ und von Treuebezeugungen zum Kommunismus — Red.) noch sehr weit zurück . . . Die Führung der massenpolitischen Arbeit wird oft unfähigen Funktionären anvertraut (offenbar sucht man unter den Agitatoren Sündenböcke für die Widerspenstigkeit der Bevölkerung — Red.) . . . Besonders unbefriedigend sind die Erfolge der Agitation unter den Koldhosbauern, unter den Arbeitern an den Neubauten und bei den Maschinen- und Traktorenstationen (ein untrügliches Zeichen für die Ablehnung der Zwangsarbeitsmethoden durch die weißruthenischen Bauern und Arbeiter — Red.).“

Auf der letzten Sitzung des ZK der Kommunistischen Partei Weißrutheniens hat der weißruthenische Landwirtschaftsminister, Genosse Kostjuk, ernste Mängel in der Arbeit seines Ministeriums verheimlicht (Gott sei mit ihm! — Red.) . . . Auch der ganze Ministerrat der Weißruthenischen SSR kontrolliert sehr mangelhaft die Arbeit der Landwirtschaftsorgane und hat die Disziplin über die Leiter der Industrie und über die Verwaltung der Dorf- und Koldhosbauten sehr gelockert.“

Man sieht: Obgleich Moskau bemüht ist, die weißruthenische Bevölkerung durch Tausende von Propagandisten im Sinne des Bolschewismus zu bearbeiten und sie dem sowjetrussischen System hörig zu machen, stößt die russische Kolonialausbeutung bei dem weißruthenischen Volk nach wie vor auf harten Widerstand. Darum 170 000 Agitatoren und ein voller Mißerfolg!

Leserbriefe

Skandal im KZAB

Der „Befreiungskampf“ beginnt . . .

In einer Zuschrift, die sich mit den Zuständen in dem neugegründeten sog. „Koordinationszentrum für den Antibolschewistischen Kampf“ (KZAB) befaßt — eine offizielle Stellungnahme zu dieser neuen amerikanisch-russischen Initiative findet sich an anderer Stelle dieser Nummer — heißt es u. a.:

„Über drei Wochen verheimlicht das „Koordinationszentrum des Antibolschewistischen Kampfes“ (KZAB) einen großen Skandal unter seinen führenden Mitgliedern. Das Mitglied des Präsidiums und Finanzreferent, K. Kanatbay, ist mit dem Geld aus München durchgebrannt. Aus Regensburg sandte er dem KZAB den Kassenschlüssel mit der Erklärung, daß er vom politischen Leben zurücktritt. Als die Kasse geöffnet wurde, stellte sich heraus, daß sie leer war. Das KZAB hat strenge Anweisung gegeben, dieses peinliche Geschehnis zu verschweigen. Die kleine turkestanische Splittergruppe „Türkel“, deren Führer gerade K. Kanatbay gewesen ist und die mit KZAB kollaboriert hat, hat sich bereiterklärt, das fehlende Geld an das KZAB zurückzuzahlen. Inzwischen aber hat sich die Polizei eingeschaltet und hat die Vernehmung mehrerer enger Mitarbeiter von Kanatbay durchgeführt. Er wurde der Mitarbeit mit sowjetischen Agenturzentralen in Schweden und Berlin verdächtigt, ebenso mit einem gewissen *Schadow* und *Jurkowitzsch*, die als sowjetische Agenten erwiesen seien.“

Außer diesem Fall wird bekannt, daß der Führer einer Splittergruppe der Tatar-Baschkiren, die mit KZAB zusammenarbeitet, Fejsulin, mit seinen Freunden deutsche Banknoten im Werte von je 100 DM verbreitet habe.“

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß im KZAB verschiedene verdächtige dunkle Elemente von der Straße aufgenommen wurden, die bereit waren, die russische Konzeption anzunehmen und ihr Trabant zu sein. Sollten sich die hier geschilderten Vorkommnisse bestätigen, so wäre ein schlagender Beweis dafür erbracht, daß unter der Emigration der nichtrussischen Völker nur ganz verkommene Elemente sich bereitgefunden haben, die russische Konzeption nur um materieller Vorteile willen zu akzeptieren. Jedenfalls lassen derartige Begebenheiten den Charakter und Wert dieser Initiative als „Faktor“ im antibolschewistischen Kampf zumindest in einem Licht erscheinen, das nicht gerade ermutigend ist.

Das Schwarze Meer . . . (Schluß von Seite 4)

Meerengen berechtigen. Albanien bildet schon jetzt einen sowjetrussischen Stützpunkt am Adriatischen Meere. Ob es unter diesen Umständen ohne weiteres gelingen würde, gleich nach Beginn eines Krieges gegen die russische Kontrolle im Schwarzen Meere allein durch militärische Mittel zu brechen, um hier Überraschungen vorzubeugen, diese Frage läßt selbst der englische Militärschriftsteller offen. Umso mehr müßte man außer den rein militärischen noch alle anderen Faktoren hier einschalten, um des Sieges sicher zu sein. Das wären eben in erster Linie die nationalen Erhebungen der nichtrussischen Völker am Schwarzen Meere, deren Kräfte durch entsprechende politische Abmachungen schon jetzt mit der militärischen Stoßkraft des Atlantikpaktes resp. der türkischen Streitmacht koordiniert werden sollten.

Vor 35 Jahren, als man die Schwarzmeer-Konzeption ignorierte, die mit den Plänen identisch war, welche der ABN heute verfolgt, stand Rußland noch weit entfernt an der Wolga und spielte mit Kars und Ardahan. Jetzt aber steht die Sowjetmacht am Adriatischen Meer, in Mons Burhas und fast in Teheran. Sie steht gleichzeitig in Berlin und Wien und richtet ihr Augenmerk über China auf den Fernen Osten. Heute kommt es noch mehr darauf an, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, deren Wiederholung zum Verhängnis werden kann. Dies trifft insbesondere auf den strategisch entscheidenden Sektor des Schwarzmeergebietes in ganz besonderem Maße zu.



München 33, Postschloßfach 20, Telefon 5 33 58
Herausgeber: Pressebüro des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN).
Verantwortlicher Schriftleiter: K. W. Orlecky.
Süddeutsche Bank München, Konto Nr. 10 707.
Jahresabonnement DM 4.—
Nachdruck nur mit Quellenangabe: ABN-Kor.

Stellungnahme

der ukrainischen politischen Institutionen

und Organisationen

betreffs der antibolschewistischen Aktion

verschiedener amerikanischer Kreise

Bevollmächtigte Vertreter aller ukrainischen politischen Institutionen und Organisationen in Europa haben auf Grund der ihnen mitgeteilten Informationen von der Delegation des Ukrainischen Kongreß-Komitees in Amerika (U.K.K.A.) in der Angelegenheit des „Amerikanischen Komitees für die Befreiung der Völker Rußlands“ und nach durchgeführter entsprechender Diskussion am 27. Dezember 1952 auf einer eigens dazu einberufenen gemeinsamen Besprechung im Namen der von ihnen vertretenen Institutionen und Organisationen einstimmig folgende grundsätzliche Stellungnahme als bindende Richtlinien der ukrainischen Politik in der erwähnten Angelegenheit beschlossen:

1) Die Zusammenarbeit der ukrainischen politischen Kräfte mit verschiedenen amerikanischen Kreisen auf dem Gebiete des antibolschewistischen Kampfes gestützt auf einer entsprechenden politischen Plattform ist für die ukrainischen Befreiungsbestrebungen sowie für den gemeinsamen antibolschewistischen Kampf erforderlich. Aus diesem Grunde erklären sich die unterzeichneten ukrainischen politischen Institutionen und Organisationen bereit, den Kampf gegen den Bolschewismus und den russischen Imperialismus gemeinsam mit den amerikanischen politischen Kreisen unter entsprechenden Bedingungen zu führen.

2) Alle sind einmütig davon überzeugt, daß auf Grund der politischen Konzeption und der organisatorischen Struktur des sog. „Koordinations Zentrum des Antibolschewistischen Kampfes“, das mit maßgebender Anteilnahme des „Amerikanischen Komitees für die Befreiung der Völker Rußlands“ gebildet wurde, eine Zusammenarbeit mit amerikanischen Kreisen unmöglich ist, da das „KZAB“ die Grundbegriffe der Atlantik-Charta und der Vereinten Nationen verneint, die Gleichberechtigung der Völker nicht anerkennt und den Vertretern der russischen politischen Parteien, die faktisch auf der Plattform des russischen Imperialismus stehen und den unterjochten Völkern resp. dem ukrainischen Volke das Recht auf Wiederaufbau ihrer unabhängigen demokratischen Staaten absprechen, überhaupt Beteiligung einräumt und Übergewicht gibt. Diese Konzeption ist in ihren Grundbegriffen für unsere Befreiungsbestrebungen und für den gemeinsamen antibolschewistischen Kampf schädlich, da sie in der Wirklichkeit:

a) die Beibehaltung des russischen Imperiums bei einer Weiterunterjochung der Ukraine und der anderen nicht-russischen Völker anstrebt;

b) dazu neigt, den stärksten und aktivsten Faktor des antibolschewistischen Kampfes innerhalb der UdSSR, der in Form der nationalen Befreiungsbestrebungen der nicht-russischen Völker für staatliche Selbständigkeit auftritt, zu schwächen;

c) die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika auf den Irrweg der Unterstützung des russischen Imperialismus ablenkt, und die Zusammenarbeit der nationalen Befreiungsbewegungen mit der amerikanischen antibolschewistischen Aktion unmöglich macht;

d) die amerikanische Unterstützung und die Mittel zur Bekämpfung der antibolschewistischen Selbständigkeitsbewegungen der von Moskau unterjochten Völker mißbraucht.

Die obengenannten grundsätzlichen Tendenzen, auf denen „KZAB“ aufgebaut wurde, machen seine Reformierung und die ukrainische Teilnahme überhaupt unmöglich. Aus diesem Grunde sind auch irgendwelche Bemühungen dazu zwecklos. Nur die volle Ablehnung der obengenannten Konzeption würde es ermöglichen, in der Zukunft zweckmäßig einen gemeinsamen antibolschewistischen Kampf zu organisieren.

3) Die ukrainischen politischen Faktoren erklären sich bereit, in der Aktion der verschiedenen antibolschewistischen amerikanischen Kreise mitzuarbeiten, wenn folgende Voraussetzungen verwirklicht werden:

a) Positive Einstellung zu dem Kampfe der Ukraine für ihre staatliche Selbständigkeit sowie die Selbständigkeit anderer der durch Moskau unterjochten Völker.

Alle nationalen Vertretungen, die sich an der gemeinsamen antibolschewistischen Front beteiligen, verpflichten sich den Befreiungskampf aller Völker für ihre unabhängigen demokratischen Staaten in ihren ethnographischen Grenzen zu respektieren und dem Kampfe nicht entgegenzuarbeiten. In dieser gemeinsamen Front wären nur diejenigen russischen antibolschewistischen Kräfte zulässig, die obengenannte Prinzipien respektieren und sich in ihrer Tätigkeit an diese Prinzipien halten wollen und werden.

b) Jede nationale Vertretung behält ihre Selbständigkeit auf allen Gebieten der Befreiungspolitik. Die internationale Zusammenarbeit ist in Form einer Koordination und nicht einer einseitigen Führung zu verwirklichen.

c) Die gemeinsame Zusammenarbeit soll auf Grund der Parität-Vertretung jeder einzelnen nationalen Gruppe verwirklicht werden (Stimmgleichheit jedes einzelnen Volkes, wie es in den Vereinten Nationen der Fall ist).

d) Jede einzelne nationale Gruppe soll durch wahre und berechtigte Vertreter der politischen Emigration des entsprechenden Volkes repräsentiert werden.

4) Auf Grund der obengenannten Voraussetzungen ist den amerikanischen Kreisen die Möglichkeit geboten, die gemeinsame antibolschewistische Front zu stärken und zugleich durch ihre entsprechende politische Konzeption die Realisierung der obengenannten Voraussetzungen zu garantieren. Auf diese Weise werden gleichzeitig die natürlichen Möglichkeiten für eine erfolgreiche Funktionierung der gemeinsamen Front des antibolschewistischen Befreiungskampfes aller unterjochten Völker, und zwar der Völker innerhalb der UdSSR genau so wie auch der jetzt unterjochten sogenannten Satelliten geschaffen.

Exekutivkomitee des Ukrainischen Nationalrat (W.O. UNR);

Auslandsvertretung des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates (Z.P. UHWR);

Auslandsverbände der Organisation Ukrainischer Nationalisten (Z. CZ. OUN);

Organisation Ukrainischer Nationalisten (Solidaristen) (OUN);

Bund der Ukrainischen Monarchisten (SHD);

Ukrainische Bauernpartei (SZSU);

Ukrainische Revolutionäre Demokratische Partei (URDP);

Ukrainische Sozialistische Partei (USP);

Ukrainische National-Demokratische Vereinigung (UNDO);

Ukrainischer National-Staatlicher Verband (UNDS).

Den 27. Dezember 1952.

Stellungnahme

des Vorstandes der Auslandsverbände der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)

zu den amerikanischen Initiativen zwecks Bildung einer gemeinsamen antibolschewistischen Front

Indem der Vorstand der Auslandsverbände der OUN der gemeinsamen „Stellungnahme der ukrainischen politischen Institutionen und Organisationen“ vom 27. Dezember 1952 — unter aktiver Beteiligung unserer Vertreter formuliert und gutgeheißen — beistimmt und der gemeinsamen „Deklaration der politischen Nationalzentren und der nationalen Befreiungsorganisationen“ der von Moskau unterjochten Völker vom 14. Dezember 1952 ebenfalls beistimmt, gibt er folgende Nachträge und Präzisierungen bekannt:

1. Als Grundlage einer Zusammenarbeit der Ukrainer mit amerikanischen Faktoren im antibolschewistischen Kampf kann nur die Anerkennung der Idee des souveränen Gesamt-Ukrainischen Staates und eine Auflösung des russischen Großreiches in Nationalstaaten gelten, sowie die Unterstützung des nationalen Freiheitskampfes gegen den Bolschewismus und alle übrigen Formen des russischen Imperialismus.

2. Das „Amerikanische Komitee für die Befreiung der Völker Rußlands“ beharrt auf der entgegengesetzten Plattform — auf der Erhaltung eines einheitlichen und unteilbaren russischen Großreiches. Eine derartige Plattform ergibt keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit ihm.

Es gibt außer dem russischen Volk keine anderen „Völker Rußlands“, dagegen gibt es von Rußland geknechtete Völker. Der antibolschewistische Freiheitskampf der von Moskau unterdrückten Völker hat mit der gegen das Bolschewistenregime gerichteten Aktion der russischen Imperialisten keine gemeinsamen Ziele. Die unterjochten Völker kämpfen für ihre Loslösung von Rußland ohne Rücksicht auf dessen staatlich-politische Verfassung, während die russischen Imperialisten aller Richtungen sich bemühen, jene Völker im Rahmen des russischen Imperiums zu behalten.

Die Gefahr für die freiheitsliebende Welt besteht im imperialistischen Rußland. Solange das russische Großreich bestehen wird, gibt es keinen Frieden und keine Freiheit von Furcht in der Welt.

Die pro-russischen Aktionen der amerikanischen Kreise aus dem AKLPR (Amerikanisches Komitee für die Befreiung der Völker Rußlands), insbesondere die Bildung des sog. KZAB (Koordinationszentrum des Antibolschewistischen Kampfes), haben unter den von Moskau unterjochten Völkern, die der westlichen Welt freundlich gesinnt sind und an ihr einen Bundesgenossen im antibolschewistischen Kampf haben möchten, Mißtrauen erweckt.

Das KZAB ist nur ein Hindernis für den Verlauf des antibolschewistischen Kampfes und eine Beteiligung der Nichtrussen am KZ ist mit Nationalverrat gleichbedeutend.

3. An die gemeinsame Freiheitsfront der vom Bolschewismus unterjochten Völker können sich diejenigen Russen anschließen, die eine Unterjochung anderer Völker ablehnen und gegen den Bolschewismus für ihren eigenen Nationalstaat auf seinen ethnographischen Territorien zu kämpfen gewillt sind.

Der Vorstand der Auslandsverbände der OUN erklärt, daß es bisher keine einzige russische politische Gruppe gibt, die für den Zerfall des russischen Völkergefängnisses und für den Aufbau der Nationalstaaten in ihren ethnographischen Grenzen grundsätzlich und aktiv aufgetreten wäre.

Demgegenüber hat das Projekt der amerikanischen Faktoren, eine gemeinsame antibolschewistische Front zu bilden, indem man seine Hoffnung auf die Beteiligung und Hauptrolle der Russen setzt, keine reelle Grundlage. Diese Auffassung und jegliche Maßnahmen in dieser Richtung bringen die antibolschewistische Politik und Aktion Amerikas in eine Sackgasse und schwächen die aktive antibolschewistische Front, die gleichzeitig eine gegen alle Formen des russischen Imperialismus gerichtete Front ist.

4. Zwecks erfolgreicher gemeinsamer antibolschewistischer Aktion soll der Westen die unterdrückten Völker in den Brennpunkt seines Interesses setzen, nicht aber die Russen, die nach Erreichung ihrer eigenen imperialistischen Ziele trachten und demgemäß in die gemeinsame Front bloß Diversion hereintragen werden.

Die Anerkennung der Idee souveräner demokratischer Staaten in ihren ethnographischen Grenzen anstelle der zerfallenen UdSSR — eine solche Anerkennung seitens der amerikanischen Faktoren würde für alle an der gemeinsamen Front Beteiligten eine fest umrissene Grundlage ihrer Zusammenarbeit mit den amerikanischen Faktoren bilden, sowohl für heute als auch für die Zukunft.

Besteht das Ziel des amerikanischen „psychologischen Krieges“ in der Mobilmachung der Völker jenseits des Eisernen Vorhanges zwecks Verschärfung eines aktiven antibolschewistischen Kampfes, so kann dies nur durch gebührende Unterstützung der Idee der staatlichen Unabhängigkeit jener Völker erreicht werden.

5. Gegen den Bolschewismus, den Feind der gesamten freiheitsliebenden Welt, haben sowohl die von ihm unterjochten, als auch die noch freien, doch von ihm bedrohten Völker in einer einheitlichen Front solidarisch zu kämpfen.

Die Gewähr des Sieges über den gemeinsamen Feind liegt in der Koordinierung des antibolschewistischen Kampfes des Westblocks und des revolutionären Nationalkampfes der vom Bolschewismus unterdrückten Völker.

Eine bloße Bekämpfung der UdSSR von außen her kann keinen entscheidenden Erfolg haben ohne alliierte revolutionäre Mitwirkung der unterjochten Völker und ihre Mitwirkung hängt von der Anerkennung und Unterstützung ihrer Freiheitsbestrebungen und Ziele ab.

Die Rolle der von Moskau unterjochten Völker in der antibolschewistischen Weltfront basiert auf ihrem eigenen, allseitigen und revolutionären, insbesondere bewaffneten politischen Kampf gegen die bolschewistische Okkupation.

Besonders viel gilt die ukrainische Freiheitsbewegung — OUN — UPA (Organisation der Ukrainischen Nationalisten und Ukrainische Aufständische Armee) — die den bewaffneten politischen Kampf des ganzen ukrainischen Volkes ununterbrochen leitet und organisiert; das ukrainische Volk aber bildet die Hauptkraft im gesamten antibolschewistischen Revolutionsprozeß innerhalb der UdSSR, der seinen Abschluß in einem allgemeinen bewaffneten Aufstand finden soll.

Die gesamte antibolschewistische Aktion außerhalb der UdSSR — sowohl die ukrainische als auch diejenige der westlichen Kreise in der gemeinsamen Front — hat sich nach den ideell-politischen Positionen des revolutionären Kampfes in der Ukraine zu orientieren, nach dessen Forderungen und Bedürfnissen, um ihm eine allseitige — moralische, politische und technische — Unterstützung zuzuteilen.

6. Die Idee einer gemeinsamen Front des revolutionären antibolschewistischen Freiheitskampfes der Völker ist die Bildung des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) zugrundegelegt worden — des Koordinationszentrums jenes Kampfes. ABN hat sich im Feuer des Untergrundkampfes an zwei Fronten — gegen den Hitlerismus und gegen den Bolschewismus — formiert, aus der Initiative und mit Beteiligung der OUN — UPA, der armenischen, aserbeidschanischen, georgischen, idel-uralischen, nordkaukasischen, turkestanischen, weißruthenischen und anderer nationaler Revolutionäre.

Der ABN, auf Grundlage einer vollen Gleichberechtigung aufgebaut, vereinigt in sich die nationalen Freiheitsorganisationen der von Moskau seit langem und der seit unlängst unterjochten Völker, die für die Vernichtung des Bolschewismus, für die Auflösung der UdSSR und für ihre eigenen unabhängigen Nationalstaaten in deren ethnographischen Grenzen kämpfen, sowie für die Heimkehr ihrer ausgewiesenen oder deportierten Landsleute.

Die Grundlage der Konzeption des ABN bilden die eigenen Kräfte der Völker selbst, deren nationale Freiheitskämpfe und deren Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Front. Der ABN, aus eigenen Kräften organisiert und erhalten, ohne Unterstützung von außen her, bringt die Bestrebungen der Völker in ihrem Freiheitskampf zum Ausdruck und ist Wortführer ihres entscheidenden Kampfes als eines gesonderten unabhängigen Faktors im Weltkampf gegen den Bolschewismus.

Der ABN und dessen Konzeption dürfen nicht unterschätzt werden, wenn es sich um eine erste Behandlung des Problems der gemeinsamen antibolschewistischen Front handelt.

7. Die Interessen einer gemeinsamen antibolschewistischen Front fordern, daß die amerikanische Politik auf ihre pro-russische Konzeption verzichtet und sich gemäß den edlen Ideen, für die Washingtons Amerika einst gekämpft hat, den nationalen Freiheitskämpfen aller Völker gewogen erweise.

Eine positive Einstellung der Westmächte gegenüber den Grundsätzen und dem Kampf der ukrainischen revolutionären Freiheitsbewegung in der Ukraine selbst, der gemeinsamen Stellungnahme der ukrainischen politischen Institutionen und Organisationen in der Emigration (vom 27. Dezember 1952), den analogen Positionen anderer von Moskau geknechteter Völker, der Konzeption und Aktion des ABN — ist für den Sieg der freiheitsliebenden Welt über den Bolschewismus unentbehrlich.

8. Der Vorstand der Auslandsverbände der OUN hofft, daß UKKA (das Ukrainische Kongreß Komitee Amerikas) sich von jeglichen Maßnahmen und Bestrebungen, die Ukrainer in das sog. KZAB oder in andere ähnliche Formationen einzubeziehen, abgrenzen wird, und ruft UKKA auf, sich an die solidarische Einstellung sämtlicher ukrainischer politischer Triebkräfte in Europa anzuschließen und die Positionen der ukrainischen Selbständigkeitspolitik zu verteidigen.

Alle Ukrainer im Ausland und alle westlichen antibolschewistischen Kreise sollen die Worte des „Aufrufs der kriegführenden Ukraine“ (vom Oktober 1949) beachten: „... die einzige Rettung für die Welt besteht in einer baldigsten und völligen Vernichtung des russisch-bolschewistischen Imperialismus auf dessen heutigen Ausgangsstellungen. Und das kann nur durch organisierten Kraftaufwand einer Einheitsfront aller vom russisch-bolschewistischen Imperialismus unterjochten und bedrohten Völker erreicht werden.“

Den 30. Dezember 1952

**Der Vorstand der Auslandsverbände
der Organisation der Ukrainischen Nationalisten**

ABN KORRESPONDENZ

Freiheit den Völkern! Freiheit dem Menschen!

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT DES ANTIBOLSCHEWISTISCHEN BLOCKS DER NATIONEN

5. Jahrgang · Nr. 3/4

• Erscheint in deutscher, englischer und französischer Sprache •

März/April 1953 · Preis 50 Pf.

Die Perspektiven unseres Kampfes

JAROSLAW STETZKO spricht auf der Plenarsitzung des Völkerrates und des Zentralkomitees des ABN über Wesen und Aussichten des Befreiungskampfes

Auf der gemeinsamen Plenarsitzung des Völkerrates und des Zentralkomitees, die am 25. Januar 1953 — im zehnten Jahr seit dem Bestehen des Antibolschewistischen Block der Nationen (ABN) stattgefunden hat, worüber wir an anderer Stelle in dieser Nummer berichten, sprach der Präsident des Zentralkomitees, Herr J. Stetzko, beim Abschluß seines ausführlichen Referates über Richtlinien und Pläne für die Arbeit im neuen Jahre noch einige eindrucksvolle Schlußworte, die wir nachstehend im Wesentlichen wiedergeben. (Red.)

Oft werden wir im Westen nach der Anzahl unserer Widerstandskämpfer, nach der Größe unserer revolutionären Kräfte, nach den Opfern des Kampfes und schließlich auch danach gefragt, ob wir instande seien, uns selbst zu befreien und wann die nationalen Erhebungen und Revolutionen gegen die russisch-bolschewistische Herrschaft mutmaßlich losgehen würden.

Bekanntlich genügt ein einziger Funke, um einen Brand hervorzurufen. Die Zerstörung der Bastille und die Herrschaft Napoleons als deren Folge hat niemand vorausgesehen. Die Kraftquelle unserer Revolution ist in der Befreiungsidee selbst begründet, in der Konzeption des national-revolutionären Kampfes und in der seelischen Verfassung und Charakteranlagen unserer unterjochten Menschen. Das Gefühl für Wahrheit und die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ist bei den Unterdrückten unvergleichlich stärker als bei den freien Menschen. Der Kampf in unseren unterjochten Ländern geht auf allen Gebieten des Lebens vor sich: beim Bauerntum sowohl wie bei der Arbeiterschaft, auf dem Gebiete der Industrie wie auf jenem der Verwaltung, Kultur, Religion und ganz besonders auf national-politischem Gebiet. Je unsichtbarer dieser Kampf für die Außenwelt, um so tiefgreifender seine Wirkung.

Die Haltung unserer Völker

Der Untergrundkampf bleibt nicht ohne Niederschlag auch in der „legalen“ Literatur. Von bolschewistischer Seite werden nämlich darin immer wieder „nationalistische Abwei-

chungen“ entdeckt und gerügt. So in Turkestan: „Die Parteiorganisation Usbekistans soll einen unerbittlichen Kampf gegen die Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus führen und das reaktionäre Wesen des Pan-Türkismus enthüllen“ („Prawda“, 28. 9. 1952); in Georgien: „Die Literaturkritik hat die ideologischen Verdrehungen ungenügend aufgedeckt, und die Rückfälle des bürgerlichen Nationalismus nur mangelhaft bekämpft“ („Prawda“, 20. 9. 1952); in der Ukraine: „Die ungenügende ideologische Arbeit ist noch lange nicht aufgeholt . . . in der Literatur und Kunst sind ernste ideologische Verdrehungen immer noch nicht ausgerottet“ („Prawda“ 29. 9. 1952); und schließlich in Polen: „Bezüglich des polnischen Volkes muß festgestellt werden, daß ein Widerstand gegen das Sowjetsystem heute noch stärker ist, als er selbst gegen Deutschland war . . .“ („Die Weltwoche“ 9. 1. 1953).

Ein wichtiger Faktor des antibolschewistischen Kampfes ist auch die Kirche, was beispielsweise in der Ukraine zur Ausrottung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche mit dem Metropoliten Wasyl Lipkywskyj, sowie der gesamten Ukrainischen Katholischen Kirche und ihres Episkopats mit dem Metropoliten Josyf Slipyj an der Spitze führte, die mit tausenden von Priestern in Konzentrationslagern nach Sibirien verbannt wurden. Trotz aller harten Verfolgungen jedoch wirken alle beide Kirchen auch heute noch weiter im Untergrund. Der gleiche Prozeß ist auch in den Baltischen Ländern, Weißruthenien, Bulgarien, Ungarn, in der Slowakei, Rumänien, Böhmen und anderen mehr der Fall.

Die Grundtendenz und die Generallinie in der Haltung unserer Völker liegen darin begründet, daß ihr Wesen und Lebensstil dem Bolschewismus und der russischen Lebensauffassung schroff entgegengesetzt sind. Eben aus dieser Gegensätzlichkeit sind unsere Kirchen im Untergrund sowie auch die militärischen aufständischen Formationen entstanden, als Symbole und Kündler der Souveränität unserer Nationen.

Politische Untergrundorganisationen führen und gestalten den Kampf unserer Völker. Die Opfer sind übergroß und zwar hauptsächlich aus den Reihen der führenden und aktiven Elemente. Terror, Blockaden, Provokationen, Deportierungen und ähnliche sind an der Tagesordnung, der Kampf jedoch geht weiter. Die Widersprüche des herrschenden sowjetischen Systems werden dabei von den Untergrundbewegungen zu unseren Gunsten gewendet. So z. B. durch die Gegenüberstellung der brutalen Unterjochung der Völker im Inneren und die verlogene Propaganda über

(Fortsetzung auf Seite 10)

Zeichen der Zeit

Frischer Wind aus den USA

In unserer Neujaahrsnummer haben wir in dem Artikel „Amerikas Politik am Scheidewege“ u. a. die Ansicht vertreten, daß das nächste Ziel der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Eisenhower sich auf die einfache Formel zurückführen läßt: das Gesetz des Handelns im Kalten Krieg Stalin aus der Hand zu schlagen. Alles, was sich mittlerweile im Zuge einer ungewöhnlich dynamischen Außenpolitik Washingtons ereignet hat, beginnend mit der Aufhebung der Blockade von Formosa, fortgesetzt durch die Reise Dulles' und Stassens in Europa und gekrönt vorläufig durch die historische Erklärung Eisenhowers über das Schicksal der von Moskau versklavten Völker, hat jene unsere Ansicht vollauf bestätigt.

Mehr als einmal haben wir an dieser Stelle die freie Welt vor der Illusion gewarnt, sich Friede und Sicherheit auf Kosten einer verewigten Versklavung unserer Völker von Moskau zu erhandeln und immer wieder haben wir dagegen protestiert, wenn aus dem Munde verantwortlicher Leiter der Westmächte zu vernehmen war, daß das Endziel ihrer Politik darauf hinausgehe und sich allein darin erschöpfe, die freie Welt vor weiteren Aggressionen des Bolschewismus zu schützen, im übrigen aber das heutige „Gleichgewicht“ in der Welt, den jetzigen Scheinfrieden, d. h. also letztlich den status quo zu erhalten.

Wir haben uns zu dieser Warnung berechtigt und verpflichtet gefühlt, einmal, weil wir fest davon überzeugt waren, daß eine Eindämmung der russisch-bolschewistischen Weltgefahr auf die Dauer unmöglich ist und die sowjetrussische Aggression unfehlbar auch die restliche freie Welt verschlucken würde, wenn man dem Bolschewismus in seinem jetzigen Machtbereich ungestört gewähren läßt, und zweitens, weil nichts eher geeignet war, den Geist unserer versklavten Völker zu brechen und ihre Hoffnung zu zerschlagen, als Erklärungen westlicher Staatsmänner, aus denen zu schließen war, daß diese Völker als Tauschmünze eines Geschäftes mit Moskau verwendet und von der westlichen Welt aufgegeben werden könnten. Die kürzliche Erklärung Eisenhowers und die denkwürdige Rede Außenminister Dulles' haben diesen Alldruck nunmehr zum großen Teil behoben.

„Die USA werden sich niemals an einem internationalen ‚Geschäft‘ oder ‚Handel‘ beteiligen, der das Regime des sowjetischen Despotismus über die fremden Völker in Europa und Asien bestätigt“ — heißt es ausdrücklich in jener Erklärung Eisenhowers.

„Wenn wir den Geist der Freiheit, der die Unterdrückungspläne des sowjetischen Despotismus schließlich auf friedliche Weise zunichtemachen und jene übermäßig ausgedehnte Despotie zum Zerfall bringen wird, erhalten und fördern wollen, dann besteht der erste und unerläßliche Schritt darin, mit der höchsten Autorität des Präsidenten und des

Aus dem Inhalt:

Zum Tode des Tyrannen

Veli Kajum Khan:

Die ungelösten Nationalprobleme

Prof. Dr. V. Derzhavyn:

Die Wissenschaften in der UdSSR

Oberst M. Kubanetz:

Der Partisanenkrieg

J. Gytis:

Das Baltikum und Rußland

Oberlt. A. Oneskyj:

Achillesferse der Sowjetarmee

Kongresses folgendes klarzustellen“ — mit dieser Feststellung begleitete Dulles die Kommentierung jener Resolution vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses.

Dulles macht reinen Tisch

Der neue amerikanische Außenminister sagte aber hierbei noch mehr: „Wir lassen uns nicht auf politische Vereinbarungen ein, die auf der Mißachtung des freien Willens der Völker beruhen... Einige Duzend Männer im Kreml versuchen ihre imperialistische Herrschaft über 800 Millionen Menschen zu festigen, die etwa 20 unabhängige Nationen repräsentieren... Durch kalte und wohlberrechnende Unterwerfung einer Nation nach der anderen wurde diese Tyrannei weit über die Grenzen der Sowjetunion hinaus ausgedehnt... Alle Völker haben ein Recht zu wissen, ob die Vereinigten Staaten diesem Angriff auf die Freiheit ruhig zusehen. Es ist eine Angelegenheit von praktischer Bedeutung, denn das endgültige Schicksal dieser Völker kann ernsthafte Auswirkungen auf die Zukunft der Freiheit in Europa, in Asien, ja, überall auf der Welt und auch in den Vereinigten Staaten haben.“

Zurückkommend schließlich auf die Auswirkungen der Befürchtung der versklavten Völker, die USA könnten der Besiegelung ihres jetzigen Schicksals zustimmen, sagte Dulles noch ausdrücklich:

„Der daraus resultierenden Angst dürfen wir nicht indifferent gegenüberstehen. Sie erzeugt ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und der Apathie unter den versklavten Völkern, die alle Bestrebungen lähmt, welche auf friedliche Weise dafür wirken können, daß die widernatürliche Einheit des sowjetischen Despotenreiches aufgelöst und seine natürlichen und historischen Teile wieder hergestellt werden.“ Über die gleiche Frage heißt es auch in der Resolution Eisenhowers ausdrücklich: „Es ist eines der friedlichen Ziele der USA, daß diese versklavten nationalen Gruppen Europas und Asiens wirkliche Unabhängigkeit zurückgewinnen.“

Schließlich in Würdigung der Bedeutung dieses Schrittes stellte der Chef des State Department noch folgendes fest: „Die Resolution ist keine müßige Geste. Sie ist eine Maßnahme von großer historischer Bedeutung und wird zahlreiche Konsequenzen haben... Sie wird die unter den versklavten Völkern herrschende Freiheitssehnsucht wieder aufleben lassen, so daß diese Sehnsucht eine zunehmende geistige Macht wird, die schließlich die materielle Macht der sowjetischen Diktatur, das zu beherrschen, was sie besitzt oder noch mehr zu unterjochen, überwinden wird.“

Zwingende Konsequenzen

Alle diese Zitate haben wir hier zusammengestellt und für unsere Leser wieder angeführt, weil die darin ausgesprochenen Gedanken und abgegebenen Erklärungen sich grundsätzlich mit den Thesen decken, die wir seit Jahr und Tag auch an dieser Stelle immer wieder vertreten haben. Zum Teil sind es sogar wortwörtlich dieselben Formulierungen. Zwar beschränkt sich die Resolution Eisenhowers sowie Dulles' Kommentierungsrede nur im Grundsätzlichen ohne auf die Probleme aller unserer Völker konkret und im einzelnen einzugehen. Das mag seine Erklärung in bestimmten Rücksichten finden, welcher die offizielle amerikanische Außenpolitik zur Zeit Rechnung tragen muß. Das Bekenntnis jedoch zum Prinzip einer „wirklichen Unabhängigkeit“ der von Moskau versklavten Völker Europas und Asiens, die es zurückzugewinnen gilt, die Brandmarkung der sowjetrussischen „imperialistischen Herrschaft

über 20 unabhängige Nationen“ und die Verkündung der Auflösung des „sowjetischen Despotenreiches“ und der Wiederherstellung seiner „natürlichen und historischen Teile“ umreißen zweifellos ein Programm und stellen eine ideologische Plattform dar, deren praktisch politischen Konsequenzen nur auf der Ebene unserer ABN-Konzeption, keinesfalls aber gegen sie verwirklicht werden können.

Wir haben also allen Anlaß, den frischen Wind aus Amerika mit Genugtuung zu begrüßen und sind uns auch dessen gewiß, daß der erfreuliche revolutionäre Umbruch in der Einstellung den Problemen unserer Völker gegenüber, sowohl den sog. Satelliten als auch den versklavten nicht-russischen Völkern in der UdSSR, gleichermaßen zugute kommen wird, deren unveräußerliche Rechte auf nationale Unabhängigkeit und Freiheit sich genau so gut auf ethische und historische Titel und Prinzipien stützen, die unteilbar sind und keinem Volk vorenthalten werden dürfen.

Mißtöne zu Stalins Tod

Wir wollen hier weder das Ereignis an sich würdigen, noch uns in Prophezeiungen über dessen mutmaßliche Folgen ergehen. Unsere diesbezügliche Auffassung und Stellungnahme ist eindeutig an anderer Stelle dieser Ausgabe zum Ausdruck gebracht. Diese Glosse beschränkt sich allein auf das Geleit, das dem toten Stalin von seiten westlicher Würdenträger und Regierungsvertreter zuteil geworden ist, woran wir eben nicht widerspruchslos vorbeigehen können.

Im Gegensatz zu Präsident Eisenhower, der sich angebrachterweise nur mit einem offiziellen rein protokollarischen Beileid der Regierung der UdSSR gegenüber begnügte, ergingen sich westliche Staatsmänner in seltsame Botschaften, die nicht nur weit über die Grenze einer gebotenen internationalen Höflichkeit hinausgingen, sondern darüber hinaus Zeugnis dafür ablegten, daß manche westliche Kreise und Persönlichkeiten die unerbittliche Wirklichkeit unserer heutigen Zeit nicht begriffen haben und die tödliche bolschewistische Weltgefahr immer noch nicht wahrhaben wollen.

So gedachte der Präsident der UN-Vollversammlung, Lester Pearson, des toten Stalin ausgerechnet als Gründer der Vereinten Nationen, wo gerade diese Institution durch das unentwegte Veto Stalins praktisch nur sabotiert und zum totgeborenen Kind gemacht wurde.

Trygve Lie ehrte Stalin als den „übertragenden Staatsmann unserer Zeit“, obwohl sein bestialisches Genie in Wirklichkeit nur die überragendste, blutigste und kulturwidrigste Tyrannei aller Zeiten errichtet hat, während der französische Präsident Auriol und Ministerpräsident Mayer Halbmasken flaggen ließen und nicht genug herzliche Worte finden konnten, um Stalins Verdienste als treuer Verbündeter im letzten Krieg zu ehren, der sehr viel „zum gemeinsamen Sieg“ beigetragen habe. Daß es aber in Wirklichkeit Stalin in diesem Krieg überhaupt nicht um einen „gemeinsamen Sieg“ mit den Westalliierten ging, sondern ausschließlich darum, sich mit Hilfe seiner Alliierten einen gewaltigen Vorsprung zur Weltherrschaft zu sichern und sich Ausgangspositionen für die zweite Runde gegen die Alliierten selbst zu verschaffen, das scheint den französischen Staatsmännern immer noch nicht einleuchten zu wollen.

Mit Blindheit geschlagen...

Noch ist die Tinte der Botschaften westlicher Parlamente und Regierungen nicht trocken, durch welche man unseren Völkern, die

mitunter gar als „russische Völker“ genannt wurden, Freundschaft und Unterstützung im Ausharren gegen die stalinistische Tyrannei zusicherte und plötzlich bemitleiden uns jetzt westliche Staatsmänner um den Verlust unseres „großen und genialen“ Staatschefs! Selbst in der Botschaft des britischen Oppositionsführers Attlee war die Rede von einer „Anteilnahme der ganzen Welt für das russische Volk, womit wohl wiederum nicht nur die Russen selbst, sondern die ganze Bevölkerung der UdSSR, d. h. also auch unsere Völker mitgemeint waren!“

Wenn aber Stalins Staatsführung post mortem westlicherseits so glorifiziert wird und wir um den Verlust Stalins sogar bemitleidet werden, mit welchen Argumenten gedenkt der Westen den Weltbolschewismus weiter zu bekämpfen, wenn jetzt Malenkow als Vollstrecker Stalins Vermächtnisses unsere Völker zur Treue und zur Mitarbeit an einem Werk aufruft, welches der Westen durch unbedachte Beileidsbotschaften so hoch anpreist? Man muß wirklich mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu erkennen, daß man auf diese Weise dem psychologischen Krieg gegen die sowjetrussische Tyrannei und Aggression den Wind aus den Segeln nimmt.

Die Palme hierbei gebührt jedoch dem Kommentar einer deutschen Rundfunkstation, die es sich nicht nehmen ließ, Stalins „staatsmännische Größe“ ebenfalls zu würdigen, und zwar unter Hinweis darauf, daß es ihm gelungen sei, „auf den Konferenzen in Yalta und Potsdam große Vorteile für sein Land zu erzielen“! Daß aber derartige „Vorteile“, die auf Kosten der Versklavung und Zerfleischung ganzer Nationen beim lebendigen Leibe — wie es gerade mit Deutschland passierte — „erzielt“ werden, weniger von staatsmännischer Größe zeugen, das „Siegerland“ eher mit einer Hypothek belasten, die früher oder später zum Bankrott führt — das scheint dem deutschen Meisterkommentator gar nicht in den Sinn gekommen zu sein!

Malenkows Visitenkarte

Kurz vor Redaktionsschluß erreichen uns noch Meldungen über Ereignisse, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen:

Die Resolution Eisenhowers betreffend die versklavten Völker, die wir eingangs als gutes Omen begrüßt und beherzigt haben, sei wegen der Opposition demokratischer Senatoren vertagt worden und werde kaum in der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Kongresses zur Abstimmung gelangen. Die offizielle Version lautet, daß die demokratische Opposition dagegen auf Rücksichten auf den Ruf Präsident Roosevelts zurückgehe. Nicht von der Hand zu weisen ist aber die Vermutung, daß dieser Rückzieher eher mit Rücksicht auf den Regierungswechsel im Kreml erfolgt ist, weil gewisse Kreise der amerikanischen Demokratenpartei sich in der Illusion wiegen mögen, Malenkow durch diese Geste zur Friedlichkeit und Verständigung umzustimmen...

Welch' grausame Illusion! Die Antwort aus Moskau blieb auch nicht aus: Sie erfolgte durch den Abschluß eines amerikanischen Düsenjägers und eines viermotorigen englischen Bombers — „im tiefsten Frieden“ — über dem Gebiet der Bundesrepublik. Es handelte sich dabei bestimmt nicht um ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen der Ereignisse. Darin kündigte sich eben der Regierungsantritt Malenkows an, der es offenbar für angebracht hielt, hierdurch seine Visitenkarte in Washington und London zu deponieren. Daß dieses ausgerechnet durch Düsenjäger MIG 15 erfolgt ist, scheint eben zu der Etikette am Hofe des neuen Herrschers im Kreml zu gehören. **W.**

Zum Tode des Tyrannen

Das Pressebüro des ABN gibt anlässlich Stalins Tod folgende Verlautbarung bekannt:

Der Widerhall, der den Tod Stalins in der freien Welt begleitet und insbesondere die Beileidsbezeugungen westlicher Regierungen, scheinen sich den alten römischen Grundsatz „de mortibus nihil nisi bene“ zum Leitfaden gemacht zu haben. Trotz allem Verständnis für die Erfordernisse des Protokolls internationaler Beziehungen und so hoch wir auch jenen edlen römischen Grundsatz als Zeichen menschlicher Gesittung schätzen, können wir, Repräsentanten der leidtragenden Völker der bolschewistischen Tyrannei, uns schwerlich in diesem Fall zu irgendwelcher Kondolenz zwingen. Auch in der Stunde seines Todes bleibt für uns Josef Wissarjanowitsch Dschugaschili der Hauptschuldige für alle jene Massenmorde, Völkermorde, für den Hungertod von Millionen, für die unzähligen Sklaven der Konzentrationslager, für die bestialischen Inquisitionen in zahllosen Folterkammern, denen die besten Söhne unserer Völker zum Opfer fallen mußten, so daß unsere Heimatländer mit Blut und Trauer überdeckt haben, die nicht in Generationen vergessen sein werden. Dieser, seiner Verantwortung vor dem Gericht der Weltgeschichte kann sich Stalin auch nach dem Tode nicht entziehen.

In manchen westlichem Telegramm wird anlässlich Stalins Ableben dem „russischen Volk“ kondoliert. Wir möchten annehmen, daß in diesem Falle die Anrede endlich einmal an den eigentlichen Adressat, d. h. in der Tat nur an das russische Volk selbst gerichtet ist, nachdem Stalin dem russischen Imperialismus und Messianismus bestens gedient und großgezogen hat. Die Russen allein zählen aber alles in allem rund 80 Millionen der ganzen Bevölkerung der UdSSR. Die restlichen 100 Millionen sind Angehörige unserer vom russischen Bolschewismus nicht nur regimemäßig, sondern auch und vor allem national unterjochten und dezimierten Völker, abgesehen noch von den versklavten Völkern der sogenannten Satellitenstaaten. Für alle diese Völker aber, die im ABN vereinigt sind, bleibt gerade der Name Stalins auch nach seinem Tode verknüpft mit dem sogenannten „Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten“ als dessen Chef er nach der Oktoberrevolution die Aufgabe zugewiesen erhielt, unsere Völker, die sich in den Jahren 1917/20 durch nationale Aufstände die Selbständigkeit erkämpft hatten, durch Betrug und Gewalt unter die Knute Moskaus zu zwingen. Gerade dieses hohe Amt des gesamten sowjetischen Staatsapparates war es nämlich, welches damals Stalin als Nachfolger Lenins qualifizierte und zum allmächtigen Alleinherrscher gemacht hat, um die völkermordende „Nationalitätenpolitik“ auch konsequent zu verwirklichen.

Die überdrüssige Glorifizierung Stalins durch die bolschewistische Propaganda hat anscheinend auch im Westen ihre Wirkung nicht verfehlt, sonst wäre manche Würdigung seiner Person, die ihm anlässlich des Todes auch in der freien Welt zuteil wird, nicht zu erklären. Man vergißt offenbar im Westen, daß für eine Despotie die auf reiner Gewalt und Propaganda beruht, es überhaupt kein Problem ist, Idolen am laufenden Band zu züchten. Darum ist es auch anlässlich dieses Todes allein angebracht die Feststellung zu treffen: Der Tyrann ist tot, es kommen die Tyrannen!

Es wäre auch ein Trugschluß sich der Illusion hinzugeben, daß nunmehr die Spitze der Tyrannei abgebrochen ist und in der Welt Friede und Ruhe von selbst Einkehr halten werden. Es kann keinen Frieden, keine Sicherheit und keinen Fortschritt für die Welt geben, solange die Urquelle des Bösen, näm-

lich der Bolschewismus, als schlimmste Verkörperung des russischen Imperialismus, nicht ein für allemal ausgerottet ist.

Ebenso irrig wäre es, wenn die freie Welt falschen Hoffnungen zufolge den neuen Machthabern in der UdSSR in der Übergangszeit ihrer Konsolidierung irgendwelche Atempause

gewährt. Mehr denn je tut es not gerade jetzt die gemeinsame Front der freien und der unterjochten Völker zu festigen und den Kampf gegen die weltbedrohende bolschewistische Tyrannei zum Außersten zu aktivieren.

München, 6. März 1953.

Die ungelösten Nationalprobleme

Von Veli Kajum Khan

Präsident des National Turkestanischen Einheitskomitees

In den Jahren 1914/18 wütete ein erbarmungsloser Krieg durch die Welt. Regierungen und Throne stürzten, das russische Imperium blieb jedoch erhalten. Anstelle der weißen Zaren traten die roten. Selbst die im ersten Weltkrieg von einigen Völkern hart erkämpfte Freiheit von russischer Tyrannei ging wieder verloren. Das Verlangen der Völker nach Freiheit blieb ungehört, so daß bis heute noch viel Blut im Kampfe dieser Völker um Freiheit und Unabhängigkeit verflossen ist. Es ist verhängnisvoll, daß die freie Welt den versklavten Völkern immer noch keine Unterstützung gewährt.

Nach 1918 erwiesen sich die Westmächte nur zum Teil in stande, ihre Versprechungen zu halten. Während die Finnen, Polen und die baltischen Völker ihre Unabhängigkeit wiedergewannen, blieben die Freiheitsansprüche der übrigen Völker unbeachtet. Ein Hauptschritt der zu jener Zeit gemacht wurde, war die Errichtung des Genfer Völkerbundes, der als Liga der freiheitsliebenden Nationen gedacht war. Sodann wurde aber darin auch das imperialistische Rußland aufgenommen, wodurch ihm die Möglichkeit gegeben wurde, die hohen Ziele dieser Weltorganisation zu Fall zu bringen.

Rußland trat dem Völkerbund bei mit dem Anspruch, auch Turkestan, den Kaukasus, die Ukraine und noch eine Reihe anderer Länder zu vertreten. Trotz eines gemeinsamen Protestes der betroffenen Völker gegen diese russische Anmaßung wurde aber die Usurpation derer Rechte durch die Anerkennung Rußlands als ihr Repräsentant gebilligt. Die Hoffnungen, welche die unterdrückten Völker in den Völkerbund setzten, waren zerstört.

Die Anwesenheit Rußlands im Gremium dieser Weltinstitution behinderte jede positive Arbeit für den Weltfrieden. Es hat nicht nur jede positive Initiative sabotiert, sondern auch versucht, die einzelnen Mitglieder voneinander zu entfremden. Das Ergebnis waren nur fruchtlose Konferenzen, Diskussionen, Geheimabkommen und Mißtrauen, aber keinerlei konstruktive Aktionen. So blieb der Völkerliga gerade hinsichtlich der Lösung der Hauptprobleme, die ihr gestellt waren, und für die sie gebildet wurde, der Erfolg versagt. Durch seine Aufnahme in den Völkerbund konnte Sowjetrußland nicht nur eine Anerkennung als politische Weltmacht erlangen, sondern erhielt noch die Möglichkeit, nützliche Kontakte mit dem Ausland herzustellen, um indirekt die Erfüllung der Ziele des Völkerbundes zu sabotieren.

Der zweite Weltkrieg wurde noch erbitterter geführt und nahm verheerendere Formen als der erste an. Regierungen und Throne sind wiederum gestürzt und die Welt geriet ins Chaos. Allein Moskau kam aus diesem Krieg gestärkt und gewachsen heraus. Der Kreml vernichtete noch weitere unabhängige Staaten, unterjochte die Völker und erweiterte die Grenzen seines Imperiums vom Gelben Meer bis nach Zentraleuropa. Wiederum mußten unsere unterdrückten Völker Jahr um Jahr für ihre Selbständigkeit kämpfen und wieder-

um wurden sie von den Russen unterworfen.

Die Entwicklung nach dem letzten Weltkrieg war dabei die gleiche wie nach dem ersten. Eine neue Weltorganisation wurde in der Gestalt der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und von neuem der Versuch unternommen, die Probleme der Nationen zu lösen. Alle freien Staaten sind ihr beigetreten, um als rechtmäßige Vertreter ihrer Völker deren Interessen wahrzunehmen und zu schützen. Unglücklicherweise aber sind bei der Geburt auch dieser Weltorganisation die gleichen Fehler gemacht worden, wie bei der Genfer Völkerliga. Wiederum sind die Russen — diesmal sogar als Mitbegründer — zugelassen worden, obwohl die Westmächte sich über die imperialistischen Absichten der Herrscher im Kreml sehr wohl im Klaren sein mußten.

Der Westen mußte wissen, daß die Russen Erzfeinde des Freiheits- und Unabhängigkeits-Ideals sind und nur darauf hinausgehen, diese restlos zu vernichten. Es war ein schwarzer Tag für uns, als es Moskau wieder gestattet wurde, auf ein internationales Forum zu kommen und verlogenerweise im Namen Turkestans, des Kaukasus und der übrigen Völker zu sprechen. Die Hoffnungen der unterdrückten Völker, die sie in die UN gelegt haben, mußten abermals zerstört werden. Die Vereinten Nationen haben sich auch diesmal unfähig erwiesen, die großen Probleme unserer Zeit zu lösen.

In den Sitzungen der UN wird zwar viel diskutiert und auch Beschimpfungen gewechselt, alle positiven Vorschläge jedoch durch Rußlands Veto vereitelt. Beschlüsse von weittragender Bedeutung für das Wohl der Völker bleiben von Wischinsky's „Ja“ oder „Nein“ abhängig. Sowjetrußland nutzt letzten Endes die Vereinten Nationen nur für die eigenen Interessen zur politischen Propaganda und zur Begünstigung seiner Aggressionspolitik aus.

Wir haben uns zusammengeschlossen, um bei den Vereinten Nationen dagegen zu protestieren, daß die Russen das Recht usurpiert haben, in unserem Namen zu sprechen. Diese Proteste der unterdrückten Völker sind aber wieder einmal unbeachtet geblieben. Dem Westen mußte bekannt sein, daß wir, die Völker Turkestans, des Kaukasus und der anderen besetzten Länder die Russen nicht bevollmächtigt haben, als unser Vertreter aufzutreten, wogegen zu protestieren uns die Völker des ganzen Islams beauftragt haben.

Jedem gläubigen Islam ist heute bekannt, daß

- 1) Sowjetrußland unser Land Turkestan gewaltsam unterworfen hat;
- 2) Sowjetrußland unsere Religion unterdrückt, unsere nationale Kultur vernichtet, unsere Bodenschätze ausplündert, unsere Frauen und Männer mordet;
- 3) das turkestanische Volk, allein auf sich gestellt, siebenzig Jahre lang den Kampf um nationale Unabhängigkeit führt und in permanentem Ausnahmezustand lebt;
- 4) nicht weniger als 5 Millionen Turkestaner

(Fortsetzung auf Seite 14)

Im Zeichen des Fortschrittes

(Zum 14. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei)

Von Prof. Dr. Ferdinand Ducansky

Präsident des Exekutivrates des Slowakischen Befreiungskomitees

Seen verbinden anscheinend die Menschen mehr als das Festland. Darum ist auch der Austausch an Waren wie wohl an Ideen zwischen Küstenländern leichter als unter Binnenländern. Darin mag auch der Grund liegen, daß Gedanken, die zur Gestaltung der englischen Verfassung führten, sich leichter in Nordamerika durchgesetzt haben, als in manchem Binnenlande des europäischen Kontinents. Auch die in der Deklaration der bürgerlichen Grundrechte zusammengefaßten Grundsätze, in deren Namen die französische Revolution durchgeführt wurde, brachten Süd- und Zentralamerika eher in Bewegung, als die Völker europäischer Binnenländer. Es dauerte mehr als ein halbes Jahrhundert, bis die Völker Zentraleuropas unter dem Einfluß dieser Ideen in Bewegung kamen, und mehr als ein Jahrhundert, bis sie begannen, nach dem Beispiel der Völker Süd- und Zentralamerikas ihre Selbständigkeit zu erzwingen, obwohl sie nur einige hundert Kilometer von Paris entfernt waren. Dabei hatte dieser Prozeß auf dem Kontinent bei weitem nicht jenen Erfolg, den die Völker Lateinamerikas für sich buchen durften, so daß mehrere Völker Zentral- und Osteuropas ihre Selbständigkeit überhaupt nicht erreichen konnten.

Der große geistige Umbruch, den die Menschheit nach dem ersten Weltkrieg erlebte, durchdrang zwar den ganzen europäischen Kontinent. Dennoch war der Einfluß der Freiheitsgedanken auch diesmal nicht stark genug, um das autokratische System zu beseitigen, welches in den Binnenländern des euroasiatischen Kontinents heimisch geworden war. Moskau gelang es heute in einem Großteil Eurasiens den Sieg der Tyrannei und des Imperialismus über die Ideen der Freiheit und der Selbstbestimmung zu sichern.

In der gegenwärtigen Situation bleibt uns Slowaken, ebenso wie anderen unfreien Völkern Zentral- und Osteuropas, keine andere Möglichkeit übrig, als günstige Voraussetzungen abzuwarten, unter denen der wahre Wille unseres Volkes zur Geltung kommen könnte. Die Sehnsucht der Slowaken nach Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechtes ist so stark, daß sie schon vor Beginn des zweiten Weltkrieges, selbst unter wenig günstigen Voraussetzungen, sich durchzusetzen vermochte.

Durch einstimmigen Beschluß der slowakischen Volksvertretung ist am 14. März 1939 die selbständige Slowakische Republik proklamiert worden. Für das slowakische Volk bedeutete dieser Akt die Verwirklichung der Sehnsucht vieler vorgegangener Generationen. Die ganze Slowakei ging an den Aufbau ihres Staates mit soviel Begeisterung heran, daß auf allen Gebieten des sozialen und staatlichen Lebens trotz der schweren Kriegsjahre ein Niveau erreicht wurde, wie nie zuvor. Die Slowaken lieferten somit einen beherzten Beweis für ihre Lebensfähigkeit und Gleichwertigkeit mit allen anderen Völkern Mitteleuropas.

Im Vergleich mit den Verhältnissen, unter denen die Slowakei im ehemaligen Ungarn oder in der Tschecho-Slowakei lebten, waren die Vorteile ihres selbständigen staatlichen Lebens von derartiger Tragweite, daß das slowakische Volk mit einer unerschütterlichen Entschlossenheit erfüllt ist, diese Grundvoraussetzung zur Hebung und Entfaltung seines nationalen Lebens nie aufzugeben bzw. für dessen Wiederherstellung den Kampf auf Leben und Tod zu führen. Das ganze Volk ist sich dessen bewußt, daß ohne eine selbständige slowakische Republik es für die Slowaken kein menschenwürdiges Leben gibt und geben kann. Die Erfahrung hat das Volk belehrt, daß es sonst nur als Objekt einer Fremdherrschaft zur Ausbeutung dienen könnte und wenn nicht zur Vernichtung, es bestenfalls zum Vegetieren verurteilt sein würde.

Wenn es mit Ende des zweiten Weltkrieges zur Liquidierung der Slowakischen Republik kommen konnte, so war das keinesfalls die Folge etwa einer unzureichenden Entschlossenheit des slowakischen Volkes, seine Selbständigkeit zu ver-

teidigen, sondern das ruchlose Werk einer übermächtigen Tyrannei, der halb Europa zum Opfer gefallen ist. Es wurden dadurch Voraussetzungen geschaffen, welche alle Bestrebungen um Durchsetzung der Gedanken des menschlichen Fortschrittes, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Freiheit der einzelnen zunichte gemacht haben. Die Slowakische Republik wurde, gleich manchem anderen Schicksalsgenossen, ein Opfer der Invasion der Roten Armee und der Belassung der Völker Mittel- und Osteuropas in der Interessensphäre der bolschewistischen Tyrannei.

In einer Zeit, als in den Küstenländern des asiatischen Kontinents es zur Selbständigkeit von Korea, der Philippinen, Indonesiens, Burmas, Indiens, Pakistans, Ceylons, Libanons, Syriens, Jordaniens und Israels gekommen ist und die gleiche Welle auch nach Afrika überschlägt, wo Libyen seine Selbständigkeit erreicht hat, ist in den Binnenländern des euroasiatischen Kontinents das Gegenteil festzustellen. Die Tyrannei, deren Urheimat und Kraftreservoir an beiden Seiten des Urals liegen, hat sich nach den unzähligen Opfern, welche die Menschheit im zweiten Weltkriege bringen mußte, nicht nur behaupten, sondern eine erfolgreiche Invasion selbst in die freien Länder Europas durchführen können.

So, wie das Entstehen der Slowakischen Republik eine Erscheinung im Zuge der Geltendmachung fortschrittlicher Gedanken und ein Werk des

menschlichen Progresses bedeutete, war die Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee, die Wiederherstellung der tschecho-slowakischen Staatskonstruktion und die Einführung der kommunistischen Tyrannei in der Slowakei ein Schritt der Rückständigkeit und eine Negation des menschlichen Fortschritts.

Wenn wir Slowaken heute um die Wiederherstellung der Slowakischen Republik kämpfen, so treten wir dadurch für die Geltendmachung eines Gedankens ein, ohne den der Fortschritt der Völker und der Menschheit nicht möglich ist. Unser Kampf ist ein Teil des Kampfes aller jener, welche um den Fortschritt und die Erhebung der Menschheit bemüht sind. Es ist der Kampf um die Durchsetzung der Gedanken der Demokratie und um die Ausschaltung der Autokratie und der Tyrannei aus dieser Welt.

Daß die Slowaken ihre Selbständigkeit erreichen, ist nicht nur unser slowakisches Interesse, nicht nur ein solches der Völker Zentraleuropas, die an der lokalen Durchsetzung des Selbstständigkeitsprinzips interessiert sind, und auch nicht allein ein Interesse aller von Moskau versklavten Völker, welche wieder zu Herren ihres Schicksals werden wollen, sondern es ist darüber hinaus ein Interesse der gesamten Menschheit. Die Selbständigkeit eines jeden Volkes bedeutet einen Beitrag für alle anderen Völker, die an der Verwirklichung der Ideen der Freiheit ein Gesamtinteresse haben. Die Welt ist heute zu klein, um sich leisten zu können, neben der Freiheit auch die Herrschaft der Tyrannei existieren zu lassen, ohne daß sie eine Gefahr auch für die freien Völker wäre. Die gegenseitige Abhängigkeit der Völker ist heute viel zu groß, um neben einer rücksichtslosen Ausbeutung hunderter Millionen von Menschen, die übrigen Völker in Wohlstand und Frieden leben zu können.

Das deutsche Problem und Europas Schicksal

Der nachstehende Artikel geht uns von einem deutschen Mitarbeiter zu

Was von allen politischen Ereignissen der letzten Wochen das öffentliche Interesse am meisten in Spannung versetzte, war die Europareise des neuen amerikanischen Außenministers, John F. Dulles. Ging es doch letzten Endes darum, ob seine Beurteilung der Möglichkeiten einer europäischen Einigung und des Zustandekommens des EVG-Vertrages Amerika in die Lage versetzen würde, seine bisherige Europapolitik weiterhin zu betreiben oder dieselbe einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Die Folgen, die sich aus einem Desinteressement der führenden atlantischen Macht an unserm Kontinent und ihrer ausschließlichen Zuwendung an den Fernen Osten ergeben würden, sind zu bekannt, um einer näheren Erörterung zu bedürfen. Die Zuspitzung des kalten Krieges und die Verhältnisse in unserem engeren deutschen Raum haben nachgerade Formen angenommen, die auch einen Blinden sehend machen könnten. Es genügt daher, wenn wir uns auf folgende Hinweise beschränken:

Ostzonale Aggressionspolitik

Nur die Reichweite weniger Kanonenschüsse von jeder unserer Städte entfernt steht, schwerbewaffnet, mit Gewehr bei Fuß die als „Volkspolizei“ getarnte Bürgerkriegsarmee der Sowjetzone. Eine Unzahl neuer Kasernenbauten und der in der sowjetisch lizenzierten Presse am 29. Januar 1953 veröffentlichte Appell an die Teilnehmer des zweiten Weltkrieges, sich in die „große und mächtige Befreiungsarmee“ des moskowitzischen Expansionismus einzureihen, beweisen deutlich, wie eilig es die SED-Regierung mit dem Aufbau ihrer erweiterten militärischen Formationen hat. — So eilig, daß sie bei ihren Rekrutierungsversuchen keinerlei Unterschied mehr macht zwischen Antifaschisten, ehemaligen Offizieren, Berufssoldaten und früheren NSDAP-Angehörigen. Denn „es geht nicht um die gestrige oder heutige Parteizugehörigkeit, sondern einzig und allein darum, bereit zu sein . . .“, schreibt das brandenburgische Nachrichtenorgan.

Man mag weiterhin den ständig zunehmenden Flüchtlingsstrom aus der Ostzone unter so vielen Gesichtspunkten betrachten als man will, Tatsache

ist, daß die so entvölkerten Gebiete mit zahlenmäßig starken Partisanengruppen aus dem Nahen und Fernen Osten aufgefüllt werden. Zuverlässigen Meldungen gemäß befinden sich allein im Bezirk von Troppau mehr als 4000 vorzüglich geschulte Heckenschützen aus Griechenland, die zusammen mit allen übrigen das Moment kommunistischer Bedrohung bedeutend erhöhen.

Die für Westdeutschland aus der Flüchtlingsinvasion entstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nur am Rande erwähnt. Außer allem Zweifel steht jedenfalls, daß die Auswirkungen eines zu befürchtenden Staatsnotstandes ohne amerikanische Hilfe nicht zu bewältigen wären und allgemeine Verelendung der kommunistischen Infiltration Tür und Tor öffnen müßte.

Hintergründe der „Säuberungs“aktionen

Die Zeichen der Zeit könnten auf Sturm stehen, wenn nicht Einsicht und zielbewußter Zusammenschluß das Aufkommen schwerer Gewitterbildungen hintanzuhalten vermöchten. — Die unlängst eingeleiteten „Säuberungs“aktionen innerhalb der SED-Dynastie sind in diesem Zusammenhange durchaus geeignet, nachdenklich zu stimmen. Sie richten sich — wie stets in der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten — weniger gegen die inkriminierten Persönlichkeiten an sich, sondern gegen ihre, wenn auch noch so „linientreuen“, taktischen Auffassungen, so daß die ganzen Bluffmanöver mit ihren theatralisch aufgezogenen Schauprozessen meist nur dem Zwecke grundlegender Parolenänderungen zu dienen haben. Wenn wir uns daran erinnern, wie oft Moskau seine Unzufriedenheit mit der „ungenügenden Aktivität“ der Ostzone zu erkennen gegeben hat, läßt sich ungefähr erraten, nach welcher Richtung der zu erwartende Kurs gehen wird. Ein des amerikanischen Schutzes verlustig gegangenes Westdeutschland könnte sich dann mit mathematischer Genauigkeit den Zeitpunkt errechnen, an welchem das ideologisch verheßte Truppenaufgebot der Peck und Genossen auf den Wink aus dem Krenl hin: „Alles hört auf mein Kommando!“ zur Okkupation in sein Territorium einmarschieren würde. Dies wäre dann nichts anderes als der Auftakt für den Masseneinsatz russischer Panzerdivisionen gegen das gesamte zivilisierte Europa.

Stand der Wissenschaften in den UdSSR

Von Prof. Dr. V. Derzhavyn

II. Die Geschichtswissenschaft

Man darf wohl behaupten, daß auf keinem wissenschaftlichen Gebiete die sog. „dialektische“ Zickzackpolitik der Sowjets zu so verschiedenartigen und grotesken Folgerungen geführt hat, wie gerade in der Geschichtswissenschaft. Die heutige „Geschichtsforschung“ in der UdSSR behauptet genau das Gegenteil von dem, was sie vor Anfang der 30er Jahre behauptet hatte; denn in den Jahren 1917 bis 1933 bildete der offizielle Kurs der sowjetischen Geschichtswissenschaft nur eine getreue Fortsetzung der vorrevolutionären marxistischen Geschichtsphilosophie, die sich grundsätzlich von der radikal-marxistischen Einstellung in Westeuropa überhaupt nicht unterschied: Dieselbe schroffe Ablehnung jedweder — also auch der zaristischen — Eroberungspolitik, dieselbe theoretische Anerkennung der national-staatlichen souveränen Rechte jedes Volkes auf unbedingte Selbständigkeit (wie es in der Sowjetunion in der Praxis damit beschaffen war, brauchen wir hier wohl nicht zu erwähnen), dieselbe fanatische Tendenz, alles politische und kulturelle Leben auf vermeintliche mehr oder weniger unmittelbare Einwirkungen einer „wirtschaftlichen Basis“ zurückzuführen.

Allerdings hatten sich weder Marx noch Engels über die *Geschichte* des russischen Staates klar und eindeutig ausgesprochen, und von ihren russischen Nachfolgern — von Plechanow und Lenin — war diesbezüglich wenig Hilfe zu erwarten: die haben nur das Zarenreich als ein vorbildlich rückständiges und reaktionäres Staatsgebilde gebrandmarkt, ohne erklären zu wollen, wie dieses Staatsgebilde überhaupt hat zustandekommen können und sollen. Gerade Lenin hat in diesen Fragen seinem altherwährten Parteigenossen Prof. M. Pokrowskij ausdrücklich freie Hand gegeben, und der hat es sich ziemlich leicht gemacht: er steckte nämlich die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung des Moskauer-Petersburger Großstaates unter die Kappe eines vermeintlichen „Handelskapitalismus“ (mit einem starken Ein-

schlag von staatlichem Handelsmonopol). Es gehört nicht zu unserer Aufgabe zu untersuchen, inwieweit diese Einstellung mit den geschichtlichen Tatsachen oder auch mit Karl Marx's Geschichtsphilosophie übereinstimmte; jedenfalls war das die offizielle und für jeden Geschichtsforscher der Sowjetunion ganz obligate Grundauffassung der russischen Geschichte und von 1917 bis ungefähr 1933 waren diese Grundsätze auch in der Geschichtsforschung der nicht-russischen Nationen der UdSSR zwar nicht gerade begünstigt, aber jedenfalls gewissermaßen geduldet: Schamil z. B. wurde als ein kompromißloser Geg-

ner der russischen Eroberungsgelüste und als Nationalheld der nordkaukasischen Völker anerkannt und gefeiert, die anti-russischen Kriege und Aufstände der Turkestaner wurden unumwunden als gerecht, patriotisch und fortschrittlich angesehen; auch in der ukrainischen Geschichte wurde z. B. dem Hetman Iwan Mazepa nicht vorgeworfen, daß er sich gegen das Zarenreich Peter I. aufgelehnt hatte, sondern nur, daß er sowohl in diesem Fall als auch in seiner ganzen Regierungspraxis viel zu wenig „demokratisch“ verfahren hätte. Antirussische Tendenzen unter den von Moskau unterjochten Völkern wurden überhaupt ausschließlich je nach dem gewertet, ob sie sich vor oder nach der Oktoberrevolution 1917 bekundet hatten: Erstere wurden unbedingt als gerecht anerkannt, letztere ebenso unbedingt als konterrevolutionär verurteilt.

Es war vorauszusehen, daß sich diese Doppel-
(Fortsetzung auf Seite 13)

Der landwirtschaftliche Bankrott in Ungarn

Das einst blühende Agrarland steht vor der Hungersnot

Die siebenjährige Räuberwirtschaft, die vom ungarischen bolschewistischen Regime ausgeübt wurde, brachte die größte landwirtschaftliche Katastrophe seit der Türkenzeit. Staatsminister Ernst Gerö, der auch das sowjetische Produktionssystem in Ungarn einführte, gestand auf dem Kongreß der ungarischen Kommunistischen Partei am 29. November 1952 den völligen landwirtschaftlichen Bankrott ein, welchen er schon so wieso nicht hätte weiter verheimlichen können. Die Ernte vom Jahre 1952 reicht nicht einmal für die Verpflegung der Bevölkerung und zur Aussaat, die im Herbst unbeeendet eingestellt werden mußte. Nach dem Bericht von Gerö konnte man vorübergehend noch die Verpflegung der Bevölkerung auf Grund „der gegenseitigen Hilfeleistung“ der benachbarten kommunistischen Länder notdürftig sichern.

Es wurde schon im Herbst den Produktionsgenossenschaften (Kolchose) eine Anleihe von 320 Millionen Gulden für Saatgut auf ca. 4 Millionen Joch (1 Joch = 5575 qm) Boden zur Verfügung gestellt, um zu versuchen, dafür von den selbständigen Bauern Saatgut aufzukaufen. Natürlich ist das nicht gelungen, da die Ernte teils von den selbständigen Landwirten gleich vor der Dreschmaschine als „Ablieferung“ weggenommen wurde; teils weil dieselben von Jahr zu Jahr infolge der Raubwirtschaft der Regierung auch weniger produzierten.

Der Staatsminister Gerö gestand, daß die Verkolchosierung des Agrarbodens weiter nicht forciert werden darf, da die Produktionsgenossenschaften an Erzeugung von Getreide den selbständigen Bauern nachstehen.

Dazu kam noch, daß ein katastrophaler Futtermangel entstand, so daß die bolschewistische Regierung schon im Herbst jungkommunistische und Schülerbrigaden einsetzen mußte, die im Walde das abgefallene Laub und auf dem Felde die Kartoffel- und Kürbistengel sammelten, um dieselben durch Silos zum Futter zu erzeugen. Der Futtermangel ist in Ungarn so groß, daß das Bauerntum die noch in ihrem Besitz befindlichen Tiere an den Staat abzugeben gezwungen ist, damit sie geschlachtet und in Konservenfabriken zwecks Belieferung der Sowjetunion verarbeitet werden. Man war gezwungen, Futter aus den benachbarten „Volksdemokratien“ zu importieren, um den Viehbestand wenigstens zum Teil zu retten.

Wie geriet Ungarn, einst eines der reichsten Agrarländer Europas, in diese elende Lage?

Die Wiedergutmachung für die Sowjetunion wurde nämlich größtenteils in Getreide und Tieren festgelegt und von den Sowjets von Jahr zu Jahr erbarmungslos eingetrieben.

Die ungarische Satellitenregierung verpflichtete die Bauern durch strenge Verordnungen, immer mehr Getreide anzubauen, dagegen reichte die Stallmisterzeugung des Viehbestandes zum Ausgleich der Humusaushutung nicht aus, da die Russen 65 Prozent des Viehbestandes 1945 abschlachteten und wegraubten. Von 2,4 Millionen Stück Rindvieh blieb nur 1 Million; von 1 Million Pferde 330 000 Stück. Vom Schweine- und Schafbestand gingen 80 Prozent zugrunde.

In dem Ausmaß, in welchem der Produktionsdurchschnitt der Ernte von Jahr zu Jahr sank, in gleichen Maße mußte man die Saatfläche aus-

dehnen, so daß letzten Endes dem dezimierten Viehbestand das Futtergebiet entzogen wurde. Unter diesen Umständen konnte man den Viehbestand wirklich nicht vermehren, wenn man noch in Betracht zieht, daß das Bauerntum jährlich 1 Million Schweine und 300 000 Rinder abzuliefern verpflichtet war.

Auf diese Art und Weise wurde von der bolschewistischen Regierung der ungarische Boden geplündert, so daß jetzt nicht einmal der eigene Bedarf gemernt werden kann.

Staatsminister Ernst Gerö hat sich jedoch bemüht, für diesen Bankrott die Dürre verantwortlich zu machen. Diese Behauptung ist aber falsch, da die Dürre im Jahre 1952 erst im Juli und August auftrat, während der Beginn der Ernte in Ungarn bereits Ende Juni ist, und bis dahin war das Wetter günstig.

Der Ernst der Lage aber enthüllt sich durch das Geständnis des Ministers, daß das Ackerland wegen des kleinen Viehbestandes nur 12 Prozent mit Stallmist bestreut werden kann. Das heißt, daß jetzt nur in jedem achten oder neunten Jahr der gleiche Ackerboden Stallmist erhält, was vor dem Jahre 1945 turnusmäßig mindestens alle drei oder vier Jahre geschehen ist.

Dabei wurden neue, dem ungarischen Klima überhaupt nicht entsprechende Anbauarten eingeführt. Ungefähr 100 000 Joch wurden mit Baumwolle bebaut, die fast zugrunde ging, und infolgedessen stehen ca. 50 000 Familien vor Hungersnot. So erging es auch mit der Reisernte.

Die Katastrophe wurde dadurch noch gesteigert, daß die sowjetischen agrotechnischen Methoden mit Gewalt durchgeführt wurden. Die Landwirtschaft wird durch zentralistische Maßnahmen gelenkt, ohne Rücksicht auf die lokalen Bedingungen des Bodens. Die jahrhundertalten lokalen Erfahrungen werden überhaupt nicht in Betracht gezogen. Die Tiefe der Furche wird durch Ministerialverordnungen für das ganze Land einheitlich vorgeschrieben, ein Umstand, der dort, wo der Humus zu dünn oder zu kieselig ist, sich sehr schädlich auswirkt.

Der Bestand an Arbeitstieren wurde 1945 größtenteils vernichtet; dagegen war die geplante Motorisierung der Landwirtschaft nicht durchführbar. Im Rahmen des Fünfjahresplanes wurden der Agrikultur 25 000 Traktoren jährlich versprochen, tatsächlich bekam sie aber nur 1000! Es fehlen auch landwirtschaftliche Werkzeuge. Die einmal so berühmte ungarische Obst- und Gemüseerzeugung ist völlig vernichtet.

Das Resultat war, daß auf dem Zentralkongreß der Kommunistischen Partei das Einstellen der einst rentabelsten Lebensmittelindustrie Ungarns für den Außenhandel und für die Vorratswirtschaft der Einheimischen bekanntgegeben werden mußte. Dasselbe Schicksal erfuhr auch der weltberühmte ungarische Weinbau.

Die bolschewistische Wirtschaft hat die weltbekannte ungarische Landwirtschaft so zugrunde gerichtet, daß Jahrzehnte nicht genügen werden, um sie wieder aufzurichten. Nachrichten aus Ungarn und den Gutachten der Sachverständigen zufolge wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren sogar von der ständigen Gefahr einer Hungersnot bedroht sein.

Danubius

Gesamteuropäischer Kontakt

Glücklicherweise haben wir es nicht nötig, allzu sehr schwarz in schwarz für die Zukunft zu malen. Die unseren Erdteil betreffenden Besprechungen von John F. Dulles scheinen unter einem günstigen Stern gestanden zu haben. Des Bundeskanzlers Dr. Adenauer kompromißloses Bekenntnis zur europäischen Integration schuf eine Atmosphäre auf voller Übereinstimmung beruhender Herzlichkeit. Die Benelux-Staaten reagierten von Anfang an in positivem Sinne. England schickt sich, wenn auch etwas zögernd, an, im gesamteuropäischen Interesse aus seiner „splendide Isolation“ herauszutreten und eine enge Zusammenarbeit mit der EVG in die Wege zu leiten. Frankreich wird nach den von Dulles in Paris gewonnenen Eindrücken die Vertragswerke ebenfalls ratifizieren. Der Widerstand eines Jules Moch und eines Generals König ist deshalb vermutlich nicht übermäßig ernst zu nehmen.

Auch die mit der französischen Ostraumpolitik zusammenhängenden Hemmungen dürften lediglich vorübergehender und mehr taktischer Natur sein. Letzten Endes wird man es in Paris sicher nicht darauf ankommen lassen, die Existenz unseres Erdteils und damit die jahrhundertealte Kultur der „Grande Nation“ im Ernst aufs Spiel zu setzen, ein Eindruck, den die letzten Meldungen aus Washington bestätigen.

Darüber hinaus drängt sich immer mehr die Überzeugung auf, daß die Geschehnisse gerade dieser Epoche einst einen besonderen Platz in den Annalen der Geschichte einnehmen werden und daß in ihnen das Dulles-Wort seine Bestätigung finden wird:

„Nur dadurch, daß die Nationalitäten Europas für immer ihre Streitigkeiten und Rivalitäten hinter sich lassen, kann Europa den unererblichen Eckstein einer starken atlantischen Gemeinschaft bilden und gleichzeitig die Anziehungskraft ausstrahlen, die zu einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands führt.“
C. S.

Der politisch-moralische Stand in der UdSSR

Von A. O.

Nach dem Krieg ist die Grundlage des politisch-moralischen Standes und der gesellschaftlichen Beziehungen in der UdSSR im Ganzen anders geworden, als es vor dem Krieg gewesen war. Während vor dem zweiten Weltkrieg es die Tatsache der „Oktoberrevolution“ als Grundlage für Erzeugung, Verbreitung und massenhafte Einwurzelung entsprechender politisch-moralischer Suggestionen diente, hat der zweite Weltkrieg jenes ganze System der „Erziehung“ umgeworfen und bloßgestellt und einen neuen Ausgangspunkt geschaffen, eine neue Grundlage für Erzeugung und Formierung politisch-moralischer Stimmungen, Bewußtseinsvorgänge und Wirklichkeitswahrnehmungen. Der zweite Weltkrieg hat den Mythos der Unbesiegbarkeit der UdSSR in alle Winde verweht; verschüttet ist unter den Ruinen jenes Weltkriegs auch der Mythos des „sozialistischen Paradieses“ und des blühenden Wohlstandes der Werktätigen in der UdSSR und der unsagbaren Leiden, Enttäuschungen und Elends der Werktätigen unter dem kapitalistischen Joch; mit fürchterlicher Ungeschminktheit trat die „Stalinsche Sorge um den Menschen“ auf, als Millionen und aber Millionen Menschen als unbrauchbarer Kehrriech, ohne Sinn und Bedauern, der Vernichtung preisgegeben wurde. Der zweite Weltkrieg hat den jahrzehntelang gepflegten „Oktobermythos“ endgültig begraben. Die Hauptsache aber besteht darin, daß während des zweiten Weltkrieges die neue Wirklichkeit von einer neuen Menschengeneration wahrgenommen und erlebt wurde. Von einer Generation, die weder die tatsächliche Wirklichkeit des „Oktober“, noch diejenige, die dem „Oktober“ vorangegangen war, belastete. Eine Generation, deren Dasein die meisterhaften Schöpfer von jenem Mythos in die schreckliche Leere einer geistigen und körperlichen Hölle — der „sozialistischen Übergangsperiode“ zwischen der „verfluchten Vergangenheit“ vor dem „Oktober“ und der „paradiesischen Zukunft des kommenden Kommunismus“ — eingepfercht hatten. Die Generation, die während des Krieges, auf Grund eines Vergleichs mit der „kapitalistischen Hölle“, ihre eigene höllische Lage und deren reelles Ausmaß anschaulich, erfahrungsgemäß und massenhaft eingesehen hat.

Der zweite Weltkrieg hat es dem Massenmenschen der UdSSR ermöglicht, die außerhalb der UdSSR liegende Welt zu erblicken. Während des zweiten Weltkrieges wurde das russische Großreich aus allen Lebensgebieten des Menschen ausnahmslos von innen aus angegriffen: die Aufhebung des Kolchosensystems, die Erneuerung der Kirche, die nationalen Freiheitsaufstände und -bewegungen der unterjochten Völker im Hinterland der kämpfenden Heere der UdSSR, die bekannte Beteiligung der Rotarmisten der nichtrussischen Völker an der deutschen Kriegführung gegen Rußland und andere ähnliche und mannigfaltige Formen des gegen das russische Großreich von innen aus gerichteten Angriffs brachten den wirklichen politisch-moralischen Stand sowie seine Entwicklungslinien zum Ausdruck. Gleichzeitig hat dies alles Moskau gezwungen, sich in seinem Verteidigungskampf nicht auf die „Oktoberrevolution“ und auch nicht auf Tarnungslumpen des Moskauer Imperialismus, sondern auf den nationalen Raubchawinismus des moskowitischen Volkes zu stützen. Die wichtigste Folge des zweiten Weltkrieges bestand darin, daß Moskau dabei gezwungen wurde, seine Maske fallen zu lassen und bei seinem Auftreten sein wahres Gesicht zu zeigen.

Und, ohgleich das „Land des siegreichen Sozialismus“ den zweiten Weltkrieg als einer der Siegerstaaten beendet hat, büßen dagegen seine durch kommunistische Parteien und deren Abzweigungen vertretene Einflüsse außerhalb der UdSSR ihre Bedeutung nach und nach ein, es bleibt bloß eine gewöhnliche von Moskau bezahlte Agentur. Dieselben Vorgänge ziehen sich unausgesetzt auch in der UdSSR selber hin, wo die Menschengattung der durch die kommunistische Ideologie (durch jenen Moskauer Deckmantel) betrogenen nach dem Krieg verschwunden ist. Die politisch-moralische Abtrennung der Bevölkerung von den Herrschern und von deren Helfershelfern — vom Apparat der kommunistischen Partei — hat im Vergleich mit der Vorkriegszeit ihre höchste

Spannung erreicht. Diese politisch-moralische Abtrennung ist auf der Linie des nationalen Freiheitskampfes der von Moskau unterjochten Völker entstanden und stufenweise tiefer geworden: während im eigentlichen ethnographischen Rußland das Kolchos- und Gemeindesystem der Gesellschaftsordnung nach dem Krieg ins Flußbett der

Moskaus Feind Nr. 1

Ukrainische Freiheitskämpfer sind „abscheulich“

Das bolschewistische offiziöse Blatt der Ukrainischen Sowjetrepublik „Radyanska Ukraina“ bringt in der Ausgabe vom 12. Dezember 1952 einen längeren Artikel, dem wir wortgetreu folgendes Zitat entnehmen:

„Ukrainische bürgerliche Nationalisten und terroristische Banden haben bekannte Schriftleiter und namhafte Männer von bedeutender gesellschaftlicher Position ermordet, wie z. B. Jaroslaw Halan.“ (Es handelt sich um einen ukrainischen Verräter im Dienste der russischen bolschewistischen Tyrannei — Red.)

„Ferner ermordeten sie einen der Initiatoren für die Vereinigung der ukrainischen griechisch-katholischen mit der orthodoxen Kirche, nämlich Dr. Hawrilo Kostelnyk.“ (Ein von den Sowjets für die Russifizierung der Ukrainischen Katholischen Kirche mißbrauchter Vermittler, der vermutlich wegen Widerspenstigkeit von den Sowjets selbst beseitigt wurde — Red.)

„Auch die Unierte Kirche unter der Leitung von Sheptizkyj war direkte Organisatorin der berüchtigten bewaffneten Ukrainischen Aufständischen Armee. Kirchliche Gebäude und Priesterwohnungen, wie der St. Georgspalast, die Residenz des Metropoliten, waren Befehlsstellen ihrer Gefolgschaft und Waffenmagazine ...“

„Sein wahres Gesicht als „Seelenhirte“ zeigte Sheptizkyj in der Gestalt eines für den bürgerlichen Nationalismus kämpfenden Bourgeois, der nach Ausrufung der „selbständigen Regierung“ mit dem bekannten und abscheulichen Jaroslaw Stetzko an der Spitze den Ukrainischen Nationalrat gebildet und persönlich geleitet hat.“

Man sieht: Für Moskau ist die UPA „berüchtigt“ und ein markanter Exponent der ukrainischen nationalen Revolution „abscheulich“, offenbar weil sie zum Feind Nr. 1 der russisch-bolschewistischen Despotie in der Ukraine gezählt werden. Über dieses ungewollte Attest von offizieller sowjetischer Seite hat man als ukrainischer Patriot keinen Grund unzufrieden zu sein. Wenn die russisch-bolschewistische Tyrannei einmal gestürzt und die Ukraine zum freien staatlichen Leben wieder aufersteht, dann wird für die Geschichte erst einmal festzustellen sein, wo die wahrlich verabscheuungswürdigen Mörder von Millionen unschuldiger Menschen gesteckt haben und wer das Martyrium eines harten Befreiungskampfes auf sich genommen hat, weil er der heiligen ukrainischen Sache mit Leib und Seele ergeben war.

gewöhnlichen Alltagsroutine gelangte, erfolgt in den „Peripheriegebieten“ und besonders in der Ukraine, wie es sich aus der Sowjetpresse entnehmen läßt, ein unaufhörlicher Kampf der Bauernschaft gegen das Kolchosensystem, und in der ganzen UdSSR führt Moskau tagaus tagein einen heftigen Kampf gegen auch nur allergeringste Äußerungen des „bürgerlichen Nationalismus“ der „Peripheriegebiete“. Man darf ohne Übertreibung behaupten, daß seit dem Bestehen des Moskauer Sowjetsystems in keinem Jahr so viel und in so massenhaften Auflagen gegen die ukrainische Befreiungsbewegung, gegen Nationalismus als Ideologie und politische Bewegung gedruckt worden ist, wie im vorigen Jahr. Wie es aus der Analyse der Sowjetpresse ebenfalls zu

erschen ist, ergeben sich aus jener Massenpropaganda der Moskauer Einheitsstaatlichkeit und der Nationalismusbekämpfung keine für Moskau förderlichen Folgen, da die Bevölkerung jene Propaganda ablehnt: die Bevölkerung besucht keine Klubs, Lesehallen, „Häuser der Kultur“, liest keine ihr zwangsweise aufgedrängten Zeitungen usw. Um diese Ablehnungsbestimmungen zu bekämpfen und die Bevölkerung in den Wirkungskreis der Moskauer Propaganda zu bekommen, ist ein ungeheurer Agitations- und Propagandaapparat entfaltet. Es werden geradezu verrückte Propagandamethoden angewandt. Man berichtet z. B., daß in einem Kolchosendorf „jede Familie 2—3 und mehr Zeitungen und Zeitschriften abonniert“, man dauernd in einem und demselben Dorf ein massenhaftes Vorlesen aus Zeitungen veranstaltet, wobei man dafür die Mittagspause der Kolchosbauern bei Feldarbeit benutzt oder dieselben auf spezielle Versammlungen nach Feldarbeit zusammentreibt; insofern die Kolchosbauern ins „Dorfhaus“ nicht kommen, Rundfunksendungen zu lauschen, oder die im Dorf auf Pfosten aufgestellten Rundfunkapparate nicht beachten, stellt man auf dem Lande in jedem Bauernhaus Detektorempfänger auf und zwingt man auf diese Weise die Kolchosbauern, die durch die Dorfstation übertragenen Sendungen zu hören. Den Haupt-, wo nicht den einzigen Gegenstand jener Propaganda bilden „der Kampf gegen den ukrainischen bürgerlichen Nationalismus“ und „ewige Freundschaft und Bruderschaft mit dem großen älteren Bruder — dem russischen Volk“ in seinem „der Ukraine geschenkten Kolchosparadies“.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit waren unter den unterjochten Völkern aktive Aktionen gegen Moskau zu Tage getreten; der Freiheitskampf jener Völker wurde niedergeworfen oder in eine tiefe Illegalität hineingetrieben, doch hört er nicht auf, sondern wächst an, und seine Bekämpfung durch Moskau nimmt ungläubliche, öfters groteske sinnlose Formen an.

Der nach dem Krieg unglaublich angeschwollene Apparat der Kommunistischen Partei degradiert und zersetzt sich von innen aus unter dem Einfluß derselben Ursachen, die den politisch-moralischen Stand der Bevölkerungsmassen formieren. Im Krieg hatte jeder Soldat der Sowjetarmee gewußt und gesehen, daß sich die Offiziere der Roten Armee mit Massenplünderung, Räuberei und Gewalttaten der Bevölkerung der „befreiten“ Länder gegenüber am meisten befaßten. Massenhafte Korruption und Zersetzung hat in der Kommunistischen Partei ein solches Ausmaß erreicht, daß daraus ein Problem für den XIX. Parteikongreß entstanden ist. So wurden dort diesbezügliche Beschlüsse gefaßt und das Parteistatut in dem Sinne geändert, daß von einem Kommunisten unter sonstigen Hauptverpflichtungen noch ausdrücklich gefordert wird, „ehrlieh und wahrheitsliebend der Partei gegenüber zu sein“. Die sowjetischen Tageszeitungen sind voll Tatsachen bezüglich „Parteiabzug, Regierungsbetrug, Schwindel“.

Die besseren Elemente der Kommunistischen Partei (besser im Sinne einer größeren Diszipliniertheit, Verlässlichkeit, Dressur) gingen in bedeutendem Maße im Krieg verloren — geblieben sind meistens diejenigen Elemente, auf die der Sieg höchst zersetzend wirkte und wirkt — die nach Früchten des Sieges lechzen. Nach dem Krieg richtet sich Moskaus Hauptsorge darauf, die vom Krieg gelockerte Partei zu festigen und zu disziplinieren. Die betreffende Methode besteht in einer permanenten Parteiauberung sowie im Sperren der Aufnahme in die Partei, wie es Ende vorigen Jahres auf dem XIX. Parteikongreß in vorschrittmäßige Form gebracht wurde.

Moskau formiert zur Zeit den politisch-moralischen Stand in der UdSSR unter Losungen und Ideen, die sich in folgenden Thesen zusammenfassen lassen: unterjochte, „jüngere Brüder“, einigt euch auf ewig mit dem „älteren Bruder“ — mit Moskau —, um mit vereinten Kräften „den Juden zu schlagen, Rußland zu retten“, um den „bürgerlichen Nationalismus“ schonungslos zu bekämpfen, um das Kolchosensystem zu festigen. Den gelockerten kommunistischen Parteiapparat bemüht sich Moskau in Ordnung zu bringen und zu disziplinieren, indem es seinen Zweimillionenbestand vom arbeitsunfähigen und endgültig demoralisierten Bestandteil säubert und zugleich diese Aktion dazu ausnützt, die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den eigentlichen Ursachen der Sachlage in der UdSSR abzulenken.

In Moskau nichts Neues

Trügerisch sind alle Hoffnungen des Westens, daß es mit dem Tode Stalins zu irgendwelchen grundlegenden Veränderungen in der Politik der bolschewistischen Gewaltherrschaft kommen kann. Dies anzunehmen bedeutet die Rolle der Persönlichkeit in der Diktatur sowjetrussischer Prägung zu überschätzen und die Permanenz des Herrschaftssystems selbst, das im russischen Wesen organisch begründet ist, außer Acht zu lassen.

Schon rein volkpsychologisch und auch kraft einer jahrhundert alten Überlieferung ist den Russen der Begriff der politischen Freiheit so gut wie wesensfremd. Die ganze Geschichte Rußlands ist eine Geschichte tyrannischer Regierungssysteme, die niemals demokratisch waren. Peter I., Katharina II., Iwan der Schreckliche, Lenin, Stalin und jetzt Malenkow sind nur die einzelnen Glieder einer und derselben Dynastiefolge.

Wenn die Welt von der Bedrohung durch die sowjetrussische Tyrannei befreit sein soll, dann muß schon das Böse an den Wurzeln gefaßt werden. Das ist aber das russische Imperium jeder Schattierung, das eine ständige Gefahr für die ganze Welt bedeuten wird, solange das russische Volk als Rückgrad dieses Imperiums nicht auf sein ethnographisches Gebiet zurückgedrängt und zu einem gesitteten Zusammenleben mit seinen Nachbarvölkern erzogen wird.

Die Thronbesteigung durch Malenkow war schon seit langem geplant und bei dem letzten Parteikongreß in Moskau praktisch gebilligt. Es gibt auch sonst wenig Veranlassung für die Annahme, daß der Druck der UdSSR auf den Westen jetzt irgendwelche Abschwächung erfährt, oder daß der Ausbruch des neuen Weltkrieges auf dem Fahrplan des Kremls verschoben wird. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die sowjetische Armee revoltieren wird, nachdem weder Schukow noch Wasilewski bereit zu sein scheinen, je gegen den Kreml zu marschieren. Daß es zu Diadochenkämpfen kommt, erscheint es für Rußland ebensowenig wahrscheinlich, da es seit jeher gewöhnt ist, die Herrschaft tyrannischer Idolen widerspruchslos zu ertragen, und außerdem Malenkow jeden potentiellen Rivalen beizeiten genau so erbarmungslos morden würde, wie es einst Stalin mit Sinowiew, Kamenjew, Bucharin und die anderen noch getan hat.

Auch die Russifizierung der Völker im gesamten heutigen Machtbereich Moskaus wird zweifellos noch intensiver vorangetrieben, die Glorifizierung des „großen russischen Volkes“, noch lauter hinausposaunt und das Völkermorden aller nicht-russischen Völker noch grausamer weitergetrieben. Alle Schlüsselstellungen des sowjetischen Machtapparates liegen ohnehin fast ausschließlich in den Händen der Russen und deren Besetzung durch die bewährte Garde der russischen Chauvinisten und Imperialisten vom Schlage eines Malenkows, Molotows, Bulganins, Schukows u. a. gewährleistet den bisherigen Kurs auch für die Zukunft.

Stalin hat es fertig gebracht, den Geist der Sklaverei und der Tyrannei bis zum Außersten zu entwickeln. Er hat außerdem den russischen Chauvinismus großgezogen und den russischen Imperialismus zu geschichtlich ungekannter Ausdehnung gebracht. Für die Russen mag er darum nach seinem Tode als „der große Stalin“ im Gedächtnis weiterleben. Für die unterjochten Völker jedoch, die das Massenmorden über sich ergehen lassen mußten, wird er in alle Ewigkeit vom Fluch gezeichnet bleiben und für die ganze kultivierte Welt und die Geschichte, nur als der grausamste Henker aller Zeiten und Völker weiterleben. Der Tyrann ist heute tot, die Tyrannei aber bleibt und die von ihm gezüchteten Anwärter stehen bereit, ihren Meister zu übertreffen.

Um die der Welt nach wie vor drohende Gefahr abzuwenden, muß die sowjetrussische Tyrannei selbst zerschmettert werden. Das wird nur dann der Fall sein, wenn das russische Völkergefängnis niedergerissen und die Völker von Berlin bis zum Stillen Ozean wieder befreit sein werden. Der Westen darf sich jetzt weniger denn je aus einer Politik des Abwartens irgend etwas versprechen. Das sowjetische Regime wird sich weder nach innen noch nach außen wandeln und vom Tode Stalins sind automatisch weder für unsere unterjochten Völker noch für den Westen irgendwelche günstige Veränderungen zu erwarten. Die Wende kann und muß allein mit der Waffe herbeigeführt werden. Darum hat die Parole nach wie vor zu lauten: Bereit sein und bereit bleiben, um von der unabänderlichen bolschewistischen Aggression nicht überrascht zu werden!

Oberst M. Kubanetz:

Der Partisanenkrieg

Voraussetzungen, Entscheidungsformen und Bedeutung

„Ein einziger Schuß in der Etappe erzeugt stärkeren seelischen Widerhall als eine Salve vieler Kanonen an der Front!“

Der Partisanenkrieg ist eine kriegerische Aktion, welche in besonderer Weise und mit kleinen bewaffneten Kräften geführt wird. Die Regel dieses Krieges liegt nicht in den offenen bewaffneten Begegnungen mit den Heeren des Gegners, in denen der taktische Sieg gewöhnlich durch das Übergewicht der Kraft der Ausbildung und der Technik erreicht wird, sondern in einer unzähligen Menge von kurzen Angriffen auf die schwächsten Stellen des Gegners. Die Dauer jedes solchen Angriffes erstreckt sich vom Anfangsmoment bis zu jener Zeit, da der Gegner nach der Überraschung und Verwirrung wieder zur Fassung zurückkommt.

Für die erfolgreiche Durchführung des Partisanenkrieges ist Voraussetzung, daß er auf eigenem vertrauten Territorium geführt wird. Wie jeder Krieg muß der Partisanenkrieg seine politischen Endziele haben. Wenn diese Ziele der einheimischen Bevölkerung verständlich und nahe sind, werden sie zu allgemeinen und nationalen Zielen, und die bewaffneten Partisanenkräfte erhalten die allseitige Unterstützung der Bevölkerung. Sonst würde das gegenseitige Verständnis und die notwendige Hilfsstellung fehlen. Ohne die

gegenseitigen Verbindungen zwischen den Partisanen und der Bevölkerung ist jeder Partisanenkrieg undenkbar. Wie es sich mit den sowjetischen Partisanen im letzten Krieg bewies, war an Stelle dieser gegenseitigen Übereinstimmung infolge des von den Partisanen ausgeübten Terrors das Gefühl der Furcht getreten.

Die Erfahrungen der Partisanenkriege lassen uns erkennen, daß nur jene Partisanen sich auf die Dauer halten können und effektive Erfolge erzielen, welche nationale Befreiungsziele hatten (die Kosaken, die Ukrainer, die Bergvölker des Kaukasus, die Sibirier, die Spanier u. a.).

So ist die notwendige Hauptbedingung für den Erfolg der Führung des Partisanenkrieges das Vorhandensein von politischen nationalen Befreiungszielen, welche mit den politischen Hoffnungen der einheimischen stammverwandten Bevölkerung übereinstimmen.

Der Partisanenkrieg ist die billigste von allen Arten der Kriegführung, sowohl in bezug auf Menschenleben wie auf materielle Mittel. Außerdem hat er verschiedene Vorteile von außerordentlicher Bedeutung, und zwar:

1. Der Partisanenkrieg aktiviert die einheimische Bevölkerung im nationalen Befreiungskampf. Je näher die Front an das eigene Haus herankommt, um so stärker erscheint bei jedem Menschen die

Notwendigkeit, in dem Kampf seinen Platz zu finden.

2. Die Existenz der Partisanen ist eine Vertrauen erweckende Verbindung zwischen der einheimischen Bevölkerung und der verbündeten Armee an der regulären Front. Durch ihre Partisanen erfährt die Bevölkerung die wirklichen Absichten und Maßnahmen der verbündeten Kräfte. Dadurch wird jede Bedeutung der „patriotischen“ Propaganda des Gegners vernichtet.

Zur gleichen Zeit erhalten die verbündeten Armeen, indem sie die Verbindung mit den Partisanen aufnehmen, von diesen wertvolle und wahrhaftige Informationen über den Gegner und über die einheimische Bevölkerung und stellen darauf fehlerfrei den militärischen und politischen Einsatz ihrer Kräfte ein. Das Bestehen dieser beiderseitigen Verbindung der Bevölkerung zu den verbündeten Kräften mit Hilfe der Partisanen verhindert die Gefahr von politischen und taktischen Fehlern seitens der verbündeten Kräfte.

3. Die Existenz des Partisanenkampfes hilft der Erhaltung und der militärischen und politischen Stärke der einheimischen kommandierenden, politischen und nationalen Kaders; mit anderen Worten werden alle einheimischen Untergrundkräfte die Möglichkeit haben, notwendigenfalls zu den Partisanen zu gehen, bei denen sie ihren Kampf fortsetzen können. Die solidarische Teilnahme am Kampf erhöht den Grad der Widerstandsfähigkeit bei den einheimischen Kadern.

4. Bei der richtigen Organisation der bewaffneten Partisanenkräfte besteht praktisch die Möglichkeit ihrer schnellen Eingliederung in die reguläre Armee. Das allein ermöglicht die Organisation der nationalen Armee ohne die Existenz einer eigenen Etappe, Technik, Finanzen, Staatsregierung und (was am wichtigsten ist) — bei Mangel an Zeit.

5. Der Partisanenkrieg gewährt dem unterdrückten Volk die aktive Teilnahme an der nationalen Befreiung seines Landes. Die Mitwirkung der Bevölkerung an diesem Krieg hat unbegrenzte Möglichkeiten — von der Bildung kleiner aktiver Gruppen angefangen bis zum Ausmaß einer totalen Teilnahme. Im Prozeß aller Phasen des Partisanenkrieges wird die Bevölkerung unvermeidlich im Geist der Notwendigkeit und Möglichkeit des Kampfes mit dem Gegner erzogen. Sie überzeugt sich durch die Erfahrung, daß sie die Kraft für diesen Kampf besitzt. Die nationalen Ideale erhalten eine reelle und praktische Basis.

6. Der Partisanenkrieg nimmt dem Gegner das Vertrauen auf seine Etappe und ruft bei ihm Unsicherheit hervor. Die häufigen Eisenbahnkatastrophen und Unterbrechungen der Transportwege zwingen den Gegner, sinnlos große Mengen von Vorräten aller Art zu transportieren und an der Front in Reserve zu halten. Der Gegner wird gezwungen, bedeutende bewaffnete Kräfte zum Schutz seiner Transportwege zu verwenden, und zwar um so mehr, je mehr die Front sich von der Zentraletappe entfernt.

Die ununterbrochenen Angriffe der Partisanen an allen Stellen bewirken beim Gegner Mißtrauen zur einheimischen Bevölkerung, was ihn zwingt, sich in die isolierten Blockhäuser zurückzuziehen und jede Verbindung mit Einheimischen zu meiden. Der Etappendienst der Armee des Gegners wird für seine Soldaten psychisch schwerer als der Frontdienst. Ein einziger Schuß in der Etappe erzeugt stärkeren seelischen Widerhall als eine Salve vieler Kanonen an der Front!

7. Der Partisanenkrieg nimmt dem Gegner den Glauben an seine technischen Vorteile, weil diese Technik im Kampf mit den richtig organisierten Partisanen überhaupt nicht angewendet werden kann.

8. Der Partisanenkrieg erschließt noch die Möglichkeit übereinstimmender Aktionen mit den verbündeten bewaffneten Kräften. Die geplanten Angriffe und Durchbrüche der Front können durch die Sprengungen von Brücken und durch Transportstörungen in der Etappe gesichert werden.

9. Wenn ein großer Krieg sich versteift, erhält die Wirkung der Partisanen eine außerordentlich wichtige Bedeutung. Je länger der Krieg dauert, um so weniger kann zwischen den Partisanen und der Bevölkerung eine Trennung gemacht werden.

10. Schließlich erschwert der Partisanenkrieg außerordentlich die Organisation von eigenen bewaffneten Partisanenkräften durch den Gegner. Die nationalen Partisanen sind imstande, solche gegnerischen Partisanengruppen sehr schnell zu liquidieren.

Wirtschaft und Moral

Ein Diskussionsartikel zum Zukunftsbild der Wirtschaftsordnung der gegenwärtig unterjochten Völker in der UdSSR

Es besteht immer die Gefahr, wenn man ein Zukunftsbild darstellt, daß man die Grenzen des Unwahrscheinlichen streift. Und journalistisch ist weiterhin zu befürchten, daß der Leser einen ihn nicht besonders interessierenden Artikel in die Hand bekommt. Es ist aufschlußreich festzustellen, daß die ganze Weltliteratur, die Visionen der zukünftigen neuen Wirtschaftsordnung zeichnet, so arm an Einbildungskraft ist. Der berühmte Schriftsteller Welles, der uns so prachtvolle Schilderungen der Fahrten zum Mond oder in die sagengraue Vorzeit schenkte, wirkt ausgesprochen banal und phantasielos bei der Beschreibung der neuen künftigen Welt.

Ich beabsichtige hier nicht, einen Zukunftsroman zu schreiben. Vielmehr werde ich versuchen, aus den in unseren Ländern vorliegenden Tatsachen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet einen Einblick in die zu erwartende Entwicklung zu geben.

Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß unsere Länder durch die marxistische Propaganda überflutet wurden. Die Pläne des sozialistischen „Sowjet-Paradieses“ wurden so ausführlich in Millionen von Exemplaren verbreitet, daß heutzutage jedem, der mit Recht die marxistische Theorie bekämpft, sehr schwer etwas Neues gesagt werden kann. Die sowjetische Sozialtheorie schleudert höchst humane Schlagworte in die Welt: Schutz der arbeitenden Bevölkerung, der die modernste soziale Gesetzgebung versprochen wird. Theoretisch ist jeder Arbeiter und jeder Bauer für sein ganzes Leben vor Auswirkungen des Alters, der Krankheit, von Unfällen usw. gesichert. Und was die Arbeitslosigkeit anbelangt, so wird eine solche in der sowjetischen Theorie überhaupt nicht zugelassen. Die Arbeitslosigkeit lassen die sowjetischen Theoretiker nur für die „kapitalistische Welt“ gelten. Deswegen muß man mit größter Vorsicht über unsere künftigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme sprechen. Die kommunistische soziale Theorie ist derart vielseitig ausgebaut, daß unsere Thesen ohne Elan und ohne Dynamik erscheinen könnten. Es wäre verhänglich, wenn unser Zukunftsbild dem „Reich der Zwischengeister“ ähnlich wäre, so, wie manche katholischen Schriftsteller die Sphäre der nicht getauften Kinder darstellen. Ich führe nachfolgend das Gedicht des Casimir Delavigne „Derniers Chants“ an:

„Sie sprechen unter sich, jedoch ganz leise
Und gehen Schritt für Schritt nach Geisterweise:
Sie fliegen, aber dennoch war
Ihr Flügelschlag stets unhörbar.“

Ich wage hier festzustellen, daß jedem unserer wirtschaftlichen und sozialen Pläne von Anfang an der Erfolg versagt sein wird, wenn unsere breiten Massen nicht von der ersten Minute der Befreiung an spüren, daß die Lenkung der Wirtschaft streng mit den Gesetzen der Moral verbunden ist. Der Mensch muß im gesamten staatlichen Leben auf die oberste Stufe gehoben werden und das Vertrauen sowie die Überzeugung haben, daß wir, im Gegensatz zum Bolschewismus, nicht nur Wohlhabenheit in der Theorie vorgaukeln, sondern unsere Absichten auch in die Tat umzusetzen gewillt und fähig sind.

Der innere Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Moral wurde meisterhaft bereits durch Aristoteles formuliert. Dieser Philosoph steht am Anfang der gesamten wissenschaftlichen Forschung unseres Abendlandes. Moral, Politik und Nationalökonomie sind bei ihm unauflöslich verkettet.

Die Wissenschaft hat sich seit jener Zeit aufgeteilt, so daß Spezialwissenschaften entstanden sind. Man darf jedoch nicht — auch nicht in unserer Zeit — die Nationalökonomie von der Moral trennen. Die Wirtschaft kann man für sich studieren. Sie besteht jedoch nicht für sich allein. Sie macht einen Teil des Tuns und Lassens der Menschen untereinander aus, deren Gesamtheit eine moralische Ordnung begründete, nicht eine bloße Anhäufung von materiellen und technischen Bestandteilen. Während der ganzen Untersuchung muß die Moral in allem richtunggebend sein.

Die Wirtschaft muß sich also ganz im Sinne der menschlichen Bestimmung ausrichten, worüber zu wachen die Aufgabe unserer zukünftigen staatlichen Führung sein wird.

Es sind manche wirtschaftlichen Tendenzen, die ein für allemal durch die Revolution von 1917 gelöst sind. Zu ihnen gehört die Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes und bei dem in Aussicht genommenen Wiederaufleben des Privateigentums der Bauern in unseren Ländern kann dieser Umstand übersehen werden. Wollte man dies verschweigen, so würde der sowjetischen Propaganda ein Argument in die Hand gegeben, daß wir den Boden für den Großgrundbesitzer und nicht für den Bauern bestimmen wollten. Die Angst vor dem häuerlichen Privatgrundbesitz beherrscht am meisten die Bolschewiken. In einem Artikel, der unter dem Titel: „Sozialeigentum als Basis der Kolchosordnung“ in einem offiziellen sowjetischen Blatt im Jahre 1952 erschien, kann man schwarz auf weiß lesen, daß den Kolchoswirtschaften 5 Millionen Hektar Boden zurückerstattet wurden, die die Kolchosbauern eigenmächtig in Besitz genommen hatten, um ihre individuellen Parzellen (prisadibnaja ploschtscha) zu vergrößern. Erlaubt sind, wie bekannt, nur 0,25 bis 1 ha. In der Praxis leben diese Bauern allein von diesen kleinen Parzellen. Diese von den Landwirten sich angeeigneten 5 Millionen ha liefern den besten Beweis, wie stark die Sehnsucht nach eigenem Grundbesitz, 35 Jahre nach der sowjetischen Revolution, unter der ganzen Bauernschaft noch lebendig ist. Das Problem des Privateigentums an Grund und Boden und die evtl. Umwandlung der Kolchoswirtschaften in Privatbesitz ist zu kompliziert, um mit einem Federstrich gelöst werden zu können. Wir erwähnen dies nur, ohne an dieser Stelle auf nähere Einzelheiten einzugehen.

Es ist anzunehmen, daß der Privatsektor sich zur gegebenen Zeit in den einschlägigen Räumen stark ausdehnen wird. Man braucht hier nur zu erwähnen, daß die Beseitigung des freien Handwerkertums der Bevölkerung die größten Schwierigkeiten bereitet. Als ganz banales Beispiel hier-

für kann darauf hingewiesen werden, daß bis heute eine Schuhreparatur in der Sowjetunion zu den äußerst schwer zu lösenden Problemen für den einzelnen Bürger gehört.

Die Entwicklung des Privatsektors wird sich aus der natürlichen Einstellung des Einzelmenschen ohne weiteres ergeben, wobei nicht zu vergessen ist, daß die Welt, die sich die Überwindung des Bolschewismus zur Aufgabe gestellt hat, rückhaltlos auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft steht. Der größte Fehler wäre es, wenn auch auf dem Gebiete der Industrie zu den Formen der Zeit vor dem Jahre 1917 zurückgekehrt würde. Eine lange Übergangsperiode wird erforderlich sein, um die Wirtschaft nach dem Willen der Völker aufzubauen.

„Es gibt Leute“, betonte A. D. Sertillanges in seinem vor der „Academie des Sciences morales et politiques“ in Paris gehaltenen Vortrag, „die die Wirtschaft auf einer Verschwörung der Egoismen aufbauen wollen: indem sie sich gegenseitig in Schranken halten, sollen sie die Ordnung errichten.“

„Man wird nicht behaupten können, daß der liberale Kapitalismus nicht beständig in dieser Richtung eingestellt war, und ohne Zweifel glaubt er deshalb, die Moral entbehren zu können. Aber das ist wahrlich zu viel Optimismus. Es verhält sich damit wie mit der europäischen Ordnung, als sie ins Gleichgewicht gebrachten feindlichen Gruppen anvertraut war, woraus der bewaffnete Friede und dann entsetzliche Kriege entstanden.“

„Die Kraft des Gleichgewichts reicht nicht so weit. Das Leben baut sich nicht auf Egoismen in Kampfstellung auf, sondern auf Wahrheit und Redlichkeit. Klare Ordnung aller Dinge ist ein Gesetz, und was die Wirtschaft betrifft, so ist ihre gültige Ordnung folgende: Alles Menschliche den Menschen, die Menschen durch gerechte Verhältnisse und Beziehungen untereinander verbunden; Dinge und Menschen auf die wahre Bestimmung hingeworfen, die in einem so beträchtlichen Ausmaß von jener unglücklichen materiellen Ordnung abhängt, in der manchmal das ganze Lebensdrama verfangen ist.“

Ich wiederhole, daß nur das Vertrauen unserer Völker zu den neuen Staatsführungen, zu ihrer Aufrichtigkeit und zu ihren ausgesprochen humanitären Zielen beim Aufbau der geplanten Staats- und Wirtschaftsordnung die Sicherheit geben kann, daß dem Wollen auch das Gelingen folgen wird.

Prof. Dr. G. v. St.

Das Baltikum und Rußland

Von J. Gytis

Geschichtlicher Rückblick

Unter dem Begriff Baltikum werden drei Staaten verstanden: Litauen, Lettland und Estland. Sie zählen zusammen etwa 7 Millionen Einwohner. Als strategisches Bild spielten sie hauptsächlich in Kriegen, die Rußland und Deutschland führten, eine Rolle, weniger bei solchen Polen und Schwedens. Doch beweist die Geschichte der baltischen Länder, daß sie am meisten durch Rußland gelitten haben. Von 1795 bis 1918 waren sie Rußland einverleibt und haben in dieser Zeit eine grausame Okkupation der russischen Zaren erlebt. Von 1918 bis 1920 haben sie in Selbstverteidigung — und in der Verteidigung europäischer Freiheit große Blutopfer gebracht. 1940—41 vom bolschewistischen Rußland besetzt, haben sie am eigenen Leib als erste Opfer der europäischen Freiheit die Grausamkeit des bolschewistischen Terrors erfahren und erlitten. Von 1944 bis zum heutigen Tag werden die baltischen Staaten weiter von Rußland vernichtet mit dem Zweck, daß die russische Nation auf ewig die Herrschaft am baltischen Meer behalten könne.

Die baltischen Staaten haben also in geschichtlicher Zeit eine beachtliche Rolle im Kampf gegen den russischen Imperialismus gespielt. Vom 13. bis zum 16. Jahrhundert war der litauische Staat, damals in Verbindung mit den weißruthenischen und ukrainischen Völkern, es allein, der Europa vor dem russischen und tatarischen Zugriff beschirmte. Diese Verteidigungsrolle für die westliche Kultur setzte später in Verbindung mit den Letten, Esten und Weißruthenen, sowie mit den Ukrainern und im Verein mit Polen bis zum Ende

des 18. Jahrhunderts fort. Wie in der Vergangenheit waren die baltischen Staaten auch in jüngster Zeit noch ein fester Wall gegen den russischen Imperialismus.

Die Ziele Rußlands

Der ehemalige Gesandte Großbritanniens in Litauen, Thomas Preston, der lange Zeit im Kaukasus gelebt hat und ein guter Rußlandkenner ist, kennzeichnet in seinem Buche „Früher als der Vorhang“ folgendermaßen die Politik Rußlands und des Kommunismus: „Schließlich, nach einer Reihe von Versuchen einer Zusammenarbeit mit dem Westen, kehrt Rußland zur Isolation zurück, einer paradoxen Mischung von Eisernem Vorhang und russischem Imperialismus, verschleiert mit dem Mantel des internationalen Kommunismus, jedoch unendlich aggressiver als irgend etwas, was die russischen Zaren in dieser Richtung versucht haben.“ (Siehe T. Preston, „Before The Curtain“, London, John Murray, 1950, S. 4.) Den gegen die baltischen Staaten gerichteten russischen Imperialismus belegen weiterhin zahlreiche Historiker und noch lebende Politiker mit eindeutigen Tatsachen wie J. F. Stewart, E. J. Harrison, Bernard Pares, Harold Williams u. a. Die Geschichte der baltischen Staaten beweist, wie dieser russische Imperialismus in den baltischen Staaten in Erscheinung trat. Dabei kann man feststellen, daß er seit Peters des Großen Zeiten eine immer größere Aktivität zeigt, die bis auf den heutigen Tag fort dauert. Seit Peter dem Großen sind Litauen, Lettland und Estland dauernd Kriegsschauplatz geblieben. Durch diese Länder mar-

Prof. Dr. h. c. H. Waschtschenko:

Jugendausbildung und Erziehung in der UdSSR

Die Führer der Kommunistischen Partei in der UdSSR haben der Jugenderziehung immer größte Bedeutung beigemessen. Bereits in den ersten Jahren der Revolution hatten sie ihre Hoffnungen im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft einer Direktive Lenins getreu auf die Jugend gesetzt. Diese Einstellung zur Bildung und Erziehung der Jugend ist die ganze Zeit der Sowjet-herrschaft hindurch beibehalten worden. Sogleich als die Kommunisten die Macht ergriffen hatten, begannen sie mit der Organisation eines dichten Schulnetzes in Städten und Dörfern, gründeten zahlreiche pädagogische Institute und Laboratorien, entwickelten die Herausgabe von pädagogischen Zeitschriften und methodischer Literatur. Selbst im Jahre 1943, als die Sowjets alle ihre Kräfte gegen die deutsche Armee aufbieten mußten, bauten sie, dessen ungeachtet, die „Akademie der pädagogischen Wissenschaft“ auf, die bereits 1944 mit 1000 Mitarbeitern eine umfangreiche Forschungsarbeit und Publizistik entwickelte. Diese besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Jugenderziehung seitens der Kommunistischen Partei bezweckte aber in Wirklichkeit nicht Bildung und geistige Entwicklung, sondern rein politische Aufgaben.

Werkzeuge im Dienste des Regimes

Im § 12 des Programms der KP, zu dessen Aufstellung auch Lenin beigetragen hatte, lesen wir: „In der Zeit der Diktatur des Proletariats . . . muß die Schule eine führende Rolle nicht nur in der Durchführung der kommunistischen Prinzipien im allgemeinen, sondern auch auf dem Gebiete des ideologischen, organisierten erzieherischen Einflusses des Proletariats auf die halbproletarischen und nicht proletarischen Gruppen der arbeitenden Massen haben, mit dem Ziel — Generationen zu erziehen, die schließlich den Kommunismus schaffen.“

Mit anderen Worten: die Aufgabe der Schule

schien verschiedene Armeen, russische, schwedische, polnische, deutsche, französische. Am schlimmsten aber haben dort die russischen gehaust. 1708—1811 litt Litauen durch Plünderungen russischerseits in solchem Maße, daß Pest und Hungersnot wütheten. Die Bevölkerung verzehrte Hunde, Katzen, Ratten, sogar Menschenleichen. In manchen Ortschaften starben damals zwei Drittel der Einwohner, während des 7jährigen Krieges (1756—1763) hausten russische Heere in Litauen schrecklicher als zu Hause, plünderten das letzte Stück Brot und preßten unter Anwendung roher Gewalt Menschen zum Militärdienst. Immer wieder bis zur vollständigen Okkupation der baltischen Staaten im Jahre 1795 plünderten die Moskowiterheere das Baltikum aus. Während der folgenden Okkupation hatte der russische Terror freie Hand gegen die nationale eigenständige Kultur der baltischen Völker.

Die Geschichte der baltischen Völker zeigt uns, daß trotz der heftigsten Anstrengungen der Russen, die baltischen Völker auszurotten, es nicht gelang, dieses Ziel zu erreichen. Und heute, trotz der modernen bolschewistischen Menschenvernichtungsmethoden, kämpfen diese Völker weiter.

Wenn es durch den 123 Jahre lang andauernden Vernichtungsterror der russischen Zaren gegen die baltischen Völker, wenn es während der größten Hungersnöte des 18. Jahrhunderts, in denen fast zwei Drittel der Einwohner Litauens gestorben waren, sich die baltischen Völker doch erhalten konnten, dann kann man dessen gewiß sein, daß die Balten auch die heutige grausamste bolschewistische Okkupation überleben werden können, zumal diese kaum noch Jahrhunderte oder „nur“ Jahrzehnte andauern wird.

Die Zukunft der baltischen Staaten

Die Zukunft der baltischen Staaten wird von der Entwicklung der Weltpolitik abhängen. Wenn Rußland als Imperium weiter belassen bleibt, mit vielen versklavten Völkern, dann vermögen

und Erziehung in der UdSSR ist es, aus der Jugend ein gefügiges und geschicktes Werkzeug des bolschewistischen Regimes in dessen Bestrebungen nach Weltherrschaft zu machen.

Daraus ergeben sich auch die Prinzipien, auf denen die Schulen in der UdSSR aufgebaut werden. Von der KP wurden sie folgendermaßen formuliert: „Die nächste Aufgabe auf diesem Wege (der kommunistischen Erziehung) ist:

Durchführung einer kostenlosen und pflichtgemäßen allgemeinen und polytechnischen Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 17 Jahren. . .

Sichere Durchführung der Prinzipien einer Einheitsschule mit Unterricht in der Muttersprache, gleichzeitigem Unterricht von Kindern beider Geschlechter, der unbedingt frei ist von irgendeinem religiösen Einfluß, einer Schule, die enge Verbindung des Stoffes mit gemeinschaftlicher Produktionsarbeit besitzt und allseitig entwickelte Mitglieder der kommunistischen Gesellschaft hervorbringt“ . . .

Manche dieser Programmpunkte wurden bis zuletzt beibehalten, einige wurden eine bestimmte Zeit durchgeführt und dann aufgegeben, andere wiederum blieben nur auf dem Papier als verlockende Losungen.

Das Gift der Gottlosigkeit

Von Anfang der bolschewistischen Revolution an bis zuletzt wurde der Grundsatz der antireligiösen Erziehung beibehalten. Im Programm der KP spricht man zwar nur davon, daß die Schule von jedem religiösen Einfluß frei sein müsse, in Wirklichkeit jedoch war die sowjetische Schule darüber hinaus immer antireligiös. Als im Jahre 1927 das Volkskommissariat der Russischen SFSR eine Broschüre über die religionslose Erziehung herausgab, traf sie auf strenge Kritik seitens der Parteiführung: Die sowjetische Schule müsse aktive und kämpfende Atheisten heran-

die baltischen Staaten allein sich dem russischen Imperialismus nicht zu widersehen. Auch die Föderation der baltischen Staaten wäre nicht kräftig genug, allein gegen Rußland sich zu verteidigen. Selbst wenn einer eventuellen baltischen Föderation noch Polen hinzuträte, wie manche es vorschlugen, wäre eine solche Föderation eine Utopie als eine selbständige Macht. Außerdem hat Polen bis jetzt mehr Interesse an imperialistischen Bestrebungen auf Kosten seiner Nachbarn als an die Verteidigung Europas gezeigt. Die baltischen Staaten könnten am besten sich behaupten, wenn folgende Bedingungen eintreten:

1. Die Befreiung der von Rußland versklavten Völker und die Begrenzung Rußlands nur auf die ethnographischen Grenzen des russischen Volkes;
2. vollständige Unabhängigkeit der Ukraine als Staat;
3. staatliche Selbständigkeit aller von den Bolschewisten versklavten Völker, wie Weißruthenen, Kosaken, Tataren, Turkestaner, Georgier, Armenier, Aserbeidschaner u. a. (aller in der UdSSR gegenwärtig einverleibten Völker);
4. freie, mit Staatsverträgen begründete Zusammenarbeit zwischen den Staaten Skandinaviens — Baltikums, der Ukraine und des Kaukasus;
5. die Verwirklichung der Idee einer Weltföderation, an der die baltischen Staaten neben anderen freien Staaten gleichberechtigt teilnehmen könnten;
6. Verwirklichung eines internationalen, für die ganze Welt zuständigen Weltgerichtshofes, dessen Beschlüsse dann von allen Staaten der Welt anerkannt werden müßten.

Nur innerhalb einer demokratischen Weltorganisation können die baltischen Staaten, Litauen, Lettland und Estland, als freie Staaten in vollständiger Sicherheit und im Wohlstand weiter gedeihen, befreit von der Gefahr des Imperialismus seitens Rußland und anderer Nachbarn.

bilden. Dies ist nur die logische Folgerung aus der kommunistischen Weltanschauung, in deren Geist die sowjetische Jugend erzogen wird. Bekanntlich bezeichnete Marr die Religion als „Opium für das Volk“, und Lenin nannte sie „Betäubungsmittel“, da er in der Religion den größten Feind des Kommunismus sah, der ja auf dem Prinzip des Materialismus und Atheismus aufgebaut ist. Deshalb begannen die Bolschewisten in den ersten Jahren einen grausamen Kampf gegen die Kirche: Geistliche wurden verhaftet, erschossen oder in KZ-Lager verschickt, atheistische Literatur wurde verbreitet, atheistische Museen wurden geschaffen und Atheistengruppen organisierten oft, besonders während christlicher Feiertage, antireligiöse Demonstrationen. Am Kampf gegen die Religion hatte die Schule einen aktiven Anteil. Nach den Richtlinien der Schulbehörden mußten die Lehrer atheistische Propaganda während der Unterrichtsstunden betreiben, in den Schulen wurden Gruppen aktiver Atheisten gebildet, und die Schuljugend mußte sehr aktiv an den antireligiösen Demonstrationen teilnehmen. Während des 2. Weltkrieges änderten die Bolschewisten ihre Stellung zur Kirche nur dem Anschein nach: sie erlaubten die Kirchen zu öffnen und erneuerten sogar das Patriarchat in Moskau mit Aleksiej Symanski an der Spitze. Dies war jedoch nur ein listiges politisches Manöver. Die Bolschewiken machten in Wirklichkeit die Kirche zum Werkzeug im Kampfe um die Weltherrschaft, der Kampf gegen die Religion aber hörte in keinem Fall auf.

Außer der Schule führen auch die Pionier- und Komsomolorganisationen, wie das aus der bolschewistischen Presse zu ersehen ist, einen hartnäckigen Kampf gegen die Kirche.

Das Prinzip der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit wurde nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt realisiert. Von 1940 ab wurde für die höheren Klassen der zehnjährigen Schule das Schulgeld eingeführt, und nur die besten Schüler konnten davon befreit werden.

Der Grundsatz der Politechnik wurde überhaupt nicht angewandt. Ihn hatte Marx, gestützt auf die Erfahrungen des englischen Unternehmers und Pädagogen Robert Owen, herausgestellt und Lenin entwickelte und konkretisierte ihn in seinen Bemerkungen zu den Thesen von Krupskaja. Der Sinn dieses Prinzips beruht auf der Vereinigung des theoretischen Unterrichts mit der Arbeitspraxis. Die sowjetischen Pädagogen machten große Anstrengungen, um dasselbe in die Tat umzusetzen, ihre Bemühungen bleiben jedoch ohne Erfolg. Die Anordnung des Volkskommissariats für Bildung und Erziehung von 1937 über die Liquidierung der Werkstätten an den Schulen war tatsächlich ein Aufgeben dieser Lehrmethode.

Vollendeter Klassenwahn

Schließlich wurde auch die Einheit des Schulsystems nicht in die Tat umgesetzt. Hier muß vor allem bemerkt werden, daß in den ersten Jahren nach der Revolution ein Unterschied im Bildungssystem der Ukraine und der Russischen SFSR bestand. Die allgemeinbildende Schule bestand in der Ukraine aus einem siebenjährigen Lehrgang, in der Russischen SFSR dafür in einem neunjährigen. Das Technikum in der Ukraine wurde als Hochschule betrachtet, in der Russischen SFSR dagegen als Mittelschule. Erst 1934 wurde in allen SS-Republicen ein einheitliches Bildungssystem eingeführt, wonach die allgemeinbildende Schule in eine volle zehnjährige und eine nicht vollständige mit sieben Jahren zerfiel. Die erste gibt das Recht zum Übergang auf die Hochschule, die zweite zum Eintritt in eine Berufsschule mittleren Grades. Außer diesen Schulen, in die die Partei- oder parteilose Jugend eintreten kann, wurden nach der Revolution besondere Parteischulen geschaffen, die die Kader zukünftiger Parteiführer ausbilden sollten. Es gab sogar ein sog. „Institut der roten Professur“, aus dem Lehrer der Parteidisziplinen hervorgingen. Außerdem waren und sind auch die Grundschulen, besonders deren höhere Klassen, nicht für alle Bürger der

(Fortsetzung auf Seite 15)

Die Perspektiven unseres Kampfes

(Fortsetzung von Seite 1)

die „Befreiung der Völker“ außerhalb des Eisernen Vorhangs. Aber selbst die nach Sibirien Deportierten wirken gegen das Regime.

Unsere Kraftquellen

Wie stark unsere nationale Befreiungsidee ist und welche Befürchtungen gerade in dieser Hinsicht die bolschewistischen Machthaber hegen, ergab sich wieder einmal in aller Deutlichkeit auf dem letzten XIX. Parteikongreß in Moskau, wo diese Fragen faktisch im Mittelpunkt aller Vorträge und Entschlüsse standen.

Das Grundelement und der hauptsächlichste Vorsprung der ABN-Konzeption bestehen darin, daß wir unseren Völkern in der unterjochten Heimat und unserer zahlreichen Emigration in der westlichen Welt eine entscheidende Rolle im Befreiungskampf zusprechen und auf die Erfüllung dieser Rolle auch tatkräftig hinarbeiten. Es ist dabei sehr wichtig, — unabhängig von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung technischer Verbindungen nationaler Emigrationen mit ihren Heimatländern, die zeitweilig unterbrochen werden könnten, — als Träger von Ideen hervorzutreten, die sich mit dem politischen Willen der entsprechenden Völker in der Heimat decken, um gegebenenfalls deren Willenskraft zur Entladung zu bringen und zwar als Faktor, der den Befreiungskampf entscheidend beeinflussen kann. Die Aufgabe der Emigration ist es, im Westen als wortgetreuer Dolmetscher der wahren Bestrebungen unserer Völker aufzutreten und für deren Unterstützung zu werben. Von der Erfüllung dieser Aufgabe hängt es auch ab, auf wessen Seite diese Völker in der Stunde der Entscheidung als unerschöpfliches Kraftreservoir stehen werden.

Die nationale Befreiungsidee, die Idee der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit des Menschen und der Religion sind zur Zeit die tragenden Ideen der versklavten Menschenmassen hinter dem Eisernen Vorhang. Unsere Aufgabe ist es, die ideenverwandten Elemente im Westen ausfindig zu machen und heranzuziehen, diese für die gemeinsame Sache mobilisieren und mit ihnen eng zusammenzuarbeiten.

Im Gleichschritt mit dem Zeitgeist

Bezüglich der Lösung unserer Probleme stehen sich heute zwei Konzeptionen gegenüber: die Konzeption des ABN für die Freiheit eines jeden Volkes im eigenen Nationalstaat bei Gewährleistung zugleich der Freiheit für den einzelnen Menschen einerseits und das russisch-bolschewistische System der Unterdrückung der Völker und Entrechtung des Individuums andererseits. Die Waage der Weltgeschichte neigt sich, wenn auch langsam, auf unsere Seite. Es war kein Zufall, daß aus dem Munde der maßgeblichen Vertreter der heutigen amerikanischen Politik in letzter Zeit die Betonung der Notwendigkeit zu vernehmen war, den Kampf gegen den Bolschewismus vor allem auch von ideologischen und weltanschaulichen Positionen aus voranzutreiben und zwar indem man dem materialistischen Kommunismus das Christentum und seiner Ideale entgegengesetzt.

Ein weiteres charakteristisches Moment der heutigen Zeit erblicken wir darin, daß die Völker überall nach festen und verantwortungsbewußten Charakteren als Lenker ihrer Geschichte Ausschau halten. Nicht von ungefähr kamen auch in mehreren Ländern erprobte und willensstarke Soldaten zur Macht. So vor allem in den USA, Ägypten, Griechenland und anderwärts. Die Armee als Schild gegen Zersetzung und Bedrohung der gesunden Verteidigungskräfte gewinnt immer mehr an Prestige. Ihre Bedeutung und Bewährung in dieser Rolle konnten insbesondere die aufständischen Armeen der Ukraine, Turkestans, Weißrutheniens etc. unter Beweis stellen, die durch die Namen ihrer Befehlshaber wie Tschuprynka, Osman Batur, Wituschka, als leuchtende Beispiele der Selbstaufopferung im

Dienste höchster sittlicher Ziele ganzer Völker in die Geschichte eingingen. Unser Vorzug liegt gerade in der Überlegenheit und in der Reinheit unserer Ideen. Der puren Gewalt und dem prinzipienlosen Machiavellismus unserer Zeit muß man neben materiellen und physischen Machtmitteln, vor allem noch die Aussicht auf eine bessere Welt der Zukunft auf Verwirklichung der Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit entgegensetzen.

Das ethnographische Prinzip unter Berücksichtigung der Rechte aller Zwangsausgesiedelten und Verschleppten bildet den einzig gerechten Schlüssel für die Lösung der territorialen Fragen der Zukunft. Dem Westen obliegt die Wahl zwischen unseren Ideen und den verschiedenen Konzeptionen weiterer Unterdrückung, welche russische Imperialisten aller Schattierungen gleichermaßen wie die Kommunisten in Bezug auf unsere Völker sich zum Programm gemacht haben.

Es gereicht uns zur Genugtuung, daß sich im Westen nach und nach die Ausdrücke: „ABN-Konzeption“, „ABN-Leute“ und dergleichen mehr bereits Geltung verschafft haben. Man meint darunter eben Menschen einer bestimmten Denkart, einer klar ausgeprägten Zielsetzung und einer unbestrittenen politischen Lauterkeit. Die kürzlich durchgeführte gemeinsame Aktion gegen die Verfechter der tschechoslowakischen Konzeption, das geschlossene Auftreten sämtlicher ukrainischer politischer Faktoren gegen das sog. „Koordinationszentrum des Antibolschewistischen Kampfes“ (KZAB) und der einmütige Protest von 14 politischen Zentren und Organisationen der nichtrussischen Völker der UdSSR gegen dasselbe KZAB mögen ein übriges für diesen unseren positiven politischen Leumund beigetragen haben. In dem Brief eines Politikers aus Übersee hieß es: „Die Amerikaner erklären bereits den Russen: ‚Der ABN vereinigt die Völker, während ihr sie uneinig macht!‘“

Globale Probleme

In der gegenwärtigen Weltproblematik bilden unsere Völker eine Macht für sich. Gegen unsere Konzeption stehen die „großrussische“ und andere gekünstelte Konzeptionen wie z. B. die CSR und Jugoslawien.

Die Kontroverse heißt dabei nicht Ost und West, die Front geht vielmehr auch im Westen quer durch die Völker selbst. Frankreich, Italien und selbst die USA können sich einer Einmütigkeit leider nicht loben. Ausgedehnte und weitverzweigte Fünfte Kolonnen in diesen und anderen Ländern sind für die Interessen Moskaus am Werk. Gerade darum dürfte es im Sinne der vaterlandstreuen westlichen Politiker und allen Patrioten die Aktion des ABN und der Kampf unserer Völker mehr am Herzen liegen als die Quertreibereien ihrer eigenen Landsleute, die dem Kreml verschrieben sind.

Wir stellten fest, daß die Entwicklung im Westen sich allmählich auf unsere Seite neigt, was soviel bedeutet, daß alle unsere bisherige Arbeit nicht umsonst gewesen ist. Möge sie auch weiterhin ebenso eindeutig, so kompromißlos und so befruchtend bleiben. Zwar ist uns keine Unterstützung zuteil geworden und wir verfügen bei weitem nicht über die erforderlichen materiellen Mittel. Ein echtes Ideal behält jedoch trotzdem seine Durchschlagskraft und wird früher oder später zum Siege kommen, während Irrlehren und Irreführungen selbst mit Hilfe von Millionen Geldern sich nicht durchsetzen können.

Die Rolle der islamischen Völker im Orient verdient dabei besonderer Erwähnung. Bedroht in ihren Lebensinteressen durch den russischen Bolschewismus, stellen sie heute ein mächtiger potentieller Bundesgenosse im Kampf um die Rettung und Konsolidierung der Welt. Das Schwarze Meer und das ganze Mittelmeergebiet überhaupt, denen bei einem etwaigen Kriege gegen den Bolschewismus entscheidende Bedeutung zukommt, verdienen ihrerseits erhöhte Aufmerksamkeit.

Wir sind zuversichtlich!

Die Sympathien des Westens mit uns treten nur als Folge unserer Kraft und unserer Solidarität ein. Es gibt dabei keine Zielsetzungen des ABN als solche, es gibt nur Interessen der einzelnen Nationen und diese in ihrer Gesamtheit bilden eben die Interessen des ABN, der keine Internationale ist, noch sein will, sondern vielmehr eine Koordinierungssintitative.

Wir heben dabei nicht zufällig hervor, daß der Krieg, den der Westen gegen den Bolschewismus zu führen hat, ein Krieg ideologischer politischer, weltanschaulicher Natur und darüber hinaus auch ein Religionskrieg ist. Wenn der Westen eine Entscheidung in seinem Sinne ermöglichen will, so muß seine Strategie darauf eingestellt sein, unsere unterdrückten Völker aus der feindlichen Front herauszunehmen und seine Stoßkraft im Ernstfalle allein auf russisches Territorium zu richten. Dieser Krieg darf eben nicht gegen unsere Völker, sondern mit ihnen gemeinsam gegen den russischen Imperialismus geführt werden.

Die Jahre 1953 und 1954 scheinen Jahre der Entscheidung zu werden. Das Schicksal der Welt wird in diesem Zeitraum für Jahrhunderte vorentschieden. Die Rolle, die auch unseren Völkern dabei zufällt, ist darum für den Ausgang der Auseinandersetzung von historischer Wichtigkeit.

Neben den USA kann hierbei auch Großbritannien ein Wesentliches zur Lösung des Problems und zur Einschaltung unseres Kampfpotentials beitragen. Seinen langen politischen Erfahrungen steht es ehestens an, unsere Ideen zu unterstützen, um so mehr, als die Auflösung des Kolosses der UdSSR alleine geeignet wäre, den Druck des russischen Imperialismus, der unmittelbar auch auf dem Commonwealth lastet, aus der Welt zu schaffen.

Komme was wolle, wir sind entschlossen, die Initiative in der eigenen Hand zu behalten und treten auf die Weltbühne mit dem Anspruch, daß unsere Völker als potentieller Faktor in der heutigen Weltkrise, eine Macht für sich sind. Im zehnten Jahr des Bestehens unseres antibolschewistischen Blocks haben wir allen Grund, zuversichtlicher denn je in die Zukunft zu blicken.

Für selbständige Slowakei

Der Präsident des ABN versichert die Unterstützung im Befreiungskampf

Die unterjochten Völker manifestieren ihre Solidarität

Die Repräsentation des Slowakischen Befreiungskomitees in Deutschland veranstaltete am 12. März 1953 in München, Regina-Palast-Hotel, eine feierliche Gedenkstunde anlässlich des 14. Jahrestages der Proklamation der Slowakischen selbständigen Republik am 14. März 1939.

Nach der Eröffnung durch den Vizepräsidenten Dr. *Tibor Pokorný* hielt der Präsident des Exekutivrates des Slowakischen Befreiungskomitees und Mitbegründer der Slowakischen Republik, ehem. Minister Prof. Dr. *Ferdinand Durcansky* die Hauptrede in slowakischer und deutscher Sprache. Maßgebliche Vertreter der nationalen Befreiungsorganisationen manifestierten in ihren Begrüßungsansprachen die volle Solidarität im Kampfe für die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit.

Der Präsident des ZK des ABN, *Jaroslav Stejko*, führte u. a. aus: „Der ABN unterstützt den Kampf für die Wiederherstellung der slowakischen staatlichen Unabhängigkeit... welche eine Forderung der Gerechtigkeit und der Weltordnung ist, denn die Freiheit ist unteilbar... nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Völker haben das Recht, in Freiheit zu leben... Alle Völker sind gleichermaßen Gottes Schöpfung.“

Durch einen festen Händedruck mit Prof. Dr. *Durcansky* bekundete der Präsident der Tschechischen Demokratischen Föderalisten, *Vladimír Pekelsky*, Verständnis für die Bestrebungen des slowakischen Volkes sowie den Willen nach einer gleichberechtigten Partnerschaft beider Völker im Rahmen einer europäischen Integration.

Wortführer des Freiheitskampfes

Prof. Dr. Michael Tseretheli

Ein großer georgischer Volkstribun und Nationalrevolutionär

Prof. Dr. M. Tseretheli ist eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Georgiens.

In der für Georgien schicksalsschweren Zeit des 19. Jahrhunderts wurde er im Jahre 1878 in einer der herrlichsten Gegenden Westgeorgiens geboren. Er entstammt einem uralten Einheimischengeschlecht, aus welchem viele bedeutende Staatsmänner, Kirchenfürsten, Heerführer, Dichter und Wissenschaftler hervorgingen.

Zwar war damals das offizielle Leben zwangsgemäß russisch, aber die georgische Familie blieb vom fremden Einfluß unberührt. In ihr lebte der georgische Geist mit seiner bewährten Tradition weiter.

In diesem Geiste wächst M. Tseretheli heran. Er besucht das Humanistische Gymnasium in Kuthaissi, wo er auch sein Abitur macht. In dieser Bildungsanstalt herrscht russische Erziehung, die Schüler dürfen nicht miteinander georgisch reden, sie werden von russischen Lehrern verhöhnt und schikaniert. Infolge seiner von freiheitlicher Gesinnung diktiert Teilnahm an den hieraus entstandenen Schülerausschreitungen sieht er sich der Gefahr der Dimission ausgesetzt.

Um die Jahrhundertwende ist M. Tseretheli Student an der Kyiwer Universität. Hier kommt er in Berührung mit den politischen Organisationen der Ukraine und anderer Völker. Es beginnt seine Sturm- und Drangzeit. Er stürzt sich sogleich in die illegale politisch-revolutionäre Tätigkeit. In der großen Aula der Universität Kyiw hält der junge Student eine aufsehenerregende und glänzende Rede gegen die russische Gewaltherrschaft. Er wird verhaftet und ausgewiesen. Das weitere Studium wird ihm verboten.

1901 ist er in Paris, wo er wegen seiner politischen Betätigung gleichfalls ausgewiesen wird, worauf er in der Schweiz und in London seine Studien eifrig weiterbetreibt.

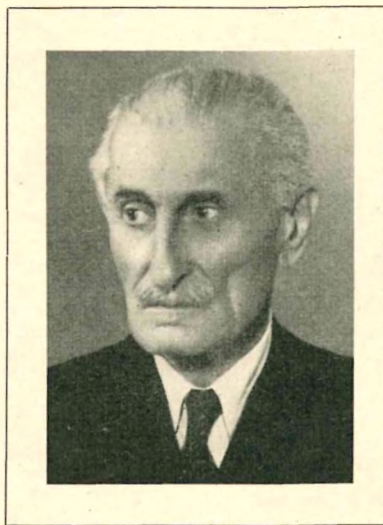
Eine starke Gruppe der georgischen Intelligenz gab als Gegengewicht gegen die in Georgien herrschende marxistische Sozialdemokratie die sehr verbreitete Zeitung „Nachrichten-Blatt“ heraus, um die sich in kurzer Zeit die ganze georgische Intelligenz sammelte. Einer ihrer Mitarbeiter war M. Tseretheli. Auch der von 1903 bis 1905 in Paris in georgischer und französischer Sprache erscheinenden Zeitung „Georgien“ lieh er seine Mitarbeiterschaft und brachte das Blatt mehrmals auf illegale Weise nach Georgien. Nach dem Ausbruch der Revolution von 1905 kehrt M. Tseretheli auf eigene Faust in die Heimat zurück und wird einer der Hauptführer des revolutionären Kampfes.

Er ist schon bekannter und einflußreicher Publizist und Volkstribun. Seine ideenreichen und präzise formulierten Gedanken sowie seine scharfe Feder wirken vernichtend auf den Gegner.

Aus Anlaß der Ermordung des großen georgischen Denkers, Politikers, Dichters und nationalen Führers, Ilija Tschawtschawadse, hält er die Rede an die Nation und erhebt die Forderung auf die historisch begründeten Rechte nach nationaler Freiheit des kleinen christlichen Volkes der Georgier. Diese Rede wird richtungweisend für die heranwachsende kommende Generation.

1907 legt der begeisterte Kämpfer für die Interessen seines Volkes mit anderen Politikern dem Weltfriedenskongreß in Haag eine Petition an die zivilisierte Welt vor. In dieser wurde der flagrante Vertragsbruch seitens Rußland gebrandmarkt und die Vergewaltigung Georgiens geschildert. Sie fand ihren Höhepunkt in der Bitte an die Weltöffentlichkeit, das gequälte Volk in seinem gerechten Verlangen nach Wiederherstellung seiner Staatssouveränität zu unterstützen.

Der Grundgedanke seiner politischen Überzeugung bestand darin, daß das Recht eines Volkes auf seine Freiheit ein Naturgesetz sei und daß es keinen freien Menschen gäbe, wenn das Volk nicht selbst frei sei. Hiermit müsse aber die zivilisierte Welt auf wissenschaftlichem Wege bekanntgemacht werden. So entschloß sich Tseretheli, sich ganz der Wissenschaft zu widmen. Die Urquellen der georgischen Geschichte zieht er da, wo die großen Reiche der Sumerer, Assyrer, Babylonier und Hetiter waren. Und er wählt als sein Fach die Assyriologie und die Geschichte des Alten



Orients, die ihm Gelegenheit geben, die Verwandtschaft der georgischen Sprache mit der sumerischen nachzuweisen.

Nach Ausbruch des ersten Weltkriegs eilt er nach Berlin und gründet hier mit anderen nationalen Kämpfern, wie G. Maschabeli, P. Surguladse, die Brüder Leo und Georg Keresselidse das Georgische Nationale Befreiungskomitee, das sofort die Verbindung mit den zuständigen deutschen Stellen aufnimmt. Die Hauptaufgabe bestand darin, die deutschen Stellen davon zu überzeugen, daß nach der zu erwartenden Überwindung des zaristischen Rußland nicht durch eine neue Unterjochung der Völker, sondern durch ihre Befreiung und Wiederherstellung ihrer Eigenstaatlichkeit, sowie durch freiwillige Verträge und Bündnisse mit ihnen der Westen sich poli-

„Bohemia“ klagt an!**Ein Appell an die Weltöffentlichkeit**

Das Organ der Tschechischen Demokratischen Föderalisten, „Bohemia“, Nr. 19 vom 31. 1. 1953, bringt eine Anklage gegen die kommunistische Regierung der tschechoslowakischen Republik und deren Gerichts-, Verwaltungs- und ausführende Organe.

Wir geben daraus folgende Auszüge wieder:

„In der Tschechoslowakischen Republik (CSR) wurden vom Mai 1945 bis zum Februar 1948 500 000 Bürger tschechischer, slowakischer, deutscher und ungarischer Nationalität ohne jede ordentliche Untersuchung oder Gerichtsverhandlung aus politischen, nationalen, rassischen und Klassengründen in bestialischer Art ermordet. Aus denselben Gründen wurden weitere Hunderttausende von Bürgern ohne ordentliche Untersuchung bzw. Gerichtsverhandlung lange Monate eingekerkert, ausgehungert und unmenschlich gequält. (Die Opfer sind Männer, Frauen, Greise und Kinder, einschließlich Wickelkinder, gewesen). Hunderttausende von Frauen wurden in bestialischer Weise vergewaltigt. Zehntausende von Bürgern wurden absolut widerrechtlich ohne Möglichkeit einer ordentlichen Verteidigung auf Grund der sogen. Retributionsdekrete des Präsidenten von sogen. Volksgerichten zu langjährigen Gefängnisstrafen bzw. Zwangsarbeiten verurteilt. Mehr als drei Millionen Bürger wurden aus bereits erwähnten Gründen widerrechtlich ihres ganzen, ehrlich und ordentlich erworbenen Vermögens beraubt.“

Vom Februar 1948 bis zum heutigen Tage wurden in der CSR 95 000 Bürger aus politischen, nationalen, religiösen, rassischen und Klassengründen ohne jede ordentliche Untersuchung oder Gerichtsverhandlung in bestia-

tischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß sichern könne. Dank der Unterstützung der klugen deutschen Diplomaten R. Nadolny, O. von Wesendonck, W. Graf Schulenburg und von Hülsen (Chef der Sektion Politik in OHL) konnte diese Ansicht im Auswärtigen Amt durchgesetzt und festgelegt werden.

Im Jahre 1916 findet in Lausanne ein Kongreß der entrechteten Völker statt. M. Tseretheli vertritt die Georgier. Er lenkt mit seinem Vortrag die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf sich.

1917 fährt er mit einem U-Boot illegal nach Georgien. Er bringt Waffen mit und schiebt bei der Ausladung selbst die kleinen Landungsboote durchs Wasser. Drei Kilometer von der Landungsstelle entfernt steht die russische Küstenwache.

Im Mai 1918 wurde die Unabhängigkeit Georgiens erklärt. Tseretheli wird Mitglied einer nach Berlin entsandten Diplomatischen Delegation.

Nach der Niederlage Deutschlands begibt sich der ewig Rastlose nach Schweden, um von hier aus in seiner Eigenschaft als georgischer Gesandter die Verbindungen mit der Entente aufzunehmen. Als Georgien von den Großmächten de facto anerkannt war (bald folgte auch dessen de-jure-Anerkennung), kehrte er in die Heimat zurück, um sich an der Universität seiner weiteren wissenschaftlichen Tätigkeit zu widmen. Er wurde zum Ordinarius für die Geschichte des Alten Orients und der Assyriologie berufen.

Nach der Okkupation Georgiens durch Sowjetrußland ist M. Tseretheli neuerdings gezwungen, sich ins Ausland zu begeben. Hier setzte er seine wissenschaftlichen Arbeiten fort und wirkte als Professor an der Brüsseler Universität, dann am Orientalischen Institut in Berlin und später bis zum Ende des zweiten Weltkrieges an der dortigen Universität. Von seinen Veröffentlichungen seien vor allem genannt: „Die Nation und die Menschheit“ sowie „Die sumerischen Studien“.

Das Schicksal setzt ihm unerhört zu. Sein einziger Sohn, der wissenschaftlich tätige Dr. phil. Dipl.-Landw. Othar Tseretheli ist seit dem letzten Kriege vermißt. Seit einigen Jahren wohnt M. Tseretheli in München. Geistig rege und ungeboren findet er Trost in seiner wissenschaftlichen Forschung, beseelt nach wie vor von der Sehnsucht nach der Befreiung seiner hart geprüften Heimat!

lischer Weise ermordet. Aus denselben Gründen befinden sich 380 000 Bürger ohne jede ordentliche Untersuchung und Gerichtsverhandlung widerrechtlich in Gefängnissen und 247 Konzentrationslagern, wo sie ausgehungert, unmenschlich geistig und körperlich gequält werden, während ihre Arbeitskraft in der Art der antiken Sklaven ausgebeutet wird. Aus denselben Gründen werden auch Millionen von Bürgern ihres ordentlichen und ehrlich erworbenen Eigentums beraubt.

Wir klagen deshalb die Rote Regierung der CSR und ihre Gerichts-, Verwaltungs- und vollziehende Organe an, daß sie die durch die Verfassungen garantierten und durch die Gesetze aller zivilisierten Staaten geschützten und auf Grundlage der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte vom 10. 12. 1948 im „Convenant“, der von der UNO 1951 vorgeschlagen wurde, zusammengefaßten Menschenrechte systematisch mit den Füßen treten.“

Nach einer eingehenden eindrucksvollen Schilderung bestialischer Gewalttaten, Folterungen und barbarischen Verfahrensmethoden in der Hölle der Gefängnisanstalt in Ruzyn mit konkreten, dokumentarisch belegten Tatsachen und mit namentlich angeführten Opfern und Zeugen, schließt der „an die Weltöffentlichkeit und an die Regierungen der freiheitsliebenden Staaten“ gerichtete Appell mit folgender Feststellung und Forderung ab:

„Die tschechoslowakische rote Regierung und ihre Gerichts-, Verwaltungs- und ausübende Organe verletzen die Garantien der Grundsätze des „CONVENANTS“, im Art. 6 Abs. 1, 2, 3 im Art. 10 Abs. 2 Lit. (a), im Art. 6 Abs. 1, wodurch sie den Tatbestand begingen und begangen, den die Konvention über die Genocide

Oberltn. der Sowjetarmee A. Oneskij:

Die Achillesferse der Sowjetarmee

Die sowjetische Regierung richtet in der letzten Zeit ihre ernste Aufmerksamkeit auf die inneren Gegensätze in der sowjetischen Armee. Der Kreml fürchtet jene politischen Explosionen, welche in der Roten Armee in den Jahren 1937/38 als Folge der sowjetischen Regierungspolitik im Inneren des Landes entstanden waren und versucht sie zu vermeiden. Darum baut die bolschewistische Nachkriegspropaganda ihre Erziehungspläne auf die Zerschlagung Deutschlands und des japanischen Faschismus auf und die Lügenparole, daß die sowjetische Armee eine Armee der Demokratie sei.

Das Oberkommando von Moskau fordert, daß die militärische Erziehungsarbeit streng im Rahmen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung geführt werden soll. Unter Bezugnahme hierauf schreibt die neutrale Zeitung des Kriegsministeriums der UdSSR, „Krasnaja Zvezda“, vom 4. 12. 1952 in ihrem Leitartikel „Das unerschütterliche Lebensgesetz der sowjetischen Krieger“: „Die Erziehung der sowjetischen Krieger in den Ideen des Marxismus und Leninismus befestigt in ihnen das tiefe Gefühl der Treue zum großen Werk von Lenin und Stalin, dem Werk des Kommunismus, die Pflicht der Kommandeure, der politischen Arbeiter und der Parteiorganisationen ist es, zu erreichen, daß jeder Krieger den Inhalt des Eides und seine Forderung, sich an die Pflichten ehrlich und gewissenhaft zu halten, eindringlich zur Kenntnis nimmt“.

In gleichem Sinne schlägt auch das Organ des Marineministeriums der UdSSR Alarm. Im Leitartikel der „Krasnyj Flot“ heißt es: „Man muß die Arbeit mit den Parteiaktivisten ununterbrochen verbessern.“ „Man muß die Kaders der Parteiaktivisten, von welchen das Bewußtsein und die Disziplin des Kriegers abhängt, unablässig erziehen. Die Festigung der Disziplin der Krieger befindet sich in direkter Abhängigkeit von ihnen. . . . Bei uns gibt es Mängel der ideellen und politischen Erziehung. . . . Die Beseitigung dieser Mängel ist eine unaufschiebbare Aufgabe der politischen Organisation.“ Aber der moralische und politische Zerfall in der sowjetischen Armee nimmt immer bedrohlichere Formen an und sogar die militärische Presse Moskaus kann diese Tatsache nicht mehr verbergen.

Im Artikel „Soldatenfreundschaft“ vom 4. 12. 1952 schreibt „Krasnyj Flot“: „Einmal ereignete sich in der Unterabteilung des Leutnants Kokorin ein Zufall. Ein Soldat Jurtschik brach die Militärdisziplin, beging eine ungehörige Tat, welche den hohen Namen des sowjetischen Kriegers entehrte. Diese Begebenheit heunruhigte alle Offiziere und Soldaten.“

Es knistert im Gebälk . . .

Durch welche Ursachen verfällt in der sowjetischen Armee die Disziplin und entstehen moralischer Zerfall und politische Gegensätze? Man muß hierzu eine ernste Tatsache vermerken: die so-

vom 9. 12. 1948 als Verbrechen nach dem Völkerrecht qualifiziert. Die erwähnte Regierung und ihre Organe begingen und begehen unbestritten im Art. 2 angeführte Verbrechen, die im Art. desselben Conventions als einzelne Verbrechen qualifiziert werden. Weiter wurden von denselben Verbrechen begangen, die das Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1892 Nr. 117 RGB 1, das von der CSR mit dem Gesetz vom 28. Oktober 1918 Nr. 11 G. u. VS 1, übernommen wurde, als Mord im § 154, Totschlag im § 140 und schwere Körperbeschädigung im § 152 qualifiziert.

Wir schlagen den Regierungen der Staaten, die Freiheit und Gerechtigkeit lieben, vor: diesen Fall der UNO vorzulegen, damit noch weitere Beweise, hauptsächlich durch wichtige, schon jetzt erreichbare Zeugen, die wir bei Gerichtsverfahren vorführen, sowie durch eine Reihe von sachkundigen Gutachten von Fachleuten aus den juristischen, wirtschaftlichen und medizinischen Fachgebieten geführt werden können.

München, den 30. Januar 1955.

Zentralausschuß der Vereinigung der Tschechischen Demokratischen Föderalisten.“

wjetische Armee ist keine einheitliche nationale bewaffnete Kraft, wofür man sie gewöhnlich hält. Sie besteht aus vielen Nationalitäten; es gab darin niemals eine Einheit und kann sie auch nicht geben, weil sie aus vielen Völkern, und mindestens zur Hälfte aus Angehörigen unterdrückter Nationen besteht. Es versteht sich, daß den Hauptanteil das russische Kontingent bildet, aber diesem kommt nicht ausschließlich eine entscheidende Rolle in der sowjetischen Armee zu, denn sie besteht auch aus anderen großen nationalen Kräften wie den Ukrainern, den kaukasischen Völkern, den Weißruthenen, Turkestanern, den Tataren u. a. Jede von diesen Nationen ist von Moskau unterdrückt und betrachtet die russische Armee als feindlich. Weder die ukrainischen Armeangehörigen noch die Kontingente der kaukasischen Völker oder Weißrutheniens können damit einverstanden sein auch weiterhin die Unterdrückung durch das russische Kommando zu dulden, welche die Kolonialpolitik des Kreml erfüllt. Man kann derart ernste Tatsachen wie den Kampf der ukrainischen Partisanen gegen die Tyrannei Moskaus, den Kampf der Aufständischen von Turkestan, den Aufstand der unterjochten Völker des Kaukasus, besonders der Dagestaner, Tetschenen und Tscherkessen nicht verschweigen. Eine große Bedeutung im Kampf gegen den Bolschewismus hatten in der Vergangenheit die Kosaken und in der gegenwärtigen Zeit sind sie das gefährlichste antibolschewistische Element im Kaukasus.

Los von Moskau!

Der zweite Gegensatz ist der zwischen der militärischen Aristokratie der sowjetischen Armee und

Für diplomatische Beziehungen der USA mit der Ukraine und Weißruthenien

Der republikanische Kongreßmann, Lawrence H. Smith von Wisconsin, schlägt eine Resolution vor, in welcher die amerikanische Regierung für direkte diplomatische Beziehungen mit der Ukrainischen und Weißruthenischen Sowjetrepublik eintreten soll.

Einleitend griff Kongreßmann Smith auf die Proklamation des Präsidenten Eisenhower zurück, in welcher dieser das Programm der neuen Befreiungspolitik der amerikanischen Regierung verkündete. Weiter erklärte er die politische Bedeutung solcher diplomatischer Beziehungen zu Ländern, welche durch den Kreml zwar als „freie und unabhängige Republiken“ bezeichnet werden, in Wirklichkeit aber unter dem russisch-bolschewistischen Joch stehen.

Eine ähnliche Resolution brachte der republikanische Senator Alexander Smith von New Jersey vor dem USA Senat ein.

Der republikanische Kongreßmann Lawrence H. Smith führte u. a. aus, daß sein Vorschlag notwendig sei,

weil die sowjetische Regierung in Moskau mit dem Mittel der Propaganda die Ideen der Freiheit und Unabhängigkeit in der Ukrainischen und Weißruthenischen Sozialistischen Sowjetrepublik lediglich als Fiktion einzuhämmern pflegt;

weil gemäß der historischen Überlieferung die Ukrainische SSR ihre volle Souveränität hatte, wie aus den Verträgen hervorgeht, die von ihr mit den Staaten Polen und der Russischen Sowjetrepublik in Riga 1921 unterzeichnet und in drei Sprachen — ukrainisch, polnisch und russisch — ausgefertigt wurden;

weil bei Schaffung der Sowjetrepubliken für die Ukrainische und Weißruthenische SSR volle Unabhängigkeit bestand und in der ersten Union-Verfassung erklärt wurde, daß jede der unierte Republiken das Recht zum freien Austritt aus der Union habe;

weil die erwähnte sowjetische Konstitution vorsieht, daß jede unierte Republik das Recht

dem einfachen Soldaten. Es ist kein Geheimnis, daß die sowjetische Regierung in ihrer Armee eine neue Armee-Aristokratie gebildet hat, welche aus Parteimitgliedern und Komsomolmitgliedern besteht. Diese militärische Aristokratie besitzt alle Privilegien im Sowjetstaat. So gibt es z. B. in der Stadt Sewastopol und anderwärts besondere militärische Städtchen, in denen Offiziere der höheren, mittleren und niedrigsten Klasse alle aristokratischen Vorrechte genießen. Die Soldaten aber wohnen in schmutzigen und unbequemen Kasernen, bekommen ungenügende Rationen und erhalten weder geistige noch physische Erholung. *Der sowjetischen Soldaten bemächtigt sich die Überzeugung, daß sie schutzlose und blinde Werkzeuge der Krempolitik sind.* Dazu muß betont werden, daß die höhere militärische Aristokratie unumschränkte Macht besitzt und in ihrer Arroganz alle feudalen Gewohnheiten übertrifft. So sehen die sowjetischen Soldaten in ihren Kommandanten unversöhnliche Feinde.

Diese beiden Gegensätze gehen Anlaß zu Unruhen in den breiten Massen, welche, ebenso wie die Soldaten, ein unausrotbares Gefühl des Hasses zum gemeinsamen Feind — Moskau — haben.

Noch ein dritter Gegensatz in der sowjetischen Armee ist zu erwähnen: Die Soldaten haben schon sehr gut begriffen, daß sie als moskowitzische Instrumente der Weltrevolution dienen sollen und wünschen nicht das Kanonenfutter für den Kreml zu sein. Sie sind sich darüber im klaren, daß die russische Herrschaft in der Gestalt des Bolschewismus ihr größter Widersacher ist und deshalb gibt es kein anderes Ziel für sie, als sich von diesen Fesseln zu befreien. *Jeder Soldat der unterdrückten Republiken kennt nur einen Wunsch: das moskowitzisch-bolschewistische Regime zu stürzen und die nationale Unabhängigkeit wieder herzustellen. Beides ist in seinem Bewußtsein zu ein und demselben Unteilbaren verbunden.* Diesen wichtigen Faktor muß man in einem zukünftigen Krieg gegen den roten Kreml berücksichtigen.

hat, in direkte Beziehungen mit fremden Staaten zu treten, Verträge zu schließen und Vertreter auszutauschen;

weil die erwähnte Konstitution vorsieht, daß jede unierte Republik eigene republikanische militärische Formationen hat;

weil die Ukrainische und Weißruthenische SSR eigene Fahnen und staatliche Wappen haben, was als symbolischer Beweis für die Souveränität und Unabhängigkeit dieser Staaten aufzufassen ist;

weil die USA-Regierung, einschließlich der Mitglieder der Vereinten Nationen, die Delegationen anerkennt, welche die Ukrainische und Weißruthenische SSR repräsentieren;

weil das USA-Volk die Souveränität der Ukrainer und Weißruthenen anerkennt, was mit den Grundsätzen der Deklaration über die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten in Übereinstimmung steht und deshalb ist das amerikanische Volk bereit, diesen Völkern und den übrigen Nationen in der Sowjetunion jede Unterstützung für Erringung ihrer Freiheit und ihrer ökonomischen Entwicklung zu gewähren;

weil dieser amerikanischen Regierung und den Vereinten Nationen die Unmöglichkeit klar ist, die Anerkennung der Ukrainischen und Weißruthenischen SSR in allen Punkten aufrechtzuerhalten und ohne friedlichen Ausgleich direkte diplomatische Beziehungen in deren Hauptstädten Kyiw und Minsk einzusetzen . . .

Die ukrainischen und weißruthenischen nationalen Faktoren stehen auf dem Standpunkt, daß seitens der westlichen Welt nationale Vertretungen ihrer Völker anerkannt werden sollen und nicht Moskauer Agenturen wie jetzt in Kyiw und Minsk. Aus den UN sollen diejenigen ausgeschlossen werden, welche die Ukrainische und Weißruthenische SSR vertreten und an ihrer Stelle soll die Anerkennung der souveränen Vertreter des ukrainischen und weißruthenischen Volkes erfolgen, insbesondere Wortführer der Widerstandsbewegungen.

Plenarsitzung des ABN

Am 25. Januar 1953 fand in München eine gemeinsame Plenarsitzung des Völkerrates und des Zentralkomitees des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) statt, auf der wichtige politische und organisatorische Fragen zur Erörterung kamen.

Die Sitzung wurde eröffnet und geleitet vom amtierenden Präsidenten des Völkerrates, Veli Kajum Khan, der zugleich Präsident des National-Turkestanischen Einheits-Komitees ist. In seiner Ansprache betonte er die Wichtigkeit des politischen Augenblicks in welchem die Sitzung stattfindet, würdigte die bisherigen Erfolge des ABN und hob insbesondere die Bedeutung seiner Tätigkeit inmitten der islamischen Völker hervor, bei welchen der Kampf des ABN gegen den russisch-bolschewistischen Imperialismus einen lebhaften Widerhall gefunden hat.

Das Hauptreferat hielt der Präsident des ZK, Jaroslav Stejko, ehem. Ministerpräsident der freien Ukraine und Vorsitzender der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) in Emigration. In seinem ausführlichen Bericht, der mehrmals durch lebhaftes Zustimmung aller Anwesenden unterbrochen wurde, zog Präsident Stejko die Bilanz der bisherigen zehnjährigen Tätigkeit des ABN und stellte gleichzeitig ein konkretes, konstruktives Programm für die künftige Arbeit des ABN auf, deren Ziele in der Weltöffentlichkeit immer mehr an Boden und Anerkennung gewinnen. Der Bericht des Präsidenten bestand aus vier gesonderten Referaten, und zwar a) Rechenschaft über die bisherige Tätigkeit, b) Analyse der Lage in den unterjochten Ländern, c) über die außenpolitische Situation und d) Richtlinien und Pläne für die Arbeit im kommenden Jahr. Das letztgenannte Referat gliederte sich seinerseits in drei verschiedene Teile, und zwar a) organisatorische Vorarbeiten für den Ernstfall, b) propagandistische Aufgaben, c) Aktivität im Westen bzw. in neutralen Ländern.

Es folgten die Berichte des Generalsekretärs des ZK, Dr. Ctibor Pokorny, Vizepräsident des Slowakischen Befreiungskomitees; des Präsidenten der

Militärkommission des ABN, Generaloberst Ferenc Farkas de Kisbarnak, Präsident der Ungarischen Freiheitsbewegung; des Vorsitzenden der Kommission für völkerrechtliche Fragen und Beziehungen, Prof. Dr. Ferdinand Durcansky, ehem. Außenminister der Slowakischen Republik, Präsident des Slowakischen Befreiungskomitees; des Leiters des Informations- und Propagandadienstes, Dr. Balkanski, vormaliger bulgarischer Staatssekretär und Mitglied des Präsidiums der National Bulgarischen Front; des Vorsitzenden der Statutenkommission, Prof. Dr. Rudolf Wierer, Mitglied des Präsidiums der Tschechischen Demokratischen Föderalisten, und des Leiters der Finanzabteilung, J. Roman, Mitglied der Ukrainischen Delegation im ABN.

An den anschließenden Diskussionen beteiligten sich die Vertreter sämtlicher anwesenden nationalen Delegationen, und zwar: Ing. W. Glaskow, Vorsitzender der Obersten Kosakischen Repräsentation; Dr. Stjepan Buc, vom Präsidium des Kroatischen National Komitees; Fürst Niko Nakaschidze vom Präsidium der Georgischen Politischen Organisation; Prof. Dr. Wilhelm Szepesvaraljay-Haendel, vom Präsidium der Ungarischen Freiheitsbewegung; Redakteur J. Gytis vom Präsidium der Litauischen Wiedergeburtbewegung; Prof. A. W. vom Präsidium des Weißruthenischen National Zentrum (BNZ).

Nachdem die Berichte über die bisherige Tätigkeit gutgeheißen wurden und über die wichtigsten Punkte der bevorstehenden Arbeit Einmütigkeit erzielt war, wurde festgestellt, daß der ABN durch seine Konzeption und Zusammensetzung an Bedeutung und Stärke alle anderen üblichen Initiativen bei weitem übertrifft, so daß die Zusammenarbeit mit ihm im gegenwärtigen weltumspannenden Kampf gegen den Bolschewismus unumgänglich ist.

Zur organisatorischen Konsolidierung des ABN wurden einstimmige Entschlüsse angenommen, welche in Auslegung der Statuten bestehende Unklarheiten im organisatorischen Aufbau beheben sollen.

Stand der Wissenschaften in den UdSSR

(Fortsetzung von Seite 5)

zünftigkeit in der Beurteilung der nationalgeschichtlichen Tatsachen nicht wird auf die Dauer erhalten können. Namentlich die grundsätzliche Verschärfung der russischen und russifikatorischen National- und Kulturpolitik der Sowjets den nicht-russischen Nationen der Sowjetunion gegenüber, die sich seit 1929 ganz unumwunden durchgesetzt hatte, forderte eine positive Bewertung analoger Russifikationsversuche in der zaristischen Vergangenheit: Pokrowskij und seine gesamte Schule wurden — der ihnen ganz ausdrücklich gezollten Anerkennung seitens des längst verstorbenen Lenins zum Trotz — folgerichtig „verketzert“, die Eroberungspolitik der Zaren wurde als „kleineres Übel“ gerechtfertigt, Schamil wurde aus einem nordkaukasischen Nationalhelden zum Exponenten eines rückständigen und fanatischen Feudalsystems, dem gegenüber die russische „kapitalistische“ Eroberungspolitik progressiv gewesen sein soll. 1949 mußte sich derselbe Schamil auch noch gefallen lassen, ein gewissenloser Geheimagent des englischen und (?) türkischen Imperialismus gewesen zu sein!

Gerade im Jahre 1949 hat nämlich die letzte „ideologische“ Diskussion auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft stattgefunden, wobei der russische Akademiker Minty, ein fanatischer Sowjet-Kommunist und nicht einmal Pokrowskij's Gesinnungsgenosse, nur und gerade dafür gestürzt wurde, weil er den — unter Sowjetherrschaft — allerdings, ganz außerordentlichen Mut gehabt hatte zu behaupten, die sowjetische Geschichtsforschung gleite vom orthodoxalen Leninismus zu einem „bürgerlichen“ russischen Nationalismus ab. Hätte er statt „bürgerlich“ die Bezeichnung „imperialistisch“ zu gebrauchen gewagt, so würde seine Auffassung dem tatsächlichen heutigen Stand der Geschichtswissenschaft in der UdSSR genau entsprechen haben.

Mit dieser Liquidierung der allerletzten Reste der Leninschen „Parteigarde“ wurden 1949 die letzten Hemmungen, die in der sowjetischen Ge-

schichtswissenschaft den unbegrenzten Gelüsten des nationalrussischen Chauvinismus noch einigermaßen widerstanden, endgültig beseitigt. Seitdem kennt und anerkennt der sog. „sowjetische“ (in Wirklichkeit aber — ein ausschließlich großrussischer oder moskowitzischer) Nationaldünkel überhaupt keine Schranken mehr. Der führende Historiker der UdSSR, der Akademiker B. Grewok, erdreistet sich z. B. zu der grotesken Behauptung, die Ureinwohner der Krimhalbinsel, der gegenwärtigen Moldauischen Sowjetrepublik und des Karpathengebirges wären nicht nur Slaven sondern gerade „östliche“ Russen (beileibe keine Ukrainer oder Weißruthenen!) gewesen. Daß alle von Moskau oder Petersburg aus geführten Eroberungskriege „gerecht“ und „fortschrittlich“ gewesen sind — steht für die Sowjethistoriker als eine unbestrittene Tatsache fest: Die Völker der baltischen Länder und Polens, der Ukraine und Transkaukasiens, Turkestans und Sibiriens, Koreas und Chinas sollen nämlich alle von sich aus nach einer „Vereinigung“ mit dem russischen Zarenreich getrachtet haben, um dem rückständigen Feudalismus ihrer eigenen Herrscher und den imperialistischen Gelüsten Großbritanniens und Amerikas entgegen zu können! Ausnahmen gibt es nicht: auch der russisch-japanische Krieg 1904 bis 1905 wurde von japanischen Imperialisten provoziert, die einen „friedlichen“ Anschluß Koreas und der Mandschurei an Rußland befürchtet haben sollen. Und selbst der letzte — von den Sowjets erschosene — russische Zar Nikolaus II. wird nicht etwa wegen seiner Außenpolitik verdammt, sondern dafür, daß er keine hinreichende Kapazität besessen hat, um jene Politik erfolgreich durchführen zu können.

Ganz komisch klingt es, wenn schließlich auch dem anerkannten russischen „Nationalhelden“ — dem Zaren Peter I. — vorgeworfen wird, er hätte den Fehler begangen, viel zu viele Ausländer in Dienst genommen und überhaupt den Wert der westeuropäischen Technik überschätzt zu haben; wor-

auf allerdings ganz prompt auch die Erwiderung erfolgt — nein, Peter I. hat nichts Westeuropäisches überschätzen können, und wer das Gegenteil behauptet, der ist eben kein richtiger russischer Patriot!

Es ist übrigens für den unerhörten und noch nie dagewesenen Tiefstand der Geschichtswissenschaft in der UdSSR außerordentlich bezeichnend, daß in den letzten Jahren alle Diskussionen und Auseinandersetzungen unter den Sowjethistorikern nicht um Feststellung oder Bewertung geschichtlicher Tatsachen und auch nicht um methodologische Grundsätze kreisen, sondern um Probleme der Periodisierung der russischen (und osteuropäischen) Geschichte, d. h. um etwas, was in der europäischen Geschichtsforschung eigentlich für ganz relativ und nebensächlich gilt. Das hat aber seinen guten Grund: Die sowjetisch-russische Geschichtswissenschaft ist politisch verpflichtet, einen Beweis zu liefern, daß Rußland Westeuropa gegenüber niemals rückständig gewesen ist und daß folglich sowohl die feudale als auch die kapitalistische „Formation“ in Rußland ganz selbständig und beileibe nicht später als in Westeuropa entstanden sei. Nun wissen es aber die Sowjethistoriker wirklich nicht, auf welche Weise sie die „führende“ Weltrolle des feudalen oder kapitalistischen Rußlands glaubwürdig machen sollen und diesbezüglich hat ihnen nicht einmal das Politbüro etwas Konkretes anweisen können; also wird darüber noch diskutiert, während alles übrige — sowohl „Tatsachen“ als „Methoden“ — längst von vornherein bestimmt ist und also überhaupt keiner Diskussion unterstehen kann.

(Folgt ein weiterer Artikel über Rechtswissenschaft.)

Zur Geschichte der Moskauer Eroberer

Ein gestohlenen Land

MVR? — Kaum jemand weiß Bescheid über die Existenz eines solchen Staates in der Welt. Offiziell wird in der Sowjetpresse folgendes geschrieben: „MVR, d. h. — Mongolische Volksrepublik, der südöstliche Nachbar der UdSSR, das Land mit riesigen Weidegebieten und reichen Viehherden.“

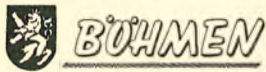
Die Moskauer Kommunisten, die im Jahre 1921 in die Mongolei geschickt wurden, konnten dort nichts ausrichten; der Versuch, eine Revolution zu inszenieren, war mißlungen. Erst im Jahre 1924 proklamierte der Volksdural (wiederum mit Hilfe einer Moskauer Expedition) am 26. November die Mongolei zur Volksrepublik und nahm die erste pro-sowjetische Konstitution an. Wenige Jahre darauf erschienen in der MVR. sowjetische Militäreinheiten, auf die sich die sehr schwache örtliche kommunistische „Volksrevolutionäre Partei“ stützte.

Marshall Tsehoi-bol-san (der unlängst mittels einer „Operation“ in Moskau abgeschlachtet wurde) versuchte die Sowjets schon vor dem zweiten Weltkrieg und besonders während desselben aus der Mongolei herauszudrücken. Aber er wurde praktisch entmachtete. Während des Krieges rückten die Truppen der MVR. (100 000 Mann Kavallerie) zusammen mit sowjetischen Militärstreitkräften gegen Japan vor. Als der Vormarsch beendet war, kamen in die MVR. sowjetische Divisionen, die bis jetzt dort verblieben sind. Auf diese Weise war es der UdSSR tatsächlich gelungen, sich dieses reiche und strategisch wichtige asiatische Land anzueignen.

Nachdem die UdSSR der MVR. 200 Traktoren zur Verfügung gestellt, 100 Schulen und eine Universität nach sowjetischem Muster in der Hauptstadt Ulan-Bator eingerichtet hatte, maßt sie sich an, aus diesem Lande alles herauszuquetschen, was es überhaupt produziert. Jedoch treffen die sowjetischen Versuche, die Mongolische Volksrepublik vollständig zu sowjetisieren, auf energischen Widerstand des Volkes. So z. B. ist bis jetzt die Kollektivisierung nicht vorwärtsgelungen: in der Mongolischen Volksrepublik wurden bis Ende des Jahres 1952 nur 159 Kollektivbetriebe organisiert.

Über die Mongolische Volksrepublik schreibt die Weltpresse nichts: wurde dieses Land stillschweigend Moskau geschenkt? L.P.

Hinter dem Eisernen Vorhang



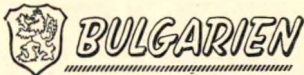
DAS SCHICKSAL ERZBISCHOF'S BERAN

Über Erzbischof Beran, der bereits lange Monate in einem streng geheim gehaltenen Ort interniert ist, erschienen bereits Hunderte von Meldungen in der Weltpresse. Es gelang jedoch, seinen jetzigen Aufenthalt festzustellen. Erzbischof Beran ist im ehem. Prämonstratenserkloster in Grulich interniert und von der Außenwelt gänzlich abgeschnitten. Trotzdem ist er ungeboren und gesund. — In demselben Kloster wurde auch Msgr. Jan Srámek interniert.

POLIZEIDRUCK UND HUNGERSNOT

Das Dominikanerkloster in Znaim wurde in eine Polizeikaserne umgewandelt. — Aus dem Ordensgymnasium in Teplitz-Schönau wurde eine Militärschule. — In dem Gebäude des Frauenklosters in Repcin bei Olmütz wurde eine Polizeischule eingerichtet.

Die romtreuen Priester, die sog. Dorfkulaken, ehem. Fabrikbesitzer, Aktionäre, Mitglieder von Verwaltungsräten, ehem. hohe Beamte und Offiziere wurden mit ihren Familien gänzlich aus der Versorgung mit Lebensmitteln ausgeschaltet. Sie müssen sich die Lebensmittel ausschließlich am staatlichen Schwarzmarkt zu unerschwinglichen Preisen kaufen. — In der CSR beginnt die schwerste Verpflegungskrise, die die Tschechen je kennengelernt haben. Eier, Butter und manche andere Produkte sind am Markt gar nicht mehr zu sehen. Die Zuteilungen von Zucker wurden auf 500 Gramm monatlich verringert. Eine weitere Kürzung wird in Betracht gezogen. Dieselbe Kalamität herrscht in der Brotversorgung. (IB)



AMTLICHE EINGESTÄNDNISSE

(N.C.F.E.) — Die kommunistische Kollektivwirtschaft auf dem Lande hat im vergangenen Jahr offenbar Bankrott erlitten. Ein Bild über die wahren Verhältnisse der einst so ertragsreichen und blühenden bulgarischen Landwirtschaft im heutigen kommunistischen Staate vermitteln schon die Überschriften des amtlichen Organs der kommunistischen Partei, „Rabotnitschesko Delo“, aus dessen Ausgaben allein im Laufe eines einzigen Monats (November 1952) wir nachstehend folgenden Bruchteil von Überschriften zitieren:

„Ernste Vernachlässigung der Herbstbestellung“
 „Die Mohnsaat ist sehr zurückgeblieben“
 „Die Gemüsegärten verdorren, während die Bewässerungsstationen untätig bleiben“
 „Schlechte Organisation der Ackerbestellung, unzureichende Erfüllung des Behauungsplanes“

Die ungelösten Nationalprobleme

(Fortsetzung von Seite 3)

während der russischen Okkupation durch das rote Regime ermordet wurden.

Nach allen diesen Erfahrungen dürfte es für jedermann selbstverständlich sein, daß es den Turkestanern niemals einfallen kann, den russischen Kommunisten Vertretungsvollmacht für die UN zu erteilen. Die Positionen unseres Volkes, das unentwegt den Kampf um seine Unabhängigkeit tapfer geführt hat, sind heute, wie schon nach dem ersten Weltkrieg, unverändert klar geblieben:

1) Wir fordern, daß die Völker des Islams und des Westens den Russen das Recht absprechen, im Namen der unterdrückten muslimischen Völker Turkestans in den Vereinten Nationen aufzutreten.

2) Wir fordern im Namen unserer leidenden Landsleute, daß die Völker des Islams und die westlichen Völker sich zu einem Block der freien Welt zusammenschließen, um jeden Einfluß Moskaus auszuschalten. Wir appell-

„Mängel bei der Einbringung der Reisernte“
 „Schlechte Organisation — klägliche Resultate“
 „Mangelhafte Verrechnung — Verlustbilanzen“
 „Wenn die Leitung der Kollektive schlecht ist“
 „Der Kreis Russe erfüllt nicht den Viehzuchtplan“
 „Verantwortungslose Haltung gegenüber dem sozialistischen Eigentum“
 „Der Winter kommt, während die Baumwolle noch unter freiem Himmel steht“
 „Die Fehler und Mängel dauern an“
 „Der Schnee ist gefallen, während das Futter noch nicht gesichert ist“
 „Verbrecherische Sorglosigkeit“
 „Die Bestellung der Erdbeerkultur und der Obstgärten bleibt zurück“
 „Aus Verschulden der Maschinentraktorenstationen ist die Beackerung vernachlässigt“
 „Die mangelhafte Viehzucht bringt die landwirtschaftlichen Arbeiten zum Stehen“
 „Die neuen Dreschmaschinen werden nicht instandgehalten“
 „Fahrlässigkeit oder Mangel an Verantwortungsbewußtsein“ usw. usw.

(Entnommen der Bulgarischen Monats-Revue des Amerikanischen National-Komitees für ein Freies Europa)



TÄGLICH 2300 — 3100 — 5000!

Die Versorgungslage in der Ostzone ist katastrophal. Die Kohlenversorgung ist völlig zusammengebrochen. In Thüringen und Sachsen gibt es schon seit langem weder Margarine noch Zucker. Die HO-Läden sind fast leer. Die Zahl der aus der Zone nach West-Berlin Geflüchteten betrug an einem einzigen Tage 2300, stieg auf 3100 und erreichte bereits die Rekordziffer von 5000! Den Nachrichten zufolge, die aus der Zone hierhergelangen, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß es sich, wie einst in der Ukraine, um eine vorzubereitende künstliche Hungerkatastrophe handelt, die Grund zu einer Enteignung der Bauern und des Einzelhandels geben soll.

MIT GEZOGENER WAFFE . . .

Mit gezogener Schußwaffe mußte vor einigen Tagen erstmalig ein Einsatzkommando der Volkspolizei in Halle gegen eine Gruppe von ca. 150 Frauen vorgehen, die am 5. März 1953 vor dem HO-Geschäft in der Ludwig-Wucherer-Straße nach Margarine anstanden. Da es seit Ende des Jahres in den HO-Geschäften keine Margarine mehr gegeben hatte, versuchten die anstehenden Frauen den Laden zu stürmen als bekannt wurde, daß nur 100 Pfund Margarine eingetroffen waren. Das alarmierte Einsatzkommando der

lieren an die Völker der freien Welt, die Bedrohung durch die russische Gefahr in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen und nebensächliche Differenzen beiseite zu lassen. Wir erwarten eine entschlossene Zusammenarbeit des Westens mit dem Islam auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und im Geiste der Solidarität, um den Völkern der Welt endlich Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden zu gewährleisten.

3) Beschränkung der Lebensinteressen des turkestanischen Volkes in seinem Kampfe für Unabhängigkeit und dessen Unterstützung durch die Herstellung einer solidarischen Zusammenarbeit zwischen dem Islam und dem Westen. Dadurch allein wäre Hilfe und Ermutigung für das turkestanische Volk geschaffen sein. Nur auf diesem Wege wäre auch ein Grundprinzip zu verwirklichen, für welches der Islam wie der Westen entschieden eintreten: „Gleiches Recht für alle Völker!“

(Leitartikel aus Heft Nr. 82 B vom Dez. 1952/Jan. 1953 „Milli Türkistan“. Obige Wiedergabe stellt unwesentlich gekürzte freie Übersetzung aus dem englischen dar.)

Volkspolizei wurde von den Frauen mit Schmährufen empfangen und mit Schirmen und Taschen angegriffen. Nach Augenzeugenberichten konnte erst nach zwei Stunden die Ordnung wiederhergestellt werden, nachdem über 20 Frauen festgenommen worden waren. Bewaffnete Volkspolizisten übernahmen den Schutz des HO-Ladens. (IWE)



HEILPRAKTIKEN . . .

In der sowjetischen Zeitung „Tisa“ Nr. 269 schreibt u. a. der praktische Arzt Sirijos-Giro folgendes:

„Hier liegen zwei Instruktionsblätter über die „Sintomycin-Therapie der bazillären Dysenterie und Dysepsie der Kinder“ vor und eine Beschreibung, wie man das neue Heilpräparat „Testosteronpropionat“ anzuwenden hat.

Es möge im voraus gesagt werden: Genossen aus dem Gesundheitsministerium und der pharmazeutischen Hauptverwaltung, auf keinen Fall an sowjetische Ärzte und Heilpraktiker solche Instruktionen! Die Aufgabe der sowjetischen medizinischen Arbeiter besteht darin, dem kranken Menschen zu helfen, ihn zu heilen, dagegen hier . . . ?

In der Broschüre wird über das Präparat „T“ gesagt, daß es dem Körper intravenös zugeführt wird. Ein grober Fehler! Es ist ein Fettpräparat. Bei der Einführung in die Vene kann dem Menschen ein schwerer Schaden entstehen. Anstatt der Hilfe, eine Gefahr für die Gesundheit! Das empfiehlt das Gesundheitsministerium durch diese Instruktion allen Ärzten.

In der Broschüre über die Behandlung der bazillären Dysenterie der Kinder kommen ebenfalls grobe Fehler vor. Hier ein Satz: „In den Fällen der toxischen und hypertonischen Dysenterie braucht kein Diphtherieserum angewandt zu werden, weil die Toxikose durch die Heilung mit Sintomycin beseitigt wird.“ Hier ist jedes Wort ein Unsinn. Vor allem: Es gibt keine hypertonische Dysenterie. Dann: Wieso Diphtherieserum? Es müßte heißen: Systerieserum.

So sorgfältig wird mit dem Sowjetmenschen umgegangen, daß sogar ein Sowjetarzt dagegen protestieren muß.

(Aus dem Informationsblatt Litauisches ZK in Deutschland, Januar 1953.)



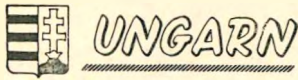
ERPRESSUNG IN STADT UND LAND

Laut Beschluß des Rates der Kommissare (eine Art Landesregierung) in Bratislava (Preßburg) sollen Bauern, welche den Beitritt zur Einheitlichen Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolkosen) ablehnen, keine Bezugscheine für Textilien und Schuhe erhalten. Dieses ist eine von vielen legalen Formen des Drucks im Interesse der Sozialisierung des slowakischen Dorfes.

Ebenso sollen allen Personen, welche nicht in einem Arbeitsprozeß der sozialistischen Unternehmen eingegliedert sind, keine Bezugscheine auf Textilien und Schuhe sowie auch keine Lebensmittelmarken erhalten. Von dieser Maßnahme sind die heute noch hie und da selbständig arbeitenden Handwerker betroffen.

ALLES FÜR DEN KRIEG!

Neben dem unter dem Namen HUKO bekannten großen Kombinat bei Kosice (Kaschau) arbeiten heute in der Slowakei noch einige, meistens neue, Rüstungsfabriken. Die Fabriken in Dubnica und Povazka Bystrica (im Waagtal) wurden wesentlich vergrößert und arbeiten mit Volldampf. In Trnava (Südwestslowakei) arbeitet eine große Eisengießerei. In Malacky (Südwestslowakei) produziert man Kanonen kleinen Kalibers. In Biskupice bei Trencin (Waagtal) werden Flugzeugteile hergestellt. In Puchow (Waagtal) befindet sich eine Pneumatikfabrik, in Kysucke Mové Mesto (Nordwestslowakei) eine Fabrik für Patronenhülsen. In Turciansky Svätý Martin (Nordwestslowakei) produziert man Diesellokomotiven. In Zemianske Kostolany werden Patronen für Bordwaffen fabriziert. Die ganze Slowakei ist fest in Moskaus Kriegsvorbereitung eingespannt.



STRASSEN „DES FRIEDENS“

(UNIO P.S.) — In dem Gebiet nordöstlich und östlich der Donau in Ungarn wird seit Jahren auf Geheiß der Sowjetrussen ein großangelegter Straßenbauplan durchgeführt, der ausschließlich den sowjetrussischen strategischen Zielen dient. Alte Landstraßen werden umgebaut, neue angelegt. Die Straßen führen in westlicher und in südwestlicher Richtung an die Grenze. Bei den Straßenbauarbeiten werden außer technischen Truppen hauptsächlich Zwangsarbeiter, Deportierte und politische Häftlinge verwendet. Die Belastungsfähigkeit der Tragflächen der neuen Straßen und der Brücken beträgt 50 Tonnen, die Breite der Straßen ist 8 Meter. Die Straßen sind Asphalt oder Betonstraßen, aber auch makadamisierte.

Dem Straßennetz schließt sich auch die neue Autostraße von Debrecen über Berettyoujfalu—Békéscsaba—Mako nach Szeged an und führt von der sowjetrussischen Grenze direkt in das Dreieckgebiet in Südostungarn, wo sich die ungarische, rumänische und jugoslawische Grenze berühren.

Die Landstraße zwischen Bodrogkeresztúr und Satoraljaujhely in Nordungarn wurde ebenfalls zu einer erstklassigen Autostraße ausgebaut. Diese Straße zweigt bei Sarospatak ab und mündet bei Galszecs in die erstklassige Autostraße zwischen Kassa und Uzhorod, die schon 1950 auf sowjetischem Wunsch von den Tschechen erbaut wurde. So haben die sowjetrussischen Truppen auch hier

Jugendbildung . . . (Fortsetzung von Seite 9)

UdSSR und ihre Kinder zugänglich. Bis 1936, also bis zum Erscheinen der Stalinschen Verfassung, existierten große Einschränkungen bezüglich der Kinder von Geistlichen, ehemaligen Beamten des Zaren, Kaufleuten usw. In den Grundschulen nahmen sie die Stellung Minderwertiger ein, zu den Berufsschulen mittleren Grades und den Hochschulen wurden sie überhaupt nicht zugelassen.

Um höhere Bildung genießen zu können, mußte die sog. bourgeoise Jugend ihre soziale Herkunft verheimlichen, oft falsche Unterlagen beschaffen. Dies wurde jedoch dank des ausgeprägten Spitzelsystems entdeckt und die jungen Menschen zur Verantwortung gezogen. In jüngster Zeit, besonders nach dem 2. Weltkrieg, wurden die Rechte auf Bildung in der UdSSR noch mehr eingeschränkt. Obwohl die Bolschewisten bereits 1936 verkündeten, daß der Klassenkampf in der UdSSR beendet und eine klassenlose Gesellschaft geschaffen sei, war das nur der übliche bolschewistische Schwindel. In Wirklichkeit hat sich ein neuer und verschärfter Klassengegensatz gebildet. Es gibt heute in der UdSSR nur privilegierte Herren und unterdrückte Sklaven. Die ersteren bestehen aus mehreren Gruppen, die ebenfalls keinen gleichen Anspruch auf materielles Wohl und auf Stellung in der Gesellschaft besitzen. Sie bilden eine eigenartige kommunistische „Aristokratie“ mit besonderen Privilegien. Dies gilt auch in bezug auf das Recht zur Bildung.

Unterricht in der Muttersprache

Schließlich ist noch, wenn auch nur allgemein, das nationale Moment in der Schulbildung zu erwähnen. Im Programm der KP wird betont, daß der Unterricht in der Muttersprache der Kinder geführt werden muß. An diesen Grundsatz hielten sich die Bolschewisten tatsächlich in den ersten Jahren. Mit der Zeit jedoch trat immer mehr der russische Chauvinismus in Erscheinung. Zugleich begann die Verfolgung aktiver Elemente in den nationalen Republiken, indem sie des „bourgeois Nationalismus“ beschuldigt wurden. Zum Beweis dafür genügte bereits der ständige Gebrauch der Muttersprache im Dienst und sogar im Privatleben. Auch in den Schulen wurde dies fühlbar. In den nationalen Republiken nahm die Zahl der Schulen mit russischer Unterrichtssprache immer mehr zu. Auch auf den Hochschulen wurde dem Unterricht der russischen Sprache, Geschichte und Literatur immer mehr Beachtung gewidmet. Darüber hinaus kommt es oft vor, daß der Lehrer die Unterrichtsstunde in der Muttersprache führt, während der Pause jedoch mit den Kollegen russisch spricht, weil er genau weiß, daß der geringste Verdacht des „bourgeois Nationalismus“ Verhaftung und Verschickung in ein KZ-Lager mit sich bringen kann. (Fortsetzung folgt.)

eine direkte Verbindung auf erstklassigen Straßen nach Ungarn bzw. dem Westen.

Der sowjetrussische strategische Hintergrund dieser Straßenbauten ist klar ersichtlich.

Die neuen Lastkraftwagen der Marke 350-Csepel-Diesel werden für den Zivilbedarf von den Csepeler Autowerken fabriziert. Es ist bezeichnend für die bolschewistische „Friedensproduktion“, daß der Raum für den Kraftwagenlenker schon so gebaut wird, daß die Öffnung für den Platz des Maschinengewehrschützen und für das Einbauen eines Maschinengewehrgestells vorhanden ist, die gegenwärtig durch eine leicht entfernbare Platte geschlossen ist.



FURCHT VOR DEM „BOURGEOISEN NATIONALISMUS“

Auf dem XV. Kongreß des „Leninistisch-Kommunistischen Jugendbundes der Ukraine“ (Komsomol), der am 27. Januar 1953 stattgefunden hat, hielt der erste Sekretär des Z.K. des Komsomols, H. H. Shewel, das Hauptreferat, worin eine Rechenschaft über das Geleistete und Leit-motive für die neue Arbeit gegeben wurden. Die „Radyanska Ukraina“ vom 28. Januar 1953 brachte an leitender Stelle den Wortlaut dieser Rede, deren Grundgedanken u. a. folgendes zum Ausdruck bringen:

Nach allgemeinen Angaben über die Anzahl der dem Komsomol angehörenden Jugend ging H. H. Shewel zur Erörterung der Jungarbeiterfrage über. Er verwies auf die Tatsache, daß von der Million junger Arbeiter der Industrie, des Verkehrs und anderer Unternehmen 525 000 Mitglieder des Komsomols seien. Mit dieser Arbeiterjugend scheint jedoch Moskau nicht zufrieden zu sein. „Es ist die Pflicht der Komsomolorganisationen, in der Ukraine mit der schändlichen Erscheinung — der man im Kreise der Arbeiterjugend begegnet, und zwar mit der Nichteinhaltung der Arbeitsdisziplin — endgültig aufzuräumen.“

Am schwächsten scheinen die Positionen des Komsomols auf dem Lande zu sein; hier konnte

An alle Freunde und Leser!

1. Um den schnellen Empfang der „ABN-Korrespondenz“ zu sichern, bitten wir alle unsere Freunde und Leser dieselbe über den Verlag, München 33, Postschloßfach 70, Tel.-Nr. 591 331, zu beziehen.

2. Zur Zeit erscheint die „ABN-Korrespondenz“ monatlich in deutscher und englischer Sprache. Die französische Ausgabe, welche infolge verschiedener Schwierigkeiten längere Zeit nicht erscheinen konnte, ist in Vorbereitung.

3. Wir bitten Sie, weiterhin regelmäßiger Abonnent zu bleiben, und sind Ihnen auch für die kleinste Spende für den Pressefond dankbar. Sie sichern damit nicht nur das regelmäßige Erscheinen der „ABN-Korrespondenz“, sondern leisten zugleich einen Beitrag für Ihre eigene Freiheit angesichts der Bedrohung durch die russisch-bolschewistische Tyrannei.

4. Ferner bitten wir um Ihre aktive Mitarbeit bei der Verbreitung; und zwar durch das Werben neuer Abonnenten. Je größer die Zahl der Abonnenten ist, desto wirksamer ist der Beitrag zur Bekämpfung des Bolschewismus!

Durch den Erwerb mehrerer Exemplare unserer Zeitschrift zur Verteilung in Ihren Kreisen.

5. Jahresabonnement: Deutschland DM 4.—, USA und Kanada \$ 2.—, in allen übrigen Ländern den Gleichwert von \$ 2.—.

6. Für die bis jetzt erhaltenen Nummern der ABN-Korrespondenz ersuchen wir Sie höflichst um Abrechnung. Wir bitten Sie, den Betrag auf das Bankkonto Süddeutsche Bank, München, Konto Nr. 10707, Dr. O. Wintoniak (ABN) zu überweisen.

Verlag und Redaktion der „ABN-Korrespondenz“.

auch die Partei niemals richtig Fuß fassen, weil die Landbevölkerung von jeher ein Widerstandsreservoir gegen den Kommunismus gewesen ist. Aus all diesen Gründen bemüht man sich, den Kontakt des Komsomols mit der Landjugend zu verstärken und die politisch-erzieherische Arbeit unter der Landjugend von Grund auf zu verbessern. Darum heißt es auch in der Rede: „Unsere Aufgabe lautet: die Erhöhung des Leitungsniveaus der Komsomolorganisationen auf dem Lande, die Verbesserung der Erziehung unter der Dorfjugend und aktive Eingliederung der besten Kolkhosjugend in die Reihen des Komsomols.“

Das Schul- und Erziehungsproblem erscheint überhaupt als das meistumstrittene sowohl in der Rede selbst als auch in einem dazugehörigen Kommentar. Wir erfahren, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt 6 649 000 Kinder die Volksschulen besuchen und von 300 000 Lehrern unterrichtet werden. Es gibt in der Ukraine 144 höhere und 592 mittlere Lehranstalten, die 400 000 Studenten aufzuweisen haben. Auch hier arbeiteten die Partei- und Komsomolorganisationen unbefriedigend, so daß es zu „schändlichen Erscheinungen“ und „hemmenden Unzulänglichkeiten“ gekommen sei.

Das größte Unglück und einen unverzeihlichen Fehler in der bisherigen Arbeit sieht aber H. H. Shewel in der Verfechtung des ukrainischen Nationalismus. „Eine besondere Bedeutung unter den gegenwärtigen Umständen kommt der rücksichtslosen Enthüllung des tierischen amerikanischen Imperialismus und seiner Agentur — des ukrainischen, als auch des jüdischen Nationalismus — des Zionismus zu.“

„Wir müssen daran denken, daß in der Vorstellung eines Teiles der Jugend Überbleibsel des Kapitalismus, vor allem bezüglich der nationalen Fragen, existieren. Erscheinungen des ukrainischen bourgeois Nationalismus gab es in unserer Wissenschaft, Literatur und Kunst. Unter den Einfluß ukrainischer bourgeois Nationalisten geraten einzelne Jungen und Mädels.“

Diese positive Einstellung der ukrainischen Jugend zum Nationalismus als Träger des Widerstandes gegen den russischen Kommunismus und Verfechter des ukrainischen Unabhängigkeitsideals scheint den Moskauer Machthabern nicht wenig Sorgen zu bereiten. Darum auch die Forderung: „Es ist unumgänglich, einen entschlossenen und rücksichtslosen Kampf gegen irgendwelche Erscheinungen der bourgeois Ideologie und des bourgeois Nationalismus zu führen.“

Die Vorbereitung einer radikalen russisch-chauvinistischen Unterdrückungspolitik gegenüber den anderen Nationen der UdSSR bestätigt sich somit auch durch den Ablauf dieses Kongresses des Komsomols in der Ukraine.

Dulles für Litauens Freiheit

Zum 35. Jahrestag der Unabhängigkeit Litauens gab der amerikanische Außenminister, John Foster Dulles, in einer besonderen Botschaft der Hoffnung Ausdruck, daß Litauen ebenso wie Estland und Lettland bald den Tag der Freiheit erleben mögen. Er wies darauf hin, daß die Weigerung der amerikanischen Regierung, die Einverleibung der Baltischen Staaten in die Sowjetunion anzuerkennen, ein Ausdruck für die Überzeugung ist, daß Recht und Gerechtigkeit die Beziehungen zwischen kleinen und großen Staaten regeln müssen.

Durch führende amerikanische Politiker und Kongreßmitglieder wurde in diesem Zusammenhang die Versklavung der genannten Staaten durch die UdSSR scharf verurteilt.

G. Mennen Williams erklärte für den Staat Michigan den 16. Februar zum „Tag der Republik Litauen“.

Neuerscheinungen:

- SBZ von A—Z
Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
Bonn 1953, Deutscher Bundes Verlag
- Friede durch Gerechtigkeit
Heft 4, Verlag Presseverein — Volksbote — München
Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde
- Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart
Vierteljahresschrift, Januar—März 1953 Nr. 1
Herausgeber: Deutsch-ukrainische Gesellschaft
Verlag Ukraine, München 5, Rumfordstraße 19.
- Der Monat
Eine internationale Zeitschrift
Februar 1953, Heft 53, 5. Jahrgang
Redaktion: Berlin-Dahlem, Saargemünder Straße 25.

ABN KORRESPONDENZ

Freiheit den Völkern! Freiheit dem Menschen!

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT DES ANTIBOLSCHEWISTISCHEN BLOCKS DER NATIONEN

5. Jahrgang · Nr. 7/8

* Erscheint in deutscher, englischer und französischer Sprache *

Juli/August 1953 · Preis 50 Pf.

Im Brennpunkt der Ereignisse

Revolten gegen Moskau im Osten

Tränen für Atomspione im Westen

W. Noch war das Blatt nicht gewendet, auf das der Waffenstillstand von Panmunjon mit seinen für die Koreaner so tragischen Folgen zu stehen kommen sollte, als die Geschichte unserer bewegten Zeit in der sowjetischen Zone Deutschlands neue welterschütternde Ereignisse zu verzeichnen hatte, deren Verlauf an Tragik kaum zu übertreffen ist. Wir meinen dabei nicht nur die Opfer und Repressalien, welche die Arbeiterschaft Berlins und die Bevölkerung der Ostzone auf sich genommen haben, sondern noch etwas anderes:

Unter der Nase der waffenstrotzenden sowjetischen Besatzung und trotz ständiger Beobachtung und Bspitzelung durch Schergen der „Volkspolizei“, bricht in einem der wichtigsten Zentren des sowjetischen Machtbereiches regelrechter Massenaufstand aus. Nicht etwa ein Putschversuch eines Haufens Aristokraten und „Bourgeois“, auch kein Staatsstreich irgendeiner Militärclique, sondern eine spontane und wahre Volkserhebung mit Zehntausenden Berliner Werkstätiger an der Spitze. Es ist der Ausbruch des Freiheitsdranges von Millionen geknebelter und gemarterter Menschen aller Klassen und Stände.

Kommunistische Parteigebäude und Behörden werden demoliert und in Brand gesteckt, sowjetische Fahnen heruntergerissen und Bilder verbrannt. Gefängnisse werden gestürmt. Die Lawine wächst unaufhaltsam an, und es hat einen Augenblick den Anschein, als ob Berlin zur Bastille der heutigen Befreiungsrevolution gegen Moskau werden würde. Männer und Frauen, welche diesen todesmutigen Marsch mitmachen, wiegen sich dabei im Bewußtsein der unmittelbaren Nähe der freien westlichen Welt und hoffen vielleicht, daß sie nicht im Stich gelassen werden...

Was macht aber die westliche Welt? Sie sieht gelassen zu, wie russische T 34 demonstrierende Arbeiter niederrollen, wie unschuldige Arbeitslose standrechtlich erschossen werden, wie ganz Ostberlin durch Verkündung des Ausnahmezustandes in ein regelrechtes Zuchthaus verwandelt wird, und begnügt sich im übrigen mit den üblichen Sympathiekundgebungen und Protesten.

Man kommt in die Versuchung zu fragen: bot denn nicht selbst das Potsdamer Abkommen den Westmächten eine Handhabe zum Einschreiten? Steht denn nach diesem Abkommen den Sowjets auch das Recht zu, ihren

(Schluß auf Seite 2)

Der ABN zur Bermuda-Konferenz

Anläßlich der bevorstehenden Bermuda-Konferenz beschloß das Zentralkomitee des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) an die führenden Vertreter der drei Westmächte, Präsident Dwight D. Eisenhower, Ministerpräsident Sir Winston Churchill und an den Ministerpräsidenten Frankreichs, im Namen der ABN-Völker folgendes Memorandum zu richten, das inzwischen mit Abschrift an weitere maßgebliche Staatsmänner und Politiker des Westens bereits zugestellt worden ist. (Red.)

Auf der bevorstehenden Bermuda-Konferenz stehen weltpolitische Fragen zur Debatte, die für das Schicksal der unterjochten Völker im sowjetrussischen Machtbereich von lebenswichtiger Bedeutung sind. Gedeih oder Verderb dieser Völker hängen weitgehendst davon ab, welche Haltung die westliche Welt und deren Politik der Sowjetunion gegenüber einschlagen wird. Die Entscheidungen, welche diesbezüglich fallen sollen, können somit allen diesen Völkern keinesfalls gleichgültig sein. Genau so wie dem geteilten Deutschland wohlbegründeter Weise offiziell das Recht zuerkannt wurde, zu allen sein Geschick betreffenden Fragen angehört zu werden und auf dem laufenden zu sein, ist darum auch allen anderen vom Bolschewismus verklavten Völkern ebenso das Recht einzuräumen, durch ihre in der freien Welt lebenden Vertreter zu den Schicksalsfragen ihrer eigenen Länder zu Worte zu kommen. Die Zukunft dieser Völker sollte nicht abermals über ihre Köpfe hinweg besiegelt werden.

Im Namen aller vom russischen Imperialismus früher oder später unterjochten Völker und als Wortführer des nationalen Widerstandes im gesamten sowjetrussischen Herrschaftsbereich, halten wir es somit nicht nur als eine historische Pflicht, sondern erachten es noch als unser elementares Recht, im gegenwärtigen Augenblick an die verantwortlichen Leiter der Weltpolitik mit folgenden Feststellungen und Warnungen heranzutreten:

1) *Mit dem Regierungswechsel in Washington zu Beginn dieses Jahres begann sich ein neuer politischer Kurs der führenden amerikanischen Weltmacht abzuzeichnen, der auf dem Wege war, dem sowjetrussischen Weltimperialismus gegenüber eine Politik der festen Hand einzuschlagen. Diesem neuen Kurs lag eine realistische Einschätzung der weltpolitischen Situation zugrunde, was in jener Resolution Präsident Eisenhowers betreffend die unterjochten Völker zum Ausdruck kam, wonach die Wiederherstellung ihrer Freiheit als Hauptproblem unserer Zeit erkannt und als Voraussetzung für eine Konsolidierung der unhaltbaren Weltlage gemacht wurde. Bei allen unseren Völkern weckte diese Konzeption neue Hoffnungen und be stärkte ihren Widerstandgeist.*

2) *Diese historische Resolution ist jedoch auf Widerspruch gestoßen und durfte nicht zur Abstimmung im Kongreß gelangen. Stalins Tod und einige leere, doch wohl berechnete Friedensgesten der neuen Machthaber in Moskau haben außerdem in gewissen westlichen Ländern und selbst bei maßgeblichen*

politischen Kreisen und Faktoren der westlichen Welt Verwirrung hervorgerufen und eine rückläufige Entwicklung bewirkt.

3) *In Beantwortung des von Präsident Eisenhower verkündeten Friedensplanes, wodurch abermals an das Recht der unterjochten Völker Osteuropas erinnert wurde, ihre Regierungsform selbst und frei zu bestimmen, ließ der Kreml durch sein Sprachrohr „Prawda“ erklären, daß dies eine Restauration von „reaktionären Regierungen“ in diesen Ländern bedeuten würde und verbat sich kategorisch eine derartige „Zumutung“. Von einer Wiederherstellung der nationalen Freiheit und Eigenstaatlichkeit und vom Selbstbestimmungsrecht der nicht-russischen Völker in der UdSSR, die immerhin nicht weniger als 100 Millionen Menschen zählen, war dabei überhaupt noch keine Rede.*

4) *Rebus sic stantibus, beurteilen wir jede Bereitschaft westlicher Kreise und Mächte, sich unter Aufgabe der Einigkeit und der Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt zu einer Verständigung mit Moskau herzugeben und auf Kosten der unterdrückten Länder und Völker zu einem Ausgleich mit ihm zu gelangen, als einen verhängnisvollen Schritt, der über kurz oder lang unausbleiblich sich an der ganzen restlichen Welt noch bitter rächen wird. Auf die psychologische Verfassung unserer Völker, deren Widerstandgeist jetzt aufgeflammt ist und eine ernste innere Krise in der UdSSR bewirkt hat, würde sich ein solcher Schritt überdies verheerend auswirken.*

5) *In dieser Stunde, da die Haltung des Westens gegenüber der UdSSR von tragischen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen*

Aus dem Inhalt:

Jaroslav Stetzkó:

Was steckt hinter Moskaus „Friedensoffensive“?

General J. Fuller:

Mahnende Worte an die Weltöffentlichkeit

Lagebericht über den Untergrundkampf der Ukraine

Ungarn nach der Wahlkomödie

Fürst Niko Nakaschidse:

Unsere conditio sine qua non

Dr. D. Balkanski:

„Sozialistische Heimat“ oder Völkergefängnis?

überschattet ist, da auch die Politik der Vereinigten Staaten selbst von weittragenden Gegensätzen beherrscht zu sein scheint und in verhängnisvolle Fehler zurückzufallen droht, wollen wir das Problem unserer unterjochten Völker nochmals mit aller Entschiedenheit als Problem Nr. 1 jeder weltpolitischen Planung und Lösung der Gegenwart herausstellen.

6) Selbst ein Friedensschluß in Korea auf dem 38. Breitengrad sowie jede andere Teillösung, wie ein österreichischer Staatsvertrag oder die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Rezept einer sog. „Neutralisierung“ würde nur im Sinne des Kremls liegen und diesem eine sehr willkommene Atempause zur Überwindung der akuten inneren Krise in der UdSSR gewähren, der Welt aber keinen langen Frieden und keine Sicherheit bringen.

7) Wenn es Moskau vergönnt sein würde, das territoriale wirtschaftliche und menschliche Potential unserer unterjochten Länder möglicherweise sogar im Schutze von Locarno-Garantien noch eine geraume Zeit mit bekannter bolschewistischer Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit ungestört weiter auszunutzen, wenn es ihm dabei noch vergönnt wäre, von einer Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit dem Westen beliebig zu profitieren, dann wird auch der Tag nicht sehr ferne sein, wo die militante sowjetrussische Weltmacht, unterstützt durch ihre tief-schürfenden Fünften Kolonnen im Westen, alle westliche Überlegenheit überflügelt, um die ganze noch frei verbliebene Welt zu unterhöhlen und in Schutt und Asche zu legen.

8) Solange unsere Länder und Völker der blutigen Herrschaft des sowjetrussischen Im-

perialismus überantwortet bleiben, bleibt auch das Damoklesschwert der bolschewistischen Weltgefahr über der ganzen übrigen Menschheit drohend hängen. Frieden und Freiheit sind in unserer heutigen Zeit wirklich unteilbar geworden, und diese Unteilbarkeit ist kein leeres Wort.

9) Die Entwicklung ist heute bereits an einem Punkt angelangt, wo Entscheidungen unaufschiebbar sind und Fehler nicht mehr ungestraft begangen werden können. Die Freigabe aller unserer Länder und Völker aus sowjetrussischer Versklavung und der Rückzug Rußlands auf sein ethnographisches Territorium sind Moskau unzweideutig und offen als *conditio sine qua non* zu stellen.

10) Das Gebot der Stunde ist eine ebenso totale wie radikale Lösung der Weltkrise durch Auflösung des russischen Gewaltreiches als Brutstätte der weltweiten bolschewistischen Aggression zur endgültigen Entmachtung des unablässigen russischen Imperialismus. Voraussetzung hierzu ist ein entschlossener und tätiger Zusammenschluß der gesamten freien Welt mit unseren unterjochten Völkern zur Wiederherstellung der nationalen Freiheit und der staatlichen Selbständigkeit aller unserer Länder, selbstverständlich unter Ein-schluß jener der UdSSR selbst, was erst auch die Quellen wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Entspannung für die ganze Welt erschließen würde. Alles andere wäre nur eine bedenkliche Teillösung, die dem globalen russischen Imperialismus und Bolschewismus Tür und Tor noch offen läßt und der Welt weder Frieden und Sicherheit, noch Wohlstand bringen würde.

Videant consules!

D. Donzow:

Warum kann der Westen Rußland nicht verstehen?

Jeder politische Schachzug Rußlands wird im Westen mißverstanden. Man dachte 1945 im Westen, daß Moskau in Europa lediglich freundliche, nicht aggressive Pufferstaaten haben will. Es wollte aber über diese Staaten als seine Kolonien dominieren.

Man glaubte später, daß Moskau seine „Satelliten“ als politische Vasallen haben wollte — wie Frankreich Marokko oder Tunesien. Es hat sich herausgestellt, daß Moskau sie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, kulturell und religiös beherrschen wollte, um auf jedem Gebiet des öffentlichen Lebens sein eigenes System einzuführen. Der Westen wollte ein chinesisches, dem Westen freundliches China haben. Rußland wollte aber über China als kommunistisch-russisches Reich dominieren.

Der Westen glaubte, daß das durch westliche Geschenke saturierte Rußland, ebenso wie die Westmächte, den Frieden wünschte. Rußland aber wollte nur *Pax Moscovitica*, d. h. die russische Weltherrschaft aufrichten. Infolge dieses Irrtums taten die Westmächte alles Mögliche um den Frieden zu erreichen. Moskau aber tat alles Mögliche, um sich Sprungbretter zu neuen Eroberungen und Dominationen sicherzustellen.

Der Westen gedachte sich der Organisation der Vereinten Nationen als eines Friedensinstruments zu bedienen. Moskau aber wollte dieses Instrument beherrschen oder durch sein Veto brechen.

Die Westmächte haben diplomatische Beziehungen mit Moskau aufgenommen, um ihre politischen und ökonomischen Beziehungen mit diesem Ost-Reich auszugleichen und zu verbessern. Moskau aber wollte diese diplomatischen Beziehungen als Hebel benützen,

um — durch seine Fünfte Kolonne — die Westvölker ökonomisch zu ruinieren, politisch und moralisch zu demobilisieren und demoralisieren, um nachher zu dominieren.

Der Westen sandte seine Diplomaten zu den verschiedenen Konferenzen mit Stalin, um mit ihm ein Abkommen zu schließen. Die Russen aber suchten auf diesen Konferenzen irgend einen Alger Hiss für sich zu gewinnen, um über die verbündete Delegation zu dominieren. Schließlich beabsichtigen jetzt die Westmächte, mit Moskau zu verhandeln, ihm im voraus alle seine Satelliten und China schenkend. Moskau aber erstrebt dabei — von Anfang an — den Weltblock zu zersplittern, um leichter darüber zu dominieren, Schritt bei Schritt, durch einen kalten oder heißen Krieg. Das Ziel Moskaus — in allen diesen Fällen ist: die „neue“ Welt zu schaffen, *modelled on the Soviet pattern*.

Das Ziel des Westens ist: Wohlstand, Frieden, Handel und Kompromiß — um jeden Preis mit der UdSSR, sogar um den Preis des unaufhörlichen Machtzuwachses des moskowitzischen Imperiums. Das Ziel des Kreml ist: die unaufhörliche Erweiterung der moskowitzischen Herrschaft über die Länder, Körper und Seelen der gesamten Weltbevölkerung. Es ist klar, daß bei solcher Sachlage die Westpolitiker den Kreml nicht verstehen können und ihm unterlegen bleiben.

Einst, zur Zeit eines Pitt und Wellington oder eines Clemenceau und Foch — besaßen die westeuropäischen Staatsmänner jenen „domineering spirit“, der ihren Völkern erlaubte, die Arroganz der ambitionierten Weltoberer zu brechen. Besitzen diesen spirit die heutigen führenden Männer Europas?

Revolten gegen Moskau ...

(Schluß von Seite 1)

Berliner Sektor und die Ostzone nach Gutdünken zu tyrannisieren und die dortigen Menschen als Freiwild niederzunknallen?

Und was, wenn der Westen tatkräftig eingeschritten wäre, um Ordnung zu schaffen? Krieg? Dazu hätte man momentan im Kreml kaum sehr viel Lust verspürt, denn in solchem Falle würde es unabwendbar noch vielerorts und vor allem in der UdSSR selbst genau so zu brennen begonnen haben, wie in Berlin. Berlin hätte dann aber den Funken abgeben können, an dem sich der unbändige Freiheitsdrang und die Zuversicht auch von Millionen und aber Millionen anderer geknechteter Völker entzündet hätten, um das Joch niederzureißen, so daß die Freiheit über Nacht und vielleicht auch ohne Krieg da wäre. Daß es dieses Mal nicht geschah, ist wieder einmal eine versäumte Chance, wenn nicht eine Welttragödie.

Aber all das ist noch nicht alles. Um dieselbe Zeit, als Arbeitermassen in der deutschen Ostzone — im Vorposten der Freiheit für die ganze Welt — verzweifelt gegen die sowjetrussische Tyrannei anrannten, in Massendemonstrationen, sich von russischen Tanks überfahren oder fesseln ließen, hatte man im Westen ganz andere Sorgen: man kämpfte um das Leben der rechtsgültig abgeurteilten Atomspione Rosenberg! Gewerkschaften demonstrierten. Vereinigungen protestierten. Minister, Abgeordnete und Intellektuelle erflehten Gnade für diejenigen, welche die Atomwaffe in die Hände jener Tyrannei gespielt haben, die sich anschickt, morgen der ganzen Welt das gleiche Schicksal zu beschicken, dessen sich in diesen Tagen die Werktätigen in Berlin verzweifelt zu erwehren suchten!

Selbst aber im deutschen Bayern wollte man nicht zurückbleiben. In seinem stets so selbstherrlichen Samstagkommentar fand der Sprecher des Bayerischen Rundfunks in gleichem Atemzug mit der Würdigung der Ereignisse in der Ostzone, warme Worte der Anteilnahme für die — ach, so harmlosen — Eheleute Rosenberg, die sterben müßten „nur“ weil sie durch ihre eigenen Verwandten vor der amerikanischen Gerichtsbarkeit sämtlicher Instanzen der Spionage überführt worden sind! Aber auch sonst erhitzten sich in diesen Tagen die Gemüter in München, scheinbar mehr um den Ladenschluß am Samstagnachmittag als um den Opfergang in Berlin.

So drängt sich uns allen Ernstes die Frage nach dem Standort bestimmter westlicher Kreise und Faktoren auf: Sind sie aufrichtige Verfechter der Freiheit gegen die Tyrannei oder nutzen sie vielmehr westdemokratische Freiheiten aus, um unter der Regie dunkler Verschwörungszentralen das Werk Moskaus im Westen zu betreiben?

Und wenn zu guter Letzt die Leichen jener potentiellen Massenmörder vom Schlage der Rosenbergs in Brooklyn noch dazu aufgebahrt werden, um den Trägern der bolschewistischen Weltvergiftung auch Gelegenheit zu bieten, sich davor zu verneigen, so hat man wahrlich Grund genug, mit Hamlets Worten festzustellen: „Es ist was faul“ in westlichen Ländern! Hoffen wir, daß der Westen an dieser Fäulnis nicht selbst zugrunde gehen wird ...

Was steckt hinter Moskaus „Friedensoffensive“?

Von Jaroslaw Stetzko, Präsident des ZK des ABN

Die westliche Auffassung, daß mit Stalin's Tod eine neue Aera echter Entspannung angebrochen sei und daß alle Friedensgesten des Kremls hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, durch den Druck des Westens erzwungen wären, wird den Tatsachen nicht gerecht.

Der ausschlaggebende Anstoß zu den verschiedenen Amnestien, zur Vorspiegelung von Friedenswillen, zur Genehmigung privater Bewirtschaftung „individueller Gemüsegärten“ in der Ukraine u. a. m., sowie der wechselnde politische Kurs der UdSSR nach außen hin ist nämlich vor allem auf den Druck des wachsenden nationalen Widerstandes innerhalb der Sowjetunion selbst und der sonstigen von ihr beherrschten Länder und nicht so sehr auf die außenpolitische Lage zurückzuführen. Die kürzliche Absetzung des berüchtigten Generalsekretärs der Kommunistischen Partei in der Ukrainischen SSR, Melnikow, die tiefgreifenden Veränderungen in der Georgischen SSR sowie die parallelen Ereignisse in Litauen, die alle im Zeichen einer „Lockerung“ der Moskauer „Nationalitätenpolitik“ standen und dazu angetan waren, den entsprechenden Völkern Sand in die Augen zu streuen, um deren nationale revolutionäre Auflehnung zu beschwichtigen, liefern einen herediten Beweis für obige Feststellung. Sobald aber im Innern der UdSSR alles wieder in Ordnung gekommen ist, werden die Bolschewisten mit ihrem Griff nach dem Atlantik bestimmt nicht mehr lange zögern wollen.

Im Kreml ist man sich nämlich bewußt, daß, wenn der Krieg heute ausbricht, er unvermeidlich zum Zusammenbruch des bolschewistischen Systems führen wird, und zwar nicht nur unter dem Hagelfeuer amerikanischer Bomber und Panzer, sondern vielmehr unter einem Zerfall von innen heraus durch die nationalen Befreiungsrevolutionen. Hierin liegt des Rätsels Lösung, warum sich Moskaus Herren in letzter Zeit plötzlich so „versöhnlich“ zeigen und nach innen und außen zu allerlei „Konzessionen“ angeblich bereitfinden.

Ehen aus diesem Grunde säubert in letzter Zeit Berija die Regierungen in den nicht-russischen Republiken der UdSSR durch sog. „Rücktritte“ u. dgl. Deshalb wiederholen auch die Bolschewisten immer wieder heuchlerisch die Phrase: „Wenn in den Sowjetbereichen Freundschaft und Einigkeit der Völker herrschen, brauchen wir von äußeren Feinden nichts zu fürchten!“ Gerade dieser Satz liefert eindeutige Aufklärung darüber, wo den Kreml heute der Schuh drückt und von welcher kolossalen Bedeutung diese Frage ist.

Auf dieses vordringliche Ziel, nämlich die „Einigkeit“ der Völker in der UdSSR und deren weiterem Machtbereich, sind auch alle Friedensstöne und jeweiligen „Milderungen“ des Regimes, die wirtschaftlichen „Erleichterungen“ durch Preis- und Normensenkungen etc. abgestimmt. Die inneren Nöte sind es, die den Bolschewisten heute in erster Linie auch ihre außenpolitischen Manöver diktieren. Daraus ist auch die scheinbare „Versöhnlichkeit“ im Korea-Krieg und die verkündete „Nachgiebigkeit“ in der deutschen Ostzone zu erklären. Denn die ewige Unruhe und das Ausbleiben der von Moskau prophezeiten Niederlage der „amerikanischen Imperialisten“ im Fernen Osten, welche sowjetische Propaganda immer wieder „ins Meer“ zu werfen versprach, untergruben für Moskau jeden psychologischen Kontakt mit den unterdrückten Völkern immer mehr. Gerade dieser Umstand war es, der Moskau alle Friedensgesten gegenüber dem Westen als zweckmäßig erscheinen ließ, zumal der Kreml zu der Überzeugung gelangt war, daß der Westen nicht zu kämpfen bereit ist, wohl aber die unterjochten Völker. Die kürzlichen Ereignisse in Süd-Korea sind diesbezüglich sehr aufschlußreich und bestätigen nur lückenlos diese Feststellung.

Die sog. „Friedensoffensive“ Malenkows verfolgte noch ganz besonders das Ziel, die nach Stalin's Tod bei den unterjochten Völkern aufdämmende Hoffnung auf eine unnachgiebige Politik des Westens zu zerstören und zu bezeugen, daß keinerlei Anlaß zu derartigen Spekulationen und Erwartungen bestehe.

Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, wirken sich Reden westlicher Staatsmänner, wie die neu-

liche Parlamentsrede des britischen Premiers Churchill und die entsprechenden Kommentare in der westlichen Presse auf die revolutionäre Aufwühlung der Völker der UdSSR und der sowjetischen Vasallenländer niederschmetternd aus. Solche Verlautbarungen werden von unseren Völkern als Verzicht des Westens auf jede Teilnahme an ihrem Schicksal und als deren Preisgabe an die blutige moskowitzische Willkür empfunden. Und wenn derartige Manifestationen westlicherseits von der sowjetischen Presse veröffentlicht werden, so geschieht das nicht etwa um die Friedensbereitschaft des Westens zu proklamieren, sondern gerade um jenen niederschmetternden Eindruck bei den unterjochten Völkern zu vertiefen. Auf der

gleichen Linie liegt auch die Praxis der sowjetischen Presse, jeden neuen moralischen Rückzug des Westens entsprechend zu glossieren, um die Westmächte vor den vergewaltigten Völkern der UdSSR eben bloßzustellen und moralisch durch eine chinesische Wand gegen den Westen abzusperren.

Die Freiheitsresolution Präsident Eisenhowers, in der die Freiheit, wenn auch nur allgemein, zum Grundprinzip erhoben wurde, mag als ein Versuchsballon gedacht worden sein. Bald beschränkte man sich konkreter nur noch auf die sog. sowjetischen „Satelliten“, aber nicht einmal in dieser Form durfte jene Resolution zur offiziellen Plattform werden. Sir Winston Churchill fügte zu guterletzt hinzu, daß ihn lediglich der status quo interessiere und darüber hinaus, daß er Moskau von einer „Angst vor dem Westen“ sogar befreien wolle. Diese Rede legte sich bleischwer auf die geistige Verfassung unserer Völker und hinterließ den Beigeschmack einer Verneinung des Prinzips vom Selbstbestimmungsrecht der Völker!

(Fortsetzung auf Seite 4)

Mahnende Worte an die Weltöffentlichkeit

Gen. J.F.C. Fuller über die Grundprobleme unserer Zeit

Der britische Militärsachverständige, General J. F. C. Fuller, eine weltbekannte Autorität auf dem Gebiet der Strategie und Taktik der modernen Kriegführung, gewährte unserem Londoner Korrespondenten das nachstehende Interview.

Unserer Redaktion gereicht es zur besonderen Ehre und Auszeichnung, daß die Gedankengänge einer militärischen und politischen Kapazität vom Range General Fullers sich weitgehendst mit den Auffassungen, Warnungen und Empfehlungen decken, die wir in diesen Spalten schon immer vertreten haben, und daß sie darüber hinaus noch eine überzeugende Bestätigung für die Richtigkeit der ABN-Konzeption darstellen. (Die Redaktion)

Frage: Glauben Sie, Herr General, daß es möglich sein könnte, den von Rußland geschürten Weltkrieg zu lokalisieren?

Antwort: Die russische Konzeption des Krieges basiert auf der Idee der Weltrevolution. Die Mittel sind, alle Nationen außerhalb der UdSSR zu unterminieren, mit dem Zwecke, sie nach und nach in die Sowjetunion einzuverleiben. Da dieser Plan ein totaler ist, kann er nicht lokalisiert werden. Solange er andauert, kann die Alternative nur lauten: Entweder wirst du aufgeschluckt oder du zerschlagst ihn!

Frage: Glauben Sie, daß die strategische und militärische Planung im augenblicklichen Stadium des Kampfes gegen den Bolschewismus von der ideologischen und politischen Planung getrennt werden sollte? Wenn ja, welche Bedeutung messen Sie der Konzeption des ABN bei?

Antwort: Der Kampf gegen den Bolschewismus — und das ist der russische Imperialismus — sollte auf der Tatsache begründet sein, daß sein Ziel ein weltweites ist. Er ist ein innerer und nicht ein internationaler Konflikt und muß daher wie eine Pest dort bekämpft werden, wo er auftritt. Die Idee des ABN, diese Pest in allen Gruppen von unterjochten Völkern zu zerstören und sie dabei vom Bolschewismus zu befreien, ist offensichtlich der richtige Weg. Eine echte Strategie sollte gegenrevolutionär und nicht nur militärisch sein. Das Problem ist die Beseitigung einer politischen Krankheit mehr noch, als die Beseitigung einer feindlichen Macht. Im Grunde ist es ein psychologisches und nicht ein materielles Problem.

Frage: Wäre es nicht eine ernste Gefahr für einen Sieg über den Bolschewismus, wenn die westliche Welt nur mit der Parole des Regimewechsels und nicht der Zerschlagung des Völkergefängnisses in den Verteidigungskrieg gegen den Bolschewismus einträte?

Antwort: Ein Regimewechsel hat mit dem Problem, das in der Beseitigung der politischen Krankheit besteht, gar nichts zu tun. Wenn ein Land von einer Plage betroffen ist, wird das Problem, diese Plage loszuwerden, in keiner Weise durch einen Regierungswechsel gelöst. In dem vorliegenden Falle ist es nicht der Zarismus oder Marxismus, die zur

Debatte stehen, denn das Grundübel heißt russischer Imperialismus, der beiden eigen ist.

Frage: Ist es nicht möglich, daß gerade der Ausbruch eines heißen Krieges einen radikalen Wechsel in der strategischen und militärischen Planung verhindern würde, der um so notwendiger wäre, wenn die ideologische und politische Planung geändert würde?

Antwort: Der Krieg als reine militärische Operation würde die Beseitigung der Pest des russischen Imperialismus, in welcher politischem Gewand er sich auch immer tarnen würde, bestimmt verhindern, da durch das Chaos und die Leiden, die er schafft, er zwangsläufig Verhältnisse heraufbeschwört, auf deren Grund und Boden der Marxismus gedeihen kann. Die russische Wehrmacht zu schlagen ist die eine Angelegenheit, die Zerschlagung der sowjetischen Ideologie ist eine ganz andere. Aus diesem Grunde muß der psychologische Krieg mit dem militärischen verbunden werden, der letztere allein bietet keine Lösung.

Frage: Wäre es nicht zweckmäßig, bei der Planung der Verteidigungsstrategie eine ähnliche unterscheidende Bestimmung einzubauen betreffend Rußland und den von ihm unterdrückten Völkern, wie es Deutschland mit den von ihm besetzten Ländern während des zweiten Weltkrieges gehandhabt hat?

Antwort: Im psychologischen Krieg, der gegen den Sowjetimperialismus geführt wird, wäre es nur vernünftig, weil sein Ziel die Befreiung aller unterdrückten Völker ist, daß die westlichen Nationen in ihnen ihre Verbündeten sehen und sie nach besten Kräften unterstützen sollten.

Frage: Glauben Sie, Herr General, daß der dritte Weltkrieg schon im Gange ist und daß die Frage nicht mehr lautet, wie ihn zu verhindern, sondern wie ihn zu lokalisieren, ihn für den Westen zum Sieg zu bringen mit den geringsten Opfern an Menschenleben?

Antwort: Der dritte Weltkrieg ist in seiner psychologischen Form im vollsten Gange und war es schon, seit Lenin die Weltrevolution zu seinem politischen Ziel gemacht hat. Ihn zu lokalisieren ist unmöglich, denn er ist bereits weltweit. Seine Vermeidung erfordert eine positive Angriffsstrategie, was immer sie auch kosten wird.

Frage: Glauben Sie, Herr General, daß es angesichts eines Zweifrontenkrieges für Rußland (die äußere Front und die innere des Widerstandes) jetzt an der Zeit ist, eine Unterstützung zur Offensive der Untergrundbewegungen zur Befreiung der Länder hinter dem Eisernen Vorhang einzuleiten?

Antwort: Sicherlich! Es ist nicht jetzt erst Zeit dazu, die Zeit ist schon lange überfällig. Provisorische Regierungen aller unterdrückten Völker sollten im Westen errichtet werden, um Informationen zu sammeln, Kontakt mit ihren Leuten zu halten und endlich bereit zu sein, die Kontrolle zu übernehmen, wenn die Gelegenheit gekommen ist.

Frage: Glauben Sie, Herr General, daß es recht ist, wenn gewisse westliche Kreise frühere bolschewistische Mitarbeiter unterstützen, indem sie sie jetzt auch noch als Sprecher des Willens ihrer Nationen anerkennen (z. B. im Falle von Bulgarien, der Tschechoslowakei, Ungarn etc.), die sie halfen zu versklaven, indem sie bis neulich mit Rußland und dem Bolschewismus kollaboriert haben?

Antwort: Sicherlich nicht. Wenn gewisse westliche Kreise frühere bolschewistische Mitarbeiter unterstützen, dann sollten diese Kreise mit dem höchsten Mißtrauen betrachtet werden.

Frage: Im Zusammenhang mit Stalins Tod tauchen überall im Westen Hoffnungen auf, daß die UdSSR mit dem Westen Frieden sucht, und daß die politische Struktur der Sowjetunion einen grundlegenden Wandel erfahren würde. Glauben Sie, daß solche Ansichten berechtigt sind?

Antwort: Ich denke, daß es möglich ist, daß der Kreml wegen Stalins Tod seine Taktik ändern kann. Aber ein Friedensangebot unter einem status quo (d. i. die Beibehaltung des augenblicklichen Zustandes) ist überhaupt kein Friede. Ein wahrer Frieden erfordert, daß Moskau sich aus allen unterdrückten Nationen zurückzieht und seine umstürzlerische Tätigkeit bei den Völkern aufgibt, die es noch nicht besetzt hält. Aber was immer auch die Taktiken sein werden, sie werden nicht beabsichtigen, Selbstmord zu begehen. Die Westmächte sollten sich daher versehen, in eine Friedens-„Falle“ zu geraten.

Frage: Glauben Sie, Herr General, daß das Wesen der bolschewistischen Diktatur in der geschichtlichen Grundlage des Bolschewismus, als einer Form des russischen Imperialismus, und im russischen Charakter begründet liegt, also einem Charakter, der nie die Demokratie gesehen hat und dem Despotismus zuneigt?

Antwort: Ja, im Kern sind Zarismus und Sowjetimperialismus nur Wortverschiedenheiten, bedeuten aber die gleiche Sache. Um Shakespeare zu parodieren: „Was bedeutet ein Name? Dasjenige das wir Skunks nennen, würde mit irgendeinem anderen Namen genau so schlecht stinken.“

Frage: Was ist Ihrer Meinung nach das Haupthindernis zu einer ausreichenden Verteidigung des Westens gegen die Aggression Moskaus?

Antwort: Unwissenheit über den russischen Charakter und Messianismus. Seit dem 15. Jahrhundert haben sich die Moskowiter an der Idee berauscht, daß ihr Fürstentum das dritte Rom werden soll. Die Freiheit, wie sie im Westen verstanden wird, ist ihnen unbekannt. Sie sind autoritär bis auf die Knochen und, ähnlich dem Leopard, können sie den Pelz nicht wechseln. Solange die westlichen Völker dies nicht erkennen, bleiben ihre defensiven und offensiven Maßnahmen unvollkommen.

Frage: Was ist Ihrer Meinung nach, vom Standpunkt des antibolschewistischen Kampfes aus, das sog. „Amerikanische Komitee zur Befreiung vom Bolschewismus“ und seine Schöpfung, das „Coordinationszentrum des Antibolschewistischen Kampfes“ wert, die den nichtrussischen Völkern das Recht der nationalen und politischen Befreiung abzusprechen?

Antwort: Je näher man sich mit dem „Amerikanischen Komitee zur Befreiung vom Bolschewismus“ und dem „Koordinationszentrum des Antibolschewistischen Kampfes“ beschäftigt, desto mehr riecht man die Emigranten von 1917, die genau so wie ihre Vorgänger

Warum Plebiszit?

DD — Einige Anhänger des russischen Imperialismus machen den geknechteten Völkern in der UdSSR eine „große Konzession“: sie räumen diesen Völkern das Recht ein — durch ein Plebiszit zu entscheiden, ob die jahrhundertelange russische Ausrottungspolitik ihnen tatsächlich so abscheulich ist, daß sie sich von jedem Rußland separieren wollen oder doch nicht?

Es mag dahingestellt bleiben, ob der freie Willensausdruck der nicht-russischen Nationen nach der Konsolidierung eines „neuen“ nachbolschewistischen Rußlands — im Beisein der russischen Polizei und Armee in der Ukraine, im Kaukasus etc. — überhaupt möglich wäre. Es seien nur den Plebiszit-Anhängern im Westen einige Fragen gestellt:

1. Warum haben die Westmächte die Angliederung der chinesischen Mandschurei an Rußland ohne Plebiszit anerkannt?

2. Warum haben sie nach dem ersten Weltkrieg die Separation des Elsaß von Deutschland und die Annexion der West-Ukraine durch Polen ohne Plebiszit anerkannt und selbst durchgeführt?

3. Warum haben sie damals die Errichtung einer Reihe neuer Staaten aus dem Territorium der Habsburger Monarchie (Böhmen, Polen, Jugoslawien, Ungarn) ohne Plebiszit anerkannt, selbst durchgeführt und die Völker sogar gegen ihren Willen darin eingezwängt?

4. Warum haben sie damals die Errichtung neuer arabischer Staaten, herausgeschnitten aus dem Körper des Ottomanischen Imperiums, ohne Plebiszit anerkannt und favorisiert?

5. Warum haben die Vereinigten Staaten die Verselbständigung der früheren spanischen Kolo-

nien, Kuba und die Philippinen, 1898 ohne Plebiszit anerkannt?

6. Endlich, warum haben die nordamerikanischen Kolonien Großbritanniens Ende des 18. Jh. ihre staatliche Unabhängigkeit auch ohne Plebiszit proklamiert?

Genug der Fragen! Man wird ohnehin keine vernünftige Antwort darauf bekommen. Die Beispiele von West-Ukraine, Ostpreußen, Oder-Neiße-Gebiet und Mandschurei aber beseite lassend, wo die Änderung sicher gegen den Willen der Bevölkerung geschehen ist, brauchen wir uns bloß an Beispiele von Nationen vor Augen zu halten, die sich von Österreich-Ungarn, der Türkei, Spanien und Großbritannien (Nordamerika, Indien) separierten. Dort gab es kein Plebiszit, weil die Bevölkerung durch ihren Kampf gegen die Metropole klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht hatte, ein unabhängiges Staatsleben zu führen.

Denselben Willen haben auch die Ukraine und andere geknechtete Länder in der UdSSR unzweifelhaft bewiesen. Der Beweis wurde durch Kampf und vergossenes Blut erbracht und infolgedessen brauchen diese Nationen nicht die Komödie eines Plebiszites und erst recht nicht unter der Bewachung russischer oder russenfreundlicher Polizei.

Wenn die Russen für ein solches Plebiszit und für die Unteilbarkeit des monströsen Imperiums eintreten, so ist das sehr wohl begreiflich: kein Räuber gibt seine Beute freiwillig zurück. Wenn aber einige westeuropäische Politiker als Protektoren des moskowitzischen Straßenräubers auftreten, dann muß man sich fragen: ob sie Patrioten ihres eigenen, vom monströsen Moskowiter Reiche bedrohten Vaterlandes sind oder russische Patrioten?

Was steckt hinter Moskaus „Friedenoffensive“?

(Fortsetzung von Seite 3)

Das Primat der Nationalitätenpolitik in der UdSSR zwingt die heutigen Machthaber in Moskau zum ständigen Lavieren. Es beeinflußt alle seine Spiegelfechtereien auf der internationalen Bühne, wobei bezeichnenderweise der Name Stalins nirgends mehr erwähnt wird. Offenbar muß er jetzt als Sündenbock erhalten. Auf ihn schiebt man praktisch alle Schuld der Vergangenheit, um die Illusion hervorzurufen, daß die neuen Machthaber „bessere Menschen“ seien. Darum wurden auch unmittelbar nach seinem Tode äußerliche Fassadenänderungen vorgenommen.

Die sich aus der gegenwärtigen Situation der UdSSR und aus ihren „Friedenoffensiven“ ergebenden Schlußfolgerungen lauten im einzelnen folgendermaßen:

Bedroht von keimenden nationalen Befreiungsrevolutionen begann Moskau Änderungen im Kurs seiner Politik vorzutäuschen, um den Eindruck entstehen zu lassen, daß mit dem Tode des inzwischen verfeimten Stalin eine Wende im Sinne ernstgemeinter Erleichterungen im öffentlichen Leben eingetreten ist oder zumindest eintreten kann.

Die Gelegenheit einer Einschaltung des Westens in einen aufflammenden Aufstand der unterjochten Völker ist versäumt. Wieder einmal ist eine Chance verspielt worden. Nach der versöhnlichen Rede Churchills antwortete Moskau, angesichts der in Aussicht genommenen Bermuda-Konferenz mit ausgesprochener Arroganz. Der Endeffekt war, daß der Westen vor den unterdrückten Völkern nochmals in Mißkredit gebracht wurde.

Stärkten die Präsidentschaft Eisenhowers und dessen erste Schritte die moralische Front der unterjochten Völker, so sieht sich Moskau jetzt in die Lage versetzt, zu erwarten und behaupten, daß die amerikanische Politik trotz Dulles und anderer Exponenten eines neuen Kurses, wieder in die Spuren des Trumanschen Kurses zurückgefallen sei.

Anstatt seine Position zu stärken und die Festigung der Front der unterjochten Völker zur Schwächung der UdSSR einzusetzen, hat somit der

Westen schwere taktische und prestigemäßige Einbußen erlitten.

Der Waffenstillstand in Korea wird manche Hoffnungen der nationalen Freiheitskämpfer auf eine tatkräftige und konsequente Politik der USA zerschlagen. Auch hier ist es dem Bolschewismus gelungen, dem Westen Sand in die Augen zu streuen. Er gibt sich zwar den Anschein, nach Frieden mit dem Westen zu streben. In Wirklichkeit bezweckt er momentan noch jenen kleinen Funken auszulöschen, der in der Lage wäre, den Kampfwillen der unterdrückten Völker zu bestärken und zu entfachen zur endgültigen Abrechnung mit dem Bolschewismus. Für den Kreml ging es allein darum, einen „kleinen Krieg“ vorläufig zu beenden, um nach Festigung der innerpolitischen Lage einen neuen bewaffneten Konflikt vom Zaune zu brechen — dortselbst oder auch anderswo.

So wie die Sowjets durch Einsatz kampfunfähiger Truppen und alter Waffen an der Front in Finnland seinerzeit Hitler täuschten, sind sie heute bestrebt, mit der gleichen Hinterhältigkeit die westlichen Staatsmänner hinteres Licht zu führen, sie zu einem kompromittierendem Entgegenkommen zu verleiten und durch Zermürbung der Front der unterjochten Völker jeden Kontakt und jede Einigung der letzteren mit dem Westen zu vereiteln.

Die Rehabilitierung der jüdischen Ärzte sollte aus dem gleichen Grunde die Malenkows, Berijas, Schukows etc. in den Augen der Allgemeinheit annehmbarer erscheinen lassen, wenngleich sich diese von Stalin mitnichten unterscheiden. Es galt zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: zu demonstrieren, daß sich in der UdSSR manches in bezug auf die „Justiz“ von grundauf geändert habe und den Juden eine Chance zu geben, sich von den USA abzuwenden und Israel aufzugeben.

Dadurch, daß London und z. T. auch Washington diese Moskauer Extratour mitmachten, wurde die Position der Kreml-Machthaber im Inneren gestärkt.

Zusammenfassend wiederholen wir die These: Der letzte Grund aller Kursänderungen in der Politik der Sowjetunion ist nicht etwa in der Atlantikarmee zu suchen, die vorerst noch lediglich auf dem Papier steht, sondern in der Hauptsorge der momentanen sowjetischen Politik: der Hintanhaltung des Freiheitsdranges der unterdrückten Völker und der Furcht vor nationalen Erhebungen.

von 1789 nichts Neues gelernt und nichts Altes vergessen haben. Obwohl ihre Köpfe leidenschaftlich antibolschewistisch sein mögen, sind ihre Herzen eifrig zaristisch. Kurz gesagt, sie sind genau so fest mit dem russischen Imperialismus verheiratet wie Malenkow und seine Gesinnungsbrüder.

Zur Lage in der Ukraine

Authentischer Bericht über den Ukrainischen Untergrund

Von der Presseabteilung der Auslandsverbände der Organisation Ukrainischer Nationalisten erhielten wir reichhaltiges Informationsmaterial über den beispiellosen Befreiungskampf des ukrainischen Volkes gegen den russisch-bolschewistischen Okkupanten. Der Befreiungskampf in der Ukraine wird trotz aller Stabilisierungsversuche des Moskauer Regimes mit allen möglichen Mitteln fortgesetzt. Diese Tatsache wird eindrucksvoll beleuchtet durch den nachfolgenden Bericht. (Red.)

Mit dem Volk durch dick und dünn für die Befreiung

Die Bedeutung des ungebrochenen Aktivismus der ukrainischen Untergrundbewegung geht besonders eindringlich daraus hervor, daß diese kämpferische Vereinigung glühender Patrioten zugleich die Vorkämpferin für die Befreiungsaktionen sämtlicher durch den Bolschewismus geknechteter Völker in der UdSSR ist. Wurzeln in dem Freiheitswillen der breiten Massen, und durch diese trotz schwierigster Voraussetzungen tatkräftig unterstützt, sehen sie nur das eine Ziel vor Augen, die jahrhundertealte Sehnsucht ihres Volkes und der dessen Schicksal mitverhafteten Nationen einer baldigen Erfüllung entgegenzuführen. Auf dieser breiten Basis eines in sich geschlossenen Kampfplagers bauen sich ihre tragenden Organisationen auf, von denen in erster Linie zu nennen sind: der „Ukrainische Hauptbefreiungsrat“ (UHWR), die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und — nicht zuletzt! — die unerhört opferwillige und todesmutige „Ukrainische Aufständische Armee“ (UPA).

Was durch diese Verbände allen Hindernissen zum Trotz in ununterbrochenem Einsatz an Heroismus und Selbstaufopferung geleistet wird, verdient mit goldenen Lettern in das Buch der Geschichte eingetragen zu werden. Der Bolschewismus aber weiß, daß ihm in ihnen ein unerbittlicher Rächer erstanden ist, ein Vollstrecker ewiger Gerechtigkeit, der die Horden politischen Verbrechertums eines Tages aus dem von ihnen geschändeten Paradies verjagen wird. Deshalb seine satanische Verfolgungswut, und deshalb auch sein wiehern der Triumph, als er im Herbst des Jahres 1952 behaupten zu können glaubte, den ukrainischen nationalen Untergrund überwunden und „liquidiert“ zu haben. Es war dies glücklicherweise ein grundlegender Irrtum.

Allerdings hatten die Moskowiter alles nur irgend Erdenkliche zur Erreichung dieses Zieles getan. Die Terrorwellen jagten sich in unabreißbaren Serien. Suchaktionen nach Führern und bewaffneten Verbänden durchkämmten systematisch alle in Frage kommenden Gebiete. In den bespitzelten Gegenden wurden Massenverhöre an Zehntausenden von Personen, Frauen und Kindern, vorgenommen, in der Hoffnung, es könnte durch ein unbedachtes Wort auf die gewünschten Spuren gelenkt werden. Natürlich entstand dadurch für die Freiheitskämpfer eine unangenehme Lage, weil sie aus Vorsichtsgründen gezwungen waren, vorübergehend eine Reihe von Verbindungen mit der Bevölkerung zu unterbrechen und verschiedene geplante Unternehmungen zu verschieben.

Versorgung unter Lebenseinsatz

Ihr Mut blieb jedoch ungebrochen, auch als sich im Winter 1952/53 die Schwierigkeiten noch in besonderer Beziehung häuften, vor allem, was die Versorgung mit Lebensmitteln anbelangte. Den Hauptgrund hierfür bildet die Kolchoswirtschaft, die unter schärfster Kontrolle steht und ihre Bestände mit Argusaugen überwacht. Damit entfiel die Möglichkeit einer durchgreifenden Unterstützung durch die Bevölkerung, wie sie bestand, als es in den kleinen Städten und Dörfern noch individuelle Bauernwirtschaften gab, deren Eigentümer über ihre Erzeugnisse bis zu einem gewissen Grad freizügig verfügen konnten. Obwohl nun der größte Teil der Bevölkerung mit den für ihre Unabhängigkeit Kämpfenden innig sympathisiert und sich die lebenswichtigsten

Dinge vom Munde abspart, um ihnen beistehen zu können, reichen diese gewiß höchst anerkennenswerten Beiträge nicht einmal zur Deckung des dringendsten Bedarfes aus.

Der Untergrund ist deshalb gezwungen, sich bei der Lebensmittelversorgung komplizierter und gefährlicher Methoden zu bedienen. Oft muß er die Waren (Nahrungsmittel, Kleider usw.) an verschiedenen Orten — die Schwierigkeiten der Verbindung und des Transports bekämpfend — erwerben. Derartige Versorgungsaktionen verlangen eine besonders vorsichtige und genaue Planung, denn dem Feind ist diese schwache Seite bekannt. Er ist daher sehr wachsam und so kommt es oft zu bewaffneten Zusammenstößen mit den MWD-Truppen.

Unabhängig davon führt man auch breitangelegte kämpferische Angriffe auf feindliche Magazine und Versorgungspunkte durch, in welchen die durch die MWD-Organe von der Bevölkerung geraubten Lebensmittelvorräte gesammelt und aufbewahrt sind. Nach Möglichkeit unternehmen die Aufständischen Überfälle auf solche, speziell für führende

Hiezu kommt der Ausfall an Kurieren, die mit Organisations- und Informationsmaterial aus der Ukraine nach dem Westen unterwegs waren, und zum Teil noch kurz vor ihren Bestimmungsorten den sowjetischen Häschern in die Hände fielen.

So wechselten Kampfhandlungen mit Massendeportationen, gesteigertes Aufbäumen der gemarterten Volksseele mit sadistisch verschärften Terrormaßnahmen, hauptsächlich in den Bezirken Zolocziv und Sokal. Unter anderen namhaften führenden Persönlichkeiten der Organisation Ukrainischer Nationalisten fielen an der Spitze ihrer Truppen um die Jahreswende 1951/52 der UPA-Major Petro Poltawa und der Vorsitzende des Landesexekutivs der OUN Bajrak. (Ein Verzeichnis von Namen Gefallener werden wir an anderer Stelle veröffentlichen).

Blutgeschriebene Briefe verlangen nach Waffen . . .

Eines der schwerwiegendsten Probleme für den ukrainischen Untergrund ist die Waffenbeschaffung, die durch eine zweckbedingte Verlagerung der Untergrundtaktik erschwert wird. Aus wohl erwogenen Gründen wurde die rein aufständisch-kämpferische Methode zeitweilig von einer mehr konspirativen, die bolschewistischen Positionen von innen heraus unterminierenden abgelöst. Selbstverständlich wird auch während solcher Perioden auf bewaffnete Auseinandersetzungen unter



Ein Tableau illegaler Kampfschriften, die in der Ukraine im Untergrund gedruckt und von Freiheitskämpfern verbreitet werden

kommunistische Parteimitglieder bestimmte, Magazine. Das Bestehen solcher Aktionen ist der Bevölkerung bekannt und sie freut sich, daß die ihr abgenommenen Produkte auf diese Weise in die Hände „ihrer Jungen“ (So nennen die Ukrainer die Freiheitskämpfer im Untergrund — Red.) gelangen und nicht bei den Bolschewisten bleiben, die demonstrativ schlemmen, während die Bevölkerung hungert.

Aber diese Unternehmen fordern einen hohen Prozentsatz an Menschenopfern; als es z. B. um die Versorgung eines größeren Kreises für längere Zeit ging, ist der Vorsitzende der Kreisexekutive der OUN, Ihor, zusammen mit seinen Kameraden den Heldentod gestorben.

keinen Umständen verzichtet. Sie dienen nicht nur in defensivem Sinne dem Schutz der Bevölkerung vor Repressalien und dem der revolutionären Kader als Träger der Idee, sondern sind die immerwährende Symbolisierung des nationalen Willens und der widerstandsmäßigen Tatbereitschaft.

Immerhin schränkt der zeitweise Verzicht auf Operationen in größeren Abteilungen die Möglichkeit empfindlich ein, die benötigten modernen und schweren Waffen vom Feinde zu erobern. Dementsprechend braucht die ukrainische Untergrundbewegung dringendst: Waffen, Munition, Arzneien, ärztliche Instrumente, Verbandmittel, Medikamente gegen Tbc und Rheumatismus, Konzentrate, Lebensmittel und Geld. →

Wenn man sich daran erinnert, daß noch im Jahre 1948 westliche Länder die Sowjetunion mit Material für ihre Rüstungsindustrie versorgten, und daß sie heute wieder Kriegsmaterial und Geld an Staaten hinauswerfen, die keinen Beitrag zur Bekämpfung des Bolschewismus leisten, dann ist es unverständlich, daß den in vorderster Linie stehenden Verteidigern der westlichen Kultur — den Untergrundkämpfern — so wenig Interesse entgegengebracht wird.

Es gehört zum Bittersten, was man als mitfühlender Mensch erleben kann, wenn man die **buchstäblich** — und nicht etwa in übertragenem Sinne — **mit Blut geschriebenen** Briefe liest, in denen darüber Klage geführt wird, daß dies zur gleichen Zeit geschieht, zu welcher die Ukraine Waffen gegen den gemeinsamen Feind am schmerzlichsten entbehren muß. Die Männer dieser Freiheitsbewegung vermögen wenig Verständnis dafür aufzubringen, daß der Westen ihre Sache nicht zu einer allgemeinen Sache der freien Welt machen will.

Mit Schwert und Geist

Trotzdem verlieren sie nicht ihre Zuversicht und denken nicht daran, ihre Verbundenheit mit der westlichen Welt aufzugeben. Ihr Glaube an den Sieg der gemeinsamen Ideale bleibt unerschütterlich. Mit Freude begrüßen sie jede vom Ausland an sie gelangende Nachricht, die ihnen Stärkung und moralische Stütze bedeutet. Das Eintreffen von Kampfgefährten aus den westlichen Gebieten Europas ist ihnen ein festliches Ereignis, so vor allem die Kuriere und Boten der Auslandsverbände der Ukrainischen Nationalisten, die das Bindeglied der kämpfenden Heimat mit dem Westen sind.

Von einem wahren Heißhunger sind sie erfüllt nach Literatur aus der europäischen Zivilisation, die ihnen geistige Waffen bieten und beweisen soll, daß sie nicht allein stehen. Denn nicht nur im kämpferischen Einsatz, sondern auch in der Funderung weltanschaulicher Werte sehen sie die Garanten eines endgültigen Sieges. Aus dieser Überzeugung heraus entfalten sie eine umfassende volkserzieherische Tätigkeit in Aufklärungsaktionen unter der Bevölkerung und sogar durch Propagandaarbeit unter den Mannschaften und Offizieren der Sowjetarmee. Was die Untergrundpublizisten auf diesem Gebiet leisten, die Seite an Seite mit den Soldaten der UPA in schwerstem Kampfe stehen, ist aus nachfolgender Liste der von ihnen herausgegebenen Broschüren ersichtlich:

Im Jahre 1950

„Anweisungen für Propagandaarbeit für das Jahr 1950“; „Robert“ (Jaroslaw Melnyk); „Der massierte bewaffnete Kampf hinter der Curzonlinie“; „Oberst Hrehit-Rizun“; „Erinnerungen“; „Dem Volke“; „Jurko Berezynskyj“; „Hauptmann Tscernyk“; „Unser Kampf und das Problem der Kader“; „Zur Ablösung Journal für die Jugend (für Juli 1950)“; „Für die große Idee“; „Für geeinten Monolit“, von M. Bojeslaw; „Bolschewistische Lösung der nationalen Frage“; „Die Konzeption der selbständigen Ukraine und die grundlegende Tendenz politischer Entwicklung der heutigen Welt“, v. P. Poltawa; „Oberst Iwan Bohun“; „Die Form und Taktik der OUN für die Erlangung des selbständigen und geeinten ukrainischen Staates — USSD — die einzig richtige“; „Wofür kämpft die Ukrainische Aufständische Armee?“; „Informationsbüro“ des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates (UHWR) für März 1950.

Im Jahre 1951

„In einer Epoche“; „Warum sind wir für den unabhängigen und geeinten ukrainischen Staat? (USSD)“; „Über unseren Plan zur Befreiung der Ukraine unter den gegenwärtigen Verhältnissen“, von P. Poltawa; „Wirka“; „Blutige Jahre“; „Informationsbüro“ des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates (UHWR) für März 1951.

Im Jahre 1952

„Organisationsbericht für die zweite Jahreshälfte 1951 bis September 1952“; „Plan für allgemein-organisatorische Arbeit für die Sommerperiode 1952“; „Plan der Propagandaarbeit für die Zeit vom 15. 6. bis 30. 9. 1952“;

UPA“; „Trainingswerk für Anweisungen“; „Jetons für 5 und 100 Karbowanci“; „Flugblatt an die Jugend“; „Zwei Flugblätter an die Bauern“; „UPA an die Ukrainer aus den ostukrainischen Gebieten“; „Ukrainisches Partisanenwesen“, von S. F. Chmel.



Ewiger Ruhm den Gefallenen

Im Befreiungskampf gegen die Moskauer Okkupanten für den unabhängigen ukrainischen Staat starben in der Ukraine den Heldentod:

P. Poltawa

Im Winter 1952 fiel, erst 35 Jahre alt, in der Ukraine im Kampf gegen den russisch-bolschewistischen Okkupanten, UPA-Major P. Poltawa. Vize-Vorsitzender des Generalsekretariats des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates (UHWR). Mitglied der Führung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), Leiter der politischen Abteilung des Obersten Stabes der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA). Leiter des Informationsbüros UHWR, bedeutender Freiheitskämpfer für eine unabhängige Ukraine und führender Untergrund-Publizist in der Ukraine. Seine Werke sind bekannt in der Ukraine selbst, wie auch in der ukrainischen Emigration.

Bajrak, Vorsitzender der Landesexekutive der OUN K.K., im Herbst 1951;

Netschuj-Netschujenko, Beauftragter der Führung der Auslandsverbände der OUN, im Sommer 1951;

Pomsta-Ternyk, Unteroffizier der UPA. Leiter einer Gruppe des Verbindungsdienstes der OUN, ausgezeichnet mit dem Silbernen Kreuz des Kampf-Verdienstes I. Klasse, im Juni 1951;

Bojko, Vorsitzender der Bezirksexekutive der OUN, im Frühling 1949;

Nestor, Vorsitzender der Bezirksexekutive der OUN, am 17. Februar 1950;

Bohdan, Vorsitzender der Bezirksexekutive der OUN, im Frühling 1950;

Kobsar, Referent des Sicherheitsdienstes, im Herbst 1952;

Weres, Unteroffizier der UPA, im September 1951;

Berkut, Unteroffizier der UPA, im Sommer 1951;

Sokil, Unteroffizier der UPA, im Herbst 1952;

Myron, Verbindungsmann der OUN in der Ukraine, im Herbst 1952;

Bohdan, Verbindungsmann der OUN in der Ukraine, im Herbst 1952;

Ihor, führendes Mitglied des Verbindungsdienstes der Auslandsverbände der OUN, im Herbst 1952;

Moros, Soldat der UPA und Verbindungsmittglied der OUN, im Dezember 1951;

Klen, Soldat des Bezirksgruppen-Sicherheitsdienstes, im Herbst 1952;

Skoryj, Soldat der Bezirksgruppe der OUN, im Winter 1950;

Lastiwka, Soldat der Bezirksgruppe der OUN, im Winter 1950;

Hajduk, Soldat der Bezirksgruppe der OUN, im Winter 1950;

Orest, Soldat der Bezirksgruppe des Sicherheitsdienstes, im Juni 1951;

Beresa, Unteroffizier der UPA, Mitglied des Verbindungsdienstes der OUN, im Sommer 1951.

Der Heldentod dieser Freiheitskämpfer bedeutet einen schweren Verlust für die ukrainische Nation. Ihr Geist aber lebt weiter. Daß sie ihr Leben für die Befreiung der geliebten Heimat gaben, bedeutet für jeden ukrainischen Patrioten eine heilige Verpflichtung, in ihrem Sinne unentwegt das Hochziel anzustreben, für das sie starben, bis dieses heilige Ziel auch erreicht ist.

„Was gibt uns die Nachricht über die Reaktion unserer Bevölkerung auf unsere Literatur?“; „Anweisungen für die ideologisch-politische Arbeit mit den Ost-Ukrainern“; „Unsere Parole — Freiheit den Völkern und dem Menschen“; „Warum und wie sollen Protokolle über Gespräche geschrieben werden?“; „Das Programm des konspirativen Trainings Nr. 1“; „Das Programm des konspirativen Trainings Nr. 2“; „Instruktion in der Sache der Feier der

Das fast übermenschliche Ringen dort drüben in der Ukraine, dem südöstlichsten Bollwerk unseres Kontinents, in militärischer wie auch in geistig-ideeller Beziehung, ist eine gewaltige Apotheose unseres Jahrhunderts. Möge der Westen sich dieser ihm in vorbildlichster Weise entgegengebrachten Treue würdig erweisen, damit nicht künftige Generationen seine Verständnislosigkeit kopfschüttelnd verurteilen müssen!

Bolschewistischer Humanismus

„Durchdrungen von glühender Liebe zum Vaterland und brennendem Haß gegen den Faschismus drückten die Artikel Ilja Ehrenburgs die echten Ideen kommunistischen Humanismus“ aus.“

„Literaturnaja Gazetta vom 27. 1. 1951

Wie dieser Humanismus in Wirklichkeit aussieht, darüber ist sehr aufschlußreich nachstehendes Zitat aus der sowjetamtlichen „Prawda“:

„Die Deutschen sind keine Menschen! Wir wollen töten! Wenn du im Laufe des Tages nicht wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist dein Tag verloren. Wenn du den Deutschen nicht mit

der Kugel töten kannst, so töte den Deutschen mit dem Seitengewehr. Wenn an einem Frontabschnitt Ruhe herrscht und du den Kampf erwartest, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du einen Deutschen getötet hast, töte einen zweiten: es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen. Töte den Deutschen! — bittet dich die alte Mutter. Töte den Deutschen! — fleht dich das Kind an. Töte den Deutschen! — schreit die Heimateerde. Verfehle ihn nicht! Laß ihn nicht entkommen! Töte!“

Ilja Ehrenburg in „Prawda“ vom 24. 7. 1942

Der Stand der Wissenschaften in der UdSSR

Die Statistik in Theorie und Praxis

Von Prof. Dr. V. Derzhavyn

IV. Folge

Hört man im Westen von der sowjetischen Statistik, so denkt man unwillkürlich zuallererst an die von den Sowjets bereits Ende der 20er Jahre vorgenommenen und seitdem mit einer erstaunlichen Rücksichtslosigkeit und Dreistigkeit betriebenen Fälschungen sämtlicher in der Sowjetunion (bzw. in den Satellitenstaaten) veröffentlichten statistischen Angaben und Zusammenstellungen. Gerade das aber hat mit der wissenschaftlichen Statistik eigentlich nicht das geringste zu tun — ebensowenig wie etwa tatsächliche Wechselfälschungen für eine Theorie des Bankwesens von irgendwelcher Bedeutung sein können. Methodisch begangene Verbrechen bilden keine wissenschaftliche Methode und können auch eine solche auf keinerlei Weise beeinflussen — ganz abgesehen davon, daß man, um statistische Berichte „fachgemäß“ und mehr oder weniger glaubwürdig verfälschen zu können, dieselben bereits besitzen muß; und die Sowjetregierung ist natürlich — wie jede Regierung in der Welt — daran interessiert, für ihren eigenen Bedarf und Gebrauch recht wahrheitsgetreue und präzise statistische Angaben zu erhalten. Damit erklärt sich also die scheinbare Paradoxie, daß einerseits die statistischen Veröffentlichungen in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr immer mehr Lügen und Verschweigungen enthielten, dagegen die Statistik als Wissenschaft auch in der UdSSR die in der ganzen Welt üblichen Grundsätze und Methoden der statistischen Forschung befolgte und weiterentwickelte und sich bis vor kurzem von keinerlei „dialektisch-materialistischen“ Forderungen bedroht sah (sehr im Gegensatz zu einer ganzen Reihe von anderen Wissenschaften). Daran hatte auch gelegentliche — in der UdSSR obligatorische — Lohhudelei gegenüber Stalin persönlich gar nichts geändert: derselbe Moskauer Akademiker W. Nemtschinov, der 1940 einen Artikel über „Stalins Anteil an der statistischen Theorie“ veröffentlicht hat, behauptete in seinem Grundwerk „Landwirtschaftsstatistik“ neben Grundlagen der allgemeinen Theorie, daß „Massenphänomene unterschiedlicher Kennzeichnung in der gesamten Natur und auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens Gegenstand der Statistik sind“, und daß es „Aufgabe der Statistik ist, durch entsprechende Messungen und Zusammenfassungen die qualitativen Besonderheiten der zu untersuchenden Erscheinung aufzudecken“. Von einer grundsätzlichen Abkehr von der wissenschaftlichen Statistik, wie sie im Westen verstanden und gehandhabt wird, war also überhaupt nicht die Rede.

Um so interessanter ist die jähe Wendung, die Anfang 1950 erfolgte und namentlich auf einer zweitägigen Konferenz „über Fragen der Methodik“, abgehalten am 20. und 21. Februar vom Statistischen Zentralamt der UdSSR in Moskau, offiziell und außerordentlich schroff verkündigt wurde. Da erklärte beispielsweise der Leiter des obengenannten Zentralamtes W. Starovskij unumwunden, daß „die Entfaltung der statistischen Wissenschaft und Literatur der Sowjetunion durch schädliche bürgerliche Einflüsse und antimarxistische Entstellungen gehemmt wird“, wobei die Hauptschuld auf eine „Schule der formalistischen Mathematik“ fallen soll, „die in der Statistik eine letztlich auf dem Gesetz der großen Zahl und nicht auf der marxistisch-leninistischen Theorie begründete universelle Wissenschaft zum Studium der Natur und der Gesellschaft sieht“. Wie aus den Tagungsberichten der Konferenz und aus späteren offiziellen und halbamtlichen diesbezüglichen Artikeln zu ersehen ist, soll die Statistik in der Sowjetunion von nun an ausschließlich eine Sozialwissenschaft sein, deren Aufgabe darin bestehe, „beim Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft mitzuwirken“, und deren theoretische Grundlagen „der historische Materialismus und die kommunistische Volkswirtschaftslehre“ bilden.

Da es aber im totalitären Sowjetstaat überhaupt nichts gibt, das „beim Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft“ nicht mitzuwirken verpflichtet wäre, und da sich andererseits weder aus dem dialektischen noch aus dem historischen Materialismus mit bestem Willen etwas Konkretes in be-

zug auf die statistische Methode herausspinnen läßt, so liegt offenbar der Hauptakzent dieser neuen Auffassung auf zwei Verboten: es wird erstens verboten, die Anwendung statistischer Methoden außerhalb der „gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse“ fortan als „Statistik“ zu bezeichnen, und es wird zweitens verboten, innerhalb der „soziologischen“ Statistik rein mathematische Lehren, wie etwa die Wahrscheinlich-

keitstheorie, zur Anwendung zu bringen. Das erstere Verbot ist allerdings rein terminologisch: zweifelsohne wird man z. B. beim Stichprobenverfahren zur Überprüfung der Qualität der Industrieproduktion in der UdSSR dieselbe auf die Wahrscheinlichkeitstheorie gestützte Methode auch weiterhin anwenden (da sie sich tatsächlich durch nichts anderes ersetzen läßt), nur wird man sie eben fernerhin nicht als „statistisch“, sondern als „mathematisch“ bezeichnen müssen. An und für sich hätte eine solche Umbenennung überhaupt keinen Sinn; sie ist nur eine Folgeerscheinung des zweiten Verbots, das alles Reinmathematische, namentlich aber das „Gesetz der großen Zahl“, von der „marxistisch-leninistischen“ Statistik als einer „Wissenschaft von den quantitativen Veränderungen der historisch konkreten gesellschaft-

(Fortsetzung auf Seite 11)

Ungarn nach der neuesten Wahlkomödie

Der Prozeß der kommunistischen Machtübernahme dauerte in Ungarn drei Jahre. Als bei den ersten Parlamentswahlen nach dem Kriege die Kleinlandwirtpartei 56 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt und die Sozialisten und Kommunisten mit je 17 Prozent an zweiter Stelle rangierten, sicherte sich die KP den stellvertretenden Ministerpräsidentenposten und die wichtigste Schlüsselposition des Staates, das Innenministerium. Die nächste Etappe war die Aufspaltung der Gegner, indem der rechte Flügel der kleinen Landwirte als Reaktion diffamiert und der Ausschluß von 24 Abgeordneten aus der Partei erzwungen wurde. Dann beschuldigte man führende Kreise der Kleinlandwirtpartei, ein Komplott gegen die bestehende Staatsordnung vorbereitet zu haben: der Generalsekretär und ein Minister, der gleichzeitig führendes Parteimitglied war, wurden verhaftet. Die Verwirrung im Lager der Oppositionsparteien benützte die Kommunisten dazu, Neuwahlen zu organisieren.

Da der Linksblock die absolute Mehrheit erschwand, war es für die Kommunisten ein leichtes, alle wichtigen Regierungs- und Staatsstellen mit ihren Leuten zu besetzen.

Abschluß der „Salami-Taktik“

Die einzelnen Phasen der Machtübernahme nannte der ungarische kommunistische Diktator Rakosi die „Salamitaktik“: „Man macht es genau wie ein Metzger, der eine Scheibe nach der anderen abschneidet, bis schließlich von der ganzen Wurst nichts mehr da ist.“

Nun ist in diesem Mai die Legislaturperiode der ungarischen Nationalversammlung abgelaufen und die Regierung hat die Neuwahlen für den 17. Mai ausgeschrieben, nicht ohne vorher das Wahlgesetz der letzten Entwicklung angepaßt zu haben. Dieses sah natürlich nunmehr keineswegs eine Beteiligung oppositioneller Gruppen vor, sondern hat lediglich den unter Kontrolle der Kommunisten stehenden Massenorganisationen, wie beispielsweise dem Gewerkschaftsbund, der Frauenvereinigung usw. ein gewisses Mitspracherecht bei der Kandidatenauswahl gegeben. Auch das Wahlalter wurde erneut herabgesetzt. Wie 1949 wurde auch diesmal nur eine einzige Liste, die der „Unabhängigen Volksfront“, aufgestellt.

Die Kandidatenliste der Volksfront wies in den 20 Wahlkreisen des Landes eine Vielzahl neuer Namen auf. Da die Zahl der zur Verteilung gelangenden Mandate von 402 auf 298 reduziert wurde, mußten viele bisherige Abgeordnete, die sich nicht bewährt hatten, auf eine neuerliche Kandidatur verzichten.

Wie bei allen Wahlen in Volksdemokratien stand auch in diesem Fall das Ergebnis von vorneherein fest: Es wurde wieder ein Parlament gewählt, das den jetzigen Budapester Machthabern ebenso ergeben ist wie es das bisherige Abgeordnetenhaus war.

„Fünfjahresplan“-Propaganda, Hungerkuren und „NEP“

Das Regime benützte die Wahlen, wie das in den Volksdemokratien üblich ist, lediglich zur propagandistischen Zwecke. In dem Wahlauftrag der „Volksfront“ wird zur strafferen Arbeitsdisziplin, Steigerung der Produktivität, zur Sparsamkeit und zu Wahlarbeitswettbewerben ermahnt. „Die Wahlen sollen“, so heißt es wörtlich, „eine Volksab-

stimmung für die erfolgreiche Beendigung des Fünfjahresplanes sein.“

Alle Reden in den Wahlversammlungen behandelten dieses Thema. Sie machten deutlich, daß die Wirtschaft Ungarns mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, was offensichtlich nicht zuletzt durch den mangelnden Arbeitswillen der Masse der Unzufriedenen bedingt ist. Dazu kommt die prekäre Lebensmittellage, die sich, namentlich auf dem Lande so zugespitzt hat, daß Ungarn, das einstige Ausfuhrland für Fettschweine, aus dem Auslande Gefrierfleisch einführen will, um die Gefahr einer Hungersnot in gewissen bäuerlichen Bezirken abzuwenden.

Ungarn hat nämlich im vorigen Jahr eine schlechte Ernte gehabt. Die Behörden erklärten, der Grund sei die große Trockenheit gewesen. Man behauptete aber auch, die Großbauern hätten nicht richtig gearbeitet. Der wirkliche Grund für dieses Fiasko ist die Desorganisation der Landwirtschaft durch die kommunistische Agrarpolitik. Man hat zwar die Großgüter sozialisiert, aber ohne genügend geschulte Fachleute.

Die Regierung in Budapest hat jedenfalls bereits auch anlässlich der Neuwahlen beschlossen, die weitere Kollektivierung der Landwirtschaft vorübergehend einzustellen und die Einzelbauern in nächster Zeit auf ihrem Besitz zu belassen. Nach der neuen Verordnung vom 4. April 1953 wird sowohl die Strafablieferung wie auch der Schadensersatz der Bauern mit rückwirkender Kraft gestrichen. Praktisch bedeutet das eine weitgehende Einschränkung der Kollektivierungsmaßnahmen für die nächste Zeit. Mit Rücksicht auf die Wahlen und auf die schlechte Versorgungslage erhalten die Einzelbauern eine nochmalige Galgenfrist.

Belohnung für Gesinnungsakrobatik

Ein Parlamentsmandat ist heute in Ungarn zu einer Art Belohnung für besondere Aktivität im Sinne des Regimes geworden und es kommt nicht darauf an, daß die Kandidaten über besondere Kenntnisse verfügen.

Um eine „Gleichberechtigung“ anderer Gruppen und Parteien im Rahmen der „Volksfront“ vorzutauschen, hat man auch einigen Repräsentanten der nichtkommunistischen Satellitenparteien — Bauernpartei, Kleinlandwirte, Linkssozialisten — führende Stellen zugebilligt.

Interessant ist, daß sich unter den kommunistischen Kandidaten auch einige befinden, die vor kurzem aus ihren Staatsämtern gesäubert worden waren. So etwa der Autor des Fünfjahresplans, Zoltan Vas, der nach dem Kurswechsel in Moskau wieder zum Leiter eines Trusts in Kolmo bestellt wurde. Damit werden die Nachrichten bestätigt, die von einer Art Waffenstillstand in der jüdischen Frage sprechen, da andererseits auch der Sekretär des Politbüros, Istvan Kovacs, ein Funktionär mit gewissen antisemitischen Tendenzen, auf den Listen auftaucht.

Einige „parteilose“ Persönlichkeiten vervollständigen das Bild. Unter ihnen ist der bekannte Historiker und frühere Gesandte in Moskau, Prof. Gyula Szeffü, zu nennen, der sich jetzt den Kommunisten verschrieben hat. Zur selben Sorte der Gesinnungsakrobaten gehört auch der Chefredakteur des früher oppositionellen „Magyar Nemzet“ Georg Parragi, der noch zwei Jahre nach Kriegsende vom sowjetischen Hochkommissar General Swiridow als „faschistischer Hetzer“ bezeichnet

Fürst Niko Nakaschidse:

Unsere Unabhängigkeit - *conditio sine qua non!*

(Bemerkungen zur Aktion des „Amerikanischen Komitees“)

„Das Amerikanische Komitee für Befreiung vom Bolschewismus“ wurde zur Unterstützung der in der Sowjetunion unterjochten Völker in ihrem Kampfe gegen die Moskauer Gewaltherrschaft gegründet. Es ist aus Privatinitiative entstanden und wird von der zuständigen amtlichen Stelle wohlwollend unterstützt.

Sein Ziel ist es, alle politischen Organisationen des russischen Volkes und der nicht-russischen Völker zu einer gemeinsamen Kampfführung zu koordinieren.

Von allem Anfang an rief die Tätigkeit dieses Komitees heftige Unstimmigkeiten in den Reihen der ganzen Emigration hervor. Es war klar, daß die Amerikaner, von irrthümlichen Voraussetzungen ausgehend, sich eine grundsätzlich falsche Konzeption angeeignet haben, die den geschichtlichen Tatsachen nicht entspricht und die Wirklichkeiten des Lebens außer acht ließ.

Wir wollen anschließend nochmals auf die grundsätzlichen Irrtümer der amerikanischen Konzeption hinweisen und die Realitäten aufzeigen.

Dieses Komitee hieß früher „Komitee für die Befreiung der Völker Rußlands“. Daß eine solche Bezeichnung sowohl geographisch wie ethnisch und folglich auch politisch unrichtig und unzulässig war, das haben inzwischen auch die Amerikaner erkannt. Und das war nicht nur irreführend, sondern stellte schlechthin eine Herabsetzung unserer Völker zu Minderheiten und infolge dessen ihre Entwürdigung dar. Damit wurde nicht nur Befremden, sondern, als natürliche Reaktion, auch Empörung hervorgerufen und der Sache bestimmt nicht gedient.

Die vom Amerikanischen Komitee aufgebaute Vereinigung, kurz KZAB genannt, ist nach ihren Satzungen eine Zusammenfassung „demokratischer Organisationen“ in der Emigration. Damit sind ihre Rechte und Befugnisse sehr eng begrenzt als die einer *privaten Interessengemeinschaft*, mit der Aufgabe, sich im Bereich der psychologischen Kriegführung propagandistisch zu betätigen. Aus diesem Grunde können irgendwelche von ihr getroffenen Vereinbarungen bzw. von ihr übernommene Verpflichtungen niemals für unsere Völker bindend sein.

Die russischen Organisationen sind reine Emigranten-Bildungen ohne jegliche Wurzel in der Heimat. Unter ihnen befindet sich eine Schein-

wurde. Je ein katholischer, reformierter und evangelischer Geistlicher sollen wohl das Verständnis der Regierung für die Kirchen andeuten, doch handelt es sich auch bei diesen Personen um bekannte Lakaien des Regimes. Alle anderen Steigbügelhalter der Kommunisten, wie etwa der Führer der Unabhängigen Demokraten, Pater Balogh, wurden fallen gelassen, da sie ihre Aufgabe schon erfüllt haben.

Nicht 98,2 Prozent sondern 6 Prozent

Diese jüngsten ungarischen Wahlen sind in Wirklichkeit nur eine auf das leidende ungarische Volk sich tragisch auswirkende Komödie. Die wirkliche Stimmung in Ungarn ist nach der Schilderung von in Budapest lebenden westlichen Diplomaten so, daß bei einer freien und geheimen Wahl das Regime keine 6 Prozent der gesamten Stimmenzahl erhalten würde; — trotz alledem bestehen, was die Beurteilung der Lage des ungarischen Volkes anbetrifft, ernste Besorgnisse. Nach dem großen Sieg der Republikaner in Amerika hoffte die Bevölkerung auf einen schnellen amerikanischen Eingriff. Diese geheimen Hoffnungen stiegen durch Stalins Tod noch bedeutend. Seitdem sind aber lange Monate vergangen und es geschah nichts... Sogar in Westeuropa wird der Ausgleich mit der Sowjetunion auf Kosten der unterjochten Völker hinter dem Eisernen Vorhang immer mehr diskutiert. Die Hoffnung beginnt allmählich in eine Verbitterung überzugehen, währenddessen die westliche europäische Welt als „selbstsüchtiger Verräter“ an Ost-Europa verurteilt und deren eigener Untergang vorausgesagt wird.

(—§§§—)

organisation ohne erwähnenswerten Anhang, die des als großen Versagers der Geschichte geltenden Herrn A. Kerenski, dessen Parlament 1917 von seinen eigenen Landsleuten auseinandergejagt und er selbst aus dem Lande herausgeschmissen wurde. Jetzt gebärdet er sich pathetisch und dreist in einer Weise, die selbst den Russen auf die Nerven geht.

Die Amerikaner glauben auf die Russen Rücksicht nehmen zu müssen, die immer noch von der Wahndee eines großrussischen Reiches besessen sind, und denen die großen Umwälzungen in der Welt und im Leben vieler Völker unbewußt entgangen oder mit Absicht übersehen worden sind.

Worauf stützen sich nun die Ansprüche der nicht-russischen Völker auf Wiederherstellung ihrer Staatssouveränität, warum ist dies für uns, die Vertreter dieser Völker in der freien Welt eine *conditio sine qua non?*

Bekanntlich entstand das alte zaristische Reich durch Eroberungen fremder Länder und Unterjochung fremder Völker. Diese in das russische Reich eingezwängten Völker besaßen seit Jahrhunderten ihre Staaten und wurden ihrer durch brutale Gewalt beraubt. Nach dem Zusammenbruch des zaristischen Reiches lösten sich diese Völker von Rußland los und errichteten durch nationale Revolution ihre eigenen demokratischen Staaten wieder.

Der Bolschewismus hat nur in Rußland gesiegt und nur da gelangte er zur Macht. Es bestand damals ein russischer bolschewistischer Staat — RSFSR — Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik — also nur Rußland selbst. Und dieses Rußland war es, das in der Folgezeit durch seine Übermacht die frei gewordenen Länder eroberte und die Völker ihrer Freiheit beraubte.

Mit der Wiederherstellung ihrer Staaten, womit sich die Rechtstatsache der Entstehung völkerrechtlicher Subjekte vollzog, sind die Interessen dieser Völker zum internationalen Problem geworden. Das sind unleugbare geschichtliche Tatsachen. Wir, als Vertreter dieser Völker, sind beauftragt, die öffentliche Meinung für unsere gerechte nationale Sache zu gewinnen, um mit Unterstützung der zivilisierten Welt unsere Freiheit zu erlangen.

Das alles müssen die Amerikaner begreifen und in Betracht ziehen. Alle Versuche, irgendwelche Formeln zu finden, um diese Forderungen zurückzustellen bzw. zu verschleiern unter dem Vorwand, „die Entscheidung über die zukünftige Lebensgestaltung den Völkern selbst zu überlassen“, werden fehlschlagen und nicht nur zum Mißerfolg führen, sondern auch das Vertrauen dieser Völker zu den Amerikanern schwer erschüttern.

Als in diesem Jahre der in Paris verstorbene Präsident Georgiens, N. Jordania, 1918 als Führer der sozial-demokratischen Partei — der stärksten in Georgien — im Namen aller Georgier den Unabhängigkeitsakt verlas, sagte er zum Schluß: — „Wenn wir nun vor die Welt treten und gefragt werden: „was bringt Ihr mit?“, so werden wir antworten — „die mehr als zweitausendjährige Geschichte des christlichen Kulturvolkes.“

Es war der Glaube eines aufrichtigen Demokraten an die humane und demokratische Einstellung der zivilisierten Welt. Inzwischen hat der Verstorbene erkannt, wie trügerisch dieser Glaube war und seine Erinnerungen zeugen, wie tief enttäuscht er vom irdischen Leben Abschied nahm.

Wir wissen allzu gut, daß geschichtliche Faktoren allein für die Politiker der freien Welt nicht maßgebend sind, sondern eher formalrechtliche, wirtschaftliche und insbesondere staatspolitische Zweckmäßigkeitserwägungen entscheiden. Deshalb wollen wir nicht an die Gefühle der freien Welt appellieren, sondern uns an die realpolitischen Verhältnisse halten.

Das staatsrechtliche Verhältnis

Nach § 30 der Sowjetverfassung ist die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken — „ein Bundesstaat, der auf der Grundlage der freiwilligen Vereinigung der gleichberechtigten sozialistischen Republiken gegründet ist“. Also ist jedes Mitglied

der „Union“ ein Staat für sich, von dem man annehmen müßte, daß er „freiwillig“ in dieselbe eingetreten ist. Daß es in Wirklichkeit nicht so ist, und sie nur als Scheinstaaten behandelt werden, ist eine andere Frage, die in diesem Zusammenhang unerheblich bleibt. Entscheidend ist, daß diese Unionsmitglieder nach der Verfassung als gleichberechtigte Staaten gelten. Sie besitzen auch — auf dem Papier — alle Attribute staatlicher Subjekte: gesetzgebende Gewalt, Parlament, vollziehende Gewalt, Regierung und Staatsrecht.

Das geltende Recht wird allerdings in der Praxis zwar nicht oft angewandt, damit ist aber nicht gesagt, daß das Grundgesetz überhaupt keine Gültigkeit besitzen soll.

Das völkerrechtliche Verhältnis

Völkerrechtlich befinden sich die nicht-russischen Staaten der Sowjetunion in derselben Lage wie die anderen von den Sowjets besetzten Länder: Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen u. a.

Die Emigration dieser Völker, ihre Exilvertretungen und ihre national-politischen Organisationen sollten rechtlich legitime Vertreter ihrer Völker sein, wie diejenigen der Belgier, Norweger, Holländer u. a. z. Zt. der deutschen Besetzung ihrer Länder.

Die russische Emigration dagegen ist eine politische Emigration, die durch innerpolitischen Umsturz gezwungen war, ihr Land zu verlassen. Sie ist nicht berechtigt und nicht befugt, im Namen des russischen Volkes irgendwelche Vereinbarungen einzugehen, und hat nicht die Legitimation einer nationalen Repräsentation.

Die Sowjet-Ukraine und Sowjet-Weißruthenien sind in die UN als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen und damit als souveräne Staaten von allen Staaten der zivilisierten Welt anerkannt worden. Durch diese konkludente Handlung der Vereinten Nationen sind eo ipso auch die anderen Mitglieder der Sowjetunion als souveräne Staaten anerkannt worden. Das besagt, daß diese Staaten völkerrechtlich nicht anders als beispielsweise Kanada, Australien, Neu-Seeland, Pakistan u. a. vom Commonwealth, zu behandeln sind.

Wie diesen, so steht auch den Mitgliedern der Sowjetunion das Recht des freien Austritts aus der Union zu. Das ist besonders zu betonen, denn für die westlichen Diplomaten scheinen die formellen Rechtsverhältnisse und Erwägungen besonders wichtig zu sein.

Wenn weiterhin das Sowjetregime durch irgendwelche Ursachen, gleichgültig welcher Art, zusammenbricht, dann hört es auf, als Union zu existieren und ihre Mitglieder sind frei von allen Bindungen. Dadurch wird automatisch das Ausscheiden dieser Mitglieder aus der Union ausgelöst. Die Anerkennung dieser rechtlichen Tatsachen ist kein unfreundlicher Akt Rußlands gegenüber, denn nach der Sowjetverfassung selbst sind, wie gesagt, alle Staaten „freiwillige Mitglieder der Union“ und können als solche „frei über sich verfügen“.

Auch könnte nicht von einem Eingriff oder einer Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates die Rede sein, sondern es handelt sich um die bloße Konstatierung und Anerkennung bestehender staats- und völkerrechtlicher Tatsachen und Rechtsverhältnisse.

Wieso sollte das Recht auf Wiedererrichtung ihrer Staaten nur solchen Völkern zuerkannt werden, die z. B. nach 1939 okkupiert wurden? Welchen menschlichen und demokratischen Prinzipien entspricht diese Einschränkung? Seit wann wird das Recht des Menschen und der Völker auf Freiheit an Verjährungsfristen geknüpft und wer hat diese Fristen zu bestimmen?

*

Wir leben im Zeitalter der Befreiung der Völker. Unsere Nationen haben mindestens das gleiche Recht auf Eigenstaatlichkeit wie Israel, Libyen und Liberia. Nur die Idee der nationalen Freiheit kann die Völker begeistern und sie zum Kampf mitreißen. Auf rein philanthropische Hilfe verzichten unsere Völker dankend.

Das Problem der von Rußland unterjochten Nationen ist das Kernproblem der Weltpolitik. Ohne seine Lösung gibt es keinen Weltfrieden.

Das müssen die Amerikaner einsehen und unseren Völkern dieselben Rechte zugestehen, welche selbst die kleinsten Völker der Welt schon längst genießen, und die wir auch für uns in Anspruch nehmen.

Das nicht anzuerkennen, wäre ein Schlag ins Gesicht aller Grundsätze der zivilisierten Welt.

Die UdSSR

„Sozialistische Heimat“ oder Völkergefängnis?

Wenn man heute vom Sowjetstaat als politisches Phänomen und Faktor für die Weltsituation spricht, muß man selbstverständlich auch die sogenannten „Satelliten“ mit einbeziehen. Die Länder und Völker des gesamten sowjetischen Machtbereiches, total gleichgeschaltet, sind Moskau als der einzigen wahren Metropole verpflichtet, gezwungen, gleichermaßen dem sowjetrussischen Potential zu dienen, ganz unbeschadet dessen, ob sie innerhalb oder auch außerhalb der Grenzen der sogenannten „Sowjetunion“ liegen. Eine ungarische oder rumänische Volksrepublik beispielsweise hat heute praktisch nicht mehr an staatlicher „Selbständigkeit“ als die ukrainische oder georgische „sozialistische Sowjetrepublik“ und diese letzteren wiederum besitzen nicht weniger formale Attribute einer Scheinselbständigkeit als die ganze Reihe der heutigen sowjetischen Satellitenstaaten.

Diese Feststellung eröffnet aber den Grundaspekt zur Erkenntnis eines Kernproblems der sowjetischen Kosmopolis überhaupt, das in der Frage begründet ist: Ist der sowjetische Staat wirklich eine Union gleichberechtigter Völker, vereint im Dienste eines sozialistischen Ideals, oder ist er vielmehr ein schrankenloses imperialistisches Herrschaftssystem, begründet auf nationaler Unterdrückung und nationaler Dezimierung? Und wenn dem so wäre — wer unterdrückt wen und in wessen Interesse? Geht es um die Ausrottung des nationalen Gedankens überhaupt und an sich etwa, weil er ein Hindernis auf dem Wege zur Schaffung eines höheren internationalen Gesellschaftssystems zum Wohle aller Völker der sowjetischen Welt bedeutet oder sind die Völker in dieser Welt vielmehr kategorisiert und unter das Gesetz gezwungen: Quod licet jovi, non licet bovi? Von der Beantwortung dieser Frage ergeben sich nämlich Konsequenzen von größter Tragweite, und zwar nicht allein für die theoretische Beleuchtung des Problems, sondern vor allem für dessen Lösung auf praktisch-politischer Ebene.

Als der weltbekannte russische Gelehrte und Philosoph *Berdajeff* die These aufstellte, daß der Bolschewismus in Wirklichkeit nur eine Form und Verwandlung des althergebrachten russischen Imperialismus ist, mag diese Behauptung manchem als gewagt oder überspannt erschienen sein. Viele waren nämlich noch geblendet von der Moskauer Sonne der „sozialen Weltrevolution“, welche „Frieden auf Erden“ und allen Völkern „Wohl-ergehen“ bringen sollte.

Zwar lieferten während der Revolutionswirren 1917—1921 die nichtrussischen Völker der Sowjetunion einen beredten Beweis für nationalen Freiheitswillen und erkämpften sich sogar unter der Parole „los von Moskau“ kurzlebig eigene selbständige Staatsgebilde, die alsbald von bolschewistischen Armeen nacheinander wiederum niedergeworfen und erobert wurden. Im Westen zeigte man sich aber wenig geneigt, diesen „Episoden“ besondere Bedeutung beizumessen und man gewöhnte sich in der Folgezeit auch an den Gedanken einer „einheitlichen“ Sowjetunion, um deren russischen „Kern“ nach westlicher Auffassung die ganzen übrigen „russischen“ Völker fest zusammengefügt und ihrer gemeinsamen „sozialistischen Heimat“ kraft eines neuen „Sowjetpatriotismus“ auch zugetan seien. Zwar hörten während der zwei Dezenien nach dem ersten Weltkrieg die Kunden von Unruhen und Aufständen, bald in der Ukraine, bald in Georgien und Turkestan und noch anderwärts, nie auf, im Westen aber war man geneigt, diese Erscheinungen nur als Unzufriedenheit mit dem politischen Regime und als Widerstände gegen das bolschewistische System zu deuten, ohne sich über die tieferen Zusammenhänge und die nationalen Komponente dieser Erscheinungen viel Gedanken zu machen. Selbst die systematisch herbeigeführte Hungersnot in der Ukraine, der Millionen ukrainischer Bauern und Bürger zum Opfer fielen, und die zum Ziele hatte, das 45 Millionen zählende „widerspenstige“ ukrainische Volk zu dezimieren, ließ die Weltöffentlichkeit kalt und die versteifte oberflächliche Einstellung des Westens zum Problem „Sowjetrußland“ unberührt.

Es kann allerdings nicht gelegnet werden, daß in der ersten Periode sowjetischer Regierungszeit Moskaus „Nationalitätenpolitik“ den Wolf im Schafspelz spielte, indem es nationale Regungen

durchwegs nur als „kapitalistisches Reaktionärentum“ bekämpfte, eine offene Bevorzugung des Russentums oder Überbetonung des russischen Nationalismus sorgfältig vermied und sich bei den übrigen Völkern der Sowjetunion als sorgenvolle Mutter aufspielte, der es darum zu tun ist, diesen Völkern Eintracht und Liebe für den „größeren russischen Bruder“ anzuerziehen. Die „kleineren Brüder“ bekamen nach der sowjetischen Verfassung ihre „selbständigen sozialistischen Republiken“ sogar mit dem Recht einer Loslösung von der Union, allerdings faktisch nicht ohne Einwilligung Moskaus! Wie es aber um die Bereitschaft zu solcher Einwilligung bestellt ist, durften wir heute am Beispiele von Titos Jugoslawien und noch besser — am Schicksal der deutschen Ostzone erleben, in die sich Moskau Krallen immer tiefer einbohren, ohne die geringsten Anzeichen dafür, daß dies friedlich und in Güte anders werden kann.

Es mußte überhaupt erst der zweite Weltkrieg kommen und alles, was danach der Kreml vor aller Welt zum Besten gab, um das wahre Gesicht des russischen Sowjetstaates auch für uns ungeschminkt in Erscheinung treten zu lassen. Selbst die Blinden müssen heute bereits erkannt haben, daß er wahr-

Streiflichter aus dem Zeitgeschehen

Nach der Krönung in London

„Die schönen Tage von Aranjez sind nun zu Ende!“, werden sich die englischen Politiker mit Schillers „Don Carlos“ sagen, seit die Londoner Krönungsfeierlichkeiten verklungen sind und der millionenfache Jubel einer ekstatisch begeisterten Menge den Forderungen des Alltags weichen mußte.

Zwar glaubt man gerne daran, daß es der englischen Nation ein Herzensbedürfnis war, ihrem angestammten Herrscherhaus auch bei dieser Gelegenheit Liebe und Anhänglichkeit zu bekunden, und daß ihre maßgebenden Männer der Kavalierepflicht mit besonderem Eifer nachkamen, einer jungen Herrscherin ihren Ehrentag mit aller nur erdenklichen Hingabe zu gestalten. Nicht zu zweifeln dürfte aber auch daran sein, daß die weltweite Einschaltung von Presse, Rundfunk- und Fernsehbetrieben zugleich einem eindeutigen politischen Zweck zu dienen hatte: der Manifestation einer inneren Geschlossenheit und der Erfolgsaussichten des Commonwealth-Gedankens. Von dem so erklimmenen regietechnischen Mount-Everest-Gipfel aus war es für eine gewisse Zeitspanne möglich, außenpolitische Klüfte durch den Glanz einer Königskrone zu überstrahlen.

Britische Position im Nah-Ost gefährdet

Die Hydra schwer verdaulicher Probleme jedoch züngelt vielköpfig weiter gegen das Inselreich: nicht nur Englands bedrohliche Schwierigkeiten in der Suez-Kanal-Zone und in Britisch-Zentralafrika haben den amerikanischen Außenminister John Foster Dulles veranlaßt, im Nahen und Mittleren Osten nach dem Rechten zu sehen, sondern vor allem die schwärende Wunde in Teheran. Hier spielt neben dem Wettlauf um die persischen Ölfelder noch die Divergenz in der politischen Auffassung Großbritanniens und Amerikas, die letzten Endes einer machtmäßigen Prestige-Rivalität gleichzukommen beginnt, eine entscheidende Rolle.

Es muß bei dieser Gelegenheit eingeschaltet werden, daß an der östlichen Front des kalten Krieges mit Rußland Persien den ausschlaggebenden Faktor bildet. Würde Persien kommunistisch, so kämen nicht nur die persischen Ölquellen in sowjetischen Besitz, sondern auch die des Irak und Saudi-Arabiens. Zudem vermöchte Moskau luft- und seekriegsmäßig die gesamten Verbindungslinien zwischen dem Westen sowie Süd- und Ostasien unmittelbar zu bedrohen.

Nun sehen die Vereinigten Staaten in Mossadeg den stärksten Schutz gegen den Bolschewismus, während die Engländer ihre Karten nach

lich einen Januskopf hat und ein Zwiegesicht trägt, dessen eines Bolschewismus und das andere russischer Imperialismus heißt. Schon während des Krieges selbst zögerten die sowjetischen Machthaber nicht, den russischen Nationalismus zum Bannerträger zu nehmen, ja selbst den russischen Chauvinismus großzuziehen, indem sie den althergebrachten russischen Messianismus in den Dienst der Parolen einer „proletarischen Weltrevolution“ und einer sozialistischen Gesellschaft stellten und auch umgekehrt: Diese „Ideale“ zur Entfaltung des maßlosen russischen Imperialismus verwendeten. Das war der Niederschlag einer Entwicklung, die sich in der Sowjetunion schon während der 30er Jahre allmählich angebahnt hatte, und wovon die nichtrussischen Völker der UdSSR und insbesondere deren nationale Elite ein Lied zu singen wissen. Zwar versuchen die Bolschewiken, durch bewährte Dialektikmethoden den allzu krassen Eindruck einer chauvinistisch-russischen Politik zeitweise abzuschwächen und blasen, wie neuerdings, zum Schein laut ins Horn eines neuen „Sowjetpatriotismus“; der wahnwitzige russische Weltimperialismus lauert aber unverkennbar als Triebkraft im Hintergrund. Es mußten in unserer Zeit selbst die baltischen Völker, Polen, die Tschechen und Slowaken, Ungarn, Rumänen und Bulgaren und schließlich auch die Deutschen der Ostzone den Segen der „Befreiung“ durch die Sowjets am eigenen Leibe erleben, damit endlich der Welt die Augen aufgehen, was von Moskau wirklich gespielt wird und was eigentlich hinter der ganzen sowjetischen Aggressionspolitik steckt.

(Fortsetzung auf Seite 10)

einem eventuellen Sturz Mossaddeqs auf die jüngeren Kräfte innerhalb der nationalistischen Bewegung setzen. Im Gegensatz hierzu warnt die amerikanische Botschaft in Teheran für einen solchen Fall vor einem möglichen Zusammengehen des einflußreichen Mullah Ayatollah el Kashani mit der kommunistischen Tudeh-Partei.

Dies und die Tatsache, daß sämtliche arabischen Völker die Kolonialpolitik Englands und dessen wenig glückliche Hand in der Palästina-Frage mehr zu fürchten scheinen als den Kommunismus, regte Dulles in seinem Reisebericht zu der Erklärung an, daß die USA in jeder Weise dazu beitragen müsse, die in Betracht kommenden Länder vor dem Schicksal Chinas zu bewahren. Dies heißt, aus der Diplomatenrede übertragen, daß man in Washington daran zu denken beginnt, die Freizügigkeit Englands in der Behandlung der Orientprobleme nicht unwesentlich einzuschränken.

Ob aber die betont unterstrichenen Huldigungen der Commonwealth-Mitglieder in London ausreichen werden, die arabischen Bedenken zu zerstreuen und damit die Betreuung ihrer Interessen durch Amerika gegenstandslos zu machen, dürfte mehr als zweifelhaft sein.

Churchills chokierende Rede

Die „Locarno“-Rede Churchills jedenfalls war wenig geeignet, die Fäden der europäischen Politik zu entwirren. Bei den weitaus meisten Ländern unseres Kontinents hinterließ sie einen bitteren Nachgeschmack. Abgesehen von allem anderen sieht man auch in ihr ein Zeichen von anglo-amerikanischer Rivalität, die dem gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus in keiner Weise förderlich sein kann. Wird in den USA, vor allem durch Dulles, der Gedanke eines psychologischen Kreuzzugs gegen den Weltkommunismus vertreten, ohne den die großen für Europa gebrachten Opfer ungerechtfertigt wären, so strebt gerade Churchill, den Stalin seinerzeit sein „altes Streitroß“ nannte, die führende Rolle in einer Verständigungs- und Kompromißbereitschaft dem bolschewistischen Weltfeind Nr. 1 gegenüber an. Wie sich eine solche Einstellung letzten Endes auswirken kann, wird durch die Züricher Zeitung „Die Tat“ angedeutet, wenn sie schreibt: „... Die verborgene Beunruhigung ist um so größer, als klar verstanden wurde, daß ein neues „Locarno“, wie es nun auch aussehen möge, auf die Neutralisierung Deutschlands — und zwar Gesamtdeutschlands — in der oder jener Form hinauslaufen möge.“ (Das heißt also auch unter sowjetischer SED-Regierung! — Die Red.) Mit einer solchen Eröffnung der Brücke zum Atlantik aber wäre auch England und seiner jungen Königin, die Churchill erst unlängst in den Adelsstand erhoben hat — kein guter Dienst erwiesen!

(Schluß auf Seite 13)

Das Vermächtnis der „Bulgarischen Thermopylen“

Eine Gedenkfeier in München

Die zu Beginn dieses Jahres in München gegründete „Gesamtbulgarische Kultur- und Sozialvereinigung“, die sich zum Ziele gesetzt hatte, die gesamte bulgarische Emigration der Bundesrepublik auf kultureller und überparteilicher Ebene zu erfassen, veranstaltete am 7. Juni d. J. im Festsaal des Bayerischen Wirtschaftsministeriums in München eine Gedenkfeier anlässlich des Jahrestages, an welchem der große bulgarische Dichter und Nationalrevolutionär, Christo Botjoff, vor 78 Jahren im ungleichen Kampf gegen die fremden Unterjocher seines Landes mit allen seinen Freischärlern den Heldentod gefunden hat.

Nach der Eröffnungsansprache des Präsidenten der Vereinigung, Herr Ing. Alexander Tabakoff, brachte der Sekretär derselben, P. Grantscharoff, einen lebendig gehaltenen Vortrag zur Verlesung, worin Botjoffs Persönlichkeit und Werk auch mit bezug auf unsere heutige Zeit eindrucksvolle Würdigung fanden.

Im Vortrag hieß es u. a.: „Es gibt kaum eine Parallele zu dieser einmaligen Erscheinung. Botjoff ist der beliebteste Dichter des Bulgarentums und zugleich der legendäre Freiheitskämpfer dieses Volkes... Kaum zwanzig Balladen hat dieser begnadete Sohn Bulgariens hinterlassen, seine Verse zeugen jedoch von einer dichterischen Kraft, die in der Weltliteratur ihresgleichen sucht. Botjoff war aber kein Dichter der Beschaulichkeit. Seine Heimat befand sich damals ebenso wie heute in furchtbarer Not. Botjoffs Gesänge waren nichts anderes als mitreißende Fanfarenklänge, die zu Kampf und Aufopferung riefen... Er war aber-

wie gesagt, nicht nur Kämpfer mit der Feder, sondern zugleich mit dem Schwert. Großartig wie seine Lieder war auch das Ende seines Lebensganges, besiegelt durch seine Selbstaufopferung auf dem legendären Berg Nordwestbulgariens „Wola“... Er und seine Kameraden gingen dabei ganz bewußt in den Tod eines aussichtslosen Kampfes, um durch ihr Opfer das Gewissen der freien Welt wachzurütteln... Solange Bulgaren leben und solange die Sprache unserer Väter nicht verstummt ist, wird auch der Name Botjoff für jeden Bulgaren ein Symbol bleiben... Für alle Bulgaren, diessseits wie jenseits des Eisernen Vorhanges, stellt Botjoff und sein Andenken ein Pfand für die morgige Befreiung ihrer Heimat... Männer wie Botjoff gehören in der heutigen Zeit nicht nur ihrem eigenen Volk. Ihr Werk und ihr Name leuchten hell als Leitsterne für den Kreuzweg der Freiheit in unserer finsternen Gegenwart.“

Nach dem Vortrag, der von musikalischen Darbietungen umrahmt war, kamen anwesende Vertreter anderer unterjochter Völker mit Begrüßungsansprachen zu Worte. Der ehemalige Ministerpräsident der freien Ukraine und Präsident des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN), Herr Jaroslaw Stegko, leitete die eindrucksvollen Begrüßungsansprachen ein mit der Feststellung: „Es ist ein guter Gedanke, gerade in der jetzigen Zeit sich auf die unvergeßliche Tradition der bulgarischen Thermopylen zu besinnen, wo Christo Botjoff mit seinen Helden in Ehre gefallen ist. In der Epoche der Zweifel der Entwertung der Werte, ist es sehr aktuell, an die

großartigen Verfechter edler Ideen und ewiger Werte — Vaterlandsliebe, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Ehre — zu erinnern. Botjoff gehörte gerade zu jenen markanten Persönlichkeiten, welche die Geschichte ihres Volkes gestalten. Ein Mann des Glaubens, ein Mann des tiefen Gedankens und nationalen Stolzes, ein Mann der Tat — der Tapferste unter den Tapferen... Wenn solch' tiefer Glaube, wenn Botjoffs Fanatismus, seine grenzenlose Opferbereitschaft, Kompromißlosigkeit und Idealismus in der westlichen Welt für alle ihre Geltung hätten, würden heute weder in Berlin, noch in Peking oder Sofia Tyrannen schalten und walten...“

Von begeistertem Beifall wurden auch die Ansprachen der übrigen nationalen Vertreter begleitet, und zwar des ehem. Außenministers der Slowakischen Republik, Prof. Durcansky, des Vertreters Georgiens, Fürst N. Nakaschidse, dessen Rede mehrmals von Applaus unterbrochen wurde, des Vertreters der nichtdeutschen Flüchtlinge, Herrn Prof. Pirkmeir, des kroatischen Vertreters, Herrn Dr. Buc, und des Vertreters der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Herrn Mag. Benzal.

Die UdSSR ...

(Schluß von Seite 9)

Im gesamten sowjetischen Machtbereich geht nämlich heute ein und derselbe Tenor durch das Land: Glorifizierung des Russentums, was in allen möglichen Variationen, bald offen, bald unauffällig, aber immer wieder mit den Parolen der „unverbrüchlichen Freundschaft und Treue“ zu Moskau und zum „großen russischen Lehrmeister“ sich gepaart findet. Der Zweck der Übung ist eine systematisch betriebene Russifizierung der beherrschten Völker auf Kosten der Ausrottung und Ausmerzung aller Träger und Keime nationaler Eigenart und Kultur. Diese Grundtendenz ist so offensichtlich, daß sie bereits vor Banalität trieft.

Es ist somit an der Zeit, das Problem der nationalen Unterjochung als Kernproblem der Sowjetunion und ihres Machtbereiches zu erkennen. Dieser Machtbereich, der auf der Versklavung von rund 200 Millionen Angehöriger nicht-russischer Völker aufgebaut ist, ist keine „sozialistische Heimat“, noch wird sie von allen diesen Menschen und Völkern als solche empfunden, sondern in Wirklichkeit nur ein düsteres Völkergefängnis, in welchem Weißruthenen, Ukrainer, Turkestaner, Georgier, Aserbeidschaner, Armenier, Kosaken, Nordkaukasier, Ideluraler schon früher genau wie heute die Völker der Satellitenstaaten eingesperrt sind und dezimiert werden. Jene haben sich freiwillig genau so wenig jemals zu Moskau bekannt als diese, und wenn die jetzige Russifizierung in den sowjetischen Satellitenländern noch Jahrzehnte dauert, wird die Welt sich genau so leichtfertig daran gewöhnen, sie als „russische Völker“ zu bezeichnen, wie sie es heute in einem Atemzug mit allen Völkern der UdSSR tut. Ob dann aber die Walze des russisch-bolschewistischen Imperialismus noch aufzuhalten sein wird, darüber mögen sich alle jene die Köpfe zerbrechen, die noch keine Erfahrungen mit ihr gemacht haben.

Im Rahmen des hier angeschnittenen Problems soll nur festgestellt werden, daß alle jene Völker, welche bisher zu Opfern des russischen Imperialismus geworden sind und durch den dreisten Bolschewismus in ihrer nationalen Substanz vernichtet werden, eine potentielle Lawine bilden, die auf das Auslöschungsmoment wartet und sich von ungehörter Wucht erweisen kann. Aber nicht allein wegen der Bedeutung dieses Potentials im Kampf um die Niederwerfung der Moskauer Tyrannei ist dieses Problem heute von eminentem Interesse. Die Erkenntnis und die Erklärung der bolschewistischen Weltgefahr aus den treibenden Kräften des russischen Imperialismus zwingt zu der Konsequenz der Auflösung dieses Imperiums und der Wiederherstellung selbständiger Nationalstaaten für alle Völker des sowjetischen Machtbereiches sowohl der neu- wie der altversklavten. Nur dann würden die Randstaaten der sogenannten „Sowjetunion“ endlich Ruhe vor dem Alpdruck einer permanenten Bedrohung finden und nur so wäre auch der ganzen Welt Friede und Sicherheit vor dem ausgewachsenen Ungeheuer UdSSR gewährleistet, hinter der sich in Wirklichkeit ein welteroberungslustiges russisches Imperium verbirgt.

Dann erst werden auch alle schöpferischen Kräfte und gesunden nationalen Elemente freigelegt, die als Bausteine für eine wahre und totale Integration Europas unentbehrlich sind.

Dr. D. Balkanski

Die Ereignisse in Berlin - wie ich sie erlebt habe

Bericht unseres Berliner Korrespondenten

Als die Nachricht vom Aufruhr im Ostsektor sich in Westberlin verbreitete, waren in den politischen Kreisen über den Ursprung desselben zwei verschiedene Ansichten vertreten. Während die einen an eine spontane Entladung angehäufeter Unzufriedenheit glaubten, nahmen andere an, daß es sich um eine, zu einem noch undurchsichtigeren Zwecke inszenierte Demonstration handeln könnte. Jedenfalls wuchs die Demonstration zu einer Lawine echter Empörung heran, die nur durch die Hilfe der Sowjetwaffen gestoppt werden konnte.

In den abseits der Demonstrationzüge liegenden Straßen beherrschten in den ersten Stunden die Frauen das Straßenbild. Soweit die Läden noch offen standen, wurden Angstkäufe getätigt. Wahrscheinlich lag auch der Demonstration am Anfang nichts anderes als die Forderung nach Normenherabsetzung zugrunde. Westberliner, die sich als solche zu erkennen gaben und sich dem Zuge anschließen wollten, wurden zurückgewiesen: „Schert Euch weg, das ist unsere Angelegenheit.“ Einer fragte den anderen nach Ziel und Zweck des Aufmarsches, bis schließlich mit wachsender Menge und wachsendem Mut der Schrei eines ganzen unterdrückten Volkes nach freien Wahlen und Absetzung der Pankower Regierung laut wurde.

Flüchtlinge, die in den Tagen vor dem Aufmarsch aus der Zone gekommen sind, berichten, daß es überall in den Betrieben an dem primitivsten und notwendigsten Material fehlt. Schuld daran seien die unerhört hohen sowjetischen Reparationsforderungen, wodurch die Zone soweit ausgeplündert worden sei, daß selbst die moskauhörige SED-Regierung sich nicht mehr in der Lage sah, der ausgequetschten Wirtschaft selbst mit den stärksten Gewaltmaßnahmen auch nur noch einen Tropfen Saft abzugewinnen. Aus diesem Grunde ist es nicht unbedingt zurückzuweisen, daß die Sowjetzonenregierung in diesem Dilemma — übermäßige Forderungen — restlos ausgeplündertes Land, nach einer dialektischen Synthese suchte, die darin bestehen sollte, neue Südenböcke zu finden.

Die Entwicklung hat aber jede spitzfindige kommunistische Dialektik über den Haufen geworfen und entlud sich in einem wahren und mutigen Volksaufstand, dessen Folgen auch durch den schärfsten Terror nicht mehr zu unterdrücken sein werden. Dafür spricht auch der Berliner

Humor, der aus der Kraft und Echtheit dieses Bekenntnisses zur Freiheit wieder zu sich fand. So sammelten sich die Demonstranten in der Charlottenstraße vor der Amtsstelle des Ostberliner Bürgermeisters Ebert und riefen „Wir wollen unseren Führer sehen“, während Otto Nuschke, der stellvertretende Sowjetzonenministerpräsident, der auf seiner Fahrt in der Nähe der Sektorengrenze vermutlich Betrachtungen darüber anstellte, wo er Rettung suchen solle, nachdem die Waage sich neigte, nach einer wohlverdienten Tracht Prügel mit seinem Wagen in den Westsektor abgedrängt wurde. Selbst das Erscheinen der russischen Panzer, die mit Pfui-Rufen und dem von 1945 wohl-bekanntem Wort „Uhri-Uhri“ begrüßt und mit Steinwürfen traktiert wurden, vermochten niemandem mehr Angst einzuflößen. Man verstopfte Geschützrohre mit Balken und schob Balken zwischen die Räder, so daß die Ketten brachen. So wagten es die Sowjets an den meisten Stellen anfangs nicht, in die Menge zu schießen, sondern schossen über die Menschen hinweg.

Es ist zu früh, Prohezeungen darüber anzustellen, wie sich diese Demonstration in ihren Folgen auswirken wird. So sehr wir das mutige Auftreten der Ostberliner begrüßen und in seiner Bedeutung voll anerkennen und würdigen, frap-piert uns doch ein Kommentar des RIAS, in dem dieser Aufstand als erster und einziger im gesamten sowjetischen Machtbereich hingestellt wird. Der Westen unterschätzt die Kräfte seiner wahren Verbündeten. In jedem Teil der von Sowjetrußland unterdrückten Länder hat es Aufstände von großem Ausmaß gegeben. Diese Aufstände, die einzeln unterdrückt werden können, wie der Aufstand in Berlin, würden zusammen zu einer Lawine anwachsen, die — und nur sie allein — imstande wäre, den Kreml und seine Nebestellen unter sich zu begraben. Doch diesen Kräften gegenüber hüllt sich der Westen noch immer in das Komplott des Schweigens.

Der Aufstand in Berlin wurde zu einem nationalen Aufstand eines Volkes gegen fremde Unterdrücker. Wir hoffen, daß diese mutige Tat der Welt die Augen darüber öffnet, wie leicht der Weg zur Freiheit sein könnte, wenn die gleichen Kräfte in den anderen unterdrückten Völkern erkannt und nicht mehr totgeschwiegen, sondern unterstützt und vereint würden.

Aino Torm

Prof. Dr. h. c. Waschtschenko:

Die Psychologie in der Sowjetunion

(Fortsetzung und Schluß)

Am Anfang des 20. Jh., noch vor der Oktoberrevolution, interessierte man sich in den Kreisen der Psychologen und besonders der Pädagogen in hohem Maße für die Kinderpsychologie.

Dafür zeugt eine verhältnismäßig große Anzahl von übersetzten Werken aus fremden Sprachen, die sich mit diesem Zweig der Psychologie befassen.

Von den russischen Psychologen befaßten sich mit Fragen über Kinderpsychologie Leshaft, Rosolimo, Blonskij. Bis zum Jahre 1936 betrachtete die Mehrzahl der sowjetischen Gelehrten die Kinderpsychologie als einen Teil der Pädagogik. Von den russischen Gelehrten bearbeiteten Blonskij in der RSFSR und Zaluzhnyj in der Ukraine eine ganze Anzahl von pädagogischen Fragen. Letzterer erforschte besonders Kinderkollektive, die er auch klassifizierte. Er teilte sie in folgende Gruppen: lange und kurz andauernde, organisierte und spontane, einfache und komplizierte. Diese Klassifikation hatte rein äußerlichen, mechanischen Charakter, der vollkommen dem Geist der Reflexologie entsprach.

Marxistische Gleichschaltungen

Der Kampf gegen die Reflexologie sowie gegen andere sog. nichtmarxistische Richtungen begann im Jahre 1930. In einer Reihe von Diskussionen beschuldigte man Reflexologen, Reaktologen und Anhänger der Theorie der kulturellen Entwicklung höherer psychischer Funktionen der Verdrehung der marxistischen Lehre über den Menschen, der Mechanisierung, des Eklektizismus, des „Einschleppens“ bourgeoiser Ansichten in die sowjetische Wissenschaft. Die Reflexologen verteidigten sich nicht mehr, sondern „bereuten“ lediglich ihre Irrtümer.

Die Pädologie ließ man einstweilen unangefochten bestehen, bis auch ihr am 4. Juli 1936 mit dem Beschluß des ZK der KP über die „pädagogischen Verdrehungen im System des Narkom für Volksbildung“ ein Ende bereitet wurde.

Einige Pädologen wurden verhaftet und verdrückt. Die Losung, es gäbe keine unbegabten Kinder, sondern nur nachlässige und unbegabte Pädagogen, wurde verkündet. Dadurch brachte man letztere in eine sehr schwierige Lage. Da man die Pädagogen für schlechte Resultate bei den Schülern verantwortlich machte, waren sie gezwungen, die Leistungen der Schüler oft unverdient hoch zu bewerten. So endete die erste Periode in der Geschichte der Sowjetpsychologie. Die Sowjetpsychologen bemühten sich, die marxistische Psychologie auf der Basis des sog. dialektischen Materialismus auszubauen, indem sie zu diesem Zweck die Errungenschaften der vorrevolutionären Psychologie und Philosophie sowie die Ergebnisse der Psychologie des Westens ausnützten.

Im Jahre 1936 beginnt eine neue Periode in der Entwicklung der Sowjetpsychologie. Die hervorstechendste Eigenschaft dieser Periode besteht darin, daß von nun an die Leitung der Wissenschaft und der pädagogischen Arbeit vollständig in den Händen der kommunistischen Partei ruht. Für den Wissenschaftler gibt es nicht die geringste Abweichung von der „Generallinie“. Im Laufe von 20 Jahren haben es die Parteileiter von Wissenschaft und Bildung und sogar die Wissenschaftler in der UdSSR verstanden, sich mit den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin mehr oder weniger vertraut zu machen und aus diesem Grunde werden ihre Ansichten für Psychologen, als auch für andere wissenschaftliche Arbeiter, zum Ausgangspunkt und gleichzeitig zum Wegweiser.

Kommunismus als Generallinie

Die Einstellung der Sowjetpsychologen zur bürgerlichen Wissenschaft war äußerst mißtrauisch. Aus diesem Anlaß schreibt Kornilow: „Sie (die Psychologie) sollte sich an die Worte Lenins erinnern, „alles bourgeoise Erbe kritisch bewerten und nur dasjenige aus ihr herausholen, was uns hilft, ein System der marxistischen Psychologie zu schaffen“. Die sowjetische Psychologie sollte nach zwei Seiten Krieg führen: auf der einen Seite mit dem Idealismus, auf der anderen mit dem Mechanismus. Die Psychologie wird von einer Welle von

Vitalismus, Mystizismus und Irrationalismus verschlungen. Der Instinkt, der aus den Tiefen des Organismus (Bergson) kommt, die „Aufbaukraft“ MacDoufalls schalten den Intellekt aus. Das Schwergewicht verlagert sich von höheren, historisch geformten Prozessen auf vorgeschichtliche, primitive „Tiefen“, vom Bewußten auf das Unbewußte, Instinktive.

Was ist nun Sowjetpsychologie und was sind

(Schluß von Seite 7)

lichen Erscheinungen und Prozesse“ folgerichtig fernhalten will — und zwar grundsätzlich: es darf eben keine Sozialwissenschaft geben, die nicht *ausschließlich* auf dem marxistisch-leninistischen Dogma fußen würde!

Damit ist aber noch eine sehr wichtige Klausel verbunden: Wie es einer der heutzutage tonangebenden Sowjetstatistiker ausdrücklich hervorhebt, „kann die Analyse statistischer Daten überhaupt nur dann erfolgreich sein, wenn das Wesen der zu untersuchenden Erscheinungen bereits bekannt ist... Es ist beispielsweise unmöglich, das Wesen der sozialistischen Produktionsweise sowie die grundsätzlichen Unterschiede zwischen ihr und der kapitalistischen Produktionsweise allein auf Grund einer quantitativen Analyse der einschlägigen Kennziffern zu erkennen“ (*). — Das glauben wir gern! Das bedeutet ja nichts anderes, als daß die Sowjets einmal eingesehen haben, ihre „sozialistische“ Propaganda lasse sich auf die mit Hilfe statistischer Forschungsmethoden gewonnenen Ziffern schlechthin nicht stützen (wie sehr man auch die betreffenden Ziffern verfälschen mag) — und darum werfen sie nun jene Forschungsmethoden lieber überhaupt über Bord. Denn sobald die Statistik ihr Recht verliert, „durch quantitative Analyse von Massenerscheinungen deren qualitative Eigenart zu ermitteln“ (W. Nemtschinow), sobald sie also nicht mehr von der Quantität aus zur Qualität ihres Forschungsobjekts vordringen darf, sinkt sie zur Rolle einer *Hilfswissenschaft* hinab, die die betreffenden soziologisch-wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr zu erschließen, sondern bloß zu veranschaulichen hat: sie erklärt nichts mehr und stellt nichts mehr fest, sie illustriert nur das von der „marxistisch-leninistischen“ Wirtschaftslehre bereits festgestellte. Vom Gesichtspunkt eines totalitären Despotismus aus kann eine derartige „Entwicklung“ nur als höchst konsequent beurteilt werden. Daß allerdings weder Marx sein „Kapital“ noch Lenin seine „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ auf Grund einer auf derartige Weise bevormundeten und zur „*auxilla oeconomiae politicae*“ degradierten Statistik hätte aufbauen können — das ist offenbar eine ganz andere Frage, die übrigens in der Sowjetunion niemandem angeht. Hatte Lenin vor der Revolution erklärt, die Statistik sei „ein Werkzeug für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft“ — d. h. könne, wie sie eben an sich ist, für die kommunistische Politik und Propaganda von Nutzen sein — so legen jetzt die Sowjets jenen Ausspruch in dem bisher noch ganz ungeahnten Sinne aus, daß die Statistik nur insofern für den Sowjetkommunismus nützlich sein kann, inwiefern sie zum *bloßen* Werkzeug, zu einem „*instrumentum vocale*“ (wie die alten Römer bekannterweise ihre Sklaven bezeichneten) „umgebildet“ ist. Dementsprechend besteht die nunmehr *offizielle* Aufgabe der sowjetischen Statistik darin, alles zu „veranschaulichen“, was die Sowjetregierung gerade bestätigt wissen will.

Heißt das, daß die Sowjetregierung keine wissenschaftliche Statistik mehr braucht — und zwar weder innerhalb noch außerhalb des Moskauer Machtbereichs? Innerhalb der Sowjetunion braucht sie die schon, jedoch in der Rolle einer richtigen „Geheimwissenschaft“, deren Ergebnisse nur den obersten Partei- und Regierungsspitzen vorgelegt werden dürfen — falls diese letzteren es für erwünscht erachten. Die sowjetische wissenschaftliche Statistik gerät hiermit gewissermaßen in die Lage der alten Astrologie, die ja im Altertum und

ihre Errungenschaften? Nach 1936 erschienen in der UdSSR drei verhältnismäßig umfangreiche Lehrbücher der Psychologie: Kornilow und Rubinstein (1940) in russischer und Kostjuk in ukrainischer Sprache (1939). Das umfangreichste Werk von den dreien ist der Lehrgang Rubinsteins: „Grundlagen der allgemeinen Psychologie“ mit 596 Seiten großen Formats. Der ausgenützten Quellen und der Genauigkeit der Behandlung der psychologischen Probleme nach ist dieser Lehrgang der am besten fundierte. Aber trotzdem kann man keinen wesentlichen Unterschied im Inhalt dieser Lehrkurse feststellen. Die Autoren bemühen sich nach Kräften, die „Generallinie der kommunistischen Partei“ einzuhalten und benugen zur Lösung psychologischer Probleme als Ausgangspunkt die Ansichten von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

(Schluß auf Seite 13)

Die Statistik in Theorie und Praxis

Mittelalter vielfach strengstens verpönt und grausam verfolgt, dabei aber gerade von Staatsregenten fast regelmäßig insgeheim zu Rate gezogen wurde. Dagegen braucht die Sowjetherrschaft eine *öffentliche* wissenschaftliche Statistik überhaupt nicht, weder bei sich zu Hause noch im Ausland — wie sich bereits aus der Geschichte der sowjetischen offiziellen Veröffentlichungen statistischer Berichte erschließen läßt. *Pachydermus* hatte in „East Europe and Soviet Russia“ (Nr. 360, 13. 12. 1951) sehr richtig festgestellt, daß man diesbezüglich verschiedene Perioden bestimmen kann:

Vom Anfang der Sowjetherrschaft an bis ungefähr 1927 werden gewisse absolute Zahlen verheimlicht oder entstellt, doch ohne Anwendung einer bestimmten Methode. Seit Beginn des ersten Fünfjahresplanes hebt ein je weiter desto verantwortungsloseres Spiel mit absoluten und Prozentzahlen an, und die Verfälschung wird rasch systematisch. Dabei werden die statistischen Jahresberichte immer dünner und deren Inhalt immer weniger reichhaltig. Seit 1939 werden keine Jahresberichte mehr veröffentlicht. Ab 1941 werden sowjetische, statistische Angaben, die bloß noch Prozentzahlen enthalten, in einer solchen Form veröffentlicht, die eine Zusammenstellung mit statistischem Material im Westen geradezu ausschließt. Während des Krieges gerät die Statistik, je weiter desto mehr, unter die verheerende Geltung der Gesetze über „Staatsgeheimnisse“ — ein Brauch, der sich nach dem Krieg sehr schnell auf die Satellitenstaaten ausdehnt. Und schließlich werden seit Ende des ersten Nachkriegs-Fünfjahresplanes (1946—1950) selbst prozentuelle Angaben nur noch ausnahmsweise veröffentlicht.

Die Sachlage ist also klar: zuerst versuchten die Sowjets — in Übereinstimmung mit Lenins Taktik — die öffentliche Meinung im Westen durch ungefähr richtige oder nur gelegentlich verfälschte statistische Angaben zu beeinflussen. Seit Stalin die Alleinherrschaft tatsächlich übernahm, erwies sich jenes Verfahren unausführbar, und man griff zu immer drastischeren und dreisteren Fälschungen, bis die sowjetische Statistik zu einer unübertroffenen Exemplifizierung des berühmten Ausspruchs Napoleons I. wurde: „Statistik ist Lüge in Ziffern.“ Und allmählich gelangte man zur Einsicht, daß es viel sicherer und zweckmäßiger ist — einfach zu schweigen. Schweigen ist Gold, besonders wenn man ungefähr alles zu verschweigen hat.

Damit aber entfiel auch jeder Grund, der sowjetischen Statistik eine Sonderstellung unter marxistisch-leninistisch bevormundeten „Sozialwissenschaften“ einzuräumen und ihr auch fernerhin, wegen repräsentativer Aufgaben nach außen hin, eine theoretische Möglichkeit eigenständiger „Forschungsarbeit“ zu gewähren. Deswegen wurde also die sowjetische Statistik nunmehr offiziell der westlichen „bürgerlichen“ Wissenschaft gegenüber durch eine chinesische Mauer des stalinistisch zugerichteten Dogmatismus folgerichtig abgesperrt. Ob diese nunmehr „parteigebundene Sozialwissenschaft“ schließlich noch „echt russisch“ proklamiert sein und eine chauvinistisch-russische „Nationalfärbung“ erhalten wird — steht noch aus; es ist aber wohl nur eine Frage der Zeit. Was allen anderen Wissenschaften unter dem Sowjetjoch recht ist, wird auch für die „sozialwissenschaftliche Statistik“ schon passen!

*) T. Kozlow: Zur Frage nach Gegenstand und Methode der Statistik („Woprossy Ekonomiki“, April 1952); deutsche Übersetzung: „Ost-Probleme“, Nr. 40, 4. Oktober 1952.

Der Friede ist unteilbar!

Von Bulaq Baschi

Unfriede, dein Name heißt Bolschewismus!

Wenn man die Wurzeln des Unfriedens suchen will, so findet man sie nicht nur bei den Kriegen, die unter Beteiligung von Millionen Soldaten, Tanks und Flugzeugen geführt werden, sondern sein wahres Gesicht ist eher in dem sowjetischen Kommunismus und seinem imperialistischen Regime zu finden. Überhaupt ist es das kommunistisch-imperialistische System, das den heißen Krieg auf allen Gebieten verursacht hat.

Wenn man vom Krieg spricht, genügt es nicht, nur von rein militärischen Kriegsfrenten zu sprechen; denn überall dort, wo der Kommunismus seine Herrschaft ausübt, ist Krieg. Dieser Krieg zeigt sich im bolschewistischen Terror, der an diesen Völkern geübt wird; lehrt doch die kommunistische Doktrin, mit den „äußeren und inneren Feinden“ ständigen Kampf zu führen. Daher ist der Bolschewismus im wahrsten Sinne des Wortes der Zerstörer des wichtigsten seelischen Inhalts der Menschheit, der Zerstörer des Friedens. Er ist es, der im Leben der Völker den Brand schürt und den entzweidenden Faktor bildet. Man sieht immer wieder, daß den Ländern, in denen der Kommunismus herrscht oder maßgeblich seinen Einfluß geltend macht, der Frieden für immer geraubt ist. Umgekehrt sieht man, daß in den Ländern, in denen der Kommunismus nie bestanden hat, oder wo er zerschlagen wurde, die Menschen ein glückliches, friedliches Leben führen.

Es ist eine Utopie daran zu denken, daß im Leben der Völker und Menschen der UdSSR oder der bolschewistischen Satelliten Frieden herrschen könnte. Die Völker, die seit 36 Jahren unter der Sowjet-Herrschaft leben, sind jeden Tag den Angriffen des Kommunismus ausgesetzt. Ihre Freiheit wird durch den Krenl zertreten, und es herrscht die Macht des Unfriedens. Wenn man das tägliche Leben der Menschen, die unter den Sowjets leben, mit dem der Angehörigen der kriegführenden Völker vergleicht, die in dieser Zeit gewiß kein normales Leben führen, so stellt man fest, daß die Menschen unter den Sowjets noch weniger Freiheit und Frieden haben als jene. Sie leben in ständiger Angst vor dem Terror, und die Gefahr für Leib und Seele wächst von Tag zu Tag.

Stalinscher Friede — ein Hohn auf die Menschheit

Diese Menschen sind ständig in Furcht und zittern um ihre Angehörigen, die in Sibirien Zwangsarbeit zu leisten haben und in Konzentrationslagern sind, und hoffen auf ein Wiedersehen. Andererseits sind sie selbst auch ständig in Lebensgefahr, da sie als „Nationalisten“, „Kapitalisten“ oder „Volksfeinde“ allen möglichen Verdächtigungen und Verfolgungen ausgesetzt sind. Während kriegführende Völker seelische Belastungen und Zerstörungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, sowie lediglich kriegsbedingte Menschenverluste zu tragen haben, drücken die Belastungen auf die seit 36 Jahren unter der Sowjet-Herrschaft lebenden Menschen ununterbrochen. Die Soldaten an der Front haben die Möglichkeit, sich gegen den Feind zu verteidigen und zum Angriff den günstigsten Zeitpunkt zu wählen. Außerdem besitzen sie Waffen. Aber die unter dem Sowjet-Terror Lebenden sind schutzlos jedem Terror ausgeliefert und haben nichts weiter als ihr reines Gewissen, ihren Glauben und ihre nationalen Ideen.

Es ist ein wahrer Hohn, wenn die Völker unter den Sowjets in solcher Friedlosigkeit ihr Leben fristen müssen und die Sowjets gleichzeitig behaupten, daß nur der Krenl die „Quelle des Friedens“ sei.

Die Antwort darauf gibt das von den Kommunisten geprägte Wort: „Stalinscher Frieden.“ Es widerspricht jeder Logik, wenn man unter dem Namen Stalin Frieden suchen wollte; denn alles Unheil, das friedliebenden Nationen zugefügt wurde, ist unlösbar mit ihm verknüpft. Unter diesem Namen sind sogar ganze Völker und Staaten, die früher als solche existierten, völlig verschwunden. In den Kriegen der neuen Zeit ist nichts Ähnliches zu vermerken; nur Stalin und das kommunistische System haben dies fertig gebracht. So ist der Sinn der sowjetischen „Friedensparolen“ nichts anderes als das Bestreben, die unter moskowitzcher Herrschaft lebenden Men-

schen noch mehr zu versklaven und außerdem die noch freien Völker in Sklavenketten zu legen. Der demagogische Trick auf dem „Stockholmer Friedensappell“ der Kommunisten, Unterschriften von Millionen unerfahrener und naiver Menschen zu sammeln, bezweckt weiter nichts als diesen Menschen gleichfalls den kommunistischen Unfrieden zu bringen.

Die Lehre des Kommunismus geht auch darauf aus, die Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn gegenseitig aufzuheizen und Mißtrauen unter ihnen zu säen. Gegenseitiges Mißtrauen aber ist die Wurzel aller Feindseligkeiten. Wenn ein kommunistischer Staatsmann das Wort „Frieden“ ausspricht, dann mißbraucht er es nur zu propagandistischen und taktischen Zwecken. Kann man deshalb daran glauben, wenn die gleichen Leute die propagandistische Behauptung aufstellen, daß das kommunistische System mit der freien Welt nebeneinander friedlich leben könne, ohgleich man die Taten der sowjetischen Führung kennt?

Die einzige Rettung:

Beseitigung des Kommunismus

Stalin hat am meisten über diesen „Frieden“ gesprochen und er war derjenige, der ihn in der Praxis sabotiert hat. Heute bläst Malenkow auch

30. Juni 1941

Ein denkwürdiger Tag in der ukrainischen Geschichte

Die Erneuerung und Wiederherstellung der ukrainischen staatlichen Selbständigkeit ist auch nach dem verlorenen Befreiungskrieg von 1917/21 auf der Tagesordnung geblieben. Die Zielsetzung der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung blieb unverändert ohne Rücksicht auf ungünstige weltpolitische Konstellationen und die schwierige Lage in der besetzten ukrainischen Heimat. Das Aufkommen des politischen Nationalbewußtseins in der Ukraine verstärkte die ukrainischen Freiheitsbestrebungen und schuf neue Grundlagen für die Konzentration des Kampfes zur Erlangung der Unabhängigkeit.

Hier haben vor allem die Ukrainische Militärische Organisation (UWO) und die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) mit revolutionären Mitteln und tatkräftiger Unterstützung der weitaus größten Mehrheit der Bevölkerung und die politischen Parteien der West-Ukraine auf legalen Wege eine hervorragende Arbeit geleistet und den Grund für die Wiedererneuerung der ukrainischen Selbständigkeit gelegt.

Seit Beginn des zweiten Weltkrieges und nach der Besetzung des westukrainischen Gebietes durch die Sowjets stand das ukrainische Volk im offenen und großangelegten Kampfe mit dem Bolschewismus. Die politische Gesamtsituation war für die ukrainischen Bestrebungen in den beiden ersten Jahren des Weltkrieges nicht günstig. Im Gegenteil, alle Anzeichen wiesen auf eine anti-ukrainische Einstellung sowohl im nationalsozialistischen Deutschland als auch im Lager der westlichen Alliierten hin.

Weder Hitlers Drang nach dem Osten, noch Roosevelts positive Einstellung zu den Sowjets und die Auffassung von der Möglichkeit einer „Zusammenarbeit zwischen dem freiheitlichen Amerika und sozialistischen Rußland“ konnten irgendwelchen Platz für die ukrainischen Belange einräumen. Auch der deutsch-sowjetische Krieg brachte keine grundsätzliche Änderung; er bewirkte lediglich eine schnellere Entwicklung der Gegebenheiten.

Kurz nach seinem Ausbruch, und zwar am 30. Juni 1941, wurde auf Initiative der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) unter aktiver Mitwirkung aller ukrainischen politischen Richtungen von der Ukrainischen Nationalversammlung in Lwiw der ukrainische selbständige Staat wiederhergestellt.

Die beiden ukrainischen Kirchenoberhäupter, der Metropolit der Ukrainischen Katholischen Kirche Graf Andrej Scheptyckyj und Bischof

die gleiche Schalmei. Was kann er in der Praxis tun? Kann er denn Verzicht auf die kommunistische Lehre leisten? Beruht denn nicht die ganze kommunistische Lehre darauf, Unfrieden zu stiften?

Der wahre Friede ist nur unter freien Menschen und Völkern möglich. Die freie demokratische Welt bemüht sich und trifft Maßnahmen, dieses kostbare Gut zu verteidigen und zu schützen. Sie ist bestrebt, den wahren Frieden mit allen Mitteln zu erhalten. Aus diesen Gründen trifft sie alle Vorkehrungen, um einen neuen Krieg zu verhindern. Das allein genügt jedoch noch nicht!

Wenn das kommunistische totalitäre Regime erhalten bleibt und ein Drittel der Menschheit im Zustand der Friedlosigkeit lebt, so kann man nicht im wahren Sinne des Wortes vom Frieden sprechen. Es ist falsch, an einen geteilten Frieden zu denken. Geteilter Friede verursacht ganzen Unfrieden. Wenn man in einem Teil der Welt den Unfrieden bestehen läßt, wird dieser auch die restliche Welt durch Unfrieden überwuchern.

Der Weltfrieden wird allein gesichert durch die Befreiung der unter dem kommunistischen Regime lebenden Völker. Diese kämpfen ununterbrochen um ihre Freiheit. Die Bedeutung ihres Freiheitskampfes ist nicht nur auf ihre eigene nationale Unabhängigkeit beschränkt, sondern dieser Kampf dient dem Frieden der gesamten Menschheit. Er ist ein internationales Problem, das alle angeht und daher müssen alle freien Völker diesen Kampf unterstützen.

Der Friede ist unteilbar!

Geteilter Friede ist kein Friede!

Polikarp, Administrator der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, erließen am 1. 7. 41 und 10. 7. 41 entsprechende Hirtenbriefe, die das ukrainische Volk zu Ruhe, Gehorsam und Mitarbeit an der neugebildeten Regierung aufforderten.

Die vorläufige ukrainische Regierung wurde von Jaroslaw Stegko gebildet. An ihr nahmen Mitglieder der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), der Ukrainischen National-Demokratischen Vereinigung (UNDO), der Ukrainischen Sozial-Radikalen Partei (USRP), der Front der Nationalen Einheit (FNE) und Parteilose teil. Die Bildung einer Koalitionsregierung aus verschiedenen politischen Richtungen entsprach dem Gebot der Stunde und wurde von der ukrainischen Öffentlichkeit gutgeheißen.

Die neugebildete ukrainische Regierung begann sofort den staatlichen Apparat auszubauen und bemühte sich um eine konstruktive Entwicklung des politischen Lebens. Sie wollte eine Basis für die Stärkung des ukrainischen Staates schaffen und außerdem den Kampf gegen den Bolschewismus fortsetzen. Das nationalsozialistische Deutschland war jedoch an der ukrainischen Unabhängigkeit nicht interessiert, sondern wollte in den Ländern Osteuropas ein Kolonialsystem errichten.

Das ukrainische Volk nahm, unterstützt durch seine organisatorischen Kraftballungen: die Ukrainische Aufständische Armee (UPA), die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und an ihrer Spitze den Ukrainischen Hauptbefreiungsrat (UHWR) nach der hinterhältigen Verhaftung der ukrainischen Regierungsmitglieder durch die Deutschen einen kompromißlosen Zweifrontenkrieg gegen den Nationalsozialismus und den russischen Bolschewismus auf, der sich auf lange Jahre erstrecken sollte.

Die ukrainische Nation und auch ihre gleichfalls der russischen Tyrannei preisgegebenen Schicksalsgefährten wie Weißruthenen, Turkestaner, Georgier usw. standen in diesem Ringen ganz allein in Europa. Die westeuropäischen Nationen wie z. B. Frankreich, lagen geschlagen am Boden und waren nicht in der Lage, zu diesem Zeitpunkt irgendwelchen Beistand zu leisten, während die westlichen Alliierten, wie USA und Großbritannien, auf sowjetischer Seite standen.

Der 30. Juni 1941 ist ein Gedenktag im Kampf des ukrainischen Volkes um die Erlangung seiner Freiheit und Unabhängigkeit, allen Hindernissen und Widersachern zum Trotz!

Die Kosakentragödie und Korea

Anläßlich des 8. Jahrestages der größten Tragödie des Kosakenvolkes — der Auslieferung von 170 000 Kosaken an die Sowjets — wurden an allen Orten, in denen Kosaken in der freien Welt leben, Trauerfeierlichkeiten veranstaltet. Diesemal waren die Gedenkkundgebungen in Lienz a. d. Drau (Österreich), wo sich hauptsächlich diese Tragödie abgespielt hat, besonders eindrucksvoll.

Hier fanden sich am 31. Mai und 1. Juni mehrere Kosakische Delegationen aus verschiedenen Orten zusammen, um die Opfer des Kosakenvolkes zu ehren. Die Trauerfeierlichkeiten wurden mit dem Requiem-Gottesdienst eingeleitet. Anschließend zog eine Prozession zu dem etwa 2 km außerhalb der Stadt sich befindenden Brudergrabe, wo von Kosaken im Exil ein Denkmal errichtet wurde.

An der Spitze der Prozession trugen Kosaken ihre von Trauerschleiern umflorete Nationalfahne. Dann folgten die kosakischen Delegationen mit Kränzen und in geschlossenen Reihen die kosakischen Frontkämpfer mit den anderen kosakischen Volksangehörigen. Anwesend waren ferner Vertreter der österreichischen Bevölkerung und der verschiedenen vom Bolschewismus unterjochten Völker. Besondere Aufmerksamkeit lenkten die Kränze des Obersten Kosaken-Ataman, Präsident Gen. S. M. Makeeff, und die der Obersten Kosakischen Repräsentation im Exil mit den kosakischen nationalen Farben auf sich. Sie trugen Aufschriften: wie „Den Opfern des Kosakenvolkes“, „Zur Mahnung der freien Menschen“.

Am Brudergrab wurde durch den früheren Oberst und nunmehrigen kosakischen Oberpriester Minajeff ein Requiem-Potifikalamt zelebriert, dem alle Anwesenden knieend beiwohnten.

In einer Weihestunde des Nachmittags sprachen der Vertreter des Obersten Ataman, der Präsident

der Obersten Kosakischen Repräsentation und mehrere Delegaten aus zahlreichen Ländern. Sie schilderten die schrecklichen Ereignisse zu Ende des Monats Mai und Anfang Juni 1945, als 5720 kosakische Offiziere, darunter 35 Generale, und 165 000 kosakische Soldaten und Flüchtlinge unter unbeschreiblichen Gewalttaten und Beihilfe der alliierten Einheiten aller Gattungen den Sowjets ausgeliefert wurden.

Der Sprecher der Obersten Kosakischen Repräsentation im Exil betonte in seiner Rede, in welcher bedauerlicher Weise damals die moralischen und juristischen Begriffe des Westens gesunken waren. Damals wie heute in Korea wurde der Grundsatz der persönlichen Freiheit mit Füßen getreten; anstatt die kosakischen Kriegsgefangenen nach der Entlassung in Freiheit zu setzen, wurden diese den Bajonetten der Bolschewisten preisgegeben.

Zu dieser Frage wurden Auszüge aus dem Artikel des bekannten holländischen Professors L. Grondis in der holländischen Zeitung „Telegraf“ zitiert. Prof. Grondis verlangt von der westlichen Öffentlichkeit eine gründliche Untersuchung und die Ausfindigmachung der für die unerhörte Auslieferung der Kosaken Verantwortlichen, da gerade die Kosaken die besten Kämpfer gegen die heutige Weltgefahr seien und nur für die Befreiung des eigenen Volkes vom bolschewistischen Joch gekämpft hätten. Prof. L. Grondis fragt: „Ob solche große Opfer des Kosakenvolkes nötig waren, um nun erst jetzt zur Erkenntnis zu kommen, daß solche moralwidrige Taten höchst verwerflich sind?“

Dabei gibt es viele Anzeichen dafür, daß der Westen immer noch nicht seine Fehler eingesehen hat. Für die Fehler vom Jahre 1945 hat er mit dem Blut seiner besten Söhne in Korea bezahlt. Er wird noch viel zu bezahlen haben, wenn er sein eigenes Wohl und seine angebliche Sicherheit wieder auf Kosten anderer Völker erkaufen wollte.

Die Aufopferung der Kosaken ist Mahnung und Warnung für die ganze freie Welt.

Kongreßmitglied setzt sich für die slowakische Sache ein

Exilregierungen für die Unterjochten gefordert

Das amerikanische Kongreßmitglied *Mr. Madden* hat am 7. Mai 1953 eine Resolution an das Auswärtige Komitee übermittelt, in welcher die Freundschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zum slowakischen Volke zum Ausdruck gebracht und die Bildung einer slowakischen Exilregierung gefordert wird.

Wir zitieren folgende Stellen der bedeutungsvollen Kongreß-Resolution:

„Um unsere historische Freundschaft zum slowakischen Volke zu beweisen, bringt der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika hiermit die starke Hoffnung des amerikanischen Volkes auf eine baldige Befreiung des slowakischen Volkes von der kommunistischen Versklavung zum Ausdruck. Als Beitrag dazu, daß diese Befreiung so bald wie möglich kommt, wurde der Präsident gebeten:

1) Zu verlangen, daß freie Wahlen für das slowakische Volk stattfinden sollen, unter administrativer Aufsicht der Vereinten Nationen, damit die Slowakei ohne Druck ihre eigene Regierung organisieren könne, auf den Prinzipien, welche ihr zur Erreichung ihrer Sicherheit und des Segens ihrer Freiheit als die günstigsten erscheinen;

2) die Methoden auszunutzen, mit welchen das amerikanische Volk und seine Regierung durch private wie auch staatliche Mittel oder auf andere Weise Hilfe und moralische Unterstützung für die Kämpfer gewähren kann, die für die Befreiung des slowakischen Volkes und anderer von den Kommunisten beherrschten Länder eintreten; und

3) eine effektive Exilregierung anzuerkennen, welche das antikommunistische slowakische Volk repräsentiert, ebenso wie Exilregierungen für andere gleichfalls unterjochte und versklavte Völker hinter dem Eisernen Vorhang.“

Kesseltreiben um Senator Taft

(Schluß von Seite 9 — Zeitgeschehen)

Schließlich sei noch kurz der Sinn der vielfach entstellten und mißverstandenen Kongreßrede des republikanischen Senators Taft gestreift:

In ihr handelt es sich keineswegs um „isolationistische“ Bestrebungen, wie man dies von gewisser Seite gerne unterstellen möchte. Taft selbst hat derartige Absichten auf das entschiedenste in Abrede gestellt und außerdem durch das Angebot eines Pazifikpaktes mit Großbritannien seinen von eigenbrödlischen Tendenzen unbeschwertem staatsmännischen Weitblick klar unter Beweis gestellt. Demgemäß zielt seine Konzeption nicht auf einen Rückzug der amerikanischen Politik hinter die Grenzpfähle des eigenen Landes ab, sondern im Gegenteil auf Ausweitung des westlichen Abwehrwillens in die Gefahrensphäre Ostasiens und auf eine Partnerschaft mit Europa zur Abwehr der bolschewistischen Gefahr.

Was den vielgeschmähten Hinweis darauf anbelangt, Europa müsse sich möglicherweise eines Tages selbst verteidigen können, so ist dies nicht als voraussetzungsloses Interdikt aufzufassen, sondern als Nachsatz zu der Prämisse: Es wird nun allmählich allerhöchste Zeit, daß auch Europa das Seine zum Kampf gegen den Erzfeind der Menschheit beiträgt. Zur Organisation einer wahren Kampfgemeinschaft mit den übrigen freien Nationen wurden die immensen Beiträge aus den Geldern der amerikanischen Steuerzahler der Europahilfe und dem Ausbau des europäischen Verteidigungspotentials zur Verfügung gestellt. Eine Fortsetzung der bisherigen, an passive Resistenz erinnernden Verzögerungspraktiken müßte als eklatanter Vertrauensbruch aufgefaßt werden und folgerichtig die Einstellung sowohl der militärischen wie auch der finanziellen Unterstützung seitens der USA nach sich ziehen.

Das ist genau dasselbe, was auch der amerikanische Außenminister, der sicher über den Verdacht des Isolationismus erhaben ist, bei seiner Europareise unmißverständlich zum Ausdruck brachte.

Es ist tief bedauerlich und keineswegs ein Ruhmesblatt vor der Geschichte, daß verantwortliche Staatsmänner zu wiederholten Malen in beinahe ultimativer Form an die Einhaltung der Grundsätze von Treu und Glauben im Verkehr gemahnt werden müssen. Noch dazu, nachdem es sich um nicht mehr und nicht weniger handelt als um Sein oder Nichtsein ihrer eigenen Völker.

Günther Helmprecht

Die Psychologie in der Sowjetunion

(Schluß von Seite 11)

Zum Schluß wäre zu unterstreichen, daß in den Lehrkursen der Sowjetpsychologie sehr häufig Lobeshymnen zu Ehren der Begründer des Marxismus und Leninismus sowie des sozialistischen Systems in der UdSSR anzutreffen sind. Viele Lobeshymnen finden wir besonders bei Kornilow. Dazu einige Beispiele: „Die Stachanowarbeit ist stets eine schöpferische Arbeit... Die Rolle der Phantasie ist besonders wichtig bei uns in der UdSSR, wo die schöpferische Arbeit ein ungeahntes Niveau erreicht (S. 227). Die Gefühle eines Jünglings weisen diesen tiefen ideellen Charakter auf, diese Fülle und Unmittelbarkeit, die einen wesentlichen Zug des emotionalen Lebens der Sowjetmenschen kennzeichnen“ (S. 265). „Die große sozialistische Oktoberrevolution zeigt uns eine Menge Beispiele dafür, wie im Prozeß des grundlegenden Umbruchs sozialer Verhältnisse das Bewußtsein des Menschen und sein Charakter sich änderten“ (S. 352).

Wir finden genug Lobeshymnen auch im Lehrkurs der Psychologie von Rubinstein, z. B. „Die Arbeit bei kapitalistischer Ordnung ist für den Arbeiter eine schwere Last und deshalb ist er daran gar nicht interessiert. Im sozialistischen System weiß der Arbeiter, daß seine Arbeit der gemeinsamen Sache dient, und daß dieses gemeinsame Werk sein eigenes, ihm am Herzen liegendes Werk ist, an dem er besonderes Interesse hat... und daher eine ganz neue Einstellung zur Arbeit und neue Motive, die ihn dazu veranlassen“ (Seite 478 bis 479).

Es ist kaum anzunehmen, daß Kornilow und Rubinstein die Sklavenarbeit in der UdSSR und die furchtbaren Konzentrationslager unbekannt waren, in denen mindestens 15 Millionen Zwangsarbeiter an Hunger, Kälte und übermäßiger, erschöpfender Arbeit zugrunde gingen — daß ihnen ferner unbekannt gewesen wäre, daß das Stachanowsystem ein unerhörtes Mittel zur Ausbeutung von Arbeitern darstellt.

Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen von einer schöpferischen Arbeit auf irgendeinem Gebiet nicht die Rede sein kann. Und die Schriften über Psychologie sind bloß der Ausdruck einer heklagenswerten sklavischen Schmeichelei. In der Sowjetpsychologie gibt es keine schöpferische Ar-

beit und es kann auch keine geben, denn ihre Grundbedingung ist die Freiheit und die Aufrichtigkeit des wissenschaftlichen Denkens.

Nach 1936 erschien in der UdSSR eine große Anzahl von Arbeiten über psychologische Fragen, denen dieselben Züge anhaften, die für die oben erwähnte Entwicklung der Sowjetpsychologie charakteristisch sind: gänzliche Abhängigkeit von den Ansichten der Klassiker des Marxismus und Mangel an wahren Schaffen.

Wir lieferten hier eine kurze Charakteristik der Sowjetpsychologie in der Zeitperiode von der Oktoberrevolution bis zum Jahre 1941. Auf Grund der Nachrichten, die uns aus der Sowjetunion zukommen, können wir behaupten, daß dort nach dem zweiten Weltkrieg die Bedingungen für eine schöpferische wissenschaftliche Arbeit im allgemeinen und in der Psychologie im besonderen sich noch mehr verschlimmert haben.

Wer kommt an die Reihe?

November 1949: Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens, *Gomulka*, ist aus der Partei ausgestoßen worden.

Dezember 1949: der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, *Kostow*, ist zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

November 1952: Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands, *Joannidis*, ist aus der Partei ausgestoßen worden.

November 1952: Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, *Slansky*, ist zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Wann kommen Sie an die Reihe, Genosse Ulbricht?

Karl-Marx-Stadt

„Anläßlich des 135. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai 1953 beschließt das ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zur Ehrung dieses größten Sohnes der deutschen Nation folgende Maßnahmen durchzuführen:

7. Die Arbeiterstadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt und den Bezirk Chemnitz in Bezirk Karl-Marx-Stadt umzubenennen...“

Hinter dem Eisernen Vorhang



VOLKSDEMOKRATISCHE JUSTIZ

„Die von dem Antrag des Staatsanwalts abweichende Strafzumessung wird vom Bezirksgericht damit begründet, daß die Angeklagten noch sehr jung sowie noch nicht vorbestraft seien und noch keine politische Reife besäßen, da sie sich mit den Erkenntnissen der Gesellschaftswissenschaft noch nicht beschäftigt hätten.“

Diese Auffassung ist nicht gerechtfertigt. Die Tatsache, daß die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens durch verantwortungsvolle Mitarbeit an unserem Aufbau ihre politische Reife bewiesen hat, führte zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre. Junge Menschen, die dieses Alter überschritten haben, wegen mangelnder politischer Reife strafrechtlich grundsätzlich milder zu beurteilen, ist nicht gerechtfertigt...“

„Der Angeklagte T. hat nicht nur geduldet, daß B. weiterhin im Besitz der Hetschriften blieb, sondern er hat einige davon sogar weiterverbreitet, wobei es ohne Bedeutung ist, daß diese Verbreitung innerhalb des Familienkreises erfolgte. Jede Weitergabe von Hetschriften birgt die Gefahr der ideologischen Beeinflussung im Sinne der westlichen Kriegstreiber und damit eine Friedensgefährdung in sich...“

Aus diesen Zitaten ostzonaler Gerichte ist zu ersehen, daß Jugendliche wie Erwachsene abzuurteilen sind, da sie in der DDR als voll verantwortlich gelten. Mildernde Umstände sind ohne Belang — wichtig ist allein die „Gesellschaftsgefährlichkeit“ der Handlung. Weitergabe eines Flugblatts an einen Familienangehörigen wird mit Zuchthaus bestraft — so sieht die „demokratische Gesetzmäßigkeit“ der „Deutschen“ und „Demokratischen“ Republik von Moskaus Gnaden aus.

„PATRIOTISCHE BRIEFSCHEIBER“

„Sächsische Zeitung“ (SED), Dresden, Nr. 64/1953: „Es ist notwendig, nicht nur die Zahl der Briefe zu steigern, sondern vor allem ihre Qualität zu verbessern. Das Wichtigste für die Verbesserung dieser Arbeit sind die Briefzirkel. Dort werden alle patriotischen Briefschreiber erfaßt und alle Briefe, die abgeschickt werden sollen, kollektiv beraten, damit Unrichtigkeiten vermieden werden. Wenn wir unsern Brüdern und Schwestern unsere fortschrittlichsten Gesetze erläutern, wie z. B. das Gesetz zum Schutz der Arbeit, leisten wir einen unschätzbaren Beitrag für die gemeinsame Verständigung. Man darf jedoch nicht nur aufzeigen, welche Gesetze es gibt, sondern vor allem, wie sie verwirklicht werden.“

SOLDATEN ALS GEBURTSTAGSGESCHENK

„Wir wollen unserem großen Freund, dem Generalsekretär unserer herrlichen Partei, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht, zu seinem 60. Geburtstag am 30. Juni unseren Dank für seine unermüdliche Förderung unseres stolzen Verbandes abtatten.“

Mit diesen Worten hat der Zentralrat der kommunistischen FDJ eine Sonderaktion zur Anwerbung von Freiwilligen für die kasernierte Volkspolizei angeordnet. Jede Einheit müsse bis zum Vorabend des Geburtstages „mindestens einen Jugendfreund“ an seinen zuständigen Kreisverband melden. (IWE)



„SACHLICHE“ BUCHBESPRECHUNGEN

1950 erschien in georgischer Sprache der Roman des amerikanischen Schriftstellers *Howard Fast* „Die letzte Grenze“ und vor nicht langer Zeit sein zweiter Roman „Der Weg zur Freiheit“.

Laut der georgischen Zeitung „Kommunist“ ist H. Fast „ein dem Sowjetleser gut bekannter amerikanischer Schriftsteller und talentvoller Publi-

zist“, der zu denjenigen fortschrittlichen Schriftstellern der „kapitalistischen Welt“ gehört, die „leidenschaftlich mit Wort und Tat die Werktätigen in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter unterstützen...“ und „mutig den Hort der Weltreaktion — den amerikanischen Imperialismus angreifen“.

Weiter zitiert dieselbe Zeitung Mark Twain, der gesagt haben soll, daß er selbst das Wort Zivilisation hasse, weil es Lüge und durch ihre Frechheit, Grausamkeit, Gierigkeit und Heuchelei kläglich sei.

Dann betont die Zeitung, daß diese Worte auch noch heute in bezug auf die Zivilisation, Literatur, Presse, Radio und Kunst Amerikas Geltung besitzen.

„Die Beherrscher des Dollarreiches — schreibt die Zeitung weiter — die sich offen auf die Seite des Faschismus gestellt haben, versuchen für die Verwirklichung ihrer bösen Absichten ideologische Reserven zu schaffen, die Schaffenden zu bestechen und nutzen alles aus, was die Menschen zu betrügen und ihre Seele zu verseuchen ermöglicht“...“

Der letzte Roman H. Fast's „Der Weg zur Freiheit“ — schließt die Zeitung — „ist von großer politischer und öffentlicher Bedeutung. Er entlarvt die Geschichtverfälscher und diejenigen, die die kapitalistische Vergangenheit idealisieren, und offenbart dabei die giftigen Wurzeln des amerikanischen Imperialismus der Gegenwart und erweckt beim Leser scharfen Haß gegen die amerikanische Rassenlehre“...“



DESORGANISATION AUF ALLEN GEBIETEN

Trotz der für den 1. April 1953 angekündigten Preissenkung von 50 Proz. für landwirtschaftliche Erzeugnisse wurde eine solche im Kosakengebiet nur um 25 Proz. durchgeführt. Dabei ist auch weiterhin ein großer Mangel an Industrieerzeugnissen zu verzeichnen.

Erst jetzt wird bekannt, daß bei den landwirtschaftlichen Frühjahrbestellungen in Stawropol und im Dongebiet schwerwiegende Fehler gemacht wurden. Im April war der größte Teil der Landwirtschaftsmaschinen wegen grober technischer Fahrlässigkeiten unbrauchbar geworden.

Die regierungsamtliche sowjetische Zeitung „Iswestija“ veröffentlicht einen Artikel ihres Korrespondenten P. Nikitin über den schlechten Stand der Arbeiten auf den bewässerten Feldern des Don-Gebietes.

Der Sekretär des Gebietskomitees von Orenburg, P. Kortschagin, unterwarf in einem Artikel der „Prawda“ alle Organe seines Gebietes einer vernichtenden Kritik.

Die Astrachaner Gebietszeitung „Wolga“ beklagt sich darüber, daß es nicht gelungen sei, den Sollplan der Fischerei zu erfüllen.



DIE EDELSTE AUFGABE...

Das Parteiorgan der litauischen KP, „Tiesa“ (Nr. 13), bringt einen Artikel über die politische Schulung der Jugend. Es heißt darin u. a.:

„Die edelste Aufgabe des Lehrers besteht darin, gegenüber den Feinden des Volkes und der Demokratie Haß anzuerziehen. Das ist besonders in dieser Zeit wichtig, wo die amerikanischen und englischen Imperialisten und ihre Agenten, nach einem neuen Kriege dürstend, eine ganze Reihe von Ländern mit ihren Stützpunkten umgarnt haben, den unheilvollen Krieg in Korea fortsetzen, bakteriologische Waffen verwenden sowie ihre Spione und Diversanten in die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie entsenden.“

CHEMIE ANSTATT RELIGION...

Nach einer Sendung vom 16. 4. veranstaltete die Ortsgruppe der kommunistischen Jugend in Kretzinga (Krottingen) eine „antireligiöse Konferenz“ mit dem Hauptreferat: „Die Kirchen als Feinde der arbeitenden Massen.“

Zur Entkräftigung des offenbar immer noch bestehenden Wunderglaubens der Bevölkerung unternahm es eine Gruppe von Chemikern, den Konferenzteilnehmern verschiedene magische Tricks vorzuführen, die „bewiesen, daß man mit einfachen chemischen Mitteln sog. Wunder vollbringen könne“.



WÄHRUNGSREFORM

Am 30. Mai d. J. hat der kommunistische Ministerpräsident V. Siroky im Prager Parlament anläßlich der Währungsreform (Deflation) eine Ansprache gehalten, in welcher er u. a. sagte:

„Nach der Befreiung der Tschechoslowakischen Republik durch die sowjetische Armee wurde unser befreites Gebiet ganz überflutet mit ‚Inflations-Protoktorat- und slowakischen Kronen‘, mit von nazistischen Okkupanten herausgegebenem Papiergeld. Die Kriegswirtschaft der nazistischen Okkupanten hat unsere Valuta vollkommen zerstört und entwertet. Die Währungsreform aus dem Jahre 1945 hat nicht alle Folgen der nazistischen Wirtschaft und des zweiten Weltkrieges liquidiert.“

Wie „wertlos“ das slowakische Geld war, kann man daraus beurteilen, daß man dafür in der Slowakei während des Krieges alle Waren ohne Lebensmittelmarken kaufen konnte. Bei diesem angeblich wertlosen „Inflationsgeld“ waren in der Slowakischen Republik bessere Versorgungsverhältnisse, wie z. B. in der Schweiz, die gar nicht am Krieg beteiligt war. Nach der Okkupation der Slowakei durch die Rote Armee wurde der Goldschatz der Slowakischen Nationalbank nach Prag gebracht und der neugegründeten Tschechoslowakischen Staatsbank als einzige Goldreserve zur Verfügung gestellt. Die jetzige Währungsreform (ab 1. Juni d. J.) ist eine Deflationsmaßnahme der Prager roten Regierung, durch welche erst jetzt, 8 Jahre nach dem Kriege, das Bezugsscheinsystem abgeschafft wurde, um möglichst jene Kaufkraft zu erreichen, die in der Slowakischen Republik während des Krieges zu verzeichnen war.



UPA IM ANGRIFF

Die letzten Nachrichten aus der Ukraine bestätigen, daß nach dem Tode Stalins in den ersten Apriltagen vom ukrainischen Untergrund eine rege Tätigkeit gegen die Sowjets durchgeführt wurde. Es fanden besonders antiholschewistische Informationsaktionen in verschiedenen ukrainischen Gebieten statt.

In vielen ukrainischen Städten wurden Plakate mit dem Bilde Stalins und Bekanntmachungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und der sowjetischen Regierung vernichtet und an deren Stelle Losungen der UPA angeklebt, so in Lwiw, Stanislawiw, Kalusch und Snyatyn. In Lwiw wurden organisierte Wander-Meetings veranstaltet, auf welchen Reden gehalten und nationale revolutionäre Lieder gesungen wurden. Gleichzeitig demolierte eine Gruppe von Demonstranten das Gebäude der sowjetischen Zeitung „Lwiwska Prawda“. Mit Stalins Bild wurden auch verschiedene Bekanntmachungen über die Trauerfeierlichkeiten anläßlich des Todes des sowjetischen Diktators in den Straßen abgerissen.

Meldungen über diese Tätigkeit brachte auch die „Stimme Amerikas“ in ihren Sendungen in ukrainischer Sprache.

„INDIVIDUELLE GÄRTEN“ ALS NOTBEHELFE

Die Moskauer „Prawda“ vom 20. Mai 1953 bringt folgende Notiz über individuelle Gemüsegärten in der Ukraine:

„Mehr als 230 000 Arbeitern und Angestellten im Kyiwer Gebiet wurden Anteile für individuelle Gemüsegärten zugewiesen. Allein in der Stadt Kyiw wurden im Laufe dieses Frühjahrs von 15 000 Familien Gemüsegärten angelegt.“

In weitem Ausmaß wurden individuelle Gemüsegärten in den Industriegebieten der Ukraine ergänzt, so im Don-Becken, in der Dnjepr-Ebene, in Charkiw, Lwiw und Odessa. In Dnjepropetrowsk und im Saporohse-Gebiet wurden z. B. von mehr als 400 000 Arbeitern und Bauern Obstkulturen angelegt und Kartoffel gepflanzt.

Werks- und Ortskomitees der Gewerkschaften versehen die Gärten mit Transportmitteln, helfen beim Bezug von Sämereien, Pflanzungsmaterial und kleinerem landwirtschaftlichem Inventar."

*

Nachdem im vergangenen Jahre die anfangs heftig propagierten Kolchosstädte sich als Fehlgeburt erwiesen hatten, scheint die nunmehrige Forcierung der „individuellen Gemüsegärten“ eine Art Verlegenheitslösung zu sein. Sie bezweckt einerseits einem bei der kolchosgemäßen Mißwirtschaft wohl wieder zu erwartenden Nahrungsmittelmangel vorzubeugen, andererseits angesichts der fluktuierenden Führerverhältnisse in Moskau dem eventuellen neuen Kreml-Gewaltigen freie Hand für zukünftige landwirtschaftliche Maßnahmen zu belassen.

FALLSCHIRMSPRINGER ÜBER DER UKRAINE

Nach einer den Moskauer Zeitungen „Prawda“ und „Iswestija“ vom 27. Mai 1953 entnommenen Meldung von AP, UP und Reutter wurden laut Bekanntmachung des sowjetischen Innenministeriums (MWD) „vier amerikanische Agenten“ verurteilt und hingerichtet, welche in der Nacht vom 25./26. April 1953 auf ukrainischem Territorium aus viermotorigen Flugzeugen „unbekannter Nationalität“ abgesprungen waren. Die Namen der erwähnten „Agenten“ waren nach russischer Verlautbarung: *Alexander Wassiljewitsch Lachno, Alexander Nikolajewitsch Makow, Sergej Sossinowitsch Garbunow und Dimitri Nikolajewitsch Remiga*. Sie sollen erklärt haben, daß sie in Bad Wiessee (Deutschland) unter dem Kommando des Kapitäns der amerikanischen Armee, Holliday, in verschiedenen terroristischen Akten geschult wor-

den seien. In der amerikanischen Zone Deutschlands befänden sich mehrere gleichartige Ausbildungs-Institute, und zwar in München, Bad Wörishofen, Kaufbeuren und Frankfurt. Sie hätten nach Beendigung der Schulung von den Amerikanern Waffen, Gift, Funkgeräte, Geländekarten, Chiffriertabellen, Geld usw. bekommen.

Die vier Hingerichteten sollen, wie es in dem Moskauer Kommuniqué weiter heißt, den Auftrag gehabt haben, nach Kyiw und Odessa durchzubrechen und durch Funkspruch verschiedene Nachrichten weiterzuleiten sowie Terroraktionen durchzuführen.

Der Sprecher des amerikanischen State-Departments, Lincoln Wight, dementierte diese sowjet-antliche Meldung.



SCHWARZHÄNDLER — SOWJETSOLDATEN

In der kommunistischen Presse Ungarns erschienen nacheinander entrüstete Artikel gegen den immer mehr um sich greifenden Schwarzhandel. Diese Presse verschweigt aber, daß die größten Schwarzhändler die aus Österreich heimkehrenden Sowjetsoldaten sind, gegen welche die einheimischen Behörden nicht auftreten können. Das größte Schwarzhandelszentrum Westungarns ist die Stadt Győr (Raab), wo die aus dem Westen kommenden Soldaten zum ersten Male die Gelegenheit haben, ihre westlichen Beutewaren abzusetzen. Ein Paar Nylonstrümpfe kostet 100—120 Gulden, 1 kg Kakao 100—150, eine Armbanduhr 100—150, der billigste Fotoapparat 3500—4000 Gulden. Die letzteren gelangen dann meistens in die staatlichen Fotogeschäfte zum Einzelverkauf an die Bevölkerung.

Gegen diesen Schwarzhandel der Sowjetsoldaten, die in den Satellitenstaaten als „Übermenschen“ behandelt werden müssen, sind die ungarischen kommunistischen Behörden fast machtlos.

Minister Kaisers schwerwiegender Irrtum

Bundesminister Kaiser bezeichnete am Pfingstsonntag in Hamburg die dort zu ihrem diesjährigen Deutschland-Treffen versammelten Pommern als eine Armee des Friedens, die die deutsche Frage mit friedlichen Mitteln lösen wolle. Er rief den über 100 000 Versammelten zu: „Ihr Schicksal entscheidet sich in der Weltpolitik. Es liegt in der Lösung des Ost-West-Problems.“ Auf einer Konferenz der Großmächte könne sich zeigen, ob die Möglichkeit eines Ausgleiches gegeben sei. Das wäre ein Silberstreifen in der großen Politik. Die zu Realisten gewordenen Vertriebenen begrüßten auch die geringste Möglichkeit. Sie wollten keine Vergeltung und würden auch das Recht der Polen auf ihre Heimat östlich des Bug anerkennen.

Herr Bundesminister Kaiser weiß bestimmt, daß „östlich des Bug“ sich kein polnisches, sondern ukrainisches Staatsgebiet befindet. Die „friedliche Lösung des deutsch-polnischen Konfliktes“ sieht Herr Minister Kaiser in der Rekompensierung, Polen erstattet Pommern und andere deutsche Ostgebiete zurück und hält sich dafür an dem „östlich des Bug“ gelegenen Territorium schadlos.

Das führende ukrainische Wochenblatt in der Emigration „Ukrainsky Samostijnyk“ schreibt hierzu in seiner Nummer 23 (177) vom 7. Juni 1953 u. a. folgendes: „Wir glauben, die Meinung aller Ukrainer in der Welt auszusprechen, wenn wir sagen, daß diese Vorschläge der direkte Weg zu blutigen Auseinandersetzungen über dieses Problem sind.“

Alle diese Suggestionen sind nichts anderes, als der Versuch, das Fell eines noch lebenden Bären zu verhandeln, der sich — und wie! — zur Wehr setzen wird...

Nachdem allerdings Polen existieren, welche in den Gebieten östlich des Bug sich als beheimatet fühlen, wäre es weder human noch klug, den Menschen, die dort geboren sind, und wo ihre Vorfahren hundert Jahre gelebt haben, die Rückkehr zu verbieten. Sie können nach Zerschlagung des Bolschewismus und des moskowitzischen Imperiums dorthin zurückkehren, aber nicht in ein auf diesem Territorium wieder erneuertes Polen, sondern als legale Bürger des ukrainischen Staates.“

Ein neuer Schauprozeß

In den Prager Regierungskreisen sind Beratungen darüber im Laufe, ob man den langerwarteten Schauprozeß gegen Husak, Novomesky und andere ehemalige führende slowakische Kommunisten endlich starten soll oder nicht. Die ganze Führerschicht der slowakischen Kommunisten wurde unter dem Vorwand des „bürgerlichen Nationalismus“ beseitigt, weil sie die Loslösung der Slowakei aus dem tschecho-slowakischen Staatsverband und die Proklamierung der Slowakei als selbständige kommunistische Republik anstrebten. Damals gelang es Prag, diese Leute auszuschalten und zu verhaften, weil Stalin für die tschecho-slowakische Staatskonzeption war. Jetzt aber sind die roten Machthaber in Prag noch nicht darüber im klaren, wie sich die neuen Herrschaften in Moskau zu dieser Frage stellen. Sie sind sich eben nicht sicher, ob für eine eventuelle Verurteilung und Hinrichtung dieser Personen sie nicht später selbst mit ihrem Kopf büßen müssen.

„Selbstkritik“ oder Heuchelei?

„Rechtssprechung“ wird amtlich gerügt

Die sowjetamtliche Zeitung „Iswestija“ bringt am 23. Mai 1953 einen längeren Artikel über den stellvertretenden Justizminister der UdSSR, P. Kudrjawzew unter der Überschrift: „Heilig bewahren die Rechte sowjetischer Bürger!“, dem wir folgendes entnehmen:

... Bedauerlicherweise haben in der Arbeitspraxis der Gerichtsorgane immer noch Fälle von Verletzung der bürgerlichen Rechte Platz. Eine in jüngster Zeit vom Justizministerium der UdSSR durchgeführte Revision ergab, daß in einigen Rayonen der Georgischen SSR Bürger wegen unbedeutender Vergehen ohne Begründung den Gerichten übergeben wurden. Dazu kamen: ungesetzliche Belastungen von Kolchosbauern, Schmälerung des Wohnrechts der Stadtbewohner in vielen Gebieten der Ukrainischen SSR, nicht ordnungsgemäße Ablösung schöpferischer Probleme usw.

Verletzung des Gesetzes, Bürokratismus und andere überlebte Schädlichkeiten der alten Gesellschaft machen sich immer noch breit in unserer

Deutsch-ukrainischer Brückenschlag

Der Verlag Ukraine in München, Rumfordstraße 19, gibt nunmehr schon im zweiten Jahrgang die Vierteljahrszeitschrift „Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart“ heraus.

Wenn es sich dieses Organ zur Aufgabe gestellt hat, das gegenseitige Verständnis zwischen dem deutschen und ukrainischen Volk zu wecken und zu vertiefen, so kann man jetzt schon sagen, daß ihm dies in erfreulichem Maße gelungen ist. Die in der Zeitschrift veröffentlichten Artikel aus der Feder anerkannter Historiker und Kenner der Verhältnisse, sowie namhafter Publizisten enthalten alles, was man sich an Aufklärung, Einsicht und Überblick nur wünschen kann. Ihr Kreis umfaßt die kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Ukraine, widmet sich dem Gedanken einer deutsch-ukrainischen Interessengemeinschaft und weitet sich aus in die Sphäre einer die deutschen und ukrainischen Belange berührenden Ostraumbetrachtung.

Es darf demnach mit gutem Gewissen behauptet werden, daß „Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart“ als reiche Fundgrube für jeden zu bezeichnen ist, der sich über Entwicklung, Land und Volk der Ukraine, über ihre Rolle in der Vergangenheit und ihre Bedeutung für die Zukunft informieren will. Dies ist um so anerkannterwert, als bekanntermaßen gerade der Deutsche in seiner überwiegenden Mehrheit von dem Ukrainertum kaum mehr als den Namen kannte.

Hierin Wandel zu schaffen, ist die nicht hoch genug einzuschätzende Aufgabe dieser Zeitschrift, die es darüber hinaus versteht, eine geistige Brücke zu schlagen zwischen zwei Völkern, deren Zusammenwirken in früheren Zeiten viel Unheil für Europa hätte verhindern können und für die Zukunft wertvolle Perspektiven zu eröffnen vermöchte.

Daß vergangene deutsche Regierungen an dieser Tatsache achtlos vorübergingen, bedingte einen Großteil der Tragödie unserer Zeit. Hoffen wir, daß unsere Generation hieraus die erforderlichen Schlußfolgerungen zieht, und dem ukrainischen Problem die Beachtung schenkt, die ihm im inter-europäischen Geschehen zukommt.

Auch hierzu will „Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart“ beitragen, der aus all diesen Gründen ein zahlreicher und aufgeschlossener Leserkreis zu wünschen ist. G. H.

Verschärfung des Untergrundregimes in den nichtrussischen Ländern

Nach dem neuesten MWD-Muster Moskaus wurden in der zweiten Aprilhälfte dieses Jahres in allen nationalen Republiken der UdSSR die Ministerien der staatlichen Sicherheit mit den Innenministerien zusammengesetzt. Gleichzeitig wurden auf den Posten des Innenministers neue Persönlichkeiten berufen.

Unter den neuen Ernennungen sind folgende zu erwähnen: In der Ukrainischen SSR wurde zum Minister des Innern Pawlo J. Mjeschik ernannt; in der Lettischen SSR — M. K. Kowaltschuk; in der Georgischen SSR — W. G. Dekanosow; in der Karelo-Finnischen SSR — M. P. Husjew; in der Aserbeidschanischen SSR — S. F. Emiljanow; in der Tadschikistanischen SSR — D. K. Wyschnewsky und in der Weißruthenischen SSR — W. J. Basakow.

Alle neuernannten Innenminister haben sich bei der Liquidation der „nationalen Opposition“ und der „Abweichler“ bewährt. Sie haben die Aufgabe, in den nichtrussischen Ländern Moskaus Macht schonungslos zu festigen.

Wirklichkeit. Im sowjetischen staatlichen Apparat sind solche Dinge fehl am Platz und müssen energisch ausgemerzt werden.

In der Praxis der Arbeit des Exekutiv-Komitees der örtlichen Sowjets finden Gesetzes-Verlegungen, Beeinträchtigung des Rechtes der Bürger und unpassende Betrachtungsweise der Gesetzgebung immer noch Raum... Manche Exekutiv-Komitees geben unrichtige Bescheide und Berichte, welche sich auf vom Gesetz nicht Vorgesehenes gründen.“

Es fragt sich: waren alle diese Willkürakte der bolschewistischen „Justiz“ des Justizministeriums in Moskau bisher wirklich unbekannt oder wurden sie alle vielmehr von dort ausdrücklich befohlen und dirigiert? Darüber können sich nur hoffnungslose Trottel noch im unklaren sein.

*Lesen Sie,
abonnieren Sie, verbreiten Sie!*

ABN-Korrespondenz

das Organ des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN), erscheint monatlich in deutscher, englischer und französischer Sprache.

Informiert

über den Befreiungskampf der Völker hinter dem Eisernen Vorhang;

entlarvt

die falsche Propaganda der russischen u. a. Imperialisten aller Gattungen über diese Völker;

ist die Tribüne

für die Zusammenarbeit aller Völker in der UdSSR., einschließlich der sogen. Satellitenstaaten im Kampf um ihre Freiheit;

will eine Brücke bauen

zwischen den Befreiungskräften im sowjetischen Machtbereich und den Völkern des Westens;

ist Sprecher und Bindeglied

aller Völker im Widerstand gegen den russisch-bolschewistischen Erzfeind der Menschheit.

Bestellungen bei: **Verlag ABN-Korrespondenz München 33, Postschließfach 70, Tel. 59 13 31.**

Jahresabonnement:

DM 4.—, bzw. \$ 2.—, bzw. S 12.—.

Überweisungen an: Süddeutsche Bank München, Kto.-Nr. 10 707 Dr. O. Wintoniak (ABN).

An alle Freunde und Leser!

Ab Mai 1953 erscheint nunmehr auch eine Ausgabe in französischer Sprache. Interessenten an derselben wollen sich wenden an: M. V. Kosyk, 26, rue de Montholon, Paris 9, France.

Wir bitten Sie, weiterhin regelmäßiger Abonnent zu bleiben und sind Ihnen auch für die kleinste Spende für den Pressefonds dankbar. Sie sichern sich damit nicht nur das regelmäßige Erscheinen der ABN-Korrespondenz, sondern leisten zugleich einen Beitrag für Ihre eigene Freiheit angesichts der Bedrohung durch die russisch-bolschewistische Tyrannei.

Ferner bitten wir um Ihre aktive Mitarbeit bei der Verbreitung, und zwar durch Werbung neuer Abonnenten. Je größer die Zahl der Abonnenten ist, desto wirksamer ist der Beitrag zur Bekämpfung des Bolschewismus.

*

Jahresabonnement: Deutschland 4.— DM, USA und Kanada \$ 2.—. In allen übrigen Ländern der Gleichwert von \$ 2.—.

Für die bis jetzt erhaltenen Nummern der ABN-Korrespondenz ersuchen wir Sie höflichst um Abrechnung. Wir bitten Sie, den Betrag auf das Bankkonto: Süddeutsche Bank, München, Konto-Nr. 10707, Dr. O. Wintoniak (ABN) zu überweisen.

Verlag und Redaktion

A B N K O R R E S P O N D E N Z

Freiheit den Völkern! Freiheit dem Menschen!

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT DES ANTIBOLSCHEWISTISCHEN BLOCKS DER NATIONEN

5. Jahrgang · Nr. 9/10

* Erscheint in deutscher, englischer und französischer Sprache *

September/Oktober 1953 · Preis 50 Pf.

Jaroslav Stetzko

Noch ist Zeit . . .

Unter den Staatsmännern des Westens hat Außenminister John Foster Dulles heute mehr als nur einen Gegner. Auch westliche Pressestimmen sparten nicht mit scharfer Kritik an seiner Rolle bei dem Waffenstillstand in Korea. In Wirklichkeit aber verdient Dulles' feste und unversöhnliche Haltung gegenüber kompromißblustigen Elementen in seinem eigenen Lande sowie gegenüber analogen Tendenzen in der westlichen Welt alle Achtung. Auch erregt die Haltung des unbeugsamen Patrioten Syngman Rhee unsere tiefe Sympathie und Bewunderung.

Von unserem Standpunkt des historisch gebotenen kompromißlosen Kampfes gegen den Bolschewismus aus haben wir in diesen Spalten an der amerikanischen Außenpolitik des öfteren Kritik geübt. Doch wären wir einseitig und ungerecht, wollten wir nicht einsehen und feststellen, daß in der gegenwärtigen kritischen Periode der Weltlage und im Durcheinander von illusionistischen Hoffnungen und Kompromißbereitschaften es heute gerade die Vereinigten Staaten von Amerika sind, welche die Grundsäule des Kampfes gegen die Tyrannei bilden, den der Bolschewismus der freien Welt im globalen Rahmen aufgezungen hat.

So hat uns auch ein gutes Omen bedeutet, daß beispielsweise in der Atomspionageaffäre Rosenberg Präsident Eisenhower den geraden Weg gegangen ist, ohne sich durch die einfache Kampagne zahlloser Proteste verschiedenerseits beeinflussen zu lassen. Noch mehr ist für uns ermutigend, daß in Sonderheit der Lenker der amerikanischen Außenpolitik, Dulles, der im Kreuzfeuer vielseitiger Angriffe steht, seinen einsichtsvollen Weg unbeirrt weitergeht. Wenn der Außenminister einer Großmacht wegen seiner zielsicheren Hand gegen den Bolschewismus Anerkennung und Sympathien verdient, so ist das heute zweifellos John Foster Dulles.

Bei diesem Gedankengang dürfen wir auch die unerschrockene Haltung und den unent-

wegten Kampf Senators McCarthy gegen den Kommunismus nicht unerwähnt lassen. Und dennoch ist nicht zu übersehen, daß trotz der Generallinie dieser Politik, deren Akzente durch einen Dulles oder McCarthy gegeben sind, Amerika offenbar unter dem Druck gewisser Kreise und Faktoren ihres eigenen Landes und soldem anderer europäischer Mächte allgemein immer noch den Weg des Ausgleichs mit Moskau zu beschreiten sucht und den Gedanken an eine Verständigung mit der bolschewistischen Verschöpfung im Kreml nicht ganz abgeschrieben hat. Darin liegt der Grund mancher Besorgnis, um so mehr, als gerade jetzt der günstige Augenblick einer offensiven Politik und eines entschlossenen Handelns gegenüber der UdSSR gekommen ist, den man nicht ungenutzt vorbeigehen lassen sollte.

Worauf gründet sich aber diese Feststellung?

Man braucht sich nur vor Augen zu halten, was heute hinter dem Eisernen Vorhang geschieht: Nach Stalins Tod ist das russisch-bolschewistische Regime durch national-revolutionäre Prozesse in seinen Grundfesten erschüttert. Die Ereignisse in der deutschen Ostzone, in der Ukraine, in Georgien, in Böhmen, in der Slowakei, in Aserbeidschan, Ungarn, den baltischen Ländern und anderwärts haben unsere Grundthese, daß eben die unterjochten Völker die Achillesferse der UdSSR sind, unbestreitbarer und glänzender bestätigt, als es der Westen wahrhaben wollte. Diese jüngsten Ereignisse haben wieder einmal bewiesen, daß auch in totalitären Staaten ein aktiver Massenkampf nicht nur möglich, sondern auch erfolgversprechend sein kann, und daß auch in den Ländern des „Arbeiter- und Bauernparadieses“ selbst ein Generalstreik durchzuführen ist. Und wenn dabei sogar Soldaten der Sowjetarmee sich mitunter auch geweigert haben, auf Arbeiter zu schießen, so beweist das eindringlicher als alles andere die innere Schwäche des Sowjetregimes und die Richtigkeit unserer These, daß es unter gegebenen Umständen möglich ist, die UdSSR auf deren gesamten Machtbereich von innen zu sprengen.

Für die westlichen Staatsmänner ist somit einwandfreier Beweis vor Augen geführt, daß die viel gefürchtete UdSSR an sich ein Koloß auf tönernen Füßen ist. Wenn der Westen gegen dieses Monstrum einen dynamischen politischen Kampf aufnimmt, werden sich alle unterdrückten Völker alsbald auf seine Seite stellen. Die Ereignisse der jüngsten Zeit sollten dergestalt zu einem Wendepunkt der Befreiungspolitik der westlichen Welt gegenüber den um ihre Selbständigkeit betrogenen Völkern und deren Untergrundbewegungen werden. Möglicherweise sind Anzeichen und Vorläufer einer solchen Politik in der Tatsache zu erblicken, daß im amerikanischen Kongreß

(Fortsetzung auf Seite 2)

Malenkow's Chance: Torheit im Westen

W. - Die Chancen des neuen Premiers im Kreml liegen weder in der angekündigten Wasserstoffbombe noch im frisch gesäuberten MVD-Terrorapparat. Das nach Stalins Tod mühsam gestützte Gleichgewicht in der „kollektiven Staatsführung“, das durch den Fall Berijas arg erschüttert wurde, wäre für Malenkow auch kaum lange zu halten, fänden sich nicht im Westen immer noch Hohlköpfe genug, die im Begriffe stehen, ihm gerade jetzt über den Steg zu helfen.

Eben darin liegt heute einzig und allein die große Chance Malenkows, die akute Krise der sowjetischen Macht möglicherweise siegreich zu überwinden. Seine erste und „edelste“ Aufgabe wird dann aber sein, sich bei seinen heutigen Gönnern genau so zu bedanken, wie es seinerzeit Stalin Roosevelt gegenüber getan und wie es die kommunistischen Bluthunde überall an allen ihren Helfershelfern von den „Volksfrontregierungen“ bis zum Überdruß bereits vorerzählt haben.

Malenkows letzte Rede vor dem Obersten Sowjet und die neue Note des Kremles in der Deutschlandfrage sprechen eindeutig genug dafür, wie sehr man sich heute in Moskau auf Kurzsichtigkeit im Westen verläßt und darauf bedacht ist, hier Uneinigkeit zu stiften, Illusionen zu nähren und jede Abwehrbereitschaft zu lähmen, bis der Kreml im eigenen Hause die Schäflein wieder unter Dach und Fach gebracht hat.

Die Art, wie ein Großteil der westlichen Öffentlichkeit und Presse darauf reagiert hat, geben Malenkow auch allen Grund zu hoffen, daß sein Spiel dennoch aufgehen kann. Es gibt nämlich im Westen immer noch politische Kreise und ernst zu nehmende Pressestimmen, die bei jeder Verlautbarung eines Kremlgewaltigen den Atem anzuhalten pflegen und seinen Worten lauschen, als wären es Verkündigungen des allmächtigen Zeus. Anstatt den bolschewistischen Sprüchemachern richtig heimzuleuchten, legt man im Westen ihre tückischen Redensarten auf die Goldwaage, man orakelt daran wochenlang in endlosen Kommentaren herum und ist redlich darum bemüht, in jeder noch so gleichnerischen oder plumpen Äußerung der Moskauer Tyrannen „ermutigende“ Anzeichen von Versöhnlichkeit, Nachgiebigkeit, Friedensliebe und dergleichen Unsinn mehr zu entdecken. . . Es scheint eben, daß Freiheit vor Torheit nicht zu schützen vermag. Sicherlich würde es die Versklavung wohl besser vermögen, allein wäre es dann aber schon zu spät.

Es ist wirklich an der Zeit, daß man im Westen Moskau gegenüber endlich zu der Sprache findet, die im Kreml alle Illusionen zerschlägt und die bolschewistischen Machthaber vor eine bittere Unerbittlichkeit stellt, die allein im Stande wäre, sie weich in den Knien zu machen.

„Es gibt keine strittigen Fragen der Weltpolitik, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könnten“ —, erklärt scheinheilig Ma-

Aus dem Inhalt:

Bericht:	Seite
Die IV. Konferenz der OUN-Auslandsverbände	3
• • •	
Vermassung als Werkzeug des Imperialismus	5
E. Sch. Bulaq Baschi: Turkestan kapituliert nicht!	5
Oberst M. S. Magnetesko: Strategie des Schwarzen Meeres	7
Dr. rer. nat. O. Z. Bark: Uranerze in der UdSSR	11



lenkow. — Ausgezeichnet, Exzellenz! Nicht aber um den Preis einer Kapitulation der freien Welt und ebenso wenig womöglich noch gegen Locarno-Garantien für Ihr blutiges Terrorregime über die versklavten Völker — jener der UdSSR selbst, nicht minder als dieser Eurer neu unterworfenen Vasallenländer!

„Es gibt keinen sachlichen Grund für einen Zusammenstoß zwischen der Sowjetunion und Amerika“ versichert Malenkow. — Allerdings, außer dem einen, daß die Sowjetunion die amerikanische Unterstützung während des Krieges dazu mißbraucht hat, sich die Hälfte der Welt gefügig zu machen, um heute über Rot-China und ein unterwühltes Europa ihre Krallen bereits gegen die Existenz der Vereinigten Staaten selbst auszustrecken!

Die kapitalistische und sozialistische Welt könnten friedlich nebeneinander leben.“ — Welch' schmeichelhafte Erklärung für die westliche Welt! Daß der Wolf bereit ist „friedfertig“ neben einer Schafsherde zu leben, ist ohne weiteres glaubwürdig. Ob es aber auch

der freien westlichen Welt recht und möglich wäre, vor dem Rachen der bolschewistischen Bestie getrost zu leben, dürfte mehr als fragwürdig sein.

„Die Sowjetunion und das volksdemokratische Lager sind entschlossen, ihre Lebensinteressen in der internationalen Arena zu verteidigen.“ — Wir nehmen diese Erklärung gerne zur Kenntnis, Genosse Malenkow! Wir warnen Sie aber davor, diese Entschlossenheit nur als Vorrecht der Tyrannei monopolisieren zu wollen und erklären Ihnen, daß die freie Welt zumindest ebenso entschlossen ist nicht nur ihre Lebensinteressen zu verteidigen, sondern darüber hinaus der Freiheit in der Welt gegen die Tyrannei zum Siege zu verhelfen!

„Die Vereinigten Staaten besitzen nicht länger das Monopol der Wasserstoffbombe“ — droht Malenkow. — Nur langsam, towarischtsch! Sie schulden der Welt erst Rechenschaft darüber, wie lange Sie noch das Monopol des Völkermordens für sich in Anspruch zu nehmen gedenken. Quousque, Catilina? . . .

Noch ist Zeit . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

das Problem der Ukrainischen und Weißruthenischen Sowjetrepubliken als gesonderte Staaten zur Sprache gekommen ist. Nichtsdestoweniger jedoch zeugt der Waffenstillstand in Korea dafür, daß gegenwärtig immer noch die zaghaften Kräfte des Westens die Oberhand behalten haben, und zwar ausgerechnet zur Zeit der größten Schwäche der UdSSR.

Glaubt man denn im Westen, daß in einer analogen Situation mit veränderten Vorzeichen, d. h. wenn es bei den Westmächten im Inneren ebenso im Gebälk knistern würde, sich die Sowjetregierung auf einen ähnlichen Waffenstillstand eingelassen hätte?! Der Friede in Korea untergrub jedenfalls die Autorität des Westens bei den unterjochten Völkern und ließ von Neuem seine Unentschlossenheit durchblicken.

Die Tatsache, daß man die Aggression aufgehalten hat, bildet noch keinen Ausgleich dafür, daß die ganzen Vereinten Nationen gegen die peripheren Kriegsaggressoren auf Korea nichts Entscheidendes zu tun vermochten, zumal dieser Krieg nicht einmal von der UdSSR, sondern nur von deren Vasallen geführt wurde.

Der Friede in Korea hat gezeigt, daß die unterjochten Nationen nicht mit der Hilfe der Großmächte rechnen können, sofern sie sich nicht bedingungslos ihrem Willen unterwerfen. Das stellt aber ein böses Zeichen für die vielgepriesene Gleichberechtigung der Völker und deren nationalen Souveränität dar.

Jedenfalls zeugt es nicht von Weitblick aufseiten der westlichen Politiker, der UdSSR eine Stabilisierung zu ermöglichen, just zu der Zeit, da sie im Inneren erschüttert ist.

Premierminister Churchill rechnete bei seinem östlichen Locarno-Projekt möglicherweise damit, daß sich die Kremlgewaltigen im Zeichen der Entspannung vor „Überfällen“ am sichersten fühlen und damit beginnen würden, sich gegenseitig zu vernichten. Der britische Premier rechnete wahrscheinlich auch damit, daß die gegenseitige Schwächung im Kreml Jahre andauern werde, wie es nach Lenins Tod der Fall war. Malenkow und Bulganin jedoch erledigten Berija in kurzer Prozedur, und dadurch verringerte sich vorläufig der Kreis der Prätendenten auf den Monokratenthron.

Indessen sind für die UdSSR die gegenseitigen Liquidierungen von Machtprätendenten nicht so wichtig. Entscheidend bleiben vielmehr die nationalen Befreiungsbewegungen und deren Kampf gegen jene verbrecherische Machtanwärter. Das offenbart sich gerade im jüngsten Spiel der Kremlgewaltigen, das sie mit den verschiedenen Ländern im

bolschewistischen Herrschaftsbereich treiben. Hie und da lockern sie zeitweilig die Zügel, um den Unwillen der Völker einzudämmen und Aufstände zu vermeiden. Wenn aber die Krise vorüber ist, werden erfahrungsgemäß die Zügel vom Kreml um so strenger angezogen.

Unter dem Druck der ukrainischen Befreiungsbewegung und der Mißstimmung der Bevölkerung sah sich Moskau zwar zu einigem Nachgeben gezwungen und gewährte in bezug auf Ablieferungssoll, Steuern etc. einige Erleichterungen. Alle Lockmanöver vermochten jedoch die Bevölkerung nicht irreführen und verfehlten den Hauptzweck, die ukrainische Befreiungsbewegung zu entmachten. Im Gegenteil: nach Stalins Tod tritt die nationale Auflehnung in der Ukraine noch kühner in Erscheinung als zuvor.

Die jüngsten Nachrichten aus der Ukraine besagen, daß die Kolchosen in Bereichen der Tätigkeit der ukrainischen nationalen revolutionären Bewegung durch Sondereinheiten der MWD „Strybky“ (Springer) genannt — bewacht werden, welche zur Bekämpfung der nationalen Untergrundbewegung besonders ausgebildet sind.

Die Befreiungsbewegungen in allen bolschewistisch unterjochten Ländern wachsen unentwegt an. Daß trotz maßlosen Terrors noch 8 Jahre nach Beendigung des Krieges, dies möglich ist, dürfte nicht unterschätzt werden. Heute, da sich der Bolschewismus und der sowjetische Staat im kritischen Stadium befinden, ist es eine Tragik, daß dem Westen ein Staatsmann fehlt, der dem Bolschewismus zumindest jene Kompromißlosigkeit und Entschlossenheit entgegensetzt, die seinerzeit Churchill Hitler gegenüber an den Tag legte.

Weltpolitisch ist bereits höchste Zeit, nicht aber etwa für Kompromisse und Verhandlungen mit der UdSSR, sondern sich die bolschewistische Schwächeperiode zunutze zu machen. Jetzt ist die Zeit gegen das bolschewistische Gewaltreich tatkräftig vorzugehen. Eine Aktion des Westens zur allseitigen Unterstützung der Befreiungsprozesse aller unterjochten Völker sollte den ersten Schritt dazu bilden. Wir treiben keine Kriegshege, wir analysieren nur die reale Lage und zeigen die Schlußfolgerungen auf. Für den Westen bedeutet gegenwärtig eine aktive Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen ein Unternehmen, das bei kleinsten Opfern den größtmöglichen Erfolg verspricht.

Je länger dagegen der Westen wartet, um so mehr wachsen die Stabilisierungschancen des Kremls. Erfreulicherweise mehren sich in

(Schluß auf Seite 4)

„Verzicht auf den Nordatlantik-Pakt“? — Sie haben sich wohl versprochen, Genosse Malenkow. Solange Sie Ihren „Ostblock“ in die Kriegsmaschine pressen und die Walze Ihrer Roten Armee bereitsteht Europa zu überrollen, schlagen Sie sich jeden Gedanken an Verzicht auf die westliche Verteidigungsbereitschaft aus dem Kopf! Nehmen Sie lieber zur Kenntnis, daß die ganze freie Welt, einschließlich Deutschland und Japan, unerschütterlich entschlossen ist im Zusammenwirken mit den Völkern, die unter eurer Schreckensherrschaft leben, der Despotie ein Ende zu bereiten.

„Aufnahme des kommunistischen Chinas in die Vereinten Nationen“? — Meinen Sie es im Ernst, Genosse Malenkow? Sollen die UN wirklich Rot-China für seinen Angriffskrieg in Korea noch eine Prämie erteilen? Wollen Sie sich nicht lieber merken, daß die Vereinten Nationen nur dazu da sind, um Frieden und Freiheit in der Welt zu schützen. Wer sich dagegen versündigt, gehört nicht hineingelassen, sondern nur herausgeschmissen zu werden, selbst wenn der Zufall ihm dazu verholten hat in diesem Gremium der gesitteten Welt zu sitzen, um durch sein Veto die Befriedung der Welt zu sabotieren.

„Die Remilitarisierung Deutschlands würde einen gefährlichen Kriegsherd in Europa bedeuten“ — warnt Malenkow. — Er scheint stark an Gedächtnisschwäche zu leiden: unlängst noch reichte nämlich kein anderer als sein Lehrmeister Stalin Deutschland die Hand und versuchte die deutsche Nation zu „weltgeschichtlichen Taten“ zu animieren, die sie ausersehen sei Seite an Seite mit dem ebenso ausersehenen russischen Volk zu vollbringen. Auch versprach man Deutschland, um es vom Westen abzuwenden, sogar eine eigene Nationalarmee und zögerte selbst mit der Remilitarisierung der Ostzone nicht, allerdings unter dem Aspekt einer Einbeziehung in den Ostblock. Nun, da sich die Bundesrepublik eindeutig für die freie Welt entschieden und selbst das Volk in der Ostzone dem sowjetischen Gewaltregiment die Zähne gezeigt hat und zu entgleiten droht, ist Deutschlands Wiederaufrüstung plötzlich zum „gefährlichen Kriegsherd“ geworden! Quod licet Jovi, non licet bovi!

„Die Wiederaufrüstung Deutschlands würde eine tödliche Gefahr für Frankreich bedeuten — Die Sowjetunion wünsche Frankreich in seinem Kampf gegen den deutschen Militarismus alles Gute — Der französisch-russische Freundschaftspakt habe für die Sowjetregierung auch heute seine Gültigkeit“. — Welch' rührende Nächstenliebe! Gott bewahre aber die armen Franzosen davor, daß sie eines Tages zu erfahren bekommen, wie bitter in der Praxis russische „Nächstenliebe“ schmeckt.

„Die Liquidierung des faschistischen Abenteuers in der DDR war ein wichtiger Sieg für die Sache des Friedens.“ — Wir müssen Sie wirklich beneiden, Genosse Malenkow, wie dick Sie es wahrlich hinter den Ohren haben!

Malenkow suchte dem Westen ans Herz zu legen, „die erstmalige Entspannung der Weltlage“ nicht ungenutzt vorbeigehen zu lassen. Wem wollen Sie diese faule Ware verkaufen, towarischtsch Malenkow? Ihre bolschewistische Bestie kann die freie Welt nicht täuschen, selbst wenn sie sich zeitweilig als schlafend verstellt.

Der Fall Berija sei kein Zeichen der Schwäche, sondern ein Beweis der Stärke der Sowjetunion. Hocuspocus preparatus! Wen wollen Sie täuschen, Genosse Malenkow — die Außenwelt oder sich selbst? Wollen Sie nicht lieber auf den eigenen Kopf aufpassen — vielleicht werden Sie ihn noch verlieren müssen, um der holden Sowjetunion erst recht zur „Stärke“ zu verhelfen!

(Fortsetzung auf Seite 12)

Manifestation des ukrainischen Freiheitswillens:**Die vierte Konferenz der Auslandsverbände der OUN**

Ende Juni 1953 trat in einer der westlichen Hauptstädte die IV. Konferenz der Auslandsverbände der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) zusammen. Delegierte aus fünf europäischen und zwei überseeischen Ländern nahmen an ihr teil. Die Konferenz vermittelte einen Überblick über das bisher Geleistete und analysierte den aktuellen Stand des ukrainischen Befreiungskampfes auf dem Hintergrund der internationalen politischen Entwicklung. Es wurden Richtlinien für die weitere Tätigkeit festgelegt und die führenden Institutionen gewählt: der Exekutiv-Ausschuß, der Oberste Rat der Auslandsverbände der OUN und die Obersten Kontroll- und Gerichtsorgane.

Die Konferenz brachte volle Einigkeit und Geschlossenheit mit der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in der Heimat zum Ausdruck, sowie mit der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA), mit der Untergrundregierung — dem Ukrainischen Hauptbefreiungsrat (UHWR) — und mit dem ukrainischen Volk in seinem Befreiungskampf für Wiederherstellung des ukrainischen unabhängigen Staates.

Außerdem nahm die Konferenz Berichte auf verschiedensten Gebieten des Befreiungskampfes des ukrainischen Volkes entgegen und faßte zahlreiche Beschlüsse hierüber, sowie über die Zusammenarbeit mit allen vom Bolschewismus unterjochten und bedrohten Völkern und insbesondere mit dem Antibolschewistischen Block der Nationen (ABN).

Um dem begreiflichen Interesse unserer Leser für die Arbeit dieser Konferenz gerecht zu werden, veröffentlichen wir nachstehend Auszüge aus deren Feststellungen, Berichten und Beschlüssen.

Aus der allgemeinen Resolution

Indem die 4. Konferenz der Auslandsverbände der OUN dem Andenken der auf dem Feld der Ehre Gefallenen und der für die Freiheit der Ukraine zu Tode Gequälten gebührend Ehre zollt, drückt sie ihre Bewunderung für den Heldenkampf des ukrainischen Volkes gegen die bolschewistische Unterdrückung in der Heimat aus und neigt das Haupt vor der Selbstaufopferung und Tapferkeit der OUN-UPA-Revolutionäre und aller unbekanntenen Freiheitskämpfer.

Die Konferenz sendet ihren innigen Gruß dem amtierenden Oberhaupt des Vorstandes der OUN, Oberst W. Kowalj, dem gesamten Vorstände der OUN in ukrainischen Ländern, allen Freunden und Mitgliedern der OUN und dem gesamten revolutionären Aktiv, dem Oberkommando der UPA, den Kämpfern und Befehlshabern, und dem Ukrainischen Hauptbefreiungsrat (UHWR); die Konferenz der Auslandsverbände der OUN wünscht unseren unbeugsamen Revolutionskämpfern Ausdauer und Kraft, sämtliche allerschwersten Hindernisse des Kampfes gegen eine Tyrannei, wie sie die Welt bisher nicht gesehen hat, weiter zu überwinden, und glaubt fest daran, daß wir durch eine gemeinsame Anstrengung des ganzen Volkes unser Ziel erreichen werden...

Dieser Glaube der Untergrundukraine festigt uns, die wir von der Heimat getrennt sind, in der Fremde und führt zum Siege edler Werte und Ideen in der ganzen Welt.

Die Teilnehmer an der Konferenz der Auslandsverbände der OUN übernehmen als ein untrennbarer Teil der einheitlichen revolutionären OUN die Verpflichtung, den Intentionen der kriegführenden Ukraine gemäß, der Unterstützung des revolutionären Befreiungskampfes der Ukraine mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen, um die schwere Last des revolutionären Aktivs in der Heimat zu erleichtern.

Beschlüsse der Konferenz über die Außenpolitik

1. Die OUN verwirklicht ihre Befreiungspolitik gemäß der Auffassung eines vom ukrainischen Volk aus eigenen Kräften geführten revolutionären Freiheitskampfes, unabhängig von äußeren Kräften und internationalen Konstellationen. Die OUN betrachtet die Haltung der Außenkräfte und die internationale Sachlage als veränderliche Faktoren, die für unseren Kampf nur eine Auxiliärbedeutung haben können.

2. Unsere politische Tätigkeit im Außensektor hat folgende Hauptziele:

a) die Anerkennung unserer Auffassung vom Umbau Osteuropas und Sowjetasiens, im Gegensatz zu allen mit der Ukraine in Widerspruch stehenden Auffassungen, insbesondere zu dem Moskauer „einheitlich-unteilbaren“ russischen Imperium — seitens der freien Welt zu erreichen;

b) die Anerkennung und Respektierung des nationalen Freiheitskampfes des ukrainischen Vol-

kes — und seiner potentiellen Bedeutung für die Zukunft — zu erstreben;

c) Bundesgenossen dem Kampf gegen Moskau einzugliedern.

3. Die Konferenz billigt die bisherige Richtung und den bisherigen Inhalt der außenpolitischen Tätigkeit des Vorstandes der Auslandsverbände der OUN und bestätigt die außenpolitischen Beschlüsse der 3. Konferenz der Auslandsverbände der OUN als auch weiterhin aktuell.

Im Nachtrag dazu hebt sie namentlich folgende Aktionen als erforderlich hervor:

a) unseren positiven Aufbauplan künftiger Wechselbeziehungen allseitig auszuarbeiten, insbesondere bezüglich des Komplexes der Schwarzmeernationen als eines der wichtigsten Komplexe in der ukrainischen Außenpolitik;

b) unsere außenpolitische Aktion im Fernen, Nahen und Mittleren Osten zu entfalten, beson-

ders in der Türkei, da gut nachbarliche Wechselbeziehungen mit ihr sowohl für den ukrainischen Freiheitskampf, als auch für künftige Wechselbeziehungen zwischen dem ukrainischen und dem türkischen Staat von Gewicht sind.

Im Fernen und Mittleren Osten sowie in Süd-Asien, wo die Hälfte der ganzen freien Menschheit wohnt, sind Neutralisierungs- und moskautreundliche Einflüsse bemerkbar. Jene Länder spielen im Zusammenhang mit ihrem Menschen- und Wirtschaftspotential sowie auf Grund ihrer geopolitischen Lage eine wichtige Rolle im antibolschewistischen Kampfe. Die Verbreitung der Idee eines Zerfalls des russischen Imperiums und die Aufdeckung der Gefahren einer sowjetischen Aggression für jenen Raum haben für unsere antibolschewistische Aktion und Politik besondere Bedeutung.

4. Indem die Konferenz den ABN als ein Koordinationszentrum der revolutionären Organisationen unterstützt, ist sie der Meinung, daß der Zusammenarbeit mit jenen Organisationen mehr Aufmerksamkeit in bezug auf den Kampf in der Heimat zu widmen ist.

Wir betrachten den ABN als eine organisatorisch-politische Gestaltung der gemeinsamen Front der revolutionären Freiheitsbewegungen und Organisationen verschiedener Völker. Das wesentliche Moment besteht in der Übereinstimmung der Ziele: Aufbau selbständiger Nationalstaaten, gemeinsamer Weg, kompromißloser Revolutionskampf gegen den russischen Bolschewismus, politische Dynamik...

5. Die Konferenz der Auslandsverbände der OUN empfiehlt, die Aktion im Gewerkschaftssektor in Hinsicht auf außenpolitische Tätigkeit in allen Territorien zu verstärken.

6. Es ist notwendig, die Zusammenarbeit mit den Institutionen und prominenten Persönlichkeiten der westlichen Welt, die sich zu unserer Sache positiv stellen, zu erweitern...

7. Bezüglich Bewertung des gegenwärtigen Standes des ukrainischen Befreiungswerks in der internationalen Politik hebt es die 4. Konferenz der Auslandsverbände der OUN besonders hervor, daß:

a) die Regierungen der westlichen Großmächte auch weiterhin die Idee einer Zergliederung der UdSSR in selbständige Nationalstaaten weder durch ihre deklarierte noch durch ihre praktisch-aktive Politik unterstützen;

b) die Zusammenarbeit gewisser westlicher Politiker mit Leuten, die vor kurzem mit den Bolschewisten kollaboriert haben und mit Quislingen verschiedener Nationen, sowie die Ablehnung wirklicher Vertreter jener Völker ein Beweis dafür ist, daß jene Kreise nicht nach Zusammenarbeit mit politischen Kontrahenten, sondern nach einer solchen mit Elementen von Agenturen trachten.

8. Der sog. psychologische Krieg wird z. Zt. von den Westmächten, besonders von den USA, gegen den Bolschewismus nur auf einer Ebene begrenzter, taktischer Ziele der westlichen Politik geführt und enthält keine ernsthafte Eingliederung der Ziele der Freiheitskämpfer der von Moskau unterjochten Völker.

9. Das sog. Koordinationszentrum des antibolschewistischen Kampfes (KZAB), sowie dessen Organisation und Unterstützung seitens des „Amerikanischen Komitees für den Kampf gegen den Bolschewismus“ bildet eine den Zielen des ukrainischen Freiheitskampfes entgegengesetzte Aktion infolge der Negierung des Anrechts der ukrainischen Nation und anderer von Moskau unterjochten Völker auf Souveränität, und kann den antibolschewistischen Kampf negativ beeinflussen.

Die Konferenz der Auslandsverbände der OUN verwirft und verurteilt in diesem Sinne ausgerichtete Bestrebungen als solche, die dem Willen des ukrainischen Volkes zuwiderlaufen und dem Weltkampf gegen Bolschewismus und russischen Imperialismus Schaden zufügen, und billigt völlig die diesbezügliche Haltung des Vorstandes der Auslandsverbände der OUN und die von ihm gegen das KZAB durchgeführte Aktion.

Beurteilung der Weltlage

Wenn das Wesen des politischen Fortschritts der Menschheit darin liegt, daß je weiter desto mehr Leute und Völker die Güter der Freiheit genießen, so gehört das letzte Jahrzehnt zu den rückständigsten in der ganzen Weltgeschichte.

Die russische Tyrannei hat noch zahlreiche neue Nationen unterjocht, indem sie die falsche Politik der Westmächte ausnutzte, die gerade dies ermöglicht hat, statt den von Moskau unterjochten Völkern zu helfen.

Heute ist die Welt, wie noch niemals in der Weltgeschichte, in zwei Teile aufgeteilt: die unterjochten Nationen und Menschen und diejenigen, die von der Sklaverei vorerst nur bedroht sind. Schon mehr als ein Drittel der ganzen Menschheit befindet sich bereits unter dem Joch einer tyrannischen Macht.

Unter diesen Verhältnissen ist das Problem der geknechteten Nationen zum bedeutendsten unter allen Weltproblemen geworden.

Zwei entgegengesetzte Prozesse

Unter der Oberfläche der gegenseitigen Großmachtkämpfe hat sich in der nichtkommunistischen Welt ein Prozeß der Verselbständigung und Eigenstaatlichkeit unterjochter Nationen gefestigt; und gleichzeitig mit diesem Prozeß der Völkeremanzipation in der freien Welt geht in der bolschewistischen Herrschaftssphäre ein entgegengesetzter Prozeß vor sich — der Prozeß der Versklavung immer weiterer Nationen. Der pausenlose Freiheitskampf einer Menge vom Moskauer Imperialismus und Kommunismus unterdrückter Völker bildet das charakteristischste Merkmal des letzten Jahrzehnts der Geschichte.

Die westlichen Großmächte heugen sich vor den nationalen Freiheitsbewegungen der bisher von ihnen abhängigen Nationen Asiens und Afrikas und erkennen auf diese Weise die primäre Geltung des nationalen Befreiungsgedankens an.

Angesichts dessen ist es ein Widerspruch an sich, daß die westlichen Großmächte die nationalen Freiheitsbewegungen alter hochzivilisierter Staatsvölker innerhalb der bolschewistischen Herrschaftssphäre ignorieren. Dieser Umstand bildet die Hauptursache der gegenwärtigen Weltkrise und der Unbesorgtheit Moskaus.

Zwei Pole und deren Gegensätze

Die Konzentrierung der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kraftquellen hat eine Zweiteilung der Welt verursacht. Die hermetische Isolierung von 750 Millionen Menschen mit dem Reichtum ihrer Länder von der freien Welt und die Umbildung ihres Menschen- und Wirtschaftspotentials zu einer fürchterlichen Vernichtungsmaschine hat das Ziel, den Westen, namentlich die USA, als den Weltkonkurrenten Moskaus, zu eliminieren, um nach der Eroberung der Welt eine Weltunion der sowjetischen sozialistischen Republiken zu schaffen — als Imperium des russischen Volkes. Dies war und bleibt das unabänderliche Ziel des Bolschewismus.

Im Sowjetblock sind nur die Moskowiten (die Moskauer Russen) gegen den Westblock feindlich eingestellt, während die vielen Millionen von ihnen versklavten Völkermassen unter bestimmten Voraussetzungen zu Bundesgenossen des Westens werden können.

Eine entschiedene und folgerichtige antibolschewistische Politik wird in letzter Zeit von den USA geführt, insofern sie die drohende weitere Bolschewisierung der Welt aufhält. Doch hemmt die gegenwärtige amerikanische Konzeption eines „unteilbaren“ russischen Reiches die antibolschewistischen Nationalkräfte in der UdSSR und erschwert den Sturz des russischen Imperialismus, der eine ständige Drohung für die Welt bedeutet.

Der Umstand, daß die USA den Gedanken einer Lostrennung der Ukraine und anderer Nationen

von Moskau und deren national-staatliche Unabhängigkeitsideen nicht unterstützen, gleichzeitig aber den Verselbständigungsprozessen in nichtkommunistischen Ländern entgegenkommen, entspricht der Politik einer Zweiteilung der Welt.

Die Konzeption einer Erhaltung des sowjetrussischen Imperiums sowie der kommunistischen Regime in den Satellitenländern unter der Bedingung einer Verdrängung der unmittelbaren Moskauer Herrschaft, d. h. also unter der Bedingung, daß sich Moskau dort mit einem „Titoismus“ besonderer Art abfinden würde, hat eine zeitweilige Verständigung auf der Grundlage einer Zweiteilung der Welt zum Ziel.

Dreiteilung der Welt und Gleichgewichtskonzeption

Die Bestrebungen Großbritanniens, sich und Westeuropa eine unabhängige Vermittlerrolle zwischen den beiden Kolossen durch einen Kompromiß mit der UdSSR auf Kosten der vom Bolschewismus unterjochten Nationen zu sichern, hätte dieselben Folgen wie das Münchner Abkommen, da der Bolschewismus nicht nach Frieden, sondern nach Weltherrschaft strebt. Jegliche Verschiebung des Konflikts kommt nur dem Bolschewismus zugute, indem sie ihm hilft, den nationalrevolutionären Prozeß zu bremsen und sein Kriegspotential unaufhörlich zu steigern. Jede Zwei- oder Dreiteilung der Welt gewährt dem Bolschewismus objektive Möglichkeiten einer unterwühlenden und zersetzenden Tätigkeit in der freien Welt und bringt das Vertrauen der unterdrückten Nationen zum Westen ins Wanken. Insbesondere wäre eine aktive Rolle Großbritanniens und Westeuropas im Endspiel zwischen dem Westen und der UdSSR, sowie in der künftigen Kräfteverteilung, gerade durch eine politische Unterstützung der nationalen Freiheitsbestrebungen der von Moskau unterjochten Völker von deren Seite gesichert.

Moskaus Kraft und Schwäche

1. Zu einer Zeit, da die Ideen von der Freiheit der Nationen und Menschen ihrem Höhepunkt zustreben, sind Nationen auf keine andere Weise zu unterjochen, als durch die Narkotisierung des einzelnen mittels einer Lügentheorie und durch die Versklavung der Völker mit Hilfe von Kollektivierung und Sowjetisierung.

a) Das bolschewistische sozial-wirtschaftliche System bildet vor allem eine Form der nationalen Unterjochung und einer bisher unerhörten wirtschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung der Völker und Menschen. Die Befürwortung der Kollektivwirtschaft und der sonstigen Formen des gegenwärtigen Systems der Bolschewistenherrschaft seitens gewisser westlicher Kreise mutet als Bestreben an, diese bewährten Ausbeutungsformen auch nach einer eventuellen Befreiung in unseren Ländern beizubehalten, wie es im zweiten Weltkrieg auch Hitler getan hat.

b) Bolschewistische Ideen haben keine Attraktionskraft; darum verdecken die Bolschewisten ihren russischen Imperialismus den abhängigen Völkern Asiens und Afrikas gegenüber durch Losungen für nationale Freiheit und gegen materielle Not. Das bezeugt den Bankrott der kommunistisch-internationalistischen und der russischen „messianistischen“ Ideen.

c) Das erwachte Nationalbewußtsein und das unaufhaltsame Streben der Nationen nach Selbstbehauptung führt neue Kraftquellen auf die weltpolitische Bühne. Der Westen vermochte nicht in Einklang mit diesen Bestrebungen zu kommen. Darum ist er der bolschewistischen Propagandataktik, die sich jenen Prozessen und Idealen anzupassen mußte, unterlegen.

d) Moskaus Aggression gegen die freie Welt verwirklicht sich durch Bürgerkriege und durch bewaffnete Offensiven von außen her. Die Praxis des Partisanenkriegs ist in der bolschewistischen Strategie in Asien herrschend geworden. Politisch-ideologische Offensive, Moralzersehung, innere Diversion, Stärkung gewisser, interner Antagonismen, soziales Chaos, bewaffnete Zusammenstöße und Peripheriekriege bilden für den Bolschewismus die Grundelemente eines dritten Weltkrieges, den er bereits zu führen begonnen hat. Die zeitweilige Einstellung eines Peripheriekrieges ändert nichts an der Grundzielsetzung des Bolschewismus bzw. des russischen Imperialismus nach totaler Welteroberung.

2. Der 19. Parteitag der KPdSU hat Moskau und dem Weltkommunismus die Direktiven für die nächste Periode deutlich erteilt.

(Fortsetzung auf Seite 11)

Noch ist Zeit . . .

Schluß von Seite 2)

letzter Zeit die Zeichen einer einsichtigen Erkenntnis der wahren Lage hinter dem Eisernen Vorhang. Manche westliche Zeitungsstimme bringt schon volles Verständnis für die Bedeutung und Rolle unserer unterjochten Völker und ihren Befreiungskampf auf. So „Die Weltwoche“ und noch andere Schweizer Blätter, deren nüchterner Ton angenehm überrascht. Mögen sich darin ein Beginn des Durchbruches unserer Ideen im Westen und eine realistischere Haltung des letzteren manifestiert haben.

Acht Jahre lang warten wir auf das Aufdämmern dieses Verständnisses. Nun bleibt es zu wünschen, daß die maßgebenden Stellen und Faktoren sich diese Ideen zu eigen machen, um praktische Taten folgen zu lassen. Es ist an der Zeit, die fatale Konzeption eines unteilbaren russischen Imperiums, wie diese beispielsweise unter der Fahne des „Amerikanischen Komitees für die Befreiung vom Bolschewismus“ propagiert wird, endlich fallen zu lassen und der Bevorzugung und Zusammenarbeit mit bolschewistischen Kollaboranten aus den Satellitenstaaten ein Ende zu bereiten. Die wirklichen Wortführer der nationalen revolutionären Befreiungskräfte und die unversöhnlichen ideologischen Gegner des Bolschewismus lassen sich nicht weiter ignorieren, ohne der einmaligen Chance, die sich heute dem Westen gegen Moskau bietet, Abbruch zu tun.

Ideen, wie sie Harold E. Stassen noch vor der Übernahme der Regierung durch die Republikaner vertrat, sowie die Ansichten eines John Foster Dulles über die Völker des Nahen Ostens und Südasien, sollten bezüglich unserer Länder und deren Unabhängigkeit richtunggebend für die amerikanische Politik sein.

Wenn es schon soweit ist, daß sich sowjetische Soldaten weigern, in die Menge der Demonstranten zu schießen, wenn Tausende von Menschen auf die Straße gehen und sich mit bloßen Händen gegen sowjetische Panzer

stemmen, wenn in allen Satellitenländern der Widerstand aufflammt, wenn der Untergrundkampf auch aller jener schon seit langem von Moskau unterdrückten Völker sein Haupt erhebt und wenn schließlich im Kreml die Köpfe der Berija-Anhänger fallen, so kann man den Waffenstillstand in Korea kaum anders als einen Mißgriff ansehen. Der greise Syngman Rhee war sicherlich der einzige, der die Welt-situation richtig zu beurteilen vermochte. Es war nicht die Zeit für halbe Maßnahmen. Es war vielmehr Zeit, daß Rußland sein Pearl Harbour erlebt . . .

Die Zeit schreit danach, daß westliche Befehlshaber vom Schlage eines General Pattons mit einigen schneidigen Panzerdivisionen sich schützend vor die Aufständischen stellen. Der Augenblick drängt nach militärischer Unterstützung des Untergrundkampfes unserer Völker bei gleichzeitigem Vorstoß auf die Zentren des Kremles, wo die Tyrannen sich gegenseitig auflauern und abschlachten. Mehr denn je wäre am Plage, ein flammendes Manifest der Freiheit an die unterjochten Völker im Sinne einer Auflösung des russischen Völkergefängnisses und der Wiederherstellung ihrer nationalen und staatlichen Unabhängigkeit verkünden zu lassen. Millionen von Flugblättern über den versklavten Ländern, Rundfunkbotschaften durch den Äther im Geiste unserer Ideen, ein vorbehaltloses Bekenntnis zu den Grundsätzen der Freiheit für die Völker und die Menschen hätten heute ein Übriges getan, um die Lawine der Befreiungsrevolution zu entfesseln. Dadurch wäre das despotische Imperium Moskaus rascher zu beseitigen, als man es jemals gehofft hat.

Kein Waffenstillstand und kein Kompromiß mit dem Kreml mehr können jetzt Frieden auf Erden bringen und die Welt vor Furcht erlösen, sondern nur noch ein entschlossener offensiver Vormarsch.

Noch ist es nicht zu spät!

Die Methoden Moskaus

Vermassung als Werkzeug des Imperialismus

St. Die UdSSR schreitet unabwendbar dem Kriege und einer endgültigen Abrechnung mit der freien Welt entgegen — diese These haben wir schon seit Jahren als Leitsatz aufgestellt und wir glauben nicht, daß sich diesbezüglich heute im Grunde genommen etwas geändert hat. Die ganze sowjetische Wirtschaft wird auch unter dem Gesichtspunkt eines unabwendbaren Krieges organisiert, was durch keinerlei „Atempausen“ verschleiert werden kann. Die ganze Strategie der Sowjets ist ihrem politischen Kriegsplan angepaßt, der auf zwei Wegen vorangetrieben wird: Aggression von außen und Diversion von innen her.

Der Bankrott der Losungen von einer Weltrevolution selbst inmitten der sowjetischen Jugendgeneration, die nicht international und auch nicht „sowjetpatriotisch“ wurde, sondern ihrem Nationalbewußtsein verhaftet blieb, zwang die Sowjets zur Parole eines „Vaterlandskrieges“ zu greifen und sich der Losungen Suworows und Kutusows, ja selbst eines Bohdan Chmelnytzkyj zu bedienen! Nichtsdestoweniger aber setzte Moskau seine ganze Hoffnung in Wahrheit nur auf das auserwählte russische Volk, auf die russischen Rasseninstinkte und den russischen Messianismus, der zum Träger eines Weltimperialismus gemacht werden mußte.

Daraus ergibt sich notwendigerweise der offene Widerspruch zwischen den bekannten Exportphrasen über Weltrevolution, die für westliche Snobs und für Millionen Kommunisten in Frankreich, Italien oder China bestimmt sind, und dem nackten Endziel der Russen, das ihnen vor Augen zu halten gilt: die ersehnte Herrschaft über die ganze Welt.

Die Sozialisierung der Wirtschaft im ganzen sowjetischen Herrschaftsbereich wird indessen nur zu dem Zweck derart total und intensiv betrieben, um das Individuum in den beherrschten Ländern zu entmachten und die Millionen Menschen fremder Völker leichter knechten zu können. Die Kollektivierung in allen ihren Abarten trägt am wirkungsvollsten dazu bei, den Menschenwillen zu beugen und zu brechen, wobei im Interesse dieses Zieles selbst jede katastrophale Senkung des Produktionsstandes mit in Kauf genommen wird. Sonst, ohne diese erprobte Methode durchgeführt zu haben, wäre es für die Russen unmöglich gewesen, die versklavten fremden Völker der Sowjetunion und darüber hinaus noch fast die Hälfte Europas und Asiens unter ihrer Knute zu halten. Vor der Alternative einer Senkung des Lebensstandards einerseits und einer Lockerung der Zwangswirtschaft und der Freiheitsbeschränkung andererseits, muß sich darum Rußland zwangsläufig immer wieder für Kollektivierung, Sozialisierung, Verstaatlichung usw. entscheiden und daran festhalten, wenn es seine Gewaltherrschaft nicht selbst aufgeben will.

Allein so ist es zu verstehen, daß Länder mit reicher, sonst überschüssiger Landwirtschaft, wie Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Polen, Ostdeutschland, die Baltischen Länder usw., heute Mangel an Brot leiden und selbst vor Hungersnot nicht sicher sind, obgleich sie bis unlängst noch in der Lage waren, dichtbevölkerte und große Industrieländer des Westens reichlich mit Lebensmitteln zu beliefern. Die Not dieser Länder, die sie heute angeblich im Interesse eines „Aufbaus des Sozialismus“ zu ertragen haben, ist in Wirklichkeit weiter nichts als eine bewußte wirtschaftliche und geistige Drosselung ihrer Völker, um sie im Interesse des russischen Imperialismus zu willenlosen Sklaven im Dienste Rußlands zu machen. Eine weitere Erklärung ihrer Not findet sich allerdings noch im systematischen Auspumpen ihrer Landwirtschaft für den Bedarf Rußlands und für die Ziele der sowjet-russischen Wirtschaft, die auf den Krieg eingestellt ist.

Kollektivierung und Sozialisierung bedeu-

ten somit heute für Moskau nicht etwa nur eine sozialwirtschaftliche Kategorie zur Ausbeutung, sondern darüber hinaus und vor allem ein Mittel für nationale Unterdrückung als moderne Form des Imperialismus.

Der Totalitarismus entpuppt sich somit als Werkzeug und Abwandlung imperialistischer Zielsetzungen. Die goldenen Zeiten ritterlichen Kampfes sind vorbei. In der heutigen merkantilen Welt gibt es keine Ritter mehr. Die Ritter werden gehenkt und verraten, wie man beispielsweise einen Michajlowitsch einem Tito ans Messer geliefert hat, oder wie man den verabredeten Warschauer Aufstand Bor Komorowskys verbluten ließ und wie man auch den heldenhaften UPA-Befehlshaber Tschuprynka einsam und ohne Unterstützung den Schergen der MWD überantwortet hat.

Der Westen ist Moskau in die Falle gegangen und fing an, Würde und Ritterlichkeit mit Faschismus zu verwechseln, indem er nach bolschewistischem Rezept diesem Begriff all jenes zuzählte, was nicht sklavenmäßig ist und sich der bolschewistischen Vermassungsidee entgegenstemmt. Also kam es soweit, daß jeder Patriot, der unbeugsam für seine nationale Idee eintritt und kein rückgratloser Katzenbuckler ist, vom Westen als Faschist gebrandmarkt wird. Unzählige Helfershelfer der Bolschewisten dagegen, die noch unlängst Moskau gedient hatten und dem Kreml geholfen haben aufrechte Nationalisten zu liquidieren, sind heute als rechte Demokraten angesehen und dürfen dem Westen als Partner im Kreuzzug gegen die bolschewistische Tyrannei dienen.

Zu unserer Grundthese zurückkommend, dürfen wir allenfalls feststellen, daß Totalitarismus und Vermassung als moderne Mittel des Imperialismus nach wie vor bestrebt

bleiben werden, überall dort Wurzel zu fassen, wo sich ein Volk zum Ziele macht, über fremde Völker zu herrschen. Wir wollen hoffen, daß es niemals dazu kommt, daß die westliche Welt eines Tages das Kolchosensystem im Osten ebenso beizubehalten versucht, wie es seinerzeit Hitler in der Ukraine getan hat, um den deutschen „Lebensraum“ bis nach Woronisch-Kursk auszudehnen, und zwar unter dem Vorwand, daß es sonst unmöglich wäre, die landwirtschaftliche Produktion auf dem gehörigen Stand zu halten! Das würde nur bedeuten, daß die neuen „Befreier“ eine neue Unterjochung unserer Länder und Völker bereiten wollen.

Kollektivismus, Kommunismus, proletarische Weltrevolution — all diese Schlagworte sind nur Haschisch für die Völker, der russischerseits meisterhaft und perfid ausgestreut wird. Es gibt Leute und Völker, welche vor dem Trugbild dieser Parolen, die ihnen soziale Erlösung, Abschaffung der Kolonialklaverei und ein neues Leben in Freiheit und Gerechtigkeit versprechen, in Exaltation geraten. Nachdem sie jedoch das Kolonialstatut oder die kapitalistische Gesellschaftsordnung unter dem Banner Moskaus gestürzt haben und sich anschieken, ihre Ideale zu verwirklichen, und zwar unter Anwendung jener vielversprechenden Systeme der Kollektivierung, Verstaatlichung, totalen Verneinung menschlichen Einzelwillens und der Religion, geraten diese Völker in die grausame Wirklichkeit einer noch schlimmeren Sklaverei. Dann werden sie von der Verzweiflung eines Reisenden in der Wüste gepackt, der nach der Fata Morgana einer Oase gejagt hat und statt dessen vom Sandsturm und Sonnenglut zu Boden geworfen wird. Wenn die Ernüchterung vom Haschischtaumel eintritt, dann ist es schon zu spät.

Die vom Bolschewismus unterjochten Völker sind gegen jede derartige Narkomanie schon längst immun und kämpfen darum heute unbeirrt gegen den sowjetrussischen Okkupanten, der außer der Gewalt kein anderes Mittel mehr besitzt, sie weiter in Unfreiheit zu halten.

Das Land, das nicht zu kapitulieren gedenkt

Aus einer Artikelserie des bekannten turkestanischen Politikers und Publizisten E. Sch. Bulaq Baschi, Mitglied des „National Turkestanischen Einheitskomitees“, der mit den einschlägigen Problemen seiner Heimat aufs Beste vertraut ist. (Red.)

Turkestan bei der Revolution 1917

Die Worte „Rußland“ und „Russe“ verkörpern in den Augen der von Rußland beherrschten Völker den Begriff eines imperialistischen Landes und Volkes, ebenso wie die Worte „Kommunismus“ und „Sowjetregierung“ von den durch Sowjetrußland unterworfenen, unter seiner Herrschaft schmach tenden Völkern, als Sinnbilder von Grausamkeit, Raub und Plünderung, Terror, Rechtlosigkeit, Betrug, Hunger und Mord verstanden werden. Zwar sind die Kommunisten bei der Begründung ihrer Macht mit dem Schlagwort „Gleichheit und Freiheit der Völker“ aufgetreten, jedoch von dem Tage an, da sie die Herrschaft in Händen hatten, setzten sie nur die vom zaristischen Rußland betriebene imperialistische und kolonialisatorische Politik fort, ja sie verwirklichten sie sogar in verstärkter und viel schlimmerer Weise.

Die nicht-russischen Völker, die bis zur Revolution des Jahres 1917 für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit gegen die Unterdrückung durch das zaristische Rußland kämpften, waren ursprünglich der gegen Rußlands Zarenregime gerichteten Revolution gegenüber wohlwollend eingestellt und aus ihren freiheitlichen Hoffnungen heraus unterstützten sie sogar die Revolution, indem sie die zaristischen örtlichen Behörden in Einzelfällen angriffen. Ihre Hoffnungen jedoch gingen nicht etwa dahin, an Stelle des zaristischen Regimes ein neues Rußland mit einem anderen Regierungssystem errichtet zu sehen, sondern gingen einzig und allein dahin, einen von fremder Unterdrückung freien und unabhängigen Nationalstaat zu schaffen.

Deswegen hauptsächlich haben auch nach der erlebten Enttäuschung vom Bolschewismus die Kämpfe der nicht-russischen Völker gegen Rußland

verschärfte Formen angenommen. Dies trat besonders deutlich in der Freiheitsbewegung des turkestanischen Volkes in Erscheinung, das in dem halben Jahrhundert seiner Okkupation sich unentwegt gegen das Moskowitertum zur Wehr setzte.

Bolschewiken konkurrieren mit Kerensky

Zu jenen Zeiten, da alle Parteien in Rußland die Früchte der Revolution für sich einhamstern wollten, trat jede von ihnen mit verlogenen Schlagworten und Versprechungen auf, um die Sympathie der unterdrückten Völker zu gewinnen.

In den ersten Perioden des kommunistischen Umsturzes standen sich in Turkestan, wie auch in anderen Ländern zweierlei russische Kräfte gegenüber. Jede von ihnen versuchte auf die eine oder andere Weise im Kampf gegen das zaristische Regime die Turkestaner an sich zu ziehen. Die eine dieser Parteien war die russisch-kommunistische, auf der anderen Seite standen die Leute der Kerensky-Regierung. Von den Turkestanern, die für ihre nationale Freiheit kämpften, gehörte niemand zu diesen Parteien; sie vertraten ihre eigene Sache. Infolge einer Reihe von Fehlern auf Seiten der turkestanischen Patrioten konnten sich aber diese nicht schnell genug in einer Einheitsfront einigen; manche nationalen Führer glaubten sogar den verlogenen Versprechungen der Russen und fielen auf ihre Taktik herein. Die eine russische Gruppe tat, als ob sie den Forderungen der Nationalisten Gehör schenke und versprach die Autonomie, die andere gab bekannt, sie werde sogar das Recht auf nationale Unabhängigkeit anerkennen. Dieses Letztere taten eben die Bolschewisten. Unbeschadet dessen aber gab es genug zülsichere Patrioten, welche die Fahne der nationalen Unabhängigkeit fest in die Hand nahmen und weiterhin dagegen kämpften, daß in Turkestan eine russische Regie-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Das Martyrium hält an...

Unter dem Schutz sowjetischer Panzer entfalten die politischen Hochstapler in Pankow ein Schreckensregiment, wie man es bisher in Deutschland nicht für möglich gehalten hätte. Verhaftungswellen, Großrazzien nach befreiten Häftlingen, Terrorprozesse und Schreckensurteile jagen einander in unabreißbarer Folge.

Fortdauer des passiven Widerstandes

Die durch die sowjetzonalen Ausbeutungs- und Drangsalierungspolitik gepeinigten Arbeiter aber denken nicht daran, ihren Widerstand gegen die Vernichter eines menschenwürdigen Daseins aufzugeben. Auch nach dem 17. Juni noch führen sie fort — und tun es bis heute —, sich gegen das ihnen zugefügte Unrecht zur Wehr zu setzen: am 23. und 24. Juni streikte die gesamte Belegschaft der Carl-Zeiss-Werke in Jena; in den Eisenacher Motorenwerken drohten 6200 Mann, sofort die Arbeit niederzulegen, wenn ihre verhafteten Kollegen nicht entlassen würden; die Arbeiter und Angestellten des SAG-Schwermaschinenbaubetriebes in Erfurt erzwangen die Freilassung der Inhaftierten mit der Drohung, andernfalls am 23. Juli erneut in Streik zu treten; in Gröditz wurde ein SED-Redner, der behauptet hatte, „die Regierung sei vom Vertrauen der Arbeiterschaft getragen“, von den Massen der Werkstätigen ausgepöffelt und vom Podium heruntergeholt.

So sieht die Aktiv-Legitimation jener zwielichtigen Gestalten aus, die sich in schamloser Begriffsverfälschung als „Volksvertreter“ bezeichnen und außerdem die Stirne haben, die amerikanische Lebensmittelhilfe für die ausgehungerte Bevölkerung mit rowdymäßigen Insulten abzulehnen und zu sabotieren. Ihre verlogene Behauptung, es gebe keine Hungersnot in der Sowjetzone, wird ebenfalls durch die Tatsachen widerlegt:

Im Bezirk Halle sind 63 Prozent der Schüler über 12 Jahre infolge kaum noch zu beschreibender Unterernährung an The erkrankt. Die Sterblichkeitsziffer auf Grund ungenügender Versorgung mit Lebensmitteln nimmt in erschreckenden Ausmaßen zu. Kein Wunder, wenn sich die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wegen der hochprozentigen Bauernflucht in voller Auflösung befinden und die gesamte Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch steht! Mußte doch selbst der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, erst vor wenigen Wochen zugeben, daß *alarmierende Nachrichten* auf eine Katastrophe in der bevorstehenden Ernte hindeuten. Die Bezirke Neubrandenburg, Gera und Magdeburg sind bereits zu landwirtschaftlichen Notstandsgebieten erklärt.

Verluderung von Lebensmitteln

Die brutale Gewissenlosigkeit eines absolut degenerierten Staatsapparates mit seiner beispiellosen Mißwirtschaft tut hierzu ein Übriges:

In der Stadt Haldensleben (Bezirk Magdeburg) mußten über 100 Einwohner nach dem Genuß von Fleisch und Fleischwaren aus der HO mit schweren Vergiftungserscheinungen in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. (Wir haben bereits in unserer vorhergehenden Ausgabe auf die Verarbeitete tuberkulösen Fleisches hingewiesen!) Bei vielen von ihnen besteht Lebensgefahr. Die örtliche Presse durfte weder über die Fleischvergiftungen berichten, noch eine Warnung an die Bevölkerung veröffentlichen! —

In Schwerin waren 8800 Gläser mit je 2½ Pfund eingewekten Schweinefleisches total verdorben und für den menschlichen Genuß unbrauchbar. Auch hier erlitten zahlreiche Personen Vergiftungen. Desgleichen waren Tausende polnische Eier ungenießbar.

Die Empörung über die Zurückweisung des US-Hilfsangebotes wächst aus all diesen Gründen von Stunde zu Stunde. Sprechchöre mit dem Ruf: „Wir haben Hunger! — Wir wollen uns endlich satt essen!“ sind an der Tagesordnung.

Mit Maschinenpistolen gegen hungernde Frauen

In mehreren Fällen wird berichtet, daß abgemagerte Frauen stundenlang vor HO-Läden um Margarine anstanden, die als „ausverkauft“ erklärt wurde. Als ein ca. 1000 Köpfe zählender Demonstrationszug unter den gleichen Rufen zum Rathaus zog, wurde er nach „sowjetisch-demokratischem“ Muster mit Maschinenpistolen beschossen.

Es nähme kein Ende, wollten wir all die ungeheuerlichen Einzelheiten an Bestialitäten aufzählen, die heute in einem Land gang und gebe sind, das vor nicht allzu langer Zeit dem europäischen Kulturkreis angehörte. Als besonderes Schulbeispiel sei nur noch vermerkt, daß in der Nacht vom 16. auf 17. Juni nach dem eigenen Eingeständnis des SSD-Kommissars Henkel aus dem Gefängnis Ecke Thälmann- und Ludwig-Ey-Straße 18 Personen, unter ihnen zwei Frauen, in *vernagelten Kisten* mit unbekanntem Ziel abtransportiert wurden.

Das Land, das nicht zu kapitulieren gedenkt

(Fortsetzung von Seite 5)

— gleich welcher Farbe und Systems — erichtet und das Land erneut unter russische Aufsicht und Botmäßigkeit gezwungen wurde.

Turkestan — harte Nuß für den Kommunismus

Dem turkestanischen Volk bedeutet die kommunistische Ideologie eine völlig fremde Weltanschauung. Da der gottlose bolschewistische Irrwahn ein unerbittlicher Feind auch des Islam ist und die Turkestaner dem Islam verhaftet sind, empfinden sie schon deshalb diese Ideologie als ausgesprochen feindselig. Hinzu kommt noch, daß der russische Kommunismus dem turkestanischen nationalen Charakter, seinem Sittlichkeitsempfinden, der nationalen Wirtschaft und den Sitten und Gebräuchen Turkestans diametral entgegengesetzt ist. Aus den gleichen Gründen hatte das turkestanische Volk trotz seiner ein halbes Jahrhundert dauernden kolonialen Unterdrückung durch das zaristische Rußland auch nie einen Vertreter in den Reihen der gegen das zaristische Regime kämpfenden russischen Kommunisten geholt.

Im turkestanischen Volke gab es ferner auch keine Klassengegensätze und infolgedessen auch keine Klassenkämpfe. Das turkestanische Volk lebte seit jeher unter dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, sodaß bei ihm die wirtschaftliche oder politische Voraussetzung für das Entstehen einer kommunistischen Strömung fehlte. Der vom Volke seit vielen Jahren geführte Kampf war vielmehr lediglich ein Kampf gegen die fremde russische Unterdrückung, dessen Beweggründe das Streben nach nationaler Freiheit und staatlicher Selbstständigkeit bildete. Deshalb schauen auch bis heute noch die russischen Kommunisten und die Moskauer Diktatoren auf das turkestanische Volk nur mit Furcht und Mißtrauen. Und das mit Recht, denn das turkestanische Volk hat immer noch nicht kapituliert und denkt nicht daran es jemals zu tun.

Briefmarken werben für Volkstumsrechte

Das Slowakische Befreiungskomitee hat soeben eine Serie von Briefmarken der Slowakischen Republik in fünf Werten herausgegeben.

Die Abbildungen symbolisieren den Kampf des slowakischen Volkes gegen die Doppeltyrannei, für Freiheit und staatliche Selbstständigkeit.

Die Idee der Briefmarken stammt von Rev. Rudolf Dilong, dem Vizepräsidenten des Exekutivrates des Slowakischen Befreiungskomitees, einem bekannten slowakischen Nationaldichter. Sie wurde von Karol Oravsky, Mitglied der Versammlung des Slowakischen Befreiungskomitees, verwirklicht.

Die Serie der Briefmarken der Slowakischen Republik wurde herausgegeben, um zu manifestieren, daß die Slowakische Republik rechtlich noch besteht. Damit soll vor der freien Welt die Entschlossenheit des slowakischen Volkes kundgetan werden, in einer ihm einzig gemäßen eigenen Republik auf demokratischer Grundlage zu leben und eine gleichberechtigte Stellung in der Familie der freien Völker zu erlangen.

* * *

Die Kroatische Widerstandsbewegung gab ebenfalls eine Serie von Briefmarken in sechs verschiedenen Werten heraus.

Diese Briefmarkenserie, welche kroatische Emigranten bei ihrer Korrespondenz verwenden, soll gleichfalls das Weiterbestehen des kroatischen Staates symbolisieren und den Anspruch des kroatischen Volkes auf ein selbständiges und freies Kroatien manifestieren.

In Anbetracht solcher Zustände kann man sich nicht genug über den grinsenden Hohn verwundern, der uns gegenwärtig von den Plakatsäulen herab eine Glutwelle der Empörung ins Gesicht jagt: Auf einem Wahlplakat ist das Kopfbildnis eines Kindes zu sehen, das mit kummervollem Blick in die Zukunft zu schauen scheint. Die Beschriftung lautet: „Denkt auch an mich! — Wählt KPD!“

Kein Zweifel: Wenn auch in der Westzone ähnliche Zustände einreißen sollten wie im kommunistisch mißregierten Bereich der Pieck und Genossen, dann wäre der hoffnungslose Gesichtsausdruck des für einen pharisäerhaften Stimmfang mißbrauchten Kindes mehr als hundertfach berechtigt!

R. Persing

Der russische Kommunist Golosov gestand auch einmal selbst ein, daß im Osten das Leben und der Fortschritt einen anderen Weg gegangen seien; deshalb könne man die von Marx geschaffene Theorie und ganz allgemein die Theorien des Marxismus-Leninismus im Osten nicht anwenden. Dem Eindringen des Bolschewismus in Turkestan stellten sich auch der Aufbau und der Charakter des dortigen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Lebens in jeder Beziehung kompromißlos entgegen.

Der amerikanische Journalist L. Hopson, der in der Sowjetzeit Turkestan bereist und kennengelernt hat, sagt in einem Artikel, den er in „Paris Midi“ (14. 12. 1930) unter der Überschrift „Die Sowjets haben Turkestan mit einer roten Mauer umgeben“, veröffentlicht hat, u. a.: „Turkestan ist in Zentralasien, es wurde von den Russen Ende des letzten Jahrhunderts erobert. Das Volk dieses Landes hat nie freiwillig das russische Joch übernommen; jetzt aber wird es nicht einfach von den Russen beherrscht, sondern von den russischen Bolschewisten, die seine nationalen Traditionen zerschlagen, und darum verstärkt sich der Haß gegen die Russen von Tag zu Tag.“ „Wenn man von Moskau nach Mittelasien kommt, wundert man sich über die Kriegsatmosphäre, die über dem Lande liegt.“ „Überall sind Soldaten. Sogar der Bahnhof von Taschkent ist voll von Militär. Auf den Straßen und überall Soldaten. Aus Furcht, von der einheimischen Bevölkerung angegriffen zu werden, gehen diese nicht einzeln, sondern in Gruppen“... „Alle Soldaten sind aus den Provinzen Rußlands gekommene Russen“... „Die Turkestaner haben auch unter dem kommunistischen Joch bis jetzt ihr Haupt nicht gebeugt.“

Stalins Hohn und Tücke

Die kommunistische Ideologie ist zwangsweise nach Turkestan importiert worden. Wenn die fremden Eindringlinge dem einheimischen Volke so sehr verhaßt sind, so liegt der Grund darin, daß ihm ihr Wesen, ihre Methode, ihr System und ihre Idee einfach zuwider und verhaßt sind. Darum blieb es auch nicht aus, daß die russischen Kommunisten, die ihre Herrschaft in Turkestan mit Waffengewalt errichtet haben, auf den Widerstand des turkestanischen Volkes gestoßen sind.

Der erste Kongreß der turkestanischen Arbeiter und Bauern, welcher am 26. 12. 1917 in der Stadt Fergana stattfand, beschloß, ein Telegramm an die Sowjetregierung in Petersburg mit folgendem Wortlaut zu senden: „Wir bitten die Sowjetregierung, das in Taschkent gebildete Sowjet-Kommissariat aufzulösen, weil es sich auf turkestanfremde Elemente, nämlich auf die russischen Soldaten stützt. Die Kokander Regierung muß als gesetzmäßige Regierung Turkestans anerkannt werden. Andernfalls sehen sich die turkestanischen Bauern und Arbeiter gezwungen, die notwendigen Schritte selbst zu unternehmen.“

Hierauf antwortete sogleich Stalin am 5. 1. 1918 im Namen der Sowjetregierung telegraphisch: „Die Räte (Sowjets) sind in ihren inneren Angelegenheiten autonom. Darum brauchen die werktätigen Turkestaner sich nicht nach Petersburg mit der Bitte um Auflösung der Taschkenter Sowjetkommissariate zu wenden, sondern sollen sie mit Gewalt auseinandertreiben, wenn die turkestanischen Bauern und Arbeiter über eine solche Macht verfügen. — Stalin, Volkskommissar für die Angelegenheiten der Nationalitäten.“

Die Turkestaner besaßen nicht genügend Waffen, und es war ihnen unmöglich, die russischen Okkupanten mit eigener Kraft zu vertreiben.

(Wird fortgesetzt.)

Das Schwarze Meer in der Strategie der Zukunft

Von Oberst M. S. Magnetesko

Wenn wir den Gesamtkomplex eines zukünftigen Krieges gegen die UdSSR ins Auge fassen, können wir feststellen, daß die kommunistischen Armeen im Norden und im Süden sich in einer unbequemen Situation befinden werden, indem sie zwei offene Flügel haben: das Gebiet des Nördlichen Eismeer und das des Schwarzen Meeres.

Das Schwarze Meer bildet das Zentrum des Komplexes der nämlichen Fronten, die von der UdSSR gegen die Türkei und die Staaten des Nahen Ostens gebildet werden.

Wenn man die Länder am Schwarzen Meer vom Osten und vom Westen aus betrachtet, darf man andere Wasserräume (die Gebiete des Ägäischen und des Mittelmeeres, auch die Kaspische See und den Persischen Golf) davon nicht trennen, welche gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen werden.

Das Schwarze Meer stellt ein Wasserterritorium dar, das in die Landschaft der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten spigenförmig weit nach Norden vorgeschoben ist. Von hier aus kann man auf dem kürzesten Wege die Industriezentren der UdSSR erreichen, desgleichen bei einem Übergewicht der Luftflotte auch diejenigen am Ural und hinter demselben, hauptsächlich aber auch Moskau belangen.

Darum haben die Bolschewisten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges begonnen, sehr schnell neue Befestigungen längs der ganzen Küste des Schwarzen und Asowschen Meeres zu bauen und die alten wieder herzustellen, welche einerseits durch die Deutschen und andererseits durch die Bolschewisten selbst vernichtet wurden.

Dieser große Abschnitt von den Westküsten Bulgariens, Rumäniens, der Ukraine, des Nordkavkasus und Georgiens an bis zum letzten südlichen Hafen Batumi (Akscharistan), ist jetzt eine ununterbrochene Befestigungskette wie die atlantische Küstenlinie am Meeresrande selbst und in der Tiefe des Festlandes, wo sich starke Verteidigungsanlagen befinden. Diese Stützpunkte werden auf dem Territorium der Satellitenstaaten und der unterdrückten Völker der UdSSR gebaut, demzufolge ihre Dörfer und Städte der Vernichtung aus der Luft anheimfallen werden.

Während der Kriegshandlungen werden auf dem Gebiet der Ukraine die strategischen und operativen Reserven konzentriert werden.

Das ganze Wirtschaftspotential der Ukraine wird den Armeen zur Verfügung stehen müssen.

Weil die Hauptplätze der kriegerischen Operationen sich in der Richtung der Länder mit mohammedanischer Bevölkerung befinden dürften, werden die Bolschewisten durch entsprechende Propaganda alle historischen Gegensätze mit der mohammedanischen Welt aufzuputzen suchen.

Hauptaufmarschgebiete im Osten

Der zweite Weltkrieg hat wegen der unzulänglichen Politik der westlichen Staaten dazu geführt, daß die Bolschewisten die Küsten Rumäniens und Bulgariens erobert haben. Es ist klar, daß, wer die Westküste des Schwarzen Meeres besitzt, auch die Schifffahrt auf der Donau beherrscht und die Kontrolle darüber hat. Hier hat die UdSSR einen unbeschränkten politischen und strategischen Einfluß, sowie die Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausbeutung dieser Länder. Von hier aus wird die UdSSR wahrscheinlich ihre Angriffspläne gegen die Türkei und andere Staaten voranzutreiben suchen.

Die Bolschewisten wissen gut, daß in der Zukunft ein Seekrieg mit den großen Seemächten — den USA und England — nicht zu vermeiden wäre. Sie sind gezwungen, an die Verteidigung der Küsten des Schwarzen und Asowschen Meeres nicht nur vom Festlande aus, sondern auch durch die See-Einheiten zu denken, besonders durch die Unterseeboote, welche sie jetzt mit Hilfe der mobilisierten deutschen Fachleute in großer Eile bauen. Dazu haben sie nach dem Ende des zweiten Weltkrieges den Wolga-Don-Kanal errichtet, welcher jetzt eine große Bedeutung hat, indem er die fernen Zentren der UdSSR mit dem Schwarzen Meer verbindet. Diese Wasserstraße wird es ermöglichen, die Unterseeboote (von den Sormow-Werken in der Stadt Gorki) und große Dieselmotoren für dieselben (Kolomna-Werke in Moskau) zu transportieren,

sowie Munition von den Uralwerken durch die Flüsse Kama und Bila heranzuschaffen, ohne den Eisenbahntransport zu belasten.

Das Territorium der Ukraine, von der Mündung der Donau bis zum Kaukasus, ist durch große Flüsse durchzogen; auch sie werden eine große Bedeutung für die Kriegführung haben. Alle diese Flüsse, mit Ausnahme des Kuban, begünstigen die Operationen vom Süden nach dem Norden.

Es genügt darauf hinzuweisen, daß bei Vorhandensein eines gut ausgearbeiteten westlichen Operationsplanes für die Besetzung der wichtigsten Punkte — der Häfen in den Mündungen und des Einzugsgebietes dieser Flüsse — es Möglichkeiten für die Bildung von Brückenköpfen geben wird, von denen aus die Kriegshandlungen in der Richtung nach Norden weiterentwickelt werden können. Wer über die südlichen Gebiete am Schwarzen Meere herrscht, kann die gesamte russische Strategie tödlich bedrohen.

Im Auge zu behalten sind auch die anderen Staaten der von Moskau unterdrückten Völker, welche in irgendeiner Weise eine Verbindung mit dem Schwarzen Meer haben, wie z. B. der Nordkavkasus, Aserbeidschan, Georgien, Armenien und

Diplomatische Beziehungen mit der Ukraine und Weißruthenien?

Ein Unterausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses stimmte einer Entschliebung zu, in der es heißt, daß zu der Ukraine und Weißruthenien diplomatische Beziehungen aufgenommen und Vertreter der USA in die beiden Staaten entsandt werden sollen. Die Entschliebung kam im Rahmen der von der USA verfolgten sogenannten Befreiungspolitik zustande und wird an den außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses weitergeleitet.

Die Tatsache dieses Freundschaftsangebotes wurde bereits durch Rundfunk- und Presse-Agenturen bekanntgegeben. Ob und welche praktischen politischen Auswirkungen es haben wird, muß der Zukunft überlassen werden. Jedenfalls kann die erwähnte Entschliebung als erfreulicher Vorstoß dahingehend registriert werden, die amerikanische Regierung zu veranlassen, sich offiziell hinter den Befreiungswillen der noch immer unterjochten Staaten zu stellen und dies auf diplomatischer Ebene zum Ausdruck zu bringen.

Kosakia, welche zusammen mit der Ukraine zum endgültigen Sieg über die UdSSR beitragen können, wenn man ihren unterjochten Völkern die Unabhängigkeit überzeugend garantiert.

Die Bildung der sowjetischen Schwarzmeerfront wird nach unserer Ansicht einige Stoßrichtungen gegen die möglichen Feinde der UdSSR auslösen, und zwar gegen die Türkei, Iran, Griechenland, Jugoslawien und die Länder des Nahen Ostens. Diese Richtungen können sein:

1. die des Schwarzen Meeres selbst;
2. des Kaukasus;
3. die Balkanrichtung;
4. die mittelasiatische Richtung.

Die Schwarzmeer-Richtung

Zu dieser Richtung wird nicht nur die Ukraine gehören, sondern auch Bulgarien und Rumänien. Die Kriegshandlungen werden gegen das Territorium der Türkei gerichtet sein. Die Hauptaktionen der Armeen der UdSSR werden längs der Westküste des Schwarzen Meeres von Rumänien und besonders von Bulgarien aus geführt werden. Außerdem wird von den nördlichen Stützpunkten der Ukraine die Schwarzmeerflotte gegen die nördlichen Häfen der Türkei wirken, deren Aktionen mit denen der Festlandarmeen kombiniert werden, welche aus der kaukasischen Richtung sich zur Stadt Trapezunt bewegen werden, von der Westküste Bulgariens nach Istanbul, und weiter durch den Bosphorus zu den Häfen von Sile und

Sinop. Die Bildung dieser Richtung wird für die UdSSR durch die Notwendigkeit hervorgerufen, den Bosphorus und die Dardanellen wie auch die nördlichen Häfen der Türkei zu erobern. Eine Befestigung der UdSSR auf dem Territorium der Türkei nach der Besetzung der Hauptstadt Ankara und der Westküste Kleinasien wird der UdSSR die Möglichkeit geben, die Unterseeflotte des Schwarzen Meeres nicht nur im Ägäischen Meer gegen die griechischen und alliierten Kräfte, sondern auch im Mittelmeer gegen die Flotte und die Stützpunkte der USA und Englands wirken zu lassen. Die Hauptkräfte der Schwarzmeererrichtung werden die Armeen der militärischen Gebiete von Odessa und eines Teiles von Kyiw und Charkow, die Armeen der Schwarzmeerflotte und die bulgarische Armee sein.

Die kaukasische Richtung

Die Bildung der kaukasischen Richtung wird durch die Notwendigkeit für die UdSSR hervorgerufen, die Erdölquellen im Iran und in den Ländern des Nahen Ostens zu erobern, und die militärischen Handlungen gegen die Türkei aus östlicher Richtung zu führen. Der Angriff auf den Iran und die Länder des Nahen Ostens (Irak, Syrien, Libanon, Palästina, Transjordanien und Ägypten) wird die Möglichkeit geben, die Erdölquellen für die Versorgung der motorisierten Armeen und der Flugzeuge zu besetzen, durch Syrien Angriffe gegen die Türkei zu führen und weiter vom Libanon aus die Erdölleitung zu erobern, welche aus dem Irak zum Hafen von Tripoli geht und die Hauptquelle für die Versorgung der amerikanischen und englischen Flotte im Mittelmeer bildet.

Durch Transjordanien, Israel und die östlichen Teile von Ägypten können die Armeen der UdSSR Port Said und Suez, welche den Schlüssel zum Roten Meer und zum Indischen Ozean bilden, besetzen. Erwähnt werden muß weiter der englische und amerikanische Stützpunkt auf der Insel Zypern, der sehr wichtig ist und den die UdSSR bestrebt sein wird, mit allen Mitteln in ihre Hand zu bekommen. Die militärischen Handlungen gegen die Türkei werden aus dieser Richtung in der Hauptsache längs der südlichen Küste des Schwarzen Meeres gegen die nahen Seehäfen geführt werden. Die östlichen Gebiete der Türkei bis zu den Grenzen des Irak werden vermutlich durch die Armeen der UdSSR wegen der Berglandschaft in einem Positionskrieg gebunden werden. Die Verwirklichung dieser Operation in kürzester Zeit wird wohl eine der Hauptaufgaben der Armeen der UdSSR sein, welche in dieser Richtung wirken. Bei der Bildung der kaukasischen Richtung werden die Hauptkräfte der UdSSR die Armeen des nordkaukasischen und transkaukasischen militärischen Gebietes und eines Teiles des Wolgarumes beteiligt sein.

Die Balkan-Richtung

Die Kriegsoperationen der Balkan-Richtung sollen nach sowjetischem Plan auf dem Territorium Griechenlands und Jugoslawiens geführt werden. Die Bildung dieser Richtung wird für die UdSSR durch die Notwendigkeit bedingt, die Balkanhalbinsel zu besetzen, was der UdSSR Schlüsselstellungen am Ägäischen Meer verschaffen soll. Das Zusammenwirken der Streitkräfte dieser Richtung soll den Bolschewisten mit der Schwarzmeer- und kaukasischen Richtung in kurzer Zeit Suez erobern helfen. Außerdem wird es der UdSSR die Möglichkeit geben, im Adriatischen Meer zu wirken und Italien mit einer Okkupation zu bedrohen. Die Kräfte dieser Richtung werden außer den Angehörigen der militärischen Gebiete der Karpathen und von Kyiw, noch die Armeen Bulgariens, Ungarns und Albanien einschließen.

Mittelasiatische Richtung

Die Bildung dieser Richtung ist für die UdSSR notwendig, um den Iran unter ihren Einfluß zu bringen und den Persischen Golf von östlicher Richtung her zu gewinnen, auch um Afghanistan und Pakistan zu erobern, dadurch die Stützpunkte am Arabischen Meer zu besetzen und Indien end-

(Schluß auf Seite 12)

Die Osteuropaforschung in Deutschland

Ein wichtiger Bundestagsbeschuß / Die Forschungsinstitute und deren Aufgabenkreis

Von Roman Hlutykij

Am 3. Juni 1953 hat der Deutsche Bundestag einen Beschluß gefaßt, der auch für die in Deutschland lebende Emigration von Bedeutung ist. In dem Beschluß heißt es:

„Die Bundesregierung wird ersucht

1. im Zusammenwirken mit den Ländern die wissenschaftliche Forschung und Lehre über Ost- und Südosteuropa in unserem gesamten Bildungswesen ausreichend zu fördern und die Bearbeitung kultureller, philosophischer, religionskundlicher, geschichtlicher, juristischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fragen durch Bundeshilfe besonders zu unterstützen,

2. auf die Länder einzuwirken, daß im Schulunterricht eine gründliche Kenntnis Ost- und Südosteuropas gewährleistet wird,

3. den Ländern zu empfehlen, daß der politische Unterricht durch die Vermittlung von Kenntnissen über die deutschen Ostgebiete erweitert wird,

4. der Bearbeitung von Ostproblemen durch die Erweiterung und Koordinierung der vom Bund geförderten wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem mit Hinblick auf die deutsche Außenpolitik und den deutschen Außenhandel, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

5. die kulturelle Betreuung der osteuropäischen Emigration unabhängig von politischen Bestrebungen zu fördern, insbesondere einen angemessenen Beitrag zu dem Europäischen Kulturfonds für die Exilierten zu leisten, dessen Schaffung von der beratenden Versammlung des Europarates im Dezember 1951 empfohlen wurde,

6. dem deutschen Bundestag bis zum 1. Mai 1954 über die im Sinne von 1. bis 5. erfolgten Maßnahmen zu berichten.“

Der Bundestag hat zwar diesen Beschluß mit absoluter Mehrheit angenommen, doch haben sich in der Diskussion ziemlich bedeutende Differenzen betreffs Punkt 5 erwiesen. Mehrere Abgeordnete aus verschiedenen politischen Parteien haben sich bemüht, auf den Bundestag dahingehend einzuwirken, daß von einer kulturellen Betreuung aus den Bundesmitteln diejenigen Emigranten bzw. Emigrantengruppen ausgenommen werden sollen, deren Tätigkeit antideutsche und terroristische Akzente aufweist. Insbesondere von Seiten der SPD sind Einwände dagegen erhoben worden, daß frühere „Kollaboranten“ des Dritten Reiches von der Unterstützungsaktion erfaßt werden.

Durch den Beschluß vom 3. Juni bemüht sich Deutschland, seine verlorengegangene Vorrangstellung in der osteuropäischen Forschung wieder zu gewinnen. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges hatte nämlich Deutschland in der Erforschung der osteuropäischen Probleme den ersten Platz unter allen westeuropäischen Völkern inne. Während des Krieges jedoch sind millionenfache Sammlungen von Büchern über Ost- und Südosteuropa ausgehombt worden oder auf andere Weise verlorengegangen bzw. nach Abschluß des Krieges durch die siegreichen Mächte nach West oder Ost abtransportiert worden. Auch die Osteuropa-Wissenschaftler hatten sehr große Verluste zu verzeichnen, und zwar fielen einige von ihnen als Dolmetscher oder an anderen gefährdeten Posten oder wurden durch das nationalsozialistische Regime vernichtet, weil sie größtenteils mit der Ostpolitik Hitlers nicht einverstanden waren. Die einst ruhmreichen deutschen Osteuropa-Institute in Berlin, Breslau, Königsberg und Wien sind zu vollkommener Bedeutungslosigkeit herabgesunken beziehungsweise haben sie vollkommen aufgehört zu existieren. An Stelle Deutschlands traten die anglosächsischen Staaten als die bedeutendsten Erforscher von Ost- und Südosteuropa.

Nun hat Deutschland durch den Beschluß des Bundestages vom 3. Juni seinen edlen Konkurrenzkampf mit den angelsächsischen Völkern aufgenommen und will sich bemühen, seine Position aus der Vorkriegszeit wieder herzustellen.

Das Bemühen Deutschlands, seine Osteuropa-Wissenschaften wieder aufzubauen, begann eigentlich schon in den Jahren 1949/50. Seit dieser Zeit wurden an den deutschen Universitäten 12 Lehrstühle errichtet, von welchen die Mehrheit sich der slawischen Philologie und Literatur widmet; nur

auf zwei Universitäten, nämlich in West-Berlin und Mainz, wird hauptsächlich osteuropäische Geschichte und Politik unterrichtet. Anstelle der früheren Osteuropa-Institute sind folgende Neugründungen entstanden:

1. An der Berliner Freien Universität arbeitet das Osteuropa-Institut. Folgende Abteilungen sind vertreten: Geschichte, Rechtswissenschaft, slawische Philologie und Wirtschaft. In diesem Institut werden gleichmäßig die allgemeinen wie auch die aktuellen Probleme bearbeitet. Bücher aus allen obengenannten Gebieten werden in seinem Auftrag herausgegeben.

2. In München arbeiten zwei Institute: Das eine, das Osteuropa-Institut, steht unter der Aufsicht

Hüben und Drüben

Eine psychologische Gegenüberstellung

Von Aino Torm

Fast scheint es, als wäre die Welt der wahren geistigen Freiheit, wenn auch vom Gerümpel des Bolschewismus verschüttet, eigentlich bei den unterdrückten Völkern des Ostens zu Hause. Hier hat man persönliche und materielle Sicherheit, Unabhängigkeit und Glaubensfreiheit verloren, aber man steht auf dem Boden der Realitäten, während der Mensch im Westen so weit von dem Gefühl temporärer persönlicher und materieller Sicherheit eingeschlafert ist, daß er, trotz der geradezu überhäufteten Erfahrungen der Vergangenheit, von Parteien, Gruppen und Wahlaufzügen sich in den Zustand eines hypnotisierten Kaninchens versetzen läßt, wenn er nicht gar die Wirklichkeit durch eine Brille der jeweils von Moskau bestimmten Färbung betrachtet. Die Völker des Ostens haben kein Verständnis dafür, daß man die Werte, die sie verloren haben, hier so leichtfertig aufs Spiel setzt, — die Entfaltungsmöglichkeit der Persönlichkeit von Mensch und Volk im Gegensatz zur Vermassung, das kostbare Gut der Glaubensfreiheit und die Möglichkeit für diese unschätzbaren Werte zu kämpfen. Sie verstehen die egoistische Blindheit sektiererischer Gruppen ebenso wenig wie die Vergeisungserscheinungen eines neutralistischen Defaitismus und die übrigen am moskowitzischen Stamm gewachsenen Blüten, die der Ostwind herübergeweht hat.

Menschen, deren Freiheit durch äußere Umstände zwangsmäßig auf Gedankenfreiheit beschränkt worden ist, lernen es sehr bald die Gedanken ihrer Mitmenschen wie in einem Spiegel zu lesen. So lassen sich auch die Völker des Ostens nicht mehr täuschen. Sie sehen in den „Ewig-nur-Fordernden“ die Unfähigkeit eigene Leistungen zu vollbringen, in der politischen Neutralität die feige Angst vor der Verantwortung und in dem Verkünder „sozialistischen Massenwohls“ den Feind der Persönlichkeit, mögen sie sich tarnen, wie sie wollen, — es sind ja dieselben Kräfte in mannigfacher Verkleidung, die sie selbst in den Untergang geführt haben. So paradox es klingt, jenseits des Eisernen Vorhangs ist die Besorgnis, daß diese destruktiven Kräfte in Europa ihr Werk vollenden könnten größer als in der freien Welt, die ihren exzentrischen Tanz auf dem Vulkan bis zur Besinnungslosigkeit weitertanzt und dabei vergißt, daß es letzten Endes nur Moskau ist, das die Musik dazu liefert.

Hinter dem Eisernen Vorhang kennt man nur einen Feind: den sowjetrussischen Unterdrücker und seine Helfer und Helfershelfer, in welcher Form sie auch auftreten mögen. Mehr noch: im gemeinsamen Leid hat man den Haß gegen einstige Feinde überwunden. Deutsche Heimkehrer und Flüchtlinge erzählen nicht selten von dem guten Einvernehmen mit den unterdrückten Völkern und vom gemeinsamen Kampf in den Reihen der Partisanen gegen Moskau.

Vor dieser Einmütigkeit der gemeinsamen Front gegen die bolschewistische Tyrannei hinter dem Eisernen Vorhang wirken die Zerwürfnisse, die Uneinigkeit, der nationale Egoismus und die illusionsreiche Kompromißbereitschaft mancher Menschen und Völker in der freien Welt nur noch beschämend!

des Bayerischen Kultusministeriums. Sein Aufgabenbereich erstreckt sich auf Nordosteuropa. Ähnlich wie das Berliner Institut widmet es sich den allgemeinen Forschungsarbeiten wie auch speziellen Gebieten, welche auf ein bestimmtes aktuelles Ziel gerichtet sind. Das Institut gibt eine Zeitschrift unter dem Titel „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas“ heraus. In seinem Auftrage sollen auch Buch-Veröffentlichungen über die Geschichte, Wirtschaft und Kultur Nordosteuropas erscheinen. Das zweite Institut trägt den Namen Südost-Institut. Es befaßt sich mit den Balkanstaaten, Ungarn und der Slowakei. Die von ihm herausgegebene Zeitschrift heißt „Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa“ und „Südost-Forschungen“.

3. In Göttingen entfaltet ihre Tätigkeit eine „Arbeitsgemeinschaft für die Osteuropaforschung“. Das Ziel der Vereinigung ist, eine Art von Enzyklopädie für Osteuropa herauszugeben. Der erste Band soll Jugoslawien, der zweite Polen, der dritte und vierte der Sowjetunion, der fünfte Bulgarien usw. gewidmet werden.

4. Das Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg hat sich zum Ziel gesetzt, die ostdeutschen Gebiete und die Länder Zentral- und Osteuropas einschließlich Polens, Böhmens und der Slowakei zu erforschen. Sein Hauptinteresse liegt auf dem Gebiet der aktuellen Problematik der genannten Länder. Die Zeitschrift des Instituts heißt „Wissenschaftlicher Dienst“.

5. In Stuttgart arbeitet die „Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde“. In dieser Organisation sind die Fachleute aller oben aufgezählten Institute auf freiwilliger Basis zusammengefaßt. Sie zählt 150 Mitglieder und gibt die Zeitschrift „Osteuropa“ (alle zwei Monate) mit 1000 Beziehen und Lesern heraus.

Symptome der Unsicherheit

Die sowjetische Presse-Agentur „TASS“ bringt am 18. Juli 1953 den üblichen Bericht über das zusammengelegte Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Aserbeidschans und des städtischen Komitees der KP von Baku. In der Meldung heißt es u. a.:

„Das Plenum stand im Zeichen unverbrüchlicher Einigkeit und Geschlossenheit auf Grund der Prinzipien der Kommunisten Aserbeidschans und im Sinne tiefer Ergebenheit gegenüber dem Zentralkomitee der KPdSU.“

So wie der Redner (der Sekretär des ZK KP Aserbeidschans, M. T. Jakubow) betonten alle Diskussions Teilnehmer die den Beschlüssen des ZK KPdSU innewohnende große Bedeutung für die Partei und das ganze sowjetische Volk und entlarvten die verräterische Tätigkeit des abscheulichen Provokateurs und Agenten des internationalen Imperialismus Berija.

Die Arbeit des Plenums war ausgerichtet auf die Entschlossenheit zur Ausbreitung der Kritik und Selbstkritik mit dem Ergebnis der Aufklärung grundlegender Mängel in der Arbeit der Partei und der sowjetischen Organe von Aserbeidschan.

... Der ehemalige Sekretär des ZK KP Aserbeidschans, M. D. Bagirow, welcher sich schwerwiegende Verletzungen der Parteiprinzipien in der Aufstellung der Kader schuldig gemacht und parteigemäße Methoden der Leitung in grobe Administration verfälscht hat, ... hatte persönlich über die wichtigsten Probleme entschieden...

Das Plenum schloß den Genossen Bagirow aus dem Büro des ZK KP Aserbeidschans aus und forderte seine Enthebung vom Posten als Vorsitzender des Ministerrates der Aserbeidschanschen SSR.“

Trotz aller „unverbrüchlichen Einigkeit und Geschlossenheit“ nehmen die „grundlegenden Mängel“ und „schwerwiegenden Verletzungen der Parteiprinzipien“ im bolschewistischen Lager immer mehr überhand, überschütten sich allenthalben die Verfehmungen und Verhandlungen der „alten Genossen“. Die langweilige Aufforderung zur „Selbstkritik“ aber dient nicht nur der Vorbereitung von Schauprozessen, mittels deren man sich durch die sattsam bekannten „Geständnisse“ und Selbstbeschuldigungen in Todeskellern unbequemer Nebenbuhler entledigen will, sondern ist darüber hinaus ein bedeutsames Zeichen der inneren Ratlosigkeit und Unsicherheit, die sich nachgerade zum integrierenden Bestandteil der heutigen UdSSR auszuwachsen beginnt.

Die Probleme unseres Befreiungskampfes**Kader der Befreiungsrevolution**

Von Oberst O. W. Kryzhanowskyj

Kosakischerseits erhielten wir einen Beitrag zum Problem der militärischen Kräfte der nationalen Revolutionen, den wir nachstehend als Diskussionsartikel veröffentlichen. Red.

Die Verwirklichung der nationalen Befreiungsrevolution verlangt unbedingt eigene Streitkräfte. Zur erfolgreichen Organisation derselben ist die richtige Erkenntnis der Eigentümlichkeiten und Möglichkeiten nötig, welche mit Ort und Zeit der Aufstellung verbunden sind. In den letzten Jahren sind diese Eigentümlichkeiten standardisiert worden und bleiben auch in den nächsten Jahren ohne besondere Änderungen. Man könnte die Bevölkerung in der UdSSR auf fünf folgende ungleiche Gruppen verteilen:

1. Einheimische Bevölkerung;
2. Personen, welche in der sowjetischen Armee verbleiben;
3. Häftlinge in den KZ-Lagern;
4. Häftlinge „Bytowyky“;
5. „Spety-Übersiedler“.

Jede von diesen Gruppen hat eigene Besonderheiten, welche sie sehr stark von einander unterscheiden. Um den politischen Wert dieser Gruppen zu kennzeichnen, werden wir eine kurze Analyse der ihnen innewohnenden Unterschiedlichkeiten aufzeigen:

1. Die einheimische Bevölkerung besitzt infolge unaufhörlicher Unterdrückungen von seiten der Regierung nicht mehr die hundertprozentige Zuverlässigkeit im Sinne der Revolution. Viele Gründe lassen vermuten, daß nur 50—60 Prozent der autochthonen Bestände ihr volle Verwendbarkeit für die Beteiligung an der aktiven nationalen Befreiungsaktion nicht verloren haben.

Dieser revolutionäre Teil der Bevölkerung soll eine wichtige Rolle in der Befreiungsrevolution spielen, wenn wir die nationalen Kräfte richtig anwenden wollen.

2. Der zweite Teil der nationalen Bevölkerung, welcher in den Reihen der russischen Armee verbleibt, wird gleichfalls aktiven Anteil an der Befreiungsrevolution nehmen. Für die Einbeziehung derselben in die Reihen der revolutionären Streitkräfte ist das Vorhandensein eines bereits im Gang befindlichen Kampfes notwendig. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die grausame Disziplin in der russischen Armee in der ersten Phase einer bewaffneten Auseinandersetzung die Möglichkeit eines Massenübertritts der nationalen Elemente auf die Seite der Streitkräfte der Befreiungsrevolutionen behindern wird. Jedoch werden schon die ersten bedeutenden revolutionär-militärischen Erfolge bestimmen den Effekt der Disziplin abschwächen und zu Übertritten auf die Seite der Befreiungsarmee führen.

3. Die politischen Häftlinge von KZ-Lagern sind kaum brauchbares Material zur Verwendung in der nationalen Befreiungsrevolution. Es sind zum Teil Personen aus Intellektuellenschichten, welche sich loyal gegen die russische Behörde benahmen. Ihre „Schuld“ ist nur ihre Intelligenz. Die echten und tatkräftigen Nationalrevolutionäre kommen nicht in die KZs, sondern werden grundsätzlich exekutiert.

4. Die Häftlinge „Bytowyky“ sind wegen „kleiner Vergehen“, nicht „krimineller“, oder „politischer“ Natur verurteilt worden. Sie befinden sich nicht in KZ-Lagern, sondern im I.T.K. (Isprawitelno-Trudowiji Kolonniji = Umerziehungs-Arbeits-Kolonien) untergebracht. Es handelt sich bei ihnen um politisch unerhebliche Elemente.

5. „Spety-Evakuierete und Spety-Übersiedler“ umfassen beträchtliche Gruppen der Bevölkerung der nichtrussischen Länder im russischen Imperium, die unter dem Vorwand der Bekämpfung der „Kurkulen“ aus ihrer nationalen Umwelt herausgerissen und unter Beschlagnahme ihres Vermögens nach Sibirien, nach Norden, hinter den Ural und nach dem Fernen Osten verschleppt wurden. Sie wohnen als Arbeitsklaven hinter dem Stacheldraht unter unglaublich schweren Lebensverhältnissen. Ihre Lage ist ohne Zweifel schwerer als die der KZ-Häftlinge. Die letzteren können noch auf irgendwelche Betreuung in bezug auf Bekleidung und medizinische Heilmittel rechnen, die den „Spety-Übersiedlern“ versagt wird.

Die KZ-Häftlinge sind bis zu einer bestimmten Frist verurteilt, nach welcher sie ihre Freiheit

wieder erlangen können, die „Spety-Übersiedler“ dagegen auf Lebensdauer.

Jeder KZ-Häftling besitzt Einspruchsrecht gegen seine Verurteilung. Die „S.-Ü.“ sind nicht dazu berechtigt. Das wirkliche Ziel bei Durchführung der Zwangsübersiedlung ist nicht die Bekämpfung „der Kurkulen“, sondern der Kampf gegen das nationale Selbstbewußtsein der unterjochten Völker, besonders deren Vertreter aus wirtschaftlich besser gestellten Schichten.

Wie die Praxis der letzten 20 Jahre gezeigt hatte, bestanden die Untergrund-Kader u. a. gerade aus dem Milieu der Spety-Übersiedler-Kontingente. Einige von ihnen flohen bei der Deportation zur Untergrundbewegung, anderen war es gelungen, nach Überwindung vieler Schwierigkeiten aus dem Spety-Übersiedlungsgebiet zu entkommen.

*Streiflichter aus dem Zeitgeschehen***Mausefalle für die UN?**

Die UdSSR hatte ihre Aufnahme in die UN nur ihrer Bundesgenossenschaft mit den Westmächten im zweiten Weltkrieg zu verdanken. Die ehemalige Zusammenarbeit wurde durch die Sowjets seit vielen Jahren in ihr striktes Gegenteil einer hartnäckigen Feindseligkeit umgewandelt, wobei offensichtlich war, daß sich die Bolschewisten nirgends wohler fühlen als in der Rolle des monomanen Gewaltverbrechers. Die gesittete Welt hätte damit volle Berechtigung, das Ausscheiden der moskowitzischen Veto-Maschine aus ihrem Verband — den Vereinten Nationen — zu fordern.

Um so weniger kann eine Einschaltung Rot-Chinas in Frage kommen, das von Anfang an im Korea-Krieg den Vereinten Nationen mit der Waffe in der Faust entgegentrat, um Aggression und räuberische Überfälle auf friedfertige Menschen zu unterstützen.

Dazu kommt: China gliedert sich heute laut Beschluß seines „Rates der Zentralen Volksregierung“ vom 15. 11. 1952 in sechs „Verwaltungs-Komitees“: Nordost-, Ost-, Zentralsüd-, Südwest-, Nordwest- und Nordchina.

Wie nun, wenn die Kommunisten Chinas, dem Beispiel ihrer Lehrmeister im Kreml folgend, diesen „Verwaltungs-Komitees“ den Status einer, wenn auch nur buchstabenmäßig existierenden Autonomie gewähren würden und neben einem Gesamtchina auch für diese „autonomen Staaten“ Sitz und Stimmrecht in den UN beanspruchen sollten?! — Historische und volkstümliche Reminiszenzen für eine fadenscheinige Begründung solcher Manöver wären zu finden. Das ergäbe in Anwendung des sowjetischen Falschspielertricks einen Zuwachs von mindestens sieben Stimmen für den bolschewistischen Block. Drohende Entwicklungen in Indochina, Burma usw. vermöchten Abstimmungsverhältnisse zu schaffen, durch welche die UN in allen ihren Entschlüssen schachmatt gesetzt werden könnten.

Dilemma Rotchina

Bedenklich stimmt auch der Entschluß Englands, „nichtstrategische“ Güter im Wert von 40 Millionen DM an China zu exportieren und die Absicht des „Britischen Rates für Welthandel“, im Laufe der kommenden Woche Lizenzen für weitere Ausfuhren in derselben Höhe dorthin zu erreichen.

Diese Absicht kann aber ein Spiel mit dem Feuer werden! „Nichtstrategische Güter“ sind heute ein sehr dehnbarer Begriff.

Im Januar 1953 beschloß der chinesische Ministerrat, das Aufbauprogramm wegen Mangels an Rohstoffen um 30 Prozent zu reduzieren. Die mangelhafte Versorgung mit Konsumartikeln beeinflusste durchaus negativ die Haltung und Einstellung der Bauern. Der Rohstoffmangel brachte durch Gefährdung der Schwerpunktbetriebe die Planwirtschaft ins Wanken. Britische Lieferungen, und seien sie noch so unverfänglicher Natur, wür-

Dieser Zustrom war, politisch gesehen, am wertvollsten und widerstandsfähigsten.

Daraus ergeben sich nachstehende Schlußfolgerungen:

1. Die Formierung der revolutionären Streitkräfte soll im Beginn ihrer Entstehung mit Hilfe der speziell ausgebildeten Kommando-Kaders durchgeführt werden. Die Kader der einheimischen Untergrundbewegung sollen als Material für diese Formierung dienen.
2. Später, nach Ablauf einer bestimmten, aber nicht allzu langen Frist, sollen auch anti-russische Schichten der einheimischen Bevölkerung in die revolutionären Streitkräfte einbezogen werden. Jedoch wäre vorher mit Hilfe der einheimischen revolutionären Kräfte die Liquidation der zahlreichen russischen Beamten und der illegalen MWD-Truppen durchzuführen.
3. Erst danach, aber nicht vor dem erfolgreichen Beginn des bewaffneten kriegerischen Kampfes, wird der Zufluß der nationalen Kräfte aus der russischen Armee, zuerst in passiver und dann in aktiver Form folgen.
4. Gleichzeitig mit dem Beginn des kriegerischen Kampfes folgt auf dem Gebiet der revolutionären Aktionen der Zufluß der Kontingente aus Spety-Übersiedlern, wozu es notwendig ist,

(Schluß auf Seite 13)

den die rot-chinesische Wirtschaft aus ihrem Engpaß herausführen, die Möglichkeit zu wirtschaftlichen Verlagerungen und damit indirekt zur Neubelebung der Schwer-, oder sagen wir besser, der Rüstungsindustrie bieten.

Man halte sich doch endlich Leuins Konzeption von der Eroberung Europas über Asien vor Augen und das Wort, das der damalige chinesische Premierminister Wen Hsiang dem Engländer Sir Robert Hart in seiner Eigenschaft als Organisator der chinesischen Seezollbehörde schon zu Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sagte: „Ihr seid alle zu besorgt, uns zu fördern und auf eine neue Bahn zu treiben. Ihr werdet es erreichen. Aber Ihr werdet es auch alle bereuen. Denn, wenn wir einmal soweit sind, werden wir auch weiter gehen — weiter als Ihr denkt und wünscht!“

Deshalb haben merkantile Interessen hinter die staats- und weltpolitischen Erfordernisse zurückzutreten. Denn westliche Politik ist gerade heute ein Kampf um die Menschheit! —

Die Katze ist aus dem Sack

Unter Vorsitz des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Puschkin tagte Ende Juni d. J. in Warschau eine Konferenz der Außenminister aller Ostblockstaaten. Nach der Auskunft sowjetischer Beamter in Ostberlin wurde im Rahmen dieser Versammlung verlautbart: „Die Heftigkeit des Widerspruchs der Tschechoslowakei und Polens gegen die ‚neue Politik‘ in der deutschen Sowjetzone lasse es als undenkbar erscheinen, daß diese jemals aus der sowjetischen Einflußsphäre entlassen werde.“

Hiezu beeilt sich Walter Ulbricht als getreuer Diener seiner Herren zu ergänzen:

„Zur Frage der Wiedervereinigung genügt es nicht, von der Einheit Deutschlands allgemein zu sprechen. Es geht nämlich um die Einheit auf demokratischer Grundlage (wie sie der ‚Spitzbart‘ versteht! — d. Red.), jedoch nicht um eine Einheit unter der Diktatur der amerikanischen und westdeutschen Konzern- und Bankherren.“

Gut gebrüllt, Löwe!

Noch schamloser könnten die Pläne der SED, auch Westdeutschland an den Bolschewismus zu verraten und zu verkaufen, nicht enthüllt werden! Daher also der Widerstand gegen geheime und freie gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle. Der SED-Betrug soll auch in unseren Bezirken eine fröhliche Urständ feiern! Der deutsche Wähler möge dies bei seinem Gang an die Urne beherzigen!

Was wir schon längst wußten, hat nun Herr Ulbricht wunderhübsch aus der Schule geplaudert, womit den Geldgebern seiner Partei in Moskau ein ausgesprochener Bären dienst erwiesen wurde.

Die Römer pflegten in ähnlichen Fällen zu sagen: „Si tacuisses, philosophus mansisses!“ Zu deutsch: „Wenn Du geschwiegen hättest, hätte man Dich vielleicht für vernünftig gehalten!“

Günther Helmprecht

Stand der Wissenschaften in der UdSSR (V.)

Anthropologie und Völkerpsychologie

Von Prof. Dr. V. Derzhavyn

Anthropologie und Völkerpsychologie (oder „Ethnopsychologie“, wie sie in nichtgermanischen Ländern vorzugsweise genannt wird) haben verschiedene Forschungsmethoden und eigentlich auch verschiedene Forschungsobjekte, insofern die Anthropologie sich ausschließlich mit dem Menschen als einem Naturgeschöpf befaßt — oder vielmehr befassen sollte — während die Völkerpsychologie eine ethnische Gliederung der Menschheit und damit bereits ein gewisses minimales Kulturturniveau voraussetzt. Daß Übergriffe beiderseits recht oft stattfinden, versteht sich allerdings von selbst. Für das fatale Los jedoch, das diesen beiden Wissenschaften in der Sowjetunion zufiel, bestand das Ausschlaggebende darin, daß sie beide die einerseits naturhaft-biologische und andererseits ethnisch-kulturelle Gliederung und Differenzierung des Menschengeschlechts voraussetzungslos zu erforschen und festzustellen haben und eben dadurch schon a priori mit den Grundgedanken des Marxismus in Widerspruch geraten, da dieser die obenbezeichnete Differenzierung des Menschengeschlechts zwar nicht ausdrücklich verneint, ihr jedoch jegliche kulturgeschichtliche Bedeutung folgerichtig abspricht, um der von ihm proklamierten Klassendifferenzierung (und dem daraus entspringenden Klassenkampf als dem „einzigen tatsächlichen Faktor in der Menschheitsgeschichte“) freies Feld sicherzustellen. Zieht man dabei noch in Erwägung, wie rücksichtslos der Sowjetbolshewismus gegen alles vorgeht, worin er auch nur die allergeringste Andeutung einer „Schürung des National- und Rassenhasses“ (also in Wirklichkeit jeden Hinweis auf etwas dem Russentum Grundfremdes) vermutet, so nimmt es schon Wunder, daß von den genannten Wissenschaften wenigstens die Anthropologie in der Sowjetunion einigermaßen weiter zu existieren vermag.

Eine Normalexistenz ist das freilich nicht, sondern bloß ein Vegetieren. In den nichtrussischen Bestandteilen der Sowjetunion, wo gerade in den zwanziger Jahren der allgemeine und von den Sowjets zeitweilig geduldete nationale Aufschwung auf sämtlichen Kulturgebieten auch der Anthropologie zugute gekommen war (namentlich in Transkaukasien und in der Ukraine wurde dabei Großes geleistet, ukrainische Anthropologen haben auch in Weißruthenien wertvolle anthropometrische Messungen durchgeführt) — wurde die Anthropologie bereits anfangs der dreißiger Jahre in Acht erklärt: Ihre sämtlichen Lehrstühle und anthropologischen wissenschaftlichen Organe (wie etwa die verdienstvolle Kyiwer Zeitschrift „Anthropohija“) wurden geschlossen, fast alle Fachleute wurden mehr oder minder hart unter Druck gesetzt; in Charkiw z. B. blieb nur ein einziger Anthropologe unversehrt — Prof. L. Nikolajew, und auch der nur deshalb, weil er bereits in den zwanziger Jahren so vorsichtig gewesen war, daß er die meisten seiner Abhandlungen mit der stereotypen Formel betitelte: „Nationale und soziale Unterschiede betreffs (der und der) physischen Eigenschaften bei (den und den) Bevölkerungsgruppen“ — wobei seine Schlußfolgerungen jenen „sozialen“ (meistens völlig irrelevanten) Divergenzen regelmäßig ein „entscheidendes Übergewicht“ über die „nationalen“ zusicherten. Aber auch er hat sich „umqualifizieren“ müssen und veröffentlichte schließlich 1931 eine Abhandlung über „Ausmaße für Anfertigung standartisierten Schuhwerks“!

Im eigentlichen (Moskauer) Rußland verlief dieser Liquidierungsprozeß weit langsamer und milder, da die Sowjets einerseits aus Prestigeerwägungen überhaupt nicht gewillt waren, die im Westen wohlbekannte russische anthropologische Schule (bereits Ende des 19. Jh. von solchen Fachleuten wie etwa D. Anutschin oder A. Iwanowskij vertreten) einfach über Bord zu werfen, und andererseits auch keinen Grund hatten zu befürchten, daß eben russische Forscher in ihren anthropologischen Studien etwas für das Russentum ausdrücklich Nachteiliges behaupten würden. Die Rassenkunde allerdings wurde in den dreißiger Jahren — in direktem Zusammenhang mit der politischen Aktivierung und dem entsprechenden Mißbrauch der Rassenkunde im nationalsozialistischen Deutschland — tatsächlich auch in Moskau verpönt. Nun besteht zwar die Anthropologie nicht aus der Ras-

senkunde allein, aber ohne Rassenkunde kann es auch keine wissenschaftliche Anthropologie geben. Es fällt gewiß nicht einmal dem fanatischsten Marxisten ein, das Bestehen von Menschenrassen einfach zu leugnen; und so bleibt denn auch das sowjetische (kollektiv verfaßte) Lehrbuch der Anthropologie, das Mitte der dreißiger Jahre in Moskau herausgegeben wurde, in allem Wesentlichen eine Art Rassenkunde. Nur wird in ihm alles Problematische und Fragliche in der Rassengliederung der heutigen Menschheit geflissentlich in den Vordergrund geschoben und der Rassenbegriff selber bloß als ein bedingter Hilfsbegriff, als eine Art „Arbeitshypothese“ behandelt, ohne welche man zwar in der heutigen Anthropologie noch nicht auskommen könne, die aber auch keine genaue Definition zulasse. Übrigens sei der Prozeß von Rassenbildung und -zerfall ein „dialektischer“, einer, „der sich selber fortwährend negiert“ und in einem unaufhörlichen Gärungszustand verweile; deshalb sei es unstatthaft von schon gebildeten Rassenformationen zu reden; jede Rassenbildung soll eben bereits Elemente ihrer eigenen Auflösung in sich enthalten.

Selbstverständlich wird dabei am stärksten hervorgehoben, daß sämtliche Menschenrassen grundsätzlich „gleichwertig“ sind (was sich allerdings aus der Theorie der Monogenese des Menschengeschlechts gar nicht so klar und einfach ergibt, wie es die sowjetische Anthropologie vorzugeben sich bemüht), und daß dementsprechend auch die Vertreter verschiedener Rassen prinzipiell vollständig gleichwertig sind — natürlich unter der Bedingung gleicher Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse sowie gleicher Erziehungsmethoden, was sich allerdings praktisch nicht überprüfen läßt. Es läuft also alles auf den paradoxalen fehlerhaften Zirkel hinaus, daß man Vertreter verschiedener Rassen als gleichwertig betrachten soll, damit sie einmal auch gleichwertig werden könnten.

Daß dabei gelegentlich auch recht starke, jedoch rein politisch bedingte „Entgleisungen“ unterlaufen, wie etwa die unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg überall vorgetragene absurde Behauptung, japanische Flieger wären biologisch unfähig, über einer bestimmten Höhe zu fliegen, sei nur nebenbei bemerkt.

Eine Wissenschaft, die gezwungen ist, ihre eigenen Grundbegriffe und Forschungsziele auf der-

artige Weise zu zunichte zu machen, ohne sie durch etwas Positives ersetzen zu dürfen, und die eigentlich nur zwecks Polemik gegen die nazistische Rassenkunde formell fortbesteht, kann natürlich nur vegetieren. Allerdings gibt es ein Teilgebiet, auf dem die Anthropologie als Hilfswissenschaft geradezu unumgänglich bleibt: es sind dies die anthropometrischen und besonders kranilogischen Messungen vor- und frühgeschichtlicher Menschengebeine, ohne welche weder Vorgesichte noch Archäologie heutzutage etwas zu behaupten berechtigt sind; und da gerade diese beiden letztgenannten Wissenschaften in jüngster Zeit von den Sowjets den „Ehrenauftrag“ erhalten haben, eine vermeintliche chronologische Priorität der Ostslawen, namentlich aber der hypothetischen slavischen Vorfahren heutiger Russen, auf allen möglichen Territorien des sowjetrussischen Großreiches glaubhaft zu machen, so ziehen sie auch die Anthropologie in größerem Ausmaß zur Mitarbeit heran. Inwieweit allerdings die betreffenden anthropometrischen Messungen wissenschaftlich objektiv vorgenommen werden — läßt sich z. Zt. nicht kontrollieren.

Noch viel schlimmer aber ist es unter den Sowjets der geisteswissenschaftlich unentbehrlichen Ergänzung der Anthropologie, nämlich der Völkerpsychologie ergangen. Diese wurde — auch im eigentlichen (Moskauer) Rußland — nur solange geduldet, wie es mit der „idealistischen“ (d. h. mit jeglicher nicht ausgesprochen marxistischen) Philosophie der Fall war, also ungefähr bis zur Mitte der zwanziger Jahre. Denn gerade die kurz vor der Revolution von Gustav Schpet gegründete Moskauer Schule der Völkerpsychologie war methodologisch nach Husserls Phänomenologie orientiert (sehr im Gegensatz zur vormem vorherrschenden psychologisch-positivistischen Schule Wilhelm Wundts), und sie konnte im Zusammenhang damit sich nur solange halten, als es in Sowjetrußland einige von Partei und Regierung faktisch nicht kontrollierte Hochschulen und Privatverlage gab; sie hat es also über ein paar geschichtsphilosophisch interessante Ansätze (wie etwa Schpets „Einführung in die Ethopsychologie“, 1924) hinaus überhaupt nicht bringen können und wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre vollständig ausgetrottet. Sie wurde auch durch nichts ersetzt, da das einzige „völkerpsychologische“ Material, das in Sowjetrußland seit Jahrzehnten veröffentlicht werden darf (und auch soll), in höchst primitiven und phantastischen Verherrlichungen der „außerordentlich begabten“ Mentalität des „großen russischen Volkes“ besteht; und dazu braucht man keine Wissenschaft, nicht einmal eine Scheinwissenschaft, sondern lediglich eine gehörigerweise „linientreue“ Publizistik.

Ein „Communique“ und unser Kommentar

Vice-Admiral Leslie C. Stevens, Präsident des „Amerikanischen Komitees zur Befreiung vom Bolschewismus“, hat am 9. 7. 1953 für die Presse u. a. folgende Erklärung abgegeben:

„Von Anfang seiner Hilfstätigkeit für den antibolschewistischen Kampf der Emigration an hat das Amerikanische Komitee klar erkennen lassen, daß es nur die vereinte Front der russischen und nicht-russischen Organisationen unterstützen kann, in welcher keines dieser Elemente über das andere dominiert. Andere Vereinigungen der Emigration können durch das Komitee nicht gefördert werden.“

„Vor kurzer Zeit haben manche bedeutende russische und nichtrussische Organisationen erstmals seit 37 Jahren die Perspektiven zur Bildung einer breiten, starken und allgemeinen Front der Emigration gegen kommunistische Tyrannei und Imperialismus eröffnet. In diesem Moment, in dem 20 demokratische Gruppen verschiedener Nationalitäten eine bedeutende Mehrheit vertraten (? — Red.) als gemäßigte Kern politischer Emigranten, bildeten sich zwei Flügel mit zwei gegenteiligen Programmen.“

„Das Amerikanische Komitee kann nicht glauben, daß in der beginnenden Krisis, die man jetzt nach dem Tode Stalins erlebt, die Führer großer antibolschewistischer Gruppen der Emigration nicht die allgemeine Plattform zu finden vermögen, auf welcher alle gesunden Elemente vereinigt werden können in der Führung des Kampfes zur Befreiung ihres Vaterlandes.“

Wir haben uns schon mehrmals mit der Tätigkeit des „Amerikanischen Komitees“ befaßt und

möchten wiederholt betonen, daß dasselbe von falschen Voraussetzungen ausgeht. Die Konzeption der sogenannten „Nicht-Vorausbestimmung“ (non-predetermination) im Problem des Befreiungskampfes der Völker in der UdSSR ist aufschlußreich genug. Sie besagt klar und eindeutig, daß unsere Völker durch das „Amerikanische Komitee“ als „Völker Rußlands“ betrachtet werden. Diese Nationen, wie z. B. die Georgier, Ukrainer, Turkestaner und andere sind schon seit frühesten Zeiten im Besitz von reicher Kultur und staatlicher Tradition. Sie hatten schon vor tausend Jahren ihre staatliche Selbständigkeit, die sie durch die brutale russische Aggression verloren, ohne den Kampf um ihre Wiedererlangung aufzugeben. Dies beweisen die unzähligen Aufstände der betreffenden Völker und die Proklamationen zum Zweck der Wiederaufrichtung ihrer staatlichen Unabhängigkeit in der neuesten Geschichte (1918—1923).

Es ist nicht zu begreifen, warum das „Amerikanische Komitee“ den Eindruck erwecken will, als ob es unsere Völker für Nationen minderen Wertes halte, denen man ihre Selbständigkeit nur unter allen möglichen Vorbehalten gewähren könne.

Und nochmals: Wir haben keinerlei Interesse daran, das bolschewistische Gefängnis mit einem russischen Kerker anderer Färbung zu vertauschen, sondern verlangen mit allem Nachdruck unsere absolute und uneingeschränkte Freiheit. Das ist unsere grundlegende Forderung, von der wir unter keinen Umständen abzugehen bereit sind!

Dr. rer. nat. O. Z. Bark:

Uranerze in der UdSSR

Außer den Uranerzlagern in Sachsen und Böhmen, über die man im Westen etwas besser informiert ist, verfügt die UdSSR noch über eine Reihe anderer Vorkommen, aus denen jener für die Atomindustrie heutzutage so wichtige Rohstoff gewonnen wird. So besitzt sie z. B. ihre Uranerzlager im Norden, die bedeutend früher als die in Kanada entdeckt und exploitiert wurden. Diese sowjetischen Fundstätten befinden sich nicht nur in subpolaren Gegenden, sondern reichen auch weit über den Polarkreis hinauf. Die bedeutendsten darunter sind: der östliche Teil des Timan-Gebirges (längs der Nebenflüsse von Petschora und Wjtschegda) und im Nordural, der untere Lauf des Lena-Flusses (mit einem Industriezentrum an der Tiksi-Bucht) und die Umgebung des Kolyma-Flusses. Außerdem wird während der letzten Jahre der erneute Ausbau einer Reihe alter und heinahe erschöpfter Goldfelder in Mittel- und Ostsibirien (Jenissej-Taiga und die Umgebung des Aldan-Flusses) zwecks Bestimmung und Absonderung der Uranerze unternommen.

Die allgemeine Gewinnungshöhe der Uranerze in der UdSSR ist natürlich unbekannt, doch bestehen nichtsdestoweniger Angaben darüber, daß z. B. im Timaner Bergbaubezirk allein vor dem zweiten Weltkrieg über 20 g Radium gewonnen wurden.

Auch in gewissen Gegenden in Transkaukasien (namentlich in Südarmenien) werden kleinere Uranerzlager exploitiert.

Während der letzten Jahre hat sich in der UdSSR das Vorhandensein beträchtlicher Uranerzlager bestätigt, die, gleichwie in Australien, in der wasserlosen Wüste Kara-Kum liegen. Zur Zeit werden dort die Fundstätten in einem feierhaften Tempo erforscht, und man hat sogar schon mit der Gewinnung von Uranerz, bisher allerdings wegen Wassermangels in begrenzter Menge, begonnen.

Gerade der Umstand, daß man in Kara-Kum außer anderen wertvollen Bodenschätzen (darunter auch Kohle, Naphtha, Gold, Blei, Schwefel u. a.) auch noch den Uranrohstoff entdeckt hatte, bildete einen der wichtigsten Gründe dafür, den Bau des turkmenischen Hauptkanals (1100 km lang) bereits im Sommer vorigen Jahres zu beginnen. Die Gewässer des Amu-Darja, die sich bisher in die Aralsee ergossen, werden von der Ortschaft Tachiasch aus durch einen neuen Kanal in das Kaspische Meer umgeleitet.

Der turkmenische Kanal nebst seinen drei künftigen großen Elektrizitätswerken (Tachiasch u. a.) hat in erster Linie nicht der Entfaltung der Landwirtschaft und des Gemüsebaus (wie die Sowjetpresse bisweilen behauptet) zu dienen, sondern den Ausbau eines künftigen mächtigen Industriebezirks in Kara-Kum zu fördern. Dieser Kanal, sowie eine neue Eisen- und Autobahn längs seinen Ufern werden den neuen Industriebezirk mit denjenigen des Donezbeckens, Moskaus und Zentralrußlands in Verbindung bringen. Unterdessen hat man unlängst eine andere Eisenbahn, die von Tschardschou-Kungrad, zu Ende gebaut, die bis nach Makat bei Gurjew (an der Nordküste des Kaspischen Meeres) verlängert wird. Der besagte Schienenweg wird einen zweiten Zugang von der Ukraine und von Zentralrußland aus nach Mittelasien bilden. Das gemeinsame Ziel dieser Maßnahmen besteht darin, die allgemeine Industrialisierung und zugleich die Russifizierung Turkestans mit Riesenschritten zu beschleunigen, um das Land in eine mächtige Angriffsbase gegen den Iran, Afghanistan, Pakistan und Indien zu verwandeln.

Der turkmenische Kanal hat also die künftige Industrie in Kara-Kum mit Wasser und Elektrizität zu versorgen (und gerade dort wird die Gewinnung von Uranerzen eine wichtige Rolle spielen) und wird die Energiebilanz der turkmenischen Sowjetrepublik verdoppeln.

In Turkestan gibt es eine Reihe größerer und kleinerer Uranerzlager, unter denen in erster Linie diejenigen zu erwähnen sind, die schon lange vor dem zweiten Weltkrieg bekannt waren: Tüja-Mujun und Taboschar.

Tüja-Mujun ist eine Lagerstätte von Uranovanadiumerzen (sog. Tüjamujunit), im Fergana-Gebiet der kirgisischen Sowjetrepublik auf den Vorbergen des Afai-Gebirges gelegen, (60 km von

der Eisenbahnstation Fedtschenko entfernt). Ein anderes Uranerzlager befindet sich zu Taboschar, südlich von Taschkent (ungefähr auf halbem Wege zwischen Taschkent und Leninabad) in der tadschikischen Sowjetrepublik.

Gewiß sind die besagten Lagerstätten an Uranverbindungen bedeutend ärmer als die zu St. Joachimsthal (im böhmischen Bergbaugebiet), die im belgischen Kongo oder die in Utah und Colorado (USA). Doch hat der Umstand, daß es die Fachleute vor kurzem fertiggebracht haben, fast sämtliche Uranerze (U-238) und nicht nur einige von ihnen (U-235, wie vormals) zwecks Erzeugung der Atomenergie zu benutzen, den industriellen Wert der o.g. sowjetischen Uranerzlager ganz beträchtlich erhöht.

Wo befindet sich nun der Mittelpunkt der sowjetischen Atomindustrie?

Bevor wir diese Frage beantworten, wollen wir noch ein sehr wichtiges Bergbaugebiet in der UdSSR betrachten. Es ist der Altai. Noch in den 20er Jahren bestand dort die Hauptbevölkerung aus Oiroten (auch Oiraten genannt), einer türkischen Völkerschaft des Altai, der damals fast vollständig zum oirothischen autonomen Gebiet gehörte. Bald darauf aber begannen die Russen, die einheimische Bevölkerung rücksichtslos zu ver-

drängen, so daß dieselbe in kurzer Zeit nur noch eine ausgesprochene Minderheit in ihrem eigenen Territorium bildete. Nachdem dies erreicht war, brachte Moskau unverzüglich (in den 30er Jahren) die Oiroten um ihr autonomes Gebiet, das zu einem „Altai-Land“, also zu einem Bestandteil der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) umgestaltet wurde.

Was hat nun den Kreml veranlaßt, dieses herrliche Land (der Altai wird ja mit Recht „die sibirische Schweiz“ genannt) seiner eigentlichen Insassen zu berauben?

Der Grund bestand eben darin, daß der Altai die reichste Lagerstätte von Polymetallern in der UdSSR ist! Darunter nehmen den Hauptplatz so wichtige Bodenschätze ein wie Blei, Zink, Kupfer mit Silbereinschlag, Gold, Wolfram, Asbest, Edelsteine und Steinkohle. Sowjetische Geologen bezeichnen den Altai mit Recht als ein „mineralogisches Paradies“, das „unerschöpfliche Reichtümer“ in sich birgt.

Der Altai liegt in dem Winkel, wo Westsibirien, das östliche Kasachstan, China und die innere Mongolei (die Mongolische Volksrepublik) aufeinanderstoßen. Fast sämtliche Erzlager befinden sich in seiner südwestlichen und westlichen Um-

(Fortsetzung auf Seite 13)

Die vierte Konferenz der Auslandsverbände der OUN

(Fortsetzung von Seite 4)

a) Indem der 19. Parteitag der KPdSU die völkerverfängerische Suggestion von der angeblichen Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der „kapitalistischen“ mit den „kommunistischen“ Ländern bestätigt und die tückische These Stalins über weit größere Widersprüche und Möglichkeiten eines Konflikts innerhalb des Westblocks selbst angenommen hat, — begann er die Aktion zu einer Zersplitterung der Einheitsfront der freien Welt. Diese Aktion führt man einerseits innerhalb der freien Welt selbst durch und andererseits in der Form einer Entfremdung der von Moskau unterdrückten Nationen vom Westen und einer Mobilisierung der farbigen Völker gegen diesen.

b) Moskau hält sich in seiner Strategie unänderlich an die These Lenins: „Ein Schritt rückwärts, zwei Schritte vorwärts!“ Diese Methode wurde schon nach der Periode des Militärkommunismus, später im Zusammenhang mit der Blockade Berlins usw. angewandt, und sie wiederholt sich auch jetzt.

c) Ungeachtet dieses oder jenes Waffenstillstands wird Moskau nicht davon ablassen, dem Vermächtnis Lenins und der Moskauer Zaren gemäß durch eine Eroberung Asiens zur völligen Unterjochung Europas und der ganzen Welt zu gelangen.

3. a) Die nationalen Freiheitsbewegungen der Ukraine und anderer zahlreicher Nationen untergraben die UdSSR von innen heraus, was die Bolschewisten selbst indirekt eingestanden, indem sie auf dem 19. Parteitag der KPdSU die „Freundschaft der Völker“ — ausdrücklich als Voraussetzung für „die Kraft der UdSSR“ hervorgehoben haben. Darum bildet auch die Außenpolitik der UdSSR nicht nur eine Funktion der jeweiligen internationalen Konstellation, sondern hängt in erster Linie vom inneren Druck der unterjochten Nationen ab.

Das Moskauer Imperium bleibt auch weiterhin ein Koloß auf tönernen Füßen. Seine Kraft besteht in der Schwäche des Westens und in dessen falscher Einstellung zu den nationalen Freiheitskämpfen der von Moskau unterdrückten Völker. Moskau ist sich bewußt, daß seine Schwäche im Problem der von ihm unterjochten Völker liegt und in der Möglichkeit ihrer Zusammenarbeit mit der freien Welt. Es gilt nicht, Moskau von dieser Befürchtung zu befreien, sondern dieselbe weitgehend zu bestärken.

b) Weder das bolschewistische Regime, noch das russische Großreich können sich jemals demokratisieren, denn das wäre gleichbedeutend mit ihrem Zerfall. Das russische Großreich und die Demokratie sind zwei unvereinbare Begriffe. „Das russische Imperium kann, — wie Witte erklärte — nur als Despotie erhalten werden.“

c) Der Konflikt zwischen den Russen und den von der UdSSR unterdrückten Völkern hat sich heutzutage unerhört verschärft. Die Grundlage der Bolschewistenherrschaft bildet das russische Volk, auf das sich die Politik des Kreml stützt. Die alles umfassende Russifizierungslinie, die Glorifizierung alles Russischen, die Rückkehr zur Verherrlichung der zaristischen Vergangenheit usw. sollen eben alle Russen zur Verteidigung des Imperiums anregen.

Das taktische Endspiel des Kreml

Stalins Tod ergab die bereits längst fällige Gelegenheit, einen neuen Sündenbock für die vom Bolschewismus auf dem inneren und äußeren Forum verübten Verbrechen ausfindig zu machen:

a) Der Kreml strebt nach einer Atempause, um die inneren Verhältnisse zu meistern. Indem die Bolschewisten Säuberungen unter dem Vorwand einer Wiedergutmachung des Unrechts durchführen und damit die Verantwortung für die Vergangenheit mittelbar auf Stalin abwälzen, nehmen sie gewisse Veränderungen vor, um bei dieser Gelegenheit u. a. die unlängst immer wieder unbotmäßig gewordenen Elemente zu „entlarven“ und auszurotten, um politische Illusionen im Westen zu erwecken.

b) Das bolschewistische Moskau strebt danach, die erstarkten nationalen Freiheitsbewegungen durch ein „friedfertiges“ Liebäugeln zu beschwichtigen. Demzufolge wenden sich die westlichen Großmächte durch Erklärung ihrer Bereitschaft, den status quo zu garantieren, von der Befreiungspolitik ab. Dies macht sich die Sowjetpropaganda zunutze, um alle Hoffnungen der unterjochten Völker auf Hilfe in ihrem Befreiungskampf zu vernichten.

c) Die von Moskau unterdrückten Völker sollen dem Westen gegenüber mißtrauisch gemacht werden, indem die bolschewistische Propaganda ihnen suggeriert, daß sie für den Westen nur Objekt eines gemeinen Feilschens sind. Gleichzeitig soll die westliche Welt entzweit werden, indem die Interessengegensätze zwischen den westlichen Großmächten ausgenutzt werden und eine Bewaffnung der im letzten Krieg besiegten antibolschewistisch eingestellten Nationen (Deutschland, Japan) unmöglich zu machen.

d) Das Anbieten an die Türkei und an Japan hat ebenfalls zum Ziel, einer Desorientierung Vorschub zu leisten, das Tempo der Verteidigungsvorbereitungen zu bremsen, die Fronten auseinanderzureißen, um bei günstiger Gelegenheit die auseinandergefallene und unbewaffnete noch freie Welt anzugreifen und etappenweise zu unterjochen.

(Fortsetzung folgt)

Prof. Dr. h. c. H. Waschtschenko:

Jugendbildung und Erziehung in der UdSSR

(Fortsetzung und Schluß)

Bezüglich des Unterrichtsstoffes machte die sowjetische Schule ein ziemlich lehrreiches Experiment. Dem Gedanken folgend, daß in die Grundlage des Unterrichts die Idee der Arbeit einbezogen werden müsse als Element, das das Arbeitsverhältnis und die Struktur der Gesellschaft bedingt, wandten die sowjetischen Pädagogen, in erster Linie die Ehefrau Lenins, Krupskaja, seit 1923 das sog. komplette Bildungssystem an. Dieser Auffassung entsprechend baute man auch das Programm der GIS (Wirtschaftlicher Bildungsrat) 1923 auf. Der ganze Unterrichtsstoff wurde nach diesem Programm in drei untereinander verbundenen Gruppen geteilt: Natur, Gesellschaft, Arbeit. Im Mittelpunkt stand die Arbeit, die Natur wurde als deren Objekt betrachtet und die Gesellschaft mit ihren produktiven Verhältnissen als Folge der Arbeit. Der Lehrstoff hatte keine getrennten Fächer (wie: Erdkunde, Geschichte, Sprache u. a.), sondern Ausschnitte aus dem Leben, nämlich bestimmte Themen aus der produktiven Tätigkeit der umgebenden Bevölkerung (Herbstarbeiten auf dem Felde, Vorbereitung zum Winter u. a.). Nach dem Schulprogramm gab es, wie bemerkt werden muß, nicht einmal besondere Lektionen für Rechnen und Schreiben. Es ist verständlich, daß dieses Schulsystem in kurzer Zeit die Kenntnisse der Schüler zum Absinken bringen mußte.

Kopfflose Experimente

Die Verantwortlichen für das Bildungswesen in der UdSSR blieben dabei nicht stehen, sondern gingen noch weiter. Aus der Folgerung, daß bei dem Komplexsystem die Schüler das produktive Schaffen der umgebenden Bevölkerung nur theoretisch erlernen, daran aber nicht unmittelbar aktiv teilnehmen, führten sie die Methode ein, nach der im Mittelpunkt des Lehr- und Erziehungsprozesses die produktive Arbeit der Schüler in den Kolchosen, Sowhosen oder in der Fabrik steht. Diese Methode trat 1929 in Kraft und brachte das katastrophale Absinken der Kenntnisse besonders in den Landschulen mit sich. Die an die Sowhosen auf die Dauer von zwei bis drei Monaten angeschlossenen Schüler lernten nicht, sondern arbeiteten auf dem Felde oder verrichteten Arbeiten im Zusammenhang mit Parteirichtlinien wie z. B. Sollerfüllung oder sogar Enteignung von Kulaken.

Gleichzeitig mit den zwei erwähnten Methoden experimentierten die sowjetischen Pädagogen auf dem Gebiet der Organisation der Unterrichtsform. Sie erteilten den Unterricht in Klassen und Lektionen, die im 17. Jahrhundert auf Initiative von

Jan Komensky in allen europäischen Schulen eingeführt worden waren. Die sowjetischen Pädagogen wandten die sog. Gruppenform in der Laboratoriumsarbeit an, veranstalteten die Daltonische Laboratoriumsplanung, ähnlich der der amerikanischen Pädagogin Helene Pordierst. Diese Erziehungsart beruht darauf, daß die Schüler jeder Klasse in „Brigaden“ von sechs bis acht Schülern eingeteilt werden. Der Lehrer stellte ihnen „Aufgaben“ für etwa einen Monat im voraus, und die Schüler arbeiteten „selbständig“, d. h. ein Schüler las und die übrigen hörten zu oder auch nicht. Die Rolle des Lehrers beschränkte sich auf die Vorbereitung von „Aufgaben“ und Überwachung der Schüler bei der Arbeit. Man braucht keine große Phantasie zu haben, um sich vorzustellen, mit weldelächerlichen Erfolgen diese Organisation des Unterrichts endete. Dies stellten auch die kommunistischen Führer bald fest. Sie sahen, daß eine so beschaffene allgemeinbildende Schule zu höherem Studium nicht vorbereiten könne, und zugleich das Absinken der Schulung qualifizierter Arbeiter ebenso für die Industrie wie auch für geistige und kulturelle Arbeit mit sich bringen müsse. Deshalb verboten sie mit der Anordnung des ZK der KP die erste und mit der Anordnung vom 25. 8. 1932 die zweite Methode.

In alledem sah das ZK der KP „kapitalistisches“ Durcheinander. Die Schuld schob man nicht Krupskaja und den hohen Parteiführern zu, sondern den parteilosen Pädagogen, die nur die Befehle von oben ausführten. Zur Abschreckung anderer wurden viele von ihnen bestraft, sie wurden verhaftet und in KZ-Lager verschickt. Nun stellte die Sowjetschule die Experimente ein und kehrte zu den alten vorrevolutionären Formen und Methoden zurück, was positivere Folgen zeitigte.

Ein großer Mangel in den sowjetischen Schulen war seit ihrem Beginn das Fehlen der lateinischen und griechischen Sprache im Unterrichtsplan. Dies machte sich besonders empfindlich bemerkbar in der Arbeit der philosophischen Fakultäten an den Universitäten und pädagogischen Instituten. Denn ohne Kenntnisse der klassischen Sprachen ist die Arbeit auf dem Gebiete der Sprachwissenschaften, Geschichte, Literatur und Archäologie unmöglich.

Wahrscheinlich wurde aus diesen Gründen die Althilologie in den Unterrichtsplan für die Mittelschulen nach dem Kriege wieder aufgenommen.

Kriegstreiberei und Verleumdungspsychose

Es bleibt schließlich noch zu erwähnen, daß die Leitung der sowjetischen Schule noch vor dem zweiten Weltkrieg die militärische Ausbildung der Jugend verstärkt hatte. Deshalb gibt es besondere Lektionen, in denen Exerzierreglement, Turnen und Spiele militärischen Charakters usw. betrieben werden. Außerdem wurden seit 1940 Berufsschulen aufgebaut, deren besonderes Ziel die Vorbereitung qualifizierter Arbeiter für die Kriegsindustrie ist.

Darüber hinaus organisieren die Bolschewisten sog. „Suworow-Schulen“. Wie der Name bereits sagt, sollen diese Schulen fanatische Kämpfer der kommunistischen Partei liefern.

Nun noch einiges über die charakteristischen Züge in der Erziehung der sowjetischen Jugend: Wie bereits betont, ist das Hauptziel der Schule, die Jugend zum Werkzeug der kommunistischen Partei in ihrem Kampf um die Weltherrschaft zu erziehen. Dementsprechend gehören zu den höchsten Tugenden der gut erzogenen Jugend die bedingungslose Treue zur kommunistischen Partei, Liebe zum „Väterchen Stalin“ und der „sowjetischen Heimat“. Ungefähr seit 1934, nach dem Erscheinen der Bemerkungen Stalins, Kirows und Sdanows zu der Geschichte der UdSSR, nimmt die Erziehung zum „Sowjet-Patriotismus“ immer mehr den Charakter der Dressur zum russischen Chauvinismus an. Bereits in den erwähnten „Bemerkungen“ wurde das russische Volk auf die Höhe eines in der Welt führenden Volkes gestellt, das in der Vergangenheit bereits den Kampf für die sozialistischen Rechte geführt habe und jetzt für den Weltkommunismus kämpfe.

Nach dem zweiten Weltkrieg steigerte sich dieser russische Chauvinismus, mit allen Mitteln

von den Führern der kommunistischen Partei unterstützt, zu radikalen Formen. Neben der fieberhaften Vorbereitung zum Krieg versuchte man, die Bevölkerung zu überzeugen, daß das russische Volk das fähigste und tapferste in der Welt sei, das den anderen Völkern die Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung bringen werde. Das Verhältnis des russischen Volkes zu den von Moskau unterjochten Nationen ist der kommunistischen Propaganda nach das eines älteren Bruders, der diesen Völkern das Glück brachte, indem er ihnen die Entwicklungsmöglichkeiten auf geistigem, kulturellem und materiellem Gebiete gab. Zugleich stellen sie die westliche Welt, besonders die USA, als in „Verfall“ begriffen hin. Hierfür werden alle Mittel wie: Presse, Theater, Film, Versammlungen, Demonstrationen usw. eingesetzt. Eine große Rolle spielt auch hier die Schule. Um die Jugend zum sowjetischen Patriotismus und zum Haß gegen den Westen zu erziehen, wurde eine umfangreiche Herausgabe von „wissenschaftlich“ populären Schriften vorgenommen. Die Mehrheit dieser Erzeugnisse bezieht sich auf die Technik, die in der Kriegsproduktion von Wichtigkeit ist. In jedem dieser Bücher wird bewiesen, daß fast alle wichtigsten Erfindungen auf dem Gebiet der Seefahrt, des Luftverkehrs, der Elektrotechnik etc. von Russen stammen. Die Haupttendenz ist, den „Verfall“ und „ausbeuterischen Charakter“ des Westens aufzuzeigen. Damit die Jugend diese Werke auch in dem gewünschten Sinne auffaßt, wurde ihnen ein besonderes Vorwort beigegeben, in dem die Autoren, ohne Ehrfurcht vor der Wahrheit, eine abstoßende Hege gegen den Westen betreiben.

Was die *moralische* Erziehung der sowjetischen Jugend betrifft, so dient zum Leitfad die kommunistische Lehre über die Moral. Am deutlichsten wurde diese in der Rede Lenins auf der 3. Konferenz des Komsomols gekennzeichnet. Lenin lehnt eine allgemein menschliche Moral, die alle verpflichtet, ab und steht auf dem Standpunkt, daß es nur eine Klassenmoral gibt. Eine besondere Moral hat auch das Proletariat. Ihr Kriterium ist der Vorteil aus dieser oder jener Tat in seinem Klassenkampf. *Logischerweise müßte demnach der Schluß gezogen werden, daß, wenn es für das Proletariat günstig wäre, einen Mord zu begehen, oder sich der krassesten Lüge zu bedienen, dieses Verhalten auch „moralisch“ ist.* Solche Ansichten werden tatsächlich der sowjetischen Jugend beigebracht. So wird z. B. die Denunziation des eigenen Vaters von den Kommunisten als „Pflicht und Tugend“ des Sowjetbürgers angesehen. Der bekannte Pawlik Morosow, der während der Kollektivisierung seinen Vater denunzierte, weil er einige Kilogramm Getreide verbergte, weshalb man den Vater verhaftete und erschoss, — wurde zum Sowjethelden und Vorbild der Jugend! Deshalb steht die Denunziation im Leben in der UdSSR auch auf der Tagesordnung.

Seit der Revolution bis 1938/39, als in Moskau die Konferenz des Komsomols stattfand, untergruben die Bolschewisten die Achtung der Jugend gegenüber den Eltern. Die Folgen waren jedoch sogar für die sowjetische Regierung und die kommunistische Partei schädlich. Die Sowjet-Familie ist im Verfall begriffen, zugleich leidet darunter auch die Schuldisziplin, was wiederum schlechten Einfluß auf die Fortschritte in der Ausbildung qualifizierter Kader für die Industrie, die Wehrmacht usw. hat. Die Bolschewisten mußten das einsehen und auf der Konferenz des Komsomols in Moskau wurde die Losung der Gesundung der Familie und Hebung der Autorität der Eltern verkündet. Bei derartigen vergeblichen Versuchen ist es auch nach dem zweiten Weltkrieg geblieben.

Das Schwarze Meer . . .

(Schluß von Seite 8)

gültig zu isolieren. Die Formationen für diese Richtung werden vom mittelasiatischen militärischen Gebiet und von einigen Teilen Chinas gestellt werden.

Man sieht, welche Bedeutung das Schwarzmeer-Gebiet und besonders das Territorium der Ukraine und der übrigen durch die UdSSR unterdrückten Völker im zukünftigen Krieg haben werden. Wir können nur empfehlen, bei einem Gegenangriff von seiten der Westmächte gegen die UdSSR die unterdrückten Völker und ihre nationalen Ziele in Rechnung zu stellen und mit deren Vertretern eine gemeinsame Sprache zu finden, um im Kriegsfall sichere Verbündete gegen die kommunistische Tyrannei zu gewinnen.

Malenkow's Chance . . .

(Schluß von Seite 2)

Und zu guter Letzt: Die Sowjetunion habe „das starke Verlangen, mit allen seinen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten“. — Für den Augenblick glauben wir es gerne. Wie lange aber soll „die gute Nachbarschaft“ währen? Ein Lied davon können alle jene unglückseligen Völker singen, deren Länder noch bis unlängst heiß umworbene Nachbarn der Sowjetunion waren. . .

Nicht anders als bei allen diesen Thesen Malenkow's verhält es sich mit den jüngsten sowjetischen Vorschlägen in der Note betreffend die Deutschlandfrage. Sie stellt ein faden-scheiniges plummes Manöver dar, das auf Beeinflussung der bevorstehenden Bundestagswahlen abgestellt ist. Hoffen wir, daß die deutschen Wählermassen diesem tückischen Störmanöver nicht auf dem Leim gehen.

Heute mehr denn je gilt für den Westen die Maxime: sich nicht nach den Wünschen und Rezepten Moskaus zu richten, sondern das gerade Gegenteil von dem zu tun, was sich die Tyrannen im Kreml wünschen und im Westen populär zu machen suchen. Dann allein wäre auch die große Chance Malenkows zunichte gemacht, der allein auf Torheit, Uneinigkeit und Kleinmütigkeit der freien Welt spekuliert.

Uranerze in der UdSSR

(Fortsetzung von Seite 11)

gebung, die in administrativer Hinsicht in der Hauptsache zum Ostkasachstan-Gebiet (mit einem Verwaltungszentrum in der Stadt Ustj-Kamenogorsk) gehört. Wertvolle Bodenschätze im Mittelstück des Altai waren vor dem zweiten Weltkrieg fast unbekannt.

Die Berghauindustrie besteht im Südwesten des Altai beinahe schon seit 200 Jahren. Anfang der 30er Jahre zählte man dort ungefähr 750 verschiedene Erzlager, was ca. 20 v. H. sämtlicher noch nicht näher untersuchter Lagerstätten ausmachte. Es ist überhaupt hervorzuheben, daß der Stand der geologischen Schürfarbeit in der UdSSR zu jener Zeit noch recht niedrig war. Damals schätzte man die Rohstoffvorräte an Polymetall-erzen allein nur im Ridderbezirk im Altai auf 4,5 Mill. Tonnen (Ridder-Erz enthält 13,6% Zink, 7,9% Blei, 0,73% Kupfer, 0,0017% Gold und

Weiterhin hat man den Bau einer neuen großen Wasserkraftstation zu Buchtarma begonnen, die dazu bestimmt ist, die Erzlager von Syrjansk — östlich von Ridder, an der Mündung des Buchtarma-Flusses in den Irtysh — mit Strom zu versorgen. Bis jener Bau fertig ist, wird dieser Bezirk den Strom von Ustj-Kamenogorsk beziehen, die zwecks Verstärkung in den einheitlichen elektroenergetischen Ring der Wärmekraftwerke des Kusneßk-Beckens und des Altai-Landes einbezogen sein wird.

Zwei große Wasserreservationen, fast in einer Reihe am Irtysh und am Buchtarma eingerichtet, geben wohl zu denken, falls man berücksichtigt, daß in Sibirien bisher ganz andere Industriebezirke für wichtiger galten, jedoch jener „Auszeichnung“ nicht gewürdigt worden sind. Das erklärt sich dadurch, daß im Gebirge unweit von

reits hergestellt. Bis Kriegsende hat das Altai-Panzerwagenwerk viele Tausende Panzerwagen fabriziert, und vor der Vollendung des ersten Fünfjahresplanes der Nachkriegszeit stellte es bereits weit mehr Traktoren und Panzerwagen her, als es seine Metropole — das Charkiwier Traktorenwerk — vor dem Krieg getan hatte. Jetzt bildet das Altai-Panzerwagen- und Traktorenwerk einen der größten Betriebe seiner Art in der UdSSR, es liefert auch die ganze nötige Ausrüstung an die gesamte dortige Bergbauindustrie.

Im Westen zirkulieren seit einiger Zeit Gerüchte über das Vorhandensein eines gewaltigen sowjetischen Atomindustrie-Zentrums in unterirdischen Höhlen des westlichen Teils des Sajanischen Gebirges, der eine nordöstliche Verlängerung des Altaigebirges bildet. Obgleich diese Angaben von einer Reihe nicht unwahrscheinlich klingenden Einzelheiten begleitet werden, rufen sie doch gewisse Bedenken hervor, da es dort weder größere Lager an Uranerz noch Strom in nötiger Menge gibt. Außerdem hat der ganze Bezirk Tannu-Tuwa, welcher von allen Seiten von hohen Bergwänden umschlossen ist, nur einen einzigen geschickten Ausgang nach Norden und es besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion auch diesen eines Tages abriegelt. In kurzer Zeit könnte der Gegner mit Hilfe einer Luftlandung ein Atomwerk vollständig vernichten, auch wenn sich ein solches in tiefen Höhlen befinden sollte. Es ist also schwer zu entscheiden, was jene Angaben über Tannu-Tuwa zu bedeuten haben: die Einrichtung eines neuen Reserve-Atomindustrie-Zentrums, oder aber ein gewöhnliches sowjetisches Desinformierungsmittel zwecks Verschleierung des wahren Sachverhalts. Eine Schürfung von Uranerz in den Tälern von Tannu-Tuwa ist wohl möglich.

Man darf also zusammenfassend behaupten, daß der Kreml heutzutage eine genügende Menge des für Atombombenherstellung nötigen Rohstoffes besitzt. Allerdings hat er in Hinsicht auf dessen Quantität und Qualität den Westen bisher nicht eingeholt. Auch das Fehlen der entsprechenden Menge Elektroenergie bildet für ihn z. Zt. ebenfalls ein Hindernis. Doch treffen, wie wir sehen, die Männer im Kreml recht drastische Vorkehrungen, um diese Hindernisse zu bewältigen. Zweifels- ohne liegt jetzt die Leitung der Atomindustrie der UdSSR in den Händen von L. Kaganowitsch, der die sowjetischen Atombomben nach Hunderten zählen zu können trachtet.

Unterdessen bemühen sich die sowjetischen Fachleute, mit dem Präsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, A. N. Nessmejanow, und dem Akademiker R. L. Kapiza an der Spitze, fieberhaft darum, nicht nur, soweit es sich um die Lösung der Grundprobleme der Bombenherstellung, sondern auch ihrer serienmäßigen Fertigung handelt.

Und gleichzeitig möchte der Kreml das alles verhehlen, er greift zum propagandistischen Rauchvorhang, der „Friedensoffensive“ genannt wird, und rechnet dabei in erster Linie auf die Durchschnittsmenschen des Westens.

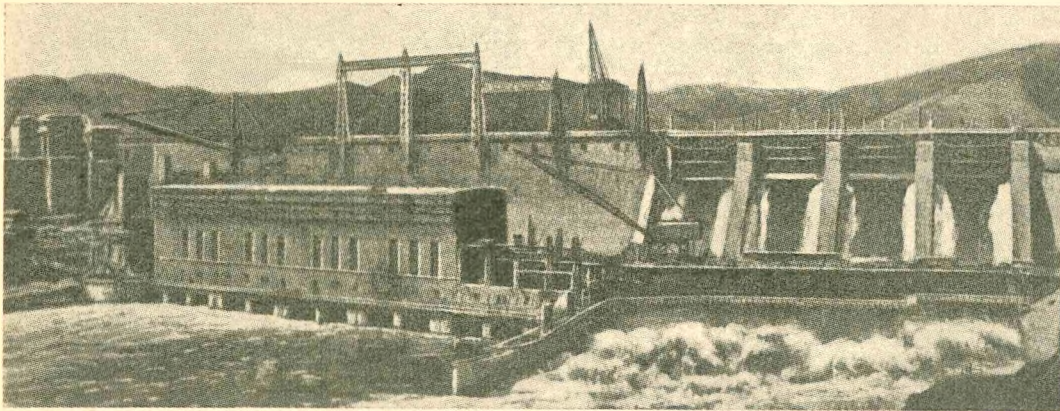
(Copyright by ABN-Correspondence, 1953)

Kader der Befreiungsrevolution

(Schluß von Seite 9)

alle Vorbereitungen frühzeitig durch Entsendung der speziellen Kommando-Kaders durchzuführen.

Es ist von Wichtigkeit zu erwähnen, daß die erst in den letzten Jahren gebildeten westlichen Organisationen zur Bekämpfung der Sklavenarbeit mit der Bearbeitung dieser Probleme ausschließlich russische Emigranten betraut haben. Infolgedessen wurde die Tätigkeit dieser Verbände durch die Russen in einem nur für ihre Zwecke günstigen Sinne ausgerichtet. Der Apparat dieser Organisationen befaßt sich auch nur mit dem Vorhandensein der KZ-Lager, ohne die russische Erfindung der Speß-Übersiedlung einmal zu erwähnen. In den KZ-Lagern befanden sich 1950 15 bis 18 Millionen Häftlinge, und im gleichen Zeitraum waren nicht weniger als 25 Millionen „Speß-Übersiedler“ zu verzeichnen. Warum erkennt man nicht, daß diese 25 Millionen als Sklaven gehalten werden, und warum will niemand von ihnen hören? Offenbar nur deswegen, weil mit dieser Form des Kampfes gegen das nationale Selbstbewußtsein der unterdrückten nicht-russischen Völker alle Russen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges im Grunde genommen solidarisch sind.



Wasserkraftwerk in Ustj-Kamenogorsk

0,012% Silber). Dabei hatte man nur das berücksichtigt, was fast auf der Erdoberfläche lag und mit bloßen Händen ergriffen werden konnte. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt waren die betreffenden ziffermäßigen Angaben offiziell stark vermindert worden. Heutzutage sind dieselben zumindest zu ver Hundertfachen! Zu erwähnen ist auch, daß im Altai noch andere bedeutende Erzlager (allerdings mit etwas anderem Erzbestand) vorhanden sind, wie z. B. in Syrjanowsk, Irtyshsk, Ubinsk, Solotuschinsk, Smejino-gorsk, Loktiwsk, Tscharyschsk u. a. m.

Noch vor dem zweiten Weltkrieg war es nicht zeitgemäß, über die Uranerze im Altai zu sprechen, da die Besitzer über derartiges überhaupt nicht gerne reden, vor allem aber auch deshalb, weil man damals noch nicht sämtliche Uranerze zu nutzen wußte. Jetzt hat sich aber der Sachverhalt völlig geändert.

Dank der fieberhaften und beharrlichen Forschungen der Nachkriegszeit ist es dem Kreml glückt, große Uranerzlager im Altai, in den Bezirken Ridder und Syrjanowsk zu entdecken. Ridder liegt 100 km nordöstlich von der Stadt Ustj-Kamenogorsk. Im Jahre 1937 wurde eine speziell dorthin führende, und zwar eine militarisier- te, Eisenbahn Rubtzowsk-Ridder zu Ende gebaut. Damals wurde das gesamte Territorium des südwestlichen Altai unbarmherzig von allen „unsicheren und zweifelhaften“ Bestandteilen der Bevölkerung gereinigt, auch wenn es sich bloß um einen kasachischen Hirten, einen Analphabeten handelte.

In der neuen „Großen Sowjetenzyklopädie“ fehlt Ridder auf der Karte von Altai. Doch ist in diesem Jahre der Bau der Wasserkraftstation Ustj-Kamenogorsk (der „sibirischen Dnipro-Wasserkraftstation“, wie sie die Sowjetpresse bezeichnet) beendet worden, die in erster Linie eben demselben Ridder zugutekommen soll! Gewisse Sowjetzeitungen haben über jenes Elektrizitätswerk ungewollt ein wenig ausgeplaudert, indem sie wortkarg notierten, daß „unter den zahlreichen Anlagen unseres Landes die Wasserkraftstation Ustj-Kamenogorsk einen besonderen Platz einnimmt“.

Daraufhin wird sich der Schmelzertrag an strategisch wichtigen Metallen im Erzgebiet Altai mehr als vervierfachen. Die Inbetriebsetzung der Wasserkraftstation Ustj-Kamenogorsk läßt die Erzeugung der Elektroenergie im gesamten Ostkasachstan um 250 v. H. steigen.

Ridder das Hauptzentrum der sowjetischen Atomindustrie gelegen ist, das viel Strom braucht. Im südlichen Altai sind alle Voraussetzungen hierfür erfüllt:

Es gibt dort erstens große Vorräte an einheimischen Uranerzen. Zweitens nimmt der besagte Bezirk eine Zentralstellung gegenüber anderen sowjetischen Uranerzlagern ein, mit denen er ebenso durch die turkestanisch-sibirische Eisenbahn verbunden ist, wie auch gerade mit dem nördlichen Ural durch Schiffsverkehr auf dem Irtysh und Ob (insofern der Irtysh nach Aufbau der Wasserkraftstation auch in seinem Oberlauf schiffbar geworden ist). Drittens befindet sich das erwähnte Atomindustriezentrum beinahe im Mittelpunkt des Landes und ist von russischer Bevölkerung umgeben. Bisher hatte es ihm ausschließlich an einer genügenden Menge Strom gefehlt.

Sowjetische Atomexplosionen sind bis jetzt im Ostkasachstan-Gebiet festgestellt worden bzw. in einer in nächster Nähe gelegenen Wüste, wohin die Atombomben aus dem südlichen Altai zugestellt wurden. Sollte andererseits ein Atomindustriezentrum irgendwo im westlichen Teil des Sajanischen Gebirges gelegen sein, so wäre es am meisten angemessen, die von dort stammenden Atombomben irgendwo in der mongolischen Sandwüste ausprobieren zu lassen, durch die ein unentbehrliches Autobahnnetz bereits vor Mitte der 30er Jahre angebahnt worden war, u. a. m.

Übrigens wird die Industrie im Altai von Panzerwagen einheimischer Produktion bewacht, die das Altai-Panzerwagenwerk herstellt. Dieser Umstand wird nicht zufällig sein. Er bedeutet, daß das Atomindustriezentrum von Altai im Falle eines Krieges völlige Autarkie in jeder Hinsicht genießen soll, da es sonst angemessener wäre, das Panzerwagenwerk im Gebiet des Kusneßk-Beckens einzurichten, irgendwo näher an Stahl und Kohle. (Auch die modernsten sowjetischen Kriegsfugzeuge werden in Sibirien, im Bezirk Nöwossibirsk hergestellt.)

Die kurze Geschichte des besagten Panzerwagenwerks sieht folgendermaßen aus: Es heißt offiziell „Altai-Traktorenwerk“ (sog. „Kalinin-Werk“) in der Stadt Rubtzowsk. Im Herbst 1941 wurde dorthin die Maschinerie des Traktorenwerks von Charkiw (Ukraine) evakuiert, wonach der Bau eines neuen Werkes zu Rubtzowsk vorgenommen wurde. Bis Januar 1944 war schon die erste Serie der Inbetriebsetzung durchgeführt, und sogar die ersten tausend Panzerwagen waren be-

Hinter dem Eisernen Vorhang



DEUTSCHLAND

KONZENTRATIONSLAGER FÜR VOPO

In der Nähe von Pasewalk ist, wie jetzt bekannt wird, nach dem 17. Juni ein Konzentrationslager für verhaftete Offiziere und Mannschaften der kasernierten Volkspolizei aus dem Raum Torgelow-Ueckermünde errichtet worden. In einem aus 12 Baracken bestehenden Komplex, der mit einem doppelten Stacheldrahtzaun gesichert ist, sind über 500 Volkspolizisten interniert, die sich geweigert haben, an den befohlenen Einsätzen während des Juni-Aufstandes teilzunehmen.

ZEISS-WERKE STREIKEN WIEDER

Die gesamte Belegschaft der volkseigenen Carl-Zeiss-Werke in Jena ist, wie jetzt erst bekannt wird, am Nachmittag des 23. Juni erneut in einen Sitstreik getreten, der auch am 24. Juni fortgesetzt wurde. Die Arbeitsniederlegung erfolgte als Protest gegen die Verhaftung von annähernd 900 Arbeitern durch die Organe des Staatssicherheitsdienstes. Der Werkleitung gegenüber haben Delegationen der Arbeiterschaft erklärt, daß Streikaktionen so lange fortgesetzt werden, bis die gefangenen Kollegen zurückkehren.

Die Carl-Zeiss-Werke sind z. Zt. immer noch von starken Volks-Polizei-Einheiten besetzt. Sowohl vor dem Werk als auch auf den Höfen innerhalb des Betriebes sind noch immer sowjetische Panzer aufgefahren.

RACHEORGIEN NACH DEM 17. JUNI

Im ehemaligen RAD-Barackenlager am Ostorfer See in Schwerin befinden sich z. Zt. rd. 2000 Personen, die im Anschluß an die Unruhen des 17. und 18. Juni in Grabow, Hagenow, Ludwigslust und in Wismar verhaftet worden sind. Das Lager ist durch Stacheldrahtzäune und von Volkspolizisten besetzte Wachtürme gesichert.

Die Häftlinge erhalten als Verpflegung pro Tag 500 Gramm Brot, 10 Gramm Fett und einen halben Liter warmes Essen. Funktionäre des Sowjetzonen-Staatssicherheitsdienstes führen in ununterbrochenem Einsatz, Tag und Nacht, Vernehmungen durch.

JUGENDHAFT AUF UNBESTIMMTE ZEIT

Im Jugendgefängnis Bräunsdorf bei Freiberg/Sa. werden zur Zeit 100 Jungen und 100 Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren festgehalten. 300 Jugendliche befinden sich im Jugendgefängnis Festung Königstein/Elbe. Dies wird jetzt aus Berichten entlassener Gefangener bekannt. In vielen Fällen wurde von den Gerichten eine Inhaftierung „auf unbestimmte Zeit“ ausgesprochen. Ungefähr die Hälfte der in beiden Vollzugsanstalten Inhaftierten wurde nach dem Deutschlandtreffen der FDJ 1950 und nach den Weltjugendfestspielen festgenommen, weil sie aus Westberlin politische Literatur mit in die Sowjetzone genommen hatten.

In den Jugendgefängnissen müssen die Inhaftierten 8 Stunden arbeiten. Als Entlohnung erhalten sie pro Woche 1 Mark, für die sie HO-Waren einkaufen können. (IWE)



KOSAKIA

„SCHLACHT“ UM BROT ...

Die Fehler, welche im vorigen Jahre bei der Ernte gemacht wurden, kamen auch in diesem Jahre wieder zum Vorschein. Mehrere Kolchos haben die Verpflichtung auf sich genommen, die Ernte zwischen 10 bis 15 Tagen zu beenden. Nun dauert diese aber schon 20—25 Tage und länger an, und ein Teil des Getreides ist immer noch nicht eingebracht. Dadurch sind große Verluste entstanden. Wie groß diese sind, beweist z. B. die Kolchosa Lenin in Tichoretka, wo am 15. Tag der Ertrag der Ernte auf 17 Doppelzentner, am 30. Tag auf 12 Doppelzentner und am 40. Tage sogar auf 8—10 Doppelzentner je Hektar gesunken ist.

Warum aber sind diese Verzögerungen eingetreten? In erster Linie waren die meisten Traktoren und Kombaine schlecht überholt. Die Reparaturwerkstätten beeilten sich, ihren Sollplan zu erfüllen, und so entstanden die mangelhaften Reparaturen. Die Kombaine bearbeiteten in den ersten Tagen ca. 20—22 ha; während ununterbrochener Arbeit bei Tag und Nacht entstanden Defekte, und die Traktoren und Kombaine kamen außer Betrieb. Die Durchschnittsleistung sank sogar auf 15—10 und 6 ha.

Die Sowjetorgane boten alle Kräfte auf, um die Ernte zu beenden. Auf den Feldern sind Propagandisten und Agitatoren eingesetzt.

Bei der Erfüllung des Sollplans ließen mehrere Kolchos das Stroh auf den Feldern, wo es verdorben ist.

Die Sowjetpresse bezeichnet die Ernteeinbringung in Kosakia als die wichtigste „Schlacht“ der Sowjetregierung, um das mangelnde Brot für die UdSSR zu sichern.



KROATIEN

VERSCHÄRFTE KIRCHENVERFOLGUNG

Gerade nachdem sich Tito — natürlich nur äußerlich — dem Westen zuwandte, setzte die Bedrängung der katholischen Konfession durch polizeiliche Kreierung von Vereinigungen der katholischen Geistlichen noch schärfer ein. In Slovenien soll eine größere Zahl von Geistlichen sich diesem polizeilichen Zwang gebeugt haben, da der Staat den Priestern Unterstützungen gewährt, nur wenn sie solchen Vereinigungen beitreten. In der „Volksrepublik Bosnien-Herzegowina“ sollen trotz starker Opposition ebenfalls einige solche Organisationen geschaffen worden sein. Alle Bischöfe der katholischen Kirche haben solche terroristischen Maßnahmen der kommunistischen Polizei öffentlich verurteilt.

Das Innenministerium gab ein Dekret heraus, wonach die bischöflichen Ordinariate in Slovenien und Bosnien nicht mehr als Vertreter der Kirche anerkannt werden, sondern jene neuen polizeilichen Vereine. Auf dem Gebiete der „Volksrepublik Kroatien“ — jene „Volksrepubliken“ sind nichts anderes als Polizeidirektionen mit der Zentrale in Belgrad — sind allerdings solche Maßnahmen noch nicht erfolgt, aber auch dort werden die betreffenden Vereinigungen ebenfalls mit Polizeigewalt nachdrücklich forciert. In eingeweihten Kreisen sieht man die erwähnten Maßnahmen als Einleitung zur Schaffung einer „national-katholischen Kirche“ an. Durch solche Machenschaften geht — ähnlich wie in der „Tschechoslowakei“, Polen und Ungarn — die kirchliche Macht auf die polizeilichen prokommunistischen Vereinigungen und schließlich auf die „Partei“ über.

Dieser Kirchenterror stößt speziell in den kroatischen Gebieten auf starken Widerstand. Der kroatische Primas, Kardinal Stepinac, ist eine harte Nuß für die fremde kommunistische Okkupationsmacht. Da seine Gesundheit unter den Entbehrungen und Qualen, die er in den Gefängnissen seit 1946 zu erdulden hatte, stark gelitten hat, trachtet die Belgrader Regierung ihn unter verschiedenen Vorwänden loszuwerden. Sie möchte ihn in einer ausländischen Heilanstalt unterbringen; aber der Kardinal ist sich darüber klar, daß sie ihm nicht mehr gestatten würde zurückzukehren.

Trotz allen Verfolgungen steht indessen heute das kroatische Volk fester zu seinem Glauben als je zuvor in seiner langen Geschichte. Dr. S. B.



LETTLAND

DER ROBOTER STOCKT ...

Die Moskauer sowjetamtliche Zeitung „Iswestija“ berichtet unterm 28. 6. 1953 über eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Lettlands u. a. folgendes:

„Das Plenum des ZK der KP Lettlands verurteilt die Methoden einer fahrlässigen Verwaltung und die Verletzung sowjetischer Gesetze bei ihrer Anwendung durch parteiliche und sowjetische Organe. Statt eine energische Ausweitung der proletarischen Massenarbeit unter der Bevölkerung hatte das Plenum empfindliche Mängel in der ideologischen und politischen Erziehung der breiten Massen der Werktätigen und der lettischen Intelligenz festzustellen und schärfstens zu kritisieren.“

In der Plenarsitzung wurden auch schwerwiegende Fehler in der Leitung des Kolchosenaufbaus aufgedeckt, nachdem der Ministerrat der Lettischen SSR nicht die erforderlichen Maßnahmen zur organisatorisch-wirtschaftlichen Festigung der Kolchos in der Republik durchgeführt hatte. Weiterhin beantragte das Plenum praktische Entscheidungen zur grundlegenden Beseitigung der gemachten Fehler und unterlaufenen Mängel.“



LITAUEN

„DIE NATIONALE LINIE“ ...

Die Moskauer „Prawda“ vom 18. Juni 1953 schreibt in einem Bericht über die Plenarsitzung des ZK der KP Litauens unter anderem:

„Die Plenarsitzung stellte ernsthafte Fehler und Mängel in der Arbeit des ZK der KP Litauens und des Ministerrates der Litauischen SSR fest, vor allem bezüglich vieler Verdrehungen bei Einführung der leninistisch-stalinistischen nationalen Politik unserer Partei, hier besonders in der Schwäche der in Bildung befindlichen litauischen nationalen Kader, sowie in der leitenden parteilichen, staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit.“

„Das Plenum deckte auch in der Angelegenheit der organisatorischen und wirtschaftlichen Festigung der Kolchos große Fehlgriffe und Unterlassungen auf. Die Plenarsitzung entschied, die gemachten Fehler unbedingt zu beseitigen und konkrete Maßnahmen zu bewilligen für Berichtigung der politischen Arbeit in der Republik, für konsequente Durchführung der leninistisch-stalinistischen nationalen Linie, außerdem für Verbesserung der Entwicklung, Vorbereitung und nachdrückliche Ausgestaltung der nationalen litauischen Kader in Zusammenarbeit mit den führenden parteilichen, staatlichen und wirtschaftlichen Organen...“



SLOWAKEI

BLUTIGE DEMONSTRATIONEN

Im Juni d. J. fanden in Bratislava (Preßburg), Kosice (Kaschau), Zilina (Silein) u. a. blutige Demonstrationen gegen den Kommunismus und gegen den tschecho-slowakischen Staat statt. Tausende slowakischer Arbeiter haben gegen wirtschaftliche Ausbeutung, politischen Terror und Mangel an Lebensmitteln demonstriert. Diese Massenaustritte der Unzufriedenheit konnten nur mit besonderen Polizeimaßnahmen und militärischem Eingreifen unterdrückt werden. In Bratislava wurde der Ausnahmezustand erklärt. In Kosice, wo von den Demonstranten die Fahnen der Slowakischen Republik und der USA öffentlich gehißt wurden, ruhte drei Tage lang der Verkehr.

Ähnliche Unruhen gab es auch an anderen Orten. Auch die slowakischen Arbeiter, die sich im Arbeitseinsatz in Moravska Ostrava (Mährisch-Ostrau) befinden, demonstrierten wegen unzureichender Lebensmittelzuteilungen und Beschränkungen der persönlichen Freiheit. 17 demonstrierende Slowaken sind dort ums Leben gekommen.

ANTIKOMMUNISTISCHE KOMMUNISTEN ...

Auf dem Kongreß der KP der Slowakei in Bratislava (Preßburg) sprach im Juni d. J. der Ministerpräsident der Prager Regierung, V. Siroky. In seiner Rede versuchte er den Raub an den Ersparnissen des Volkes durch die sog. Währungsreform (Deflation) zu rechtfertigen. Er bemühte sich auch, die Eingliederung der KP der Slowakei

in die KP der CSR zu begründen. Besondere Aufmerksamkeit widmete er in seiner Ansprache der antikommunistischen Gesinnung, und zwar sogar unter den Parteimitgliedern. Polizeiminister K. Bacilek bezeichnete „die Agenten der feindlichen Emigration“ als Initiatoren der Unruhen in der Slowakei. Er drohte, sie alle gnadenlos zu liquidieren. —

„Die Agenten der feindlichen Emigration“ und „des westlichen Imperialismus“ werden wohl bald auch für die Unbilden der Witterung und die Sonnenpräzuberanzen verantwortlich gemacht!

SCHEINWISSENSCHAFT

Die Kommunisten gründeten unlängst in der Hauptstadt der Slowakei, Bratislava, eine sogenannte „Slowakische Akademie der Wissenschaften“. Zweck dieses Instituts ist, unter wissenschaftlichem Deckmantel die kommunistische Ideologie, das Sowjetsystem und die Leistungen der russischen Wissenschaftler zu propagieren. Von einer echten wissenschaftlichen Tätigkeit kann dabei überhaupt keine Rede sein, weil es ohne Forschungs- und Veröffentlichungsfreiheit keine Wissenschaft im wahren Sinne des Wortes gibt, sondern höchstens eine Scheinwissenschaft als Mittel zum Zweck.

ANGST VOR DER EMIGRATION

In letzter Zeit häufen sich in der kommunistischen Presse und im Rundfunk dieser Partei die Beschimpfungen und Verleumdungen über die antikommunistische Emigration. Besonders werden dadurch das Slowakische Befreiungskomitee und dessen Präsident, Prof. Dr. Ferdinand Durcansky, ins Visier genommen. So veröffentlicht z. B. das Hauptorgan der KP, die in Bratislava erscheinende „Prawda“ vom 15. Juli d. J., wütende Angriffe gegen die national gesinnten slowakischen Emigranten. Darin zeigt sich das böse Gewissen der heutigen kommunistischen Gewalt herrscher, denen es vor den national-revolutionären Kräften und deren steigendem Einfluß im Lande graut.

TURKESTAN

„MÄNGEL“ ODER VORZÜGE?

Moskau ist unzufrieden mit der wissenschaftlichen Akademie der Usbekischen SSR. Das sowjetamtliche Organ „Iswestija“ vom 4. Juni 1953 zählt alle Mängel dieser Akademie auf. In erster Linie richten sich die Angriffe gegen die Wissenschaftler des historischen und archäologischen Instituts und dessen zweihändiges Werk „Geschichte der Völker Usbekistans“, dem folgendes vorgeworfen wird:

„Unterschätzung der progressiven Bedeutung des Anschlusses Usbekistans an Rußland, Beleuchtung der Ereignisse von bourgeois-objektivistischer und manchmal offen nationalistischer Einstellung aus, Verwischen des Klassenkampfes, Vertuschung der reaktionären Bedeutung des Islam, übermäßige Schüchternheit in der Aufdeckung des Pantürkismus und Panislamismus, teilweise Idealisierung der feudalen Gesellschaftsordnung. Einige Proben beleuchten schlaglichtartig die Beurteilung revolutionärer Volksbefreiungsbewegungen, feudaler nationalistischer Aufstände, der Verhetzung durch die muselmanische Geistlichkeit und Agenten imperialistischer Länder.

„Das Institut für Sprachwissenschaft und Literatur hat keine wichtige Arbeit über die usbekische Sprachwissenschaft herausgegeben, und Gelehrte des Instituts für Orientalistik beschäftigten sich mit verstaubtem Zeug aus den überalterten arabischen Handschriften, statt sich mit den aktuellen Problemen der sowjetischen Orientkunde zu beschäftigen.

„Das Ökonomische Institut hat die leninistisch-stalinistische Theorie verdreht und nicht in Zusammenfassung die Probleme der Entwicklung der produzierenden Kräfte in der Ferghanischen Beckenlandschaft ausgearbeitet. (Das Ferghanische Becken ist das fruchtbarste Gebiet von Usbekistan, wurde aber in Verfolg der sowjetrussischen Mißwirtschaft mit ungläublicher Schnelligkeit in Sumpf und Morast verwandelt. — Anm. d. Red.) Die Sachwalter des Instituts für Landwirtschaft widmeten der Baumwollkultur sehr wenig Beachtung. . . Das einzige vom Institut für Druck vorbereitete landwirtschaftliche Werk ist nach der

Beurteilung der Leiter der Akademie der Wissenschaften ganz und gar unwissenschaftlich.

„Überhaupt ist es um die Sache mit der Publikation wissenschaftlicher Werke durch die Akademie der Wissenschaften in der Usbekischen SSR sehr schlecht bestellt.

„Der Ministerrat der Usbekischen SSR bewilligte den Arbeitsplan der Akademie mit einer Verspätung von 6 bis 7 Monaten.

„Im Interesse von Volk und Staat“ fordert die parteioffizielle „Iswestija“ „eine entscheidende Verbesserung der Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften in der Usbekischen SSR.“

Daß sich die usbekischen Wissenschaftler nicht heilen, mit ihren Kenntnissen zur intensiveren Ausbeutung ihres Vaterlandes durch die Okkupanten heizutragen und im Interesse des russischen Volkes und Sowjetstaates zu arbeiten, liegt durchaus im Sinne der nationalen Interessen Turkestans. Also: Mängel oder Vorzüge?



DIE OUN IN VORDERSTER FRONT . . .

Die Kyiwer parteiamtliche Zeitung „Radyanska Ukraina“ veröffentlicht unterm 26. Juni 1953 einen längeren Rezensionenartikel über die Broschüre von J. Smolytsch „Feinde der Menschheit und ihre Söldner“, in welchem es u. a. heißt:

„Und sie sind da . . . gekauft für Silberlinge. Mit schrecklichem Haß, mit Dreizack (ukrainisches Nationalwappen — Anm. der Redaktion) und Mausepistolen beginnen sie wieder ihre furchtbare Tätigkeit. In den Gerichtsverhandlungen, welche in Lwiw, Drohobytsh, Stryj, Tschortkiw gegen diese Banditen stattfanden, wurde volle Klarheit geschaffen über die gemeine Rolle der OUN-Mitglieder, welche ausgediente Agenten der menscheitsfeindlichen Imperialisten sind. Auf Mordtaten, Feuerüberfälle, Provokationen und Spionage, auf solche schwarzen Verbrechen gehen diese verdammten „Befreiungskämpfer“ aus. Diese bourgeoisen Nationalisten wurden als Auswurf der Menschheit zur Liquidierung verurteilt. Solange nur ein Rest von diesen abscheulichen Banditen Waffen in Händen hat, müssen wir auf der Hut sein! . . .“

*

Durch derartige „Berichterstattung“ versuchen die sowjetischen Okkupanten vergeblich den bewaffneten Freiheitskampf in der Ukraine zu verzerrern und herabzuwürdigen. In Wirklichkeit stellen aber Veröffentlichungen dieser Art nur Geständnisse und authentische Bestätigungen dafür, daß die Männer und Frauen der von Moskau gefürchteten OUN als Träger der ukrainischen nationalen Revolution, trotz allen bestialischen Terrors nach wie vor ungebrochenen Kampfeswillens allerorts in der Ukraine am Werke sind.

MISSWIRTSCHAFT

Am 1. Juli 1953 fand eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der ukrainischen kommunistischen Partei statt mit Reden über „Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrs- und Erntearbeiten im Zusammenhang mit der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion“, gehalten vom Vizepremier des Ministerrates der Ukrainischen SSR, Kaltschenko, und über „Vergrößerung der Produktion, Qualitätsverbesserung für die Verbrauchermassen und Verbesserung des Verhältnisses zwischen Erzeugern und den werktätigen Abnehmern“. Dieses Thema wurde durch den Premierminister der Ukrainischen SSR, Korottschenko, behandelt.

Das Plenum kritisierte die Ministerien für Landwirtschaft und allgemeine Verteilung wegen mangelhafter Leitung der Tätigkeit der MTS (Maschinen- und Traktorenstationen) und ungenügender Vorbereitung der materialtechnischen Basis zur Aufnahme der neuen Ernteerträge. . .

Auch die Ministerien für Leichtindustrie und Lebensmittelerzeugung wurden scharf kritisiert, ebenso die örtliche Brennstoffindustrie, die gewerblichen Genossenschaften usw., weil man der Verbreitung der verschiedenartigen Sortimente nicht genügend Beachtung geschenkt habe.

IM EIGENEN SPIEGEL . . .

Die sowjetamtliche Zeitung „Iswestija“ vom 1. 7. 1953 kritisiert die Kyiwer Zeitung „Prawda Ukrainy“, weil sie den örtlichen Räte-Organen der Ukrainischen SSR zu wenig Beachtung schenkt:

„Man kann nicht sagen, daß die ‚Prawda Ukrainy‘ nichts gewußt habe über verschiedene Mängel und Fehler in diesem Gebiet. In ihrem Leitartikel unter der Überschrift ‚Verbesserter sowjetstaatlicher Apparat‘ vom 28. 5. 1953 schreibt diese Zeitung: . . . Nicht zufriedenstellend z. B. arbeitet das Exekutivkomitee des Gebietsrates von Tarnopol. . . In seinem Apparat vollbrachte der Exekutivrat keine Erziehungsarbeit. . . Bedeutende Symptome dieser Fehler, welche für den Tarnopoler Gebietsrat charakteristisch sind, machen sich auch bemerkbar in den Exekutivkomitees von Poltawa und Sumy ebenso, wie in der Arbeit des Exekutivkomitees des Gebietsrates von Transkarpathien, Saporozhe und Kaminetj-Podolsky‘ . . .“

„Die republikanischen Landes- und Gebietszeitungen dürfen in der Erläuterung der Arbeit der Sowjet-Organen nicht abseits stehen“, schreibt die „Iswestija“.

EIN VIELSAGENDES „PROGRAMM“

Am 7. Juli d. J. nahm das ZK der KP der Ukraine ein 18-Punkte-Programm an, das eine sofortige Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung bewirken soll. Diese Maßnahmen stehen unter dem Motto: „Erhöhte Produkte, bessere Qualität der Verbrauchsgüter und Verbesserung der Beziehungen zwischen Angestellten und Bevölkerung.“

Die Kyiwer Zeitung „Prawda Ukrainy“ vom 8. Juli 1953 brachte im einzelnen folgende Punkte des neuen Programms:

- 1. Die Eröffnung neuer Geschäfte, neuer Werkstätten und Reparaturgeschäfte für Kleider, Schuhe, Möbel, Uhren und andere Gebrauchsgegenstände in sämtlichen ukrainischen Städten und Dörfern;
- 2. Entwicklung neuer Kleidermodelle, neuer Schuhe, Spielzeug, Sportartikel, Haushaltsgegenstände und Möbel;
- 3. Ausmerzung aller Unzulänglichkeiten im öffentlichen Transport- und Kanalisationssystem in allen öffentlichen Badeanstalten, Wäschereien und Friseurgeschäften;
- 4. Verbesserte Bedienung in allen Eßlokalen und Cafés, sowie eine Verbesserung der verarbeiteten Speisen und Vergrößerung der zur Verfügung stehenden Auswahl.“

Dieses „Programm“ verrät mehr als alles andere, in welchem unzulänglichen und unwürdigen Verhältnissen das ukrainische Volk durch das sowjetrussische Regime zu leben verurteilt ist und widerlegt restlos alle Phrasen von „Wohlstand“ und „glücklichem Leben“ im „Sowjetparadies“. Im übrigen ist dieses „Programm“ wohl nur dazu bestimmt, der Bevölkerung die Zukunft im rosigen Licht zu zeigen, um die explosive Volksstimmung möglichst zu besänftigen.



UNFRUCHTBARES INSTITUT

Die Moskauer „Prawda“ vom 16. 6. 1953 veröffentlicht einen scharf kritisierenden Artikel gegen das weißruthenische Institut für Tierhaltung. Im Artikel heißt es u. a.:

„Dem Bestand des Institutes gehören jetzt an: drei ordentliche Mitglieder der Akademie, neun wissenschaftliche Mitglieder ersten Ranges, 20 wissenschaftliche Mitglieder zweiten Ranges und Laboranten. . .“

Im Institut gibt es weder eine entwickelte prinzipielle Kritik noch irgendwelche fruchtbare Diskussion. Der Direktor des Instituts, Genosse Horelad, ist als Wissenschaftler den kulturellen Problemen nicht gewachsen. —

Das Institut für Tierhaltung der Akademie der Wissenschaften in der Weißruthenischen SSR steht nicht auf der Höhe der Zeit. In ihrer Mehrheit bieten die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts keine neuen Einsichten, die als Hilfe für die Werktätigen und die sozialistische Landwirtschaft bezeichnet werden könnten. . .“

BUCHBESPRECHUNG

Edige Kirimal:

Der nationale Kampf der Krimtürken

Verlag Lechte, Emsdetten/Westf., 374 S. mit Bildern und Kartenanhang.

Für das krimtürkische Volk (Krim-Tataren) hat Dr. Edige Kirimal, Orientalist und Slavist, ein Denkmal gesetzt. Sein Buch könnte vielleicht die Anregung zu einem neuen Zweig der Ostwissenschaft darstellen: die so notwendigen Monographien der Befreiungsbewegungen der nicht-russischen Völker im Zarenreich und der späteren UdSSR. Aus solchen Monographien, wenn sie ausreichend und zuverlässig mit Quellmaterial fundiert sind, muß der neue Blick des Historikers und des Politikers auf den „monolithischen“ Block der Sowjetunion herauswachsen.

Kirimal verfolgt nach einer kurzen historischen Einleitung die Wiedergeburt der Krimtürken, die mit dem Wirken von Ismail Bey Gaspirah (Gasprinski) einsetzte und von 1900 ab immer bewußter — in enger Verbindung mit den Bestrebungen der Mohammedaner im russischen Imperium überhaupt — auf die Befreiung hinsteuerte. Gaspirah sah ihre künftige Stärke in der Anpassung der Mohammedaner an die europäische Kultur: Reform und Erweiterung der eigenen Schulen, Schaffung einer nationalen Presse (mit einer allen Tüirken gemeinsamen Schriftsprache), Modernisierung der mohammedanischen Lebensformen, Befreiung der mohammedanischen Frau, Schaffung einer nationalen Intelligenz.

Auf diesem breiten Fundament sollte die eigentliche politische Bewegung der Türk-Mohammedaner erwachsen. Die revolutionären Ereignisse der Jahre 1905–1906 und die Entstehung der drei verschiedenen, aber eng verflochtenen ideologischen Strömungen: derjenigen der „orthodoxen Epigonen“ Gaspirahs, der politisch-revolutionären Bewegung der sog. Jungtataren, und der studierenden Jugend, die aus dem 1908 in Istanbul gegründeten „Verein der Krimstudenten“ herauswuchs und 1917 eine hervorragende Rolle spielte, werden eingehend erläutert.

Es erfolgte der Aufbau eines dichten Netzes geheimer politischer Organisationen, außerhalb der Krim die Herstellung wichtiger Auslandsbeziehungen (z. B. die Beteiligung an der „Liga der Fremdvölker Rußlands“ am von der „Union des Nationalités“ 1916 nach Lausanne einberufenen III. Völkerkongreß), um auswärtige Hilfe für die entscheidende Stunde zu sichern. Auf der Basis solcher Vorarbeit wurde dann von dem Verfasser der weitere Kampf gegen die russischen Imperialisten weißer und roter Prägung ausführlich geschildert, und zuletzt auf die Ereignisse des zweiten Weltkrieges überzugehen. Der Verfasser entwickelt u. a. ein eingehendes Bild der Tätigkeit der Widerstandsbewegung während der ersten bolschewistischen Fremdherrschaft vom Januar bis April 1918, dann unter der Besatzung durch die „Weiße Freiwillige Armee“ im November 1918 bis November 1920, der anschließenden Periode bolschewistischer Fremdherrschaft von 1920 bis 1941 und während des zweiten Weltkrieges.

Er geht ein auf die diffizilen Beziehungen der deutschen Regierungen- und Besatzungspolitik im ersten Weltkrieg, dann behandelt er ausführlich die deutsche Politik im zweiten Weltkrieg, die Stellungnahme zum „Prager Manifest“ Wlassows vom 14. November 1944 usw. Im selben Jahr setzte die bolschewistische Massenvernichtung der Krim-Tataren ein, eindeutig das Ziel verfolgend, sie als Volk auszulöschen und nur als Arbeitssklaven vegetieren zu lassen. Alle Krim-Tataren wurden zwangsweise ausgesiedelt und massenhaft ermordet. Dieser Völkermord ist eine drohende Warnung für die ganze Welt. So sieht die bolschewistische nationale Politik und die Methode der Lösung der nationalen Probleme aus. Aus der Tragödie der Krim-Tataren, die ähnlich ist derjenigen der Wolga-Deutschen, Nordkaukasier oder der ganzen autonomen Sowjetrepublik der Birobidschaner, kann der Westen die Schlußfolgerungen ziehen, was für eine Weltgefahr der Bolschewismus darstellt. Die Ausrottung der ganzen kleinen Völker, zwangsweise Übersiedlung, organisierter Hungermord, das sind die Methoden der russischen Herrschaft. Ihre Darstellung im Zusammenhang mit den Krim-Tataren ist das wichtigste und lehrreichste Moment in diesem Buch für die westlichen Leser. Wir gehen nicht auf die strittigen Fragen ein, welche der Verfasser behandelt, uns geht es besonders darum, daß man aus dem Werk das russische System kennenlernt und daß man alle freiheitsliebenden Völker zum Kampf gegen die russische bolschewistische Tyrannei mobilisiert. S. P. S.

Adolf Grabowsky:

Politik im Grundriß

Dickreiter Verlagsgesellschaft Freiburg i. Br. — Frankfurt a. M., 1952, S. 440.

Das Buch sollte eine wissenschaftliche Einführung in die Politik sein. Zum wissenschaftlichen Charakter eines Werkes gehört aber ein hohes Maß an Objektivität und Überzeitlichkeit. Leider ist Grabowskys Buch zu subjektiv und zeitgebunden, um als wissenschaftliches Werk betrachtet werden zu können. Außerdem enthält es auch manche Irrtümer in grundsätzlichen Dingen, die seinen Wert herabsetzen.

Schon bei der Ausdeutung des Begriffes Demokratie ist der Verfasser nicht von Irrtümern frei. Obwohl er richtig feststellt, daß Demokratie und Liberalismus keine Analogien sind, vermerkt er in verschiedenen Schlußfolgerungen und Nebenbemerkungen offensichtlich die beiden Begriffe. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er nur eine liberale bzw. sozialliberale Demokratie für echte Demokratie hält. So behauptet er z. B.: „Hauptthema aller innerpolitischen Entwicklung ist für jetzt und die Zukunft die rechte Verbindung von Liberalismus und Demokratie.“ (S. 241.)

Er macht auch einen Unterschied zwischen „Formaldemokratie“ und „Realdemokratie“, wobei er als Voraussetzung der letzteren die Erfüllung verschiedener zeitgemäßer liberaler und sozialer Forderungen für notwendig hält. Diese Forderungen sind unwissenschaftlich nach

den subjektiven politischen Ansichten des Verfassers angeführt, begründet und bewertet. Ohne ein Werturteil über diese politischen Ansichten bzw. Forderungen zu fällen, muß man feststellen, daß ihre Erfüllung kein wesentliches Merkmal der Demokratie bildet. Die Demokratie ist ein Rahmen, dem der Wille des betreffenden Volkes verschiedenen Inhalt geben kann.

Demokratie in echtem und unverfälschtem Sinne des Wortes ist nicht mehr und nicht weniger als Volksherrschaft, wobei der Wille des Volkes durch dessen Mehrheit zum Ausdruck kommt. Ein Regime, das das Vertrauen des betreffenden Volkes nicht genießt, kann keineswegs als demokratisch gelten, wenn es sich auf parlamentarischer Institute bedient, bürgerliche Freiheiten proklamiert und eine ganze Menge von politischen Parteien duldet.

Es ist unbegreiflich, warum der Verfasser des Buches das Plebiszit als „undemokratisches Institut“ bezeichnet (S. 209). In Wirklichkeit kommt gerade durch ein Plebiszit (falls es nicht gefälscht wird) unmittelbar und deswegen am besten der Volkswille zum Ausdruck. Es scheint insbesondere dann am Platze zu sein, wenn es sich um die Annahme oder Veränderung einer Verfassung handelt, sowie auch zur Feststellung des Bevölkerungswillens bei Lösung der Frage der Zugehörigkeit strittiger Grenzgebiete. So erkennt auch Grabowsky selbst das Saarplebiszit vom Februar 1935 als richtigen Ausdruck des wahren Volkswillens (S. 319) an, während er andererseits allgemein das Plebiszit als ein „undemokratisches Institut“ bezeichnet. Warum? Wo bleibt hier die Logik und die wissenschaftliche Konsequenz?

Es ist auch interessant, daß in einem Buch, wo so viel über Demokratie gesprochen wird, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker kaum irgendwelche Aufmerksamkeit gewidmet wird, außer wenn es sich um die berechtigten Interessen des eigenen Volkes des Verfassers handelt. Zweifellost ist und bleibt die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine *conditio sine qua non* der Demokratie im Rahmen der internationalen Beziehungen. Wie kann eine unbeschränkte Volksherrschaft bestehen, wenn ein Volk nicht souverän ist oder wenn es nicht frei darüber entscheiden kann, in welchem Staatsgebilde es leben will?

Ein in seiner Souveränität beschränkter Staat ist nur dann noch demokratisch, wenn es sich um eine freiwillige Abgabe eines Teiles seiner Souveränität zu Gunsten einer höheren Staatskonstruktion handelt. Das ist aber nicht der Fall bei einer gewaltsamen Eingliederung eines Volkes in ein größeres Staatsgebilde, was zweifellost im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht und zum demokratischen Gedanken steht. Deswegen kann man z. B. das russische Imperium, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien nicht als demokratische Staaten bezeichnen, auch wenn dort keine kommunistische Diktatur an der Macht wäre.

Wie wenig orientiert der Verfasser über das nationale Problem in Osteuropa ist, kann man schon daraus ersehen, daß er die Ukrainer und die Weißruthenen für „russische Stämme“ hält und die anderen zahlreichen nicht-russischen Völker der Sowjetunion nur für „Minoritäten“ (S. 327). Über den Freiheitskampf dieser Völker und über die geschichtliche Tatsache, daß sie fast alle vor der russischen Eroberung ihre selbständigen nationalen Staaten hatten, scheint der Verfasser nicht unterrichtet zu sein.

Über den japanischen Friedensvertrag äußert er sich folgendermaßen: „Offiziell soll dieser Vertrag Japan die Souveränität zurückgeben, aber da wenige Stunden nach Abschluß des Friedensvertrages ein japanisch-amerikanischer Sicherheitspakt unterzeichnet wurde, der an die Stelle der bisherigen amerikanischen Besatzungstruppen neue, der Sicherheit dienende Streitkräfte setzt, so kann von einer wahren Unabhängigkeit nicht gesprochen werden.“ (S. 367.) Über die völkerrechtliche Lage der Bundesrepublik Deutschland und Österreich gibt der Verfasser in seinem Buch keine Aufklärung.

Es wäre kaum möglich, im Rahmen einer Buchbesprechung auf alle Oberflächlichkeiten, Irrtümer und falschen Schlußfolgerungen hinzuweisen. Grabowskys pseudowissenschaftliches Werk kann eher zur Verwirrung als zur Klärung der Begriffe beitragen. Dr. C. P.

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas

Herausgeber: Hans Koch
Neue Folge, Band 1, Heft 1, 1953
Isar-Verlag, München, SS 128.

Dieses erste Heft einer neuen Folge der vierteljährlich erscheinenden Veröffentlichungen des Münchener Osteuropa-Institutes bildet ein geradezu mustergültiges Beispiel dafür, wie sich wissenschaftliche historisch-philologische Forschung mit einer politisch recht aktuellen Thematik verbinden kann und darf. Das gilt in erster Linie für die größere Abhandlung von Georg von Rauch mit 40 Seiten Umfang: „J. Ph. Fallmerayer und der russische Reichsgedanke bei F. I. Tjutcev“, die an Hand einer eingehenden Analyse der persönlichen und literarischen Beziehungen zwischen Fallmerayer und Tjutsev ein nahezu erschöpfendes Bild ihres Anteils am Gedankenkreis des russisch-imperialistischen Slavophilitums der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts entwirft. Jakob Philipp Fallmerayer (1790–1861), ein hochbedeutender Orientalist und Byzantinologe (er hat als erster die Theorie einer slawischen ethnischen Herkunft der Neugriechen aufgestellt), zugleich aber ein leidenschaftlicher politischer Publizist, hatte sich anfänglich durch das Prestige einer „gräkoslawischen Orthodoxie“ und durch die imponierende Machtentfaltung des Zarenreichs im Osten zur Anerkennung einer „slawischen Sendung“ verleiten lassen. Die selbstverständlich nur unter dem Zepter eines Moskauer „neuen Ostroms“ zu verwirklichen wäre. In diesem Sinn hat Fallmerayer 1842–1843 auch auf die politische Ideenwelt Fedor Tjutsevs (1803–1873), des späteren Hauptvertreters eines orthodox-imperialistischen Pan-Slavismus in der russischen Dichtung des 19. Jh. gewissen Einfluß ausgeübt.

Aber schon während der 40er Jahre erregt in Fallmerayer die gesamte Politik Nikolaus' I. Mittel- und Westeuropa gegenüber, je weiter desto mehr, berechtigtes Mißtrauen und Unbehagen. Ohne von seinem Glauben an eine „bedeutsame geschichtliche Zukunft der Slaven“ abzulassen, empfindet er es bereits im Jahre 1840 als unerträglich, „Moskowien mit seinem Einheitsinstinkt, sei-

ner mönchischen Zucht und seiner Kasernendisziplin in der Nähe zu wissen“. Allerdings hatte es Fallmerayer von Anfang an vermieden, „die Geschichte des Ostens vom moskowitzischen Standpunkt aus zu deuten“. Seine positive Einstellung zur Idee einer Erneuerung des „gräkoslawischen Ostroms“ fußte zum großen Teil auf einer geradezu enthusiastischen Hochschätzung der alten Kyiwer Rus-Ukraine, des Rurikidenstaats, dessen kulturgeschichtlichen Antagonismus dem ganz anders gearteten Moskauer Rußland gegenüber er stets kräftig herausgehoben hat, ohne sich allerdings über den grundsätzlichen ethnisch-nationalen Gegensatz zwischen den betreffenden beiden Völkern eine klare Vorstellung gebildet zu haben.

Jedenfalls, je näher es zum Krimkrieg kommt, desto entschiedener wird bei Fallmerayer die Ablehnung nicht nur der russischen Zarenpolitik, des „erniedrigenden Jochs der byzantinischen Skythen“, sondern auch des „moskowitzischen“ Volkstums, das „noch nicht zu Europa gehört und echt christlicher Gesinnung nicht weniger fremd als Ägypten oder die Türkei ist“ . . . „Rußland ist eine unermessliche Kaserne“ — heißt es in seinem Aufsatz „Deutschland und die orientalische Frage“ (1855): „Arbeit ohne Rast verrichten, Not, Qual und Strafe nach Willkür leiden und für den geheligen Zar streiten und sterben ist das große politische Dogma der Moskowiter. Der moskowitzische Absolutismus, das Werk Peters d. Gr., schlaue und tückisch gegen die eigenen wie gegen die fremden Völker, muß . . . nach Erstreckung aller freien Regungen im eigenen Lande nicht bloß den Nachbarn, sondern . . . allen Nationen das moskowitzische Los bereiten, muß überall Hader und Zwietracht stiften, um durch fortwährendes Einsaugen frischen Materials die durch seine aufzehrende Verwaltung verbrauchten Kräfte wiederherzustellen: Rußland kann und wird nicht ruhen, bis es entweder selbst gebrochen ist oder das Präsidium der bewohnten Erde errungen hat.“

Es bleibt allerdings fraglich, ob diese verspäteten Warnungen Fallmerayers mehr Gutes bewirkt haben, als er durch seine vormalige verhängnisvolle „Neu-Ostrom“-Propaganda Schaden angerichtet hatte; es darf aber als sein unbedingtes Verdienst gelten, daß er wohl als erster ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß sich Rußland durch eine bloß materiell-technische Überlegenheit eines zersplitterten und konzeptionslosen Europa auf die Dauer überhaupt nicht besiegen lasse: „Wenn der Idee des Ostens nicht eine andere gegenübergestellt wird und der byzantinischen Einheit nicht eine ebenso geschlossene Kraft entgegentritt, ist das Todesurteil über das Abendland gefällt.“

Einen eher unklaren Eindruck macht im selben Heft der Jahrbücher die von Heinrich Felix Schmid verfaßte geschichtliche Übersicht: „Grundrichtungen und Wendepunkte europäischer Ostpolitik.“ Der Verfasser betrachtet als „das eigentliche Ziel europäischer Ostpolitik“ — also als „Sinn und Wesen jeder territorialen, kulturellen und wirtschaftlichen Expansionspolitik, die sich nicht darauf beschränkt, erobern und ausbeuten zu wollen“ — einen kulturgeschichtlichen und vor allem rechtlichen Prozeß, den er mit den schönen Worten „die Gleichwertigmachung des Ostens unseres Kontinentes seinen höchstentwickelten Gebieten gegenüber“ bezeichnet. Wir bezweifeln es, ob sich eine solche von ethischen Kriterien abhängige Unterscheidung zwischen „moralisch pflichtbewußter“ und „moralisch pflichtvergessener“ Expansionspolitik mit einem, sagen wir, Mindestmaß an wissenschaftlicher Objektivität überhaupt durchführen läßt.

Sieht man von gewissen politischen Tendenzen in der Abhandlung H. F. Schmid's ab, so darf die neue Folge der vorliegenden Jahrbücher — nach deren erstem Heft zu urteilen — für eine durchaus objektiv gerichtete Serie streng wissenschaftlicher Forschungswerke auf dem heutzutage politisch bedeutsamen Gebiete der osteuropäischen Geschichte gelten. Wir können nicht umhin, unserer Hoffnung Ausdruck zu geben, daß diese Serie auch weiterhin — unter den Auspizien ihres kompetenten und namentlich auch um das Ukrainertum hochverdienten Herausgebers — dieselbe Richtung beibehalten wird. H. D.

Juni-Aufstand

Dokumente und Berichte über den Aufstand in Ost-Berlin und in der Sowjetzone

Dieses 64 Seiten umfassende, vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, herausgegebene authentische Dokumentarheft berichtet in knapper, aber nichtsdestoweniger erschöpfender und eindringlicher Form über die Vorgänge des 16. und 17. Juni, die von Berlin aus auf den größten Teil der Sowjetzone übergriffen. Streng der Wahrheit entsprechende Darstellungen der Ereignisse selbst, Schilderungen von Augenzeugen, Stellungnahmen des Bundeskanzlers und namhafter Männer der größeren Parteien, die Protestnoten der westalliierten Kommandanten und zahlreiche, an Ort und Stelle entstandene Originalaufnahmen, sichern dem Ganzen historische Bedeutung.

Klar und prägnant werden die Lügen der Ostzonen-Regierung und ihrer SED widerlegt, wird die Unschuld des standrechtlich erschossenen Willy Götting einwandfrei nachgewiesen.

Seinem ganzen Wesen nach ist das vorliegende Heft dazu bestimmt, nicht nur Anklage und Abwehr zu sein, sondern darüber hinaus ein bleibendes Erinnerungsdokument zu werden an das erste Aufblühen der Morgenröte der Freiheit über der Sowjetzone, die, wie wir hoffen, mit ihren Strahlen auch die übrigen durch den Bolschewismus tyrannisierten Völker erreichen wird. Spr.

ABN KORRESPONDENZ
„Weilheit dem Volkstum / Frieden dem Menschen!“

München 33, Postschließfach 70, Telefon 59 13 31

Herausgeber: Pressebüro des Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN).

Verantwortlicher Schriftleiter: K. W. Orleky.

Süddeutsche Bank München, Konto Nr. 10 707.

Jahresabonnement DM 4.—

Nachdruck nur mit Quellenangabe: ABN-Kor.